BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag 15. Wahlperiode

2. Lesung

Plenarprotokoll

17. Sitzung 06.06.00

17. Sitzung

am Dienstag, dem 6. Juni 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 1187 Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	Haushaltsgesetz und Haushaltsplan für das Jahr 2000 (Ergänzung der Drs. 15/234) Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/286)
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung1189	Dazu
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushalts- jahre 2000 und 2001	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 5. Juni 2000 (Drucksache 15/362)
Mitteilung des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/234) 2. Lesung	Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaus- haltsordnung — LHO)
Dazu	Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/287)
Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU	2. Lesung
(Drucksachen 15/333 bis 15/358 und 15/361)	Finanzplan 1999 bis 2005 Mitteilung des Senats vom 18. April 2000
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD (Drucksache 15/359)	(Drucksache 15/288)
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 15/360)	Sanierung der bremischen Haushalte, Jahresbericht 1999 Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/326)
Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005 — Sachstand und weiteres Verfahren —	Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts-
Mitteilung des Senats vom 20. März 2000 (Drucksache 15/250)	und Finanzausschusses vom 5. Juni 2000
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Ergänzung der Drs. 15/234) Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/285)	(Drucksache 15/363) Abg. Zachau, Berichterstatter
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds	Abg. Tittmann (DVU) 1205 Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) 1207

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) 1209

Abg. Dr. Schrörs (CDU) 1212	Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) 1243
Abg. Tittmann (DVU)	Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) 1246
Bürgermeister Perschau 1215	Abg. Pietrzok (SPD)1247
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen) 1218	Senatorin Adolf
Abg. Kleen (SPD)1220	Abg. Pflugradt (CDU)1252
Abg. Herderhorst (CDU)1220	Abg. Dr. Sieling (SPD)1254
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 1222	Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) 1255
Abg. Frau Koestermann (CDU) 1225	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 1256
Abg. Frau Emigholz (SPD)	Abg. Dr. Schuster (SPD) 1258
Abg. Pohlmann (SPD)	Senatorin Wischer
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) 1228	Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 1260
Senator Dr. Schulte	Abg. Frau Lemke-Schulte (SPD) 1262
Abg. Frau Hövelmann (SPD) 1229	Abg. Focke (CDU)
Abg. Bürger (CDU)	Abg. Töpfer (SPD)1265
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen) 1233	Staatsrat Dr. Färber
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 1235	Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 1267
Abg. Frau Berk (SPD)1236	Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen) 1269
Senator Lemke	Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)1270
Abg. Frau Ziegert (SPD)1240	Abg. Eckhoff (CDU)
Abg. Frau Hoch (Bündnis 90/Die Grünen) 1241	Abstimmung

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Leo, Nalazek, Steinberg, Frau Tuczek.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens Schriftführerin Hannken

Schriftführerin Marken

Bürgermeister Perschau (CDU), Senator für Finanzen

Senator für Inneres, Kultur und Sport Dr. Schulte (CDU)

Senatorin für Bau und Umwelt Wischer (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Adolf (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft Lemke (SPD)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident des Rechnungshofs Spielhoff

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.03 Uhr.

Präsident Weber: Die 17. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Gruppe der Hochschule für öffentliche Verwaltung und eine Klasse des Schulzentrums an der Helsinkistraße.

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Bericht und Dringlichkeitsantrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 5. Juni 2000. Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diese Vorlage mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

- 2. Reform des Hochschuldienstrechts nicht auf halbem Wege stehen bleiben, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2000, Drucksache 15/364.
- (B) Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt 15, Reform des Hochschuldienstrechts, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

 Arbeit und Ausbildung in Informations- und Technologieberufen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 26. Mai 2000 (Drucksache 15/322) Illegale Beschäftigung wirkungsvoll bekämpfen — Vergabe öffentlicher Aufträge effektiv organisieren

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/327)

- Verantwortlicher Umgang mit Alkohol Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/328)
- 4. Aktivitäten im Hinblick auf eine Bewerbung zur Ausrichtung des Deutschen Turnfestes 2006 in Bremen/Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/331)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Juli-Sitzung

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

 Mögliche weitere Gebietsvorschläge nach der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) für das Land Bremen.

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 16. November 1999

 Obdachlose Frauen im Bundesland Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 31. März 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 16. Mai 2000 (Drucksache 15/316)

3. Gewalt gegen Kinder

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 3. Mai 2000

 Entwicklung eines Konzeptes zum Schutz von Opfern von Frauenhandel und Zwangsprostitution

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Mai 2000

5. Situation illegaler weiblicher Prostituierter bei der Festnahme

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Mai 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 23. Mai 2000 (Drucksache 15/321)

 Auswanderung über Bremen und Bremerhaven Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 5. Mai 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/329)

(A) 7. Europäischer Forschungsraum

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Mai 2000

Dazu

Antwort des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/330)

Schul- und Berufsausbildung w\u00e4hrend des Strafvollzugs

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Mai 2000

 Entwicklung von Multimedia an den Hochschulen des Landes Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2000

Einsatz von Open Source Software — Computer, Vernetzung und Kosten in Bremens Verwaltung

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Mai 2000

11. Reform des Lotswesens

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 6. Juni 2000

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

- Schreiben des Bremer Frauenausschusses mit der Bitte, sich für eine entscheidende Nachbesserung zum "Split Screen" einzusetzen und der Verabschiedung des neuen Rundfunkstaatsvertrages entgegenzuwirken.
- Schreiben des Bremer Frauenausschusses mit der Aufforderung, im Rahmen der Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes ein Wegweisungsrecht und Rückkehrverbot von gewalttätigen Partnern aus der Wohnung einzubeziehen.

Die Eingaben können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts elf, Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Arbeitswelt in Bremen und Bremerhaven, des Tagesordnungspunkts 21, Verfassungsschutz ist unverzichtbar, und des Tagesordnungspunkts 22, Selbsthilfe im Gesundheitswesen, zur Verbindung des Tagesordnungspunkts drei, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, mit dem Tagesordnungspunkt "Verbraucher schützen — Lebensmittelsicherheit gewährleisten", der Petitionsberichte Nummer 13 und 14 und des Tagesordnungspunkts 28, Haushaltsgesetz und Haushaltspläne 2000 und 2001, Tagesordnungspunkt 29, Fortschreibung der Finanzplanung 2000, Tagesordnungspunkt 30, Ergänzende Drucksache zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen, Tagesordnungspunkt 31, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds, Tagesordnungspunkt 32, Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen, Tagesordnungspunkt 43, Finanzplan 1999 bis 2005, und Sanierung der Bremischen Haushalte, Jahresbericht 1999, Drucksache 15/326. Des Weiteren gibt es Absprachen zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten.

Meine Damen und Herren, nachträglich wurde interfraktionell zur Umstellung der Tagesordnung Folgendes vereinbart: Am Mittwoch werden im Anschluss an die Fragestunde die Tagesordnungspunkte 16, Häusliche Beziehungsgewalt, und 18, Aggressive Hunde, aufgerufen. Am Donnerstag werden nach der Aktuellen Stunde die Tagesordnungspunkte 27, Bremen in T.I.M.E., und Zustimmung zur Steuerreform 2000 sowie Tagesordnungspunkt 26, Erstes Gesetz zur Änderung des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Pflegeversicherungsgesetz, behandelt. Darüber hinaus wurde ebenfalls nachträglich vereinbart, Tagesordnungspunkt drei, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit, und den damit verbundenen Punkt außerhalb der Tagesordnung auszusetzen.

Meine Damen und Herren, außerdem wurde vereinbart, die Aussprache über den Punkt in der Stadtbürgerschaft "Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden" in die Aussprache im Landtag zu Tagesordnungspunkt 18, Aggressive Hunde, einfließen zu lassen und den Punkt in der Stadtbürgerschaftssitzung ohne Aussprache zu behandeln.

Zum Ablauf der Haushaltsberatungen wurde Folgendes vereinbart: Die Haushaltsberatungen beginnen heute und sollen auch heute beendet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Mittagspause um 30 Minuten verkürzt und die Schlusszeit auf 18.30 Uhr festgesetzt. Die Haushaltsberatungen werden mit der Berichterstattung des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses eröffnet. Für die folgenden Beratungen werden Gesamtredezeiten vereinbart. Sie betragen für die Fraktionen der SPD und der CDU je eine Stunde und 30 Minuten, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zwei Stunden und 15 Minuten. Der Senat wird gebeten, mit einer Redezeit von einer Stunde und 15 Minuten auszukommen. Der jeweils erste Redner einer Fraktion erhält verlängerte Redezeit von bis zu 30 Minuten, wobei hinsichtlich der Reihenfolge der Redner in der Grundsatzdebatte vereinbart ist, zunächst dem ersten Redner der SPD, danach Bündnis 90/Die Grünen, im Anschluss daran der CDU und dann dem Senat das Wort zu erteilen.

Für die Schlussabstimmung werden zirka 30 Minuten eingeplant, wobei vorgeschlagen wird, in folgender Reihenfolge abstimmen zu lassen: Änderungsanträge und Anträge zum Haushalt 2000 und 2001, Haushaltspläne 2000 und 2001, Stellenpläne

(C)

(A) 2000 und 2001, Haushaltsgesetze 2000 und 2001, Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds, Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung. Die Beratung des Stadthaushalts sowie der Änderungsanträge und Anträge dazu wird in die Haushaltsdebatte des Landtages einbezogen, so dass eine Einzelaussprache zu den Änderungsanträgen und Anträgen und eine Debatte in der Stadtbürgerschaft nicht erfolgen.

> Für die Debatte werden folgende Schwerpunktthemen gebildet: erstens, Generaldebatte, in deren Rahmen die Bereiche Bürgerschaft, Rechnungshof, Bundesangelegenheiten, Senat und Staatsgerichtshof aufgerufen werden; zweitens, Inneres, Kultur und Sport; drittens, Justiz und Verfassung, Datenschutz; viertens, Bildung und Wissenschaft; fünftens, Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; sechstens, Bau und Umwelt; siebtens, Wirtschaft und Häfen; achtens, Finanzen; neuntens, Schlussrunde.

> Meine Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? — Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe! Stimmenthaltungen?

(B)

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Meine Damen und Herren, nachträglich ist heute Morgen um zehn Uhr noch eine Mitteilung des Senats, Vermögensveräußerung, eingegangen. Diese Mitteilung wird Ihnen in wenigen Minuten verteilt. Ich schlage vor, diese Mitteilung, obwohl nach unserer Geschäftsordnung verspätet eingegangen, noch mit den Haushaltsberatungen zu verbinden.

Meine Damen und Herren, ich stelle Einverständnis fest.

(Widerspruch beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Bitte, Frau Linnert, zur Geschäftsordnung!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist ein Vorgang, den es hier bisher nicht gegeben hat. Die Geschäftsordnung, die wir uns in der Bürgerschaft gegeben haben, sieht in Paragraph 21 ganz eindeutig vor, dass Fristen zu wahren sind. Diese Frist ist

eine Stunde vor Sitzungsbeginn. Wenn die Frist nicht eingehalten wird, gibt es dafür keine Geschäftsgrundlage. Unsere Geschäftsordnung sieht das, was hier vom Präsidium vorgeschlagen wird, nicht vor. Wenn Sie das trotzdem so machen wollen, bitten wir um Unterbrechung und Einberufung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, um zu klären, auf welcher Grundlage man diese Vorlage eigentlich noch in die Beratungen einspeisen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, es ist der Antrag auf Unterbrechung und Einberufung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses gestellt worden. Besteht Einvernehmen, dass wir dann so verfahren?

Mir wird gesagt, dass wir das gegen den Widerspruch der Grünen nicht verbinden können, sondern das wäre dann ein Eingang für morgen. Wir können es auch im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss nicht klären, weil es die Geschäftsordnung eindeutig regelt. Dann nehmen wir das als einen Eingang für morgen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001

Mitteilung des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/234) 2. Lesung

Dazu

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

(Drucksache 15/359)

und

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Drucksache 15/360)

Wir verbinden hiermit:

Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005
— Sachstand und weiteres Verfahren —

Mitteilung des Senats vom 20. März 2000 (Drucksache 15/250)

sowie

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Ergänzung der Drs. 15/234)

> Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/285)

(A) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds

2. Lesung

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan für das Jahr 2000 (Ergänzung der Drs. 15/234)

Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/286)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 5. Juni 2000

(Drucksache 15/362)

Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen (Landeshaushaltsordnung — LHO)

Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/287) 2. Lesung

Finanzplan 1999 bis 2005

Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/288)

Sanierung der bremischen Haushalte, Jahresbericht 1999

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/326)

Bericht und Antrag des staatlichen Haushaltsund Finanzausschusses vom 5. Juni 2000

(Drucksache 15/363)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Dannemann.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2000 und 2001 wurden in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 22. März 2000 in erster Lesung beschlossen. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds und das Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen wurden in der Sitzung am 10. März 2000 in erster Lesung beschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2000 und 2001, die Haushaltspläne für die Jahre 2000 und 2001, die Produktgruppenhaushalte für die Jahre 2000 und 2001, die Stellenpläne für die Jahre 2000 und 2001, die Produktgruppenstellenpläne für die Jahre 2000 und 2001 und die Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005 zur Beratung und Bericht-

erstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen waren, überwiesen. Dies waren der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Datenschutzausschuss, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau, der Ausschuss für Bundesund Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausländerausschuss und der Ausschuss für Informationsund Kommunikationstechnologien und Medienangelegenheiten.

Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds, das Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen, die ergänzende Mitteilung des Senats, Drucksache 15/285, und den Finanzplan 1999 bis 2005 der Freien Hansestadt Bremen hat die Bürgerschaft (Landtag) auch zur Beratung und zur Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Dieser staatliche Haushalts- und Finanzausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/363 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Ich weise darauf hin, dass im Rahmen der jetzt folgenden Aussprache auch die Änderungsanträge und der Stadthaushalt besprochen werden sollen, da eine gesonderte Aussprache darüber nicht stattfindet. Des Weiteren wurde interfraktionell vereinbart, zur Strukturierung der Debatte Themenschwerpunkte zu bilden, und zwar erstens, Generaldebatte, in deren Rahmen die Bremische Bürgerschaft, Rechnungshof, Bundesangelegenheiten, Senat und Staatsgerichtshof aufgerufen werden; zweitens, Inneres, Kultur und Sport; drittens, Justiz und Verfassung, Datenschutz; viertens, Bildung und Wissenschaft; fünftens, Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales; sechstens, Bau und Umwelt; siebtens, Wirtschaft und Häfen; achtens, Finanzen und neuntens dann die Schlussrunde.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur zweiten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung der miteinander verbundenen Punkte ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich rufe den ersten Bereich auf, nämlich die Grundsatzdebatte.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Zachau als Berichterstatter.

Abg. **Zachau**, Berichterstatter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushaltsund Finanzausschuss hat mit einer intensiven Beratungsphase für den heutigen Tag eine Reihe von Beschlussvorlagen vorgelegt. Diese intensive Arbeitsweise, die gestern Nachmittag irgendwann endete, verdiente eigentlich den Respekt der Mitglieder des bremischen Senats, und ich bedauere es außerordentlich, dass der Präsident des Senats an dieser zen-

(C)

(A) tralen Auseinandersetzung um die Politik auch in der zweiten Lesung wieder nicht teilnimmt. Ich finde es ausgesprochen schade, denn immerhin handelt es sich bei den Haushalten um den in Zahlen gegossenen politischen Willen der Regierenden, und spätestens da muss man sich dann auch der Auseinandersetzung mit einer Opposition, und sei sie noch so klein wie diese, stellen und das nicht einfach ignorieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genau heute vor einem Jahr, am 6. Juni 1999, wurde die Bürgerschaft neu gewählt. Heute, am 6. Juni 2000, beraten wir die Haushalte 2000 und 2001, nachdem Ende 1999 das Gesetz zur vorläufigen Haushaltsführung verabschiedet wurde, damit der Senat wenigstens seine gesetzlichen Aufgaben und die eingegangenen Verpflichtungen bis heute erfüllen konnte. Wir sehen an dieser Zeitspanne, manche Verfahren sind sehr langwierig, aber alles andere als langweilig.

Nach dem Wahlergebnis und bei einer konsequenten Auslegung wäre für den Haushalts- und Finanzausschuss eine bemerkenswerte Situation entstanden, die ich doch am Anfang einmal erwähnen möchte: Die Opposition hätte in diesem Ausschuss nur über einen Sitz verfügt, gleichzeitig hat sie aber traditionell den Anspruch auf den Vorsitz, so dass wir die erstaunliche Symbiose gehabt hätten, dass der Vorsitzende und die Opposition in einer Person hätten agieren müssen. Alle haben gemerkt, dass das irgendwie nicht geht, und deswegen ist der Opposition ja auch ein zweiter Sitz in Stadt und Land zugestanden worden. So schwierig werden manchmal im Detail doch scheinbar klare Verhältnisse!

(B)

Das Land Bremen befindet sich in einer Haushaltsnotlage. Das ist bekanntermaßen vom Bundesverfassungsgericht anerkannt worden, und diese Notlage hat die Folge, dass unser Bundesland Jahr für Jahr Bundesergänzungszuweisungen erhält, degressiv bis zum Jahr 2004. Dann muss es seinen Haushalt wieder aus eigener Kraft gestalten. Über den Weg dorthin wurde im Haushalts- und Finanzausschuss gestritten, wen wundert es. Regierung und Opposition haben ihre unterschiedlichen Vorstellungen in den Haushaltsberatungen präsentiert, die entsprechenden Anträge liegen dem Plenum vor.

Die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss haben sich im Wesentlichen auf die Ausgabenseite unseres Haushalts konzentriert, allerdings mit einer Ausnahme, wenn Finanzierungen anstanden, war eine wesentliche Position immer die Einnahme aus Veräußerungserlösen. Insofern ist es bedauerlich, dass diese Vorlage hier heute nicht fristgerecht eingebracht werden konnte.

Nun weiß aber jedes Kind, das mit seinem Taschengeld nicht auskommt, dass es immer zwei Seiten der Medaille gibt: Es kann seine Einnahmen erhöhen oder seine Ausgaben senken. Ich möchte deswegen zum Beginn meiner Ausführungen auf die Einnahmenseite zu sprechen kommen!

Die meisten unserer Einnahmen sind umverteilte Bundessteuern, also durch Gesetzgebung im Lande nicht zu beeinflussen. Deswegen spielt der Länderfinanzausgleich, der durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil neu geregelt werden muss, eine zentrale Rolle im Hinblick auf die weitere Finanzierung unseres Landes und der beiden Städte. Diese fehlende Gestaltungsautonomie der dem Bund nachgeordneten Körperschaften ist Gegenstand politischer Diskussionen auf allen Ebenen, weil es wichtig ist, wie Städte und Gemeinden ihre Einnahmen und Ausgaben zukünftig besser werden beeinflussen können.

Dabei sind sie von der Bundesgesetzgebung sehr unterschiedlich betroffen. Eine Erhöhung der Sozialhilfesätze trifft Bremen oder Duisburg ungleich härter als Stuttgart oder Freiburg, das sind also strukturelle Benachteiligungen in einer formalen Gleichheit. Die Städte und Metropolen und insbesondere solche im Strukturwandel, sind nicht ohne weiteres mit Flächenländern zu vergleichen, darauf hat aus seiner Sicht auch der Bildungssenator in den Budgetberatungen hingewiesen.

Bremen trifft noch ein zweites Strukturproblem: Etwa 90 Prozent der Effekte, die unser Land aufgrund eigener Wirtschaftstätigkeit erwirtschaftet, gehen sofort wieder in den Ausgleichstopf. Bremen unterliegt also einer Novellierung seiner eigenen Leistungssteigerung mindestens ebenso hart wie die vermeintlich reichen Bundesländer des deutschen Südens.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Die Kategorie "arm" ist für Bremen auch nur Ergebnis von politischen Entscheidungen. Nach der Wirtschaftskraft pro Einwohner stehen wir nach Hamburg an zweiter Stelle in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Region Bremen steht in einer EU-Skala im Hinblick auf ihre Wirtschaftskraft an achter Stelle bei einem Vergleich von zirka 200 Regionen.

Die Kategorien "arm" oder "reich" sind bei der Steuerverteilung also keine Naturgesetze — und wir brauchen uns auch nicht zu verstecken, wir sind nicht arm —, sondern sie sind das Ergebnis von durch uns beeinflussbaren politischen Entscheidungsprozessen. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, auf das jetzt durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil begonnene Gesetzgebungsverfahren zum Maßstäbegesetz im Bund einzuwirken. Das ist bitter nötig, denn vom Ergebnis dieses Verfahrens hängt für die

(A) Einnahmeseite des Stadtstaates sehr viel ab. Da der Vorsitzende des federführenden Bundestagsausschusses ein Bremer ist, sollten wir hier unsere Chancen überparteilich, und wir sind da, glaube ich, in diesem Haus auch alle völlig einer Meinung, konsequent nutzen.

> (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit bin ich dann bei den Risiken der Einnahmeseite! Es ist nach meiner Einschätzung erklärter Wille aller Bundestagsparteien, mit Ausnahme der PDS, die steuerlichen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger senken zu wollen. Folglich müssen wir uns mittelfristig auf geringere Einnahmen einstellen. Dann wollen die zahlenden Länder weniger zahlen, die ostdeutschen den Aufbau weiterfinanziert haben, und der Bund möchte seine Haushaltsnotlage auch beenden. Das ist ein bedrohliches Szenario für die finanzielle Eigenständigkeit und Gestaltbarkeit unseres Bundeslandes, und wir werden gut und konsequent verhandeln müssen, damit die möglichen Einbußen in einem vertretbaren Rahmen bleiben. Auch in dieser Frage herrscht Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition.

> (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Neben dieser Einnahmeungewissheit beinhaltet unser Haushalt weitere Risiken. Die Zinsen sind in Bewegung geraten, und allgemein wird mit einer Zinssteigerung gerechnet, die zu weiteren Belastungen führen könnte. Die Personalkosten stellen allein wegen ihres Anteils am Gesamthaushalt einen weiteren erheblichen Risikofaktor für die Gestaltung der Haushalte dar, das spüren wir ja auch gerade in diesen Tagen. Auf der anderen Seite prognostizieren alle wirtschaftswissenschaftlichen Institute einen kommenden Wirtschaftsaufschwung und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die anstehenden Steuerentlastungen für die Bürgerinnen und Bürger, die auf Bundesebene beschlossen worden sind, werden diesen Trend verstärken, und auch der demographische Faktor wird zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit beitragen. Hier wird sich die Situation auch unseres Bundeslandes deutlich verbessern. Bremische Einnahmeverbesserungen wie die angekündigte Grundsteuererhöhung oder alternativ die Straßenreinigungsgebühren haben den Haushalts- und Finanzausschuss nicht erreicht, so dass er darüber auch nicht beraten konnte.

Ich möchte nun zum eigentlichen Bericht kommen und Ihnen kurz das Verfahren vorstellen! Der Senat hat der Bürgerschaft am 7. März 2000 für die Jahre 2000 und 2001 Entwürfe zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen der Freien Hansestadt Bremen vorgelegt, die von der Bürgerschaft am 22. März 2000 in erster Lesung beraten und an den staatlichen sowie an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss zur Beratung und Berichterstattung überwiesen wurden. In seinen Mitteilungen vom 18. April ergänzte der Senat die am 22. März in der Bürgerschaft beratenen Haushaltsgesetze und Haushaltspläne und brachte ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds sowie ein Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen ein. Diese Mitteilungen des Senats wurden in der Mai-Sitzung der Bürgerschaft beraten und gleichfalls in die Beratungen der Haushalts- und Finanzausschüsse einbezogen.

Die vom Senat vorgelegte und ebenfalls an die Ausschüsse überwiesene Fortschreibung der Finanzplanung der Freien Hansestadt Bremen bis 2005 sowie der Finanzplan 1999 bis 2005 wurden in den Haushalts- und Finanzausschüssen beraten und zur Kenntnis genommen, eine ganze Menge Material, das wir dort vorliegen hatten.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse haben ihre Einzelberatungen in der Zeit vom 16. Mai bis 5. Juni 2000 durchgeführt. Als Grundlage dienten die Berichte der Berichterstatter, Ausschussmitglieder, die von den Ausschüssen zuvor benannt wurden. Die schriftlichen Berichte über die Beratungsergebnisse der Haushalts- und Finanzausschüsse liegen Ihnen als Drucksachen vor, daraus lassen sich die Einzelheiten zum Beratungsverfahren in den Ausschüssen entnehmen.

Ferner werden im Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses die ihm zugeleiteten Berichte der beteiligten Parlamentsausschüsse wiedergegeben. Schlussendlich finden Sie in der Anlage eins zu den Berichten die Beschlussempfehlungen der Haushalts- und Finanzausschüsse zu den von den Fraktionen der SPD und CDU eingereichten Änderungsanträgen und zu den Haushaltsgesetzen und Haushaltsplänen 2000/2001.

Hierzu möchte ich darauf hinweisen, dass die Abstimmung in den Haushalts- und Finanzausschüssen auf der Grundlage der Bezeichnungen in den Produktplänen erfolgte, im Plenum werden wir über die Änderungen der jeweiligen Haushaltsstellen, also nach dem alten kameralen Haushalt, abzustimmen haben. Die Einzelanträge weisen sowohl die Bezeichnung der Produktpläne als auch die der Haushaltsstellen aus. Die Beschlüsse der Haushaltsund Finanzausschüsse zu den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lediglich für die interne Ausschussberatung vorgelegten Änderungsanträgen finden Sie als Anlage zwei zu den Berichten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat, wie Sie der Anlage entnehmen konnten, im Haushalts- und Finanzausschuss eine Vielzahl von Einzelanträgen gestellt. Sie hat für die heutige Beratung im Plenum (D)

(A) diese Einzelanträge quasi zu einem Sammelantrag zusammengefasst, der als solcher zur Abstimmung steht. Die Einzelanträge der Fraktion werden nicht gesondert zur Abstimmung gestellt, dieses Verfahren ist mit den anderen Fraktionen des Hauses abgestimmt.

> Ich beziehe mich im Weiteren auf die Berichte der Berichterstatter, die ich aber nicht im Einzelnen wiedergeben möchte. Ich möchte aber an dieser Stelle allen Berichterstattern und -erstatterinnen ausdrücklich danken. Mit dem Berichtswesen, also mit dem Einsetzen von Abgeordneten, die dann bestimmte Einzeletats durchleuchten, im Dialog mit der Verwaltung, mit den fachpolitischen Sprechern sich einen Eindruck vermitteln und diesen Eindruck zusammen mit Beschlussempfehlungen in die Haushaltsausschüsse zurückkoppeln, haben wir nach meinem Eindruck ein Instrument geschaffen, mit dem die Haushaltspolitikerinnen und -politiker eine wesentlich intensivere Auseinandersetzung mit den einzelnen Haushalten erreichen, ohne die fachliche Kompetenz und Verantwortung für diese an sich zu ziehen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

(B)

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zur so genannten neuen Welt der Haushalte 2000 und 2001! Es ist ja alles neu auf dieser Welt, und Gott sei Dank wird auch unser Haushaltsrecht etwas moderner. Erstmals wurden der Bürgerschaft vom Senat für die Jahre 2000 und 2001 neben den kameralen Haushaltsentwürfen auch Produktgruppenhaushalte vorgelegt, die neue Welt der Produktgruppen in Abkehr von der alten Haushaltskameralistik. Also, jetzt wird versucht, Aufgaben zu beschreiben und diese Aufgaben dann so zu präzisieren, dass man auch die Kosten der Leistung irgendwann zurechnen kann. Diese Abkehr von der alten Haushaltskameralistik, die nur Einnahmen und Ausgaben kannte, ermöglicht jetzt eine Verbindung zwischen Ausgaben, Leistungen und Leistungszielen, klassische Elemente der Betriebswirtschaft, und alle, die ein bisschen von außerhalb des öffentlichen Dienstes kommen, wissen, wovon ich rede. Es ist in der Tat eine wirklich sehr fremde Welt, wenn man sich als Betriebswirt mit öffentlicher Haushaltsführung auseinander setzen muss. Hier sind wir auf dem Weg, dass diese Welt "Buten un binnen" ein wenig harmonisiert wird.

Wir werden demnach in diesen Haushaltsberatungen nicht nur über Einnahmen und Ausgaben der Höhe nach beschließen, sondern wir werden auch konkrete Leistungsziele, nämlich wieviel wofür aus öffentlichen Mitteln ausgegeben wird, benennen und beschließen, auch wenn die eine oder andere Produktbezeichnung aufgrund mancher Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu

privatwirtschaftlichen Unternehmen ein hohes Maß Phantasie und Abstraktionsvermögen erfordert, weil öffentliche Leistungen keine Produkte sind, die sich auf dem Markt bewähren müssen, also nicht abgrenzbar sind. Sie sind oftmals nur sehr vermittelte Produkte. Die Produktgruppenpläne sind trotzdem zukunftsweisend.

Die neue Welt der Produktgruppenpläne macht aber innerhalb der Verwaltung die uneingeschränkte Einführung der Kosten-/Leistungs-Rechnung unabdingbar. Wir wollen schon wissen, was die einzelne Leistung kostet, was die Bearbeitung eines Antrages im Sozialamt kostet, was eine Unterrichtsstunde kostet, und zwar nicht nur die Personalkosten, sondern auch die Miete, das Material, die Kosten, die für Hausmeister und Umfeld dort eingehen. Dies ist unabdingbar, damit jedes Ressort, jeder Bereich ermitteln kann, wieviel seine zu erbringenden Leistungen kosten.

Ganz ist diese Botschaft noch nicht überall angekommen, denn die Kosten sollen immer in dem Zeitpunkt ihrer Entstehung zugeordnet werden und nicht erst, wenn sie gebucht werden. Hier haben sich ein paar Ressorts noch einige kleine Überbrückungskredite gewährt. Es ist ja völlig klar, wenn ich die Zinsen für ein Jahr erst im nächsten Jahr buche, dann brauche ich sie dieses Jahr formal nicht zu bezahlen, obwohl sie in diesem Jahr entstanden sind, und so kann man natürlich bestimmte Rückzahlungsleistungen, zum Beispiel an den Kapitaldienstfonds, zeitlich ein wenig nach hinten schieben. Das war aber nicht so ganz im Sinne des Erfinders gedacht, und hier werden wir auch noch den Weg weiter vorangehen.

Aber die Produktgruppenhaushalte, und das möchte ich einmal anmerken, sollen doch nicht nur eine buchhalterische Neuerung sein, sondern eigentlich sind sie ein Kernelement auf dem Weg des öffentlichen Dienstes in eine, wie wir es immer so leicht nennen, kundenorientierte Leistungserbringung, wobei der Begriff des Kunden beim öffentlichen Dienst ja manchmal etwas zweifelhaft ist. Jemand, der seinen Führerschein beantragt, ist genauso Kunde wie jemand, der eine Unterrichtsstunde besucht, und der ist wiederum genauso Kunde wie jemand, der im Gefängnis einsitzt. Die Bedürfnisse sind da sehr unterschiedlich, und allein daran zeigt sich, dass die Vergleichbarkeit nicht unbedingt gegeben ist.

Dieser jetzt vorgelegte Doppelhaushalt ist nicht nur wegen seiner zweijährigen Laufzeit ein doppelter, sondern auch weil er in doppelter Technik erstellt wurde. Ich möchte mich an die Finanzverwaltung wenden. Als Oppositionspolitiker, der ich ja sonst bin, im Moment nicht, nörgele ich natürlich ganz viel an der Finanzverwaltung herum, obwohl ich immer die politischen Inhalte meine, aber das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung in dieser Zeit mit diesem schwierigen Projekt realisiert haben, ist anerkennenswert und be-

(A) merkenswert und verdient den Dank des gesamten Hauses.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hätten sie nur einen kameralen Haushalt vorzulegen gehabt, wäre das ganze Prozedere und auch die Dauer des Verfahrens, wie ich das am Anfang beschrieben habe, wesentlich kürzer geworden.

Auf unserer Seite, also auf der Seite des Parlaments, des Haushaltsgesetzgebers erfordert die neue Haushaltswelt ein hohes Maß an Kompetenz. Es gilt, parlamentarische Kontrolle über die der Verwaltung aufgegebenen Leistungen auszuüben, die ja jetzt definiert sind, also auch kontrolliert werden können und nicht in einem großen Globaltitel verschwinden. Das Controlling, und das ist bei weitem mehr als nur Kontrolle, sondern das ist auch Leistungssteuerung, ist in den Mittelpunkt gerückt. Dazu werden Parlamentarier und Parlamentarierinnen, insbesondere die Haushälter, aber ich kann auch nur allen Fachpolitikern empfehlen, sich der neuen Instrumente zu bedienen, künftig umfangreiche Controllingberichte lesen und verstehen müssen.

Leider ist diese grundlegende Veränderung des Verfahrens nicht bei allen Fachpolitikern angekommen. Sie tragen jetzt ein deutlich höheres Maß an Verantwortung für die konkrete Gestaltung ihres Politikfeldes. Der Senat beschließt die Eckwerte, also den Gesamtetat für alle, und in diesem Rahmen muss Fachpolitik sich entscheiden, was sie mit dem Geld machen oder nicht machen will und was sie machen kann. Der zuständige Senator ist für die Größenordnung zuständig, seine Fachpolitiker und er sind für die Ausgestaltung verantwortlich.

Vor diesem Hintergrund haben die Haushaltspolitiker aller Fraktionen etwas mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass auch bei dieser Runde manche versucht haben, ihre eigene Verantwortung auf uns abzuwälzen. Der Haushalts- und Finanzausschuss ist für die haushaltstechnisch korrekte Gestaltung des Werkes im Rahmen politisch beschlossener Eckwerte zuständig, die fachpolitischen Entscheidungen treffen die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, und sie haben sie auch vor Ort zu verantworten. Es ist einfach nicht in Ordnung, wenn dann immer wieder darauf verwiesen wird, dass der böse, böse Haushaltsausschuss dies oder das nicht getan hat. Das haben die Leute in den Ressorts zu verantworten!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Aussage gilt für die Nutzung der Theater genauso wie für Bäder.

Die Haushalts- und Finanzausschüsse haben seit ihrer Einsetzung im Februar 1998 das Controlling-

system mit hervorragender Unterstützung der Mitarbeiter des Senators für Finanzen fortlaufend ausgebaut und verfeinert. Insbesondere neue Finanzierungsinstrumente, hier der Kapitaldienstfonds und die Zwischenfinanzierung, erfordern ein hohes Maß Transparenz und somit auch ein Controlling, damit die öffentlichen Haushalte nicht am Haushaltsgesetzgeber vorbei belastet werden können.

(C)

(D)

Gerade dieser Teil des heute vorliegenden Pakets ist zwischen Regierungsfraktionen und Opposition umstritten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat bekanntermaßen eine verfassungsrechtliche Überprüfung angekündigt, wie mir deren finanzpolitischer Sprecher noch einmal versichert hat.

Aber es gibt auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten nach dieser grundsätzlichen Unterschiedlichkeit. Die Rechte auch zukünftiger Parlamente will keiner der heutigen Parlamentarier beschneiden, allerdings sind die Wege dorthin äußerst umstritten. Die unterschiedlichen Meinungen der Fraktionen zu den Einzelhaushalten werden Gegenstand der folgenden Debatte sein. Die für mich in den Haushaltsberatungen sichtbar gewordene Grundfrage lautet: In welchem Umfang soll der bremische Staat mehr Geld in Wirtschaftstätigkeit investieren, oder ist hier eine Korrektur zugunsten der staatlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger notwendig? Wie immer im Leben wird trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse in diesem Haus die Wahrheit irgendwo in der Mitte liegen, wo, das haben wir noch zu eruie-

Zum Abschluss möchte ich mich bedanken. Die Ausschussassistenz hat mich ganz dezent über ganz viele Klippen des Verfahrens geführt, das ja auch für mich ein neues Verfahren war. Der Protokolldienst hat die Ergebnisse sachlich, präzise festgehalten, und schließlich komme ich zu meinen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen aus dieser nach meiner Auffassung, aber das ist meine persönliche Meinung, wirklich etwas zu groß geratenen Koalition.

Ich bedanke mich bei Ihnen für das faire Umgehen und die sehr, sehr sachliche Arbeitsatmosphäre, die wir in diesem Ausschuss hatten. Unser Ergebnis kann sich handwerklich sehen lassen, politisch sind wir ja unterschiedlicher Meinung. Es hat sich aber aus meiner Sicht gezeigt, dass die fachlichen und persönlichen Grundlagen der Arbeit im Ausschuss gestimmt haben und auch stimmen, so dass wir uns auf unsere politischen Differenzen konzentrieren konnten. Das, fand ich, war für mich der schönste Aspekt in diesen Haushaltsberatungen, die mir, obwohl ich es vorher nicht erwartet habe, insgesamt auch richtig Spaß gemacht haben. Also, Dank an alle Beteiligten!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

(A) Der Beschlussantrag des Ausschusses liegt Ihnen schriftlich vor, nun beraten Sie einmal schön! — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

> (Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Haushalt hat, wie schon in der ersten Lesung betont, die klare Botschaft Sparen und Investieren. Zu diesem Grundsatz steht die SPD-Fraktion ohne Einschränkung. Sollte die Debatte um das Rhodarium und die Galopprennbahn bei dem einen oder anderen den Eindruck erweckt haben, hier werde vom Kurs abgewichen, so ist dieser Eindruck falsch.

(Beifall bei der SPD — Abg. Pflugradt [CDU]: Haben Sie Herrn Scherf auch angesprochen?)

Ich sage aber genauso deutlich, wir fordern, den Beschluss der Bürgerschaft ernst zu nehmen, dass Projekte für Bremens Zukunft den selbstgestellten Ansprüchen nachweisbar genügen.

(B) (Beifall bei der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir der Sanierung der Rennbahn nur mit einem deutlich erhöhten privaten Engagement und mit dem Einsatz deutlich weniger Steuergelder das Okay gegeben, und deshalb haben wir uns für einen attraktiven Rhododendronpark und gegen das Rhodarium ausgesprochen. Das heißt für uns Kurs halten, aber nicht nach dem Motto, Augen zu und durch, auch nicht nach den Kategorien von Lust oder Unlust, sondern mit Vernunft und Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es, meine Damen und Herren, noch einmal betonen, weil mir der Zusammenhang wichtig ist: Zu der einmal eingeschlagenen Sanierungsstrategie Sparen und Investieren gibt es aus Sicht meiner Fraktion keine Alternative. Es ist die einzige Chance, die unser kleines Bundesland hat, den Strukturwandel voranzubringen und so seine Existenz zu sichem.

Die beiden Etats für die Jahre 2000 und 2001 setzen den Rahmen, um das Sanierungsziel zu erreichen, im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Das wird nur gelingen, wenn wir weiter am strikten Sparkurs festhalten. Aber auch beim Sparen wollen wir Sozialdemokraten genau hinsehen. Sparsamste Verwendung von Steuergel-

dern darf eben nicht nur im Sozialbereich eingefordert werden. Diese Maxime muss auch für Projekte der Wirtschaftsförderung gelten,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

wir sehen, meine Damen und Herren, durchaus mit Erfolg. Nur so ist es zu erklären, dass ein Projekt wie die Modernisierung der Galopprennbahn zunächst mit fast 30 Millionen DM kalkuliert wurde und dann nach entsprechendem Druck der SPD-Fraktion auch für rund die Hälfte zu haben ist. Hier hat sich die Anstrengung im Sinne der Glaubwürdigkeit unserer Sanierungspolitik wahrlich gelohnt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Glaubwürdigkeit und Akzeptanz sind unabdingbare Voraussetzungen dafür, dass die Sanierung gelingen kann. Der Legitimationsdruck auf die Koalition ist im Laufe der begonnenen Sanierungspolitik gewachsen, und er wird weiter wachsen. Diesen Anforderungen der Bremerinnen und Bremer, der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener haben wir Rechnung zu tragen. Die vom Senat vorgelegten Haushaltsentwürfe basieren auf einer soliden Finanzpolitik und bieten beste Voraussetzungen, den Strukturwandel zu meistern und für mehr Beschäftigung zu sorgen.

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion hat die Bildungspolitik eine besondere Bedeutung, deshalb haben wir in den internen Beratungen an dieser Stelle die Haushaltsvorlagen modifiziert. Wir sind davon überzeugt, dass nur so die notwendige Akzeptanz für die Sanierungspolitik gewonnen und erhalten werden kann.

Die Einführung der verlässlichen Grundschule ist ein großer Erfolg unserer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in den Grundschulen kein Unterricht ausfällt. Deshalb wird auf unseren Vorschlag hin die so genannte Vertretungsreserve im Primarbereich von 4,5 auf sieben Prozent angehoben.

(Beifall bei der SPD)

Damit die volle Halbtagsschule wenigstens in benachteiligten Stadtteilen abgesichert und das neue Modell "verlässliche Grundschule" flächendeckend eingeführt werden kann, werden die Koalitionsfraktionen auf Initiative der SPD für die kommenden beiden Schuljahre je fünf Millionen DM zusätzlich zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Meine Damen und Herren, besondere Bedeutung hat für uns Sozialdemokraten eine weitere Initiative, das ist das Landesprogramm, mit dem neue Computer in unsere Schulen kommen sollen. Das Programm soll mit 20 Millionen DM starten. Das ist ein kräftiger Schluck aus der Flasche, wenn man sich die Rahmenbedingungen ansieht.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten es aber für wichtig, Zeichen zu setzen und solche Investitionen in die Zukunftssicherung anzuschieben.

(Beifall bei der SPD)

Wer wie Bremen große Anstrengungen unternimmt, um für Touristen und Investoren noch attraktiver zu werden, darf nach Auffassung von uns Sozialdemokraten allerdings eines nicht: Er darf nicht die Bremerinnen und Bremer vergessen, die keinen unmittelbaren, sofort erkennbaren Nutzen von diesen Millioneninvestitionen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt für uns, unsere Stadtteile dürfen nicht vernachlässigt werden, die Bewohner dürfen nicht das Gefühl bekommen, sie würden angesichts der Konzentration auf Vorzeigeprojekte in der Innenstadt vergessen. Deshalb haben wir das Programm der Impulsgelder angeregt. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Stadt Bremen einige Millionen DM zusätzlich für dringend notwendige Verbesserungen in sozial belasteten Stadtteilen ausgeben kann, und wir stellen die notwendigen Komplementärmittel zur Verfügung, damit Bremen die Bundesmittel aus dem Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf" in voller Höhe abrufen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch wenn die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten in den vergangenen Monaten erfreulich ist, ist aus unserer Sicht die Beschäftigungslage in Bremen und Bremerhaven noch immer, man muss es, glaube ich, so deutlich sagen, katastrophal. Besonders bedrückend ist die hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen. Viele von ihnen haben inzwischen jeden Bezug zum Berufsleben mit seinen vielfältigen Anforderungen verloren. Über das Programm "Hilfe zur Arbeit" bietet Bremen solchen Menschen seit vielen Jahren Chancen, verloren gegangene Fähigkeiten zurückzugewinnen. Wir wollen, dass dieses Programm auf 2000 Stellen kräftig aufgestockt wird, damit noch mehr Langzeitarbeitslose davon profitieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unbestritten ist, der Schwerpunkt aller Aktivitäten in Bremerhaven wird auch künftig der Hafen sein. Dazu gehört die Fertigstellung des Containerterminals III a bis zum Jahr 2003, dazu gehört aus Sicht meiner Fraktion auch der vorgezogene Beginn der Planungen für CT IV.

(C)

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Abg. Teiser [CDU]: Herr Töpfer klatscht gar nicht! — Heiterkeit bei der CDU)

Herr Teiser, erlauben Sie mir dazu eine Bemerkung! Ich finde, es ist das ureigenste Recht eines Parlamentariers, kritische Fragen zu stellen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen — Zuruf des Abg. Teiser [CDU])

Ich sage Ihnen auch als Fraktionsvorsitzender: Ich werde dieses Recht schützen,

(Abg. Teiser [CDU]: Ach Gott!)

und ich empfehle Ihnen, sich ein Beispiel daran zu nehmen, wie die SPD mit Minderheitenmeinungen umgeht!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, doch nicht nur im Güterumschlag liegt nach unserer Überzeugung die Zukunft der Häfen in Bremerhaven. Mit der Sanierung und dem Ausbau des traditionsreichen Columbusbahnhofs erhält die Seestadt die Chance, im Kreuzfahrtgeschäft wieder an alte Erfolge anzuknüpfen. Bremerhavens maritimes Flair muss noch stärker touristisch vermarktet werden. Hierzu kann der Ocean-Park ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Einzelbaustein sein, aber auch für dieses Projekt gilt, wie für alle Großprojekte, es muss seine Wirtschaftlichkeit nachweisen.

Ich will es bei diesen Beispielen aus Bremerhaven und aus den Bereichen Bildung und Soziales belassen. Sie zeigen, dass die SPD-Fraktion es als Verpflichtung ansieht, eine glaubwürdige Politik zu betreiben, die auf Akzeptanz setzt. Das ist manchmal unbequem, aber wir wollen bei dieser Linie bleiben. Dieses Mal ist es uns, wie ich finde, gelungen, die drängendsten Probleme im Haushalt zu lösen und dabei eine eigene Handschrift sichtbar werden zu lassen. Die Probleme, auch das soll man nicht verhehlen, werden in den kommenden Jahren nicht kleiner werden.

Auf eines möchte ich an dieser Stelle schon einmal hinweisen: Nach unserer Auffassung sind die Kürzungsvorgaben im Finanzplan für den Bereich Kinderbetreuung nicht realistisch.

(Beifall bei der SPD)

(A) Uns scheint es nicht darstellbar, dort bis zum Jahr 2005 insgesamt 26,3 Millionen DM einzusparen. Das wäre wohl das Ende einer qualifizierten Arbeit in Kindergarten und Hort, und das werden wir nicht zulassen.

> (Beifall bei der SPD — Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Aber gekürzt wird schon einmal!)

Aber das ist ein Problem, meine Damen und Herren, das wir erst bei den nächsten Haushaltsberatungen lösen müssen. Mit unseren Kollegen von der CDU haben wir dennoch schon jetzt eine Überprüfung der Kürzungsvorgaben verabredet. Sie sehen, diese Koalition funktioniert, auch wenn beide Partner unterschiedliche Nuancen setzen, das muss auch so sein. Als Parlamentarier sind wir aber gemeinsam unserer Verpflichtung nachgekommen, den Haushalt nicht überzustrapazieren. Das erforderte Disziplin und einen Blick für das Machbare, beides haben wir unter Beweis gestellt. — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

(B) Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heute zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegten Haushalte 2000 und 2001 sind die siebten beziehungsweise achten Haushalte im Rahmen der Sanierung der bremischen Finanzen. Es wird also langsam ernst. Ihr Ziel ist es, im Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Das Ziel ist ehrgeizig, und wir sagen es Ihnen, mit den von Ihnen vorgeschlagenen Instrumenten ist dieses Ziel stadtverträglich gut für den Standort Bremen nicht zu erzielen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nach den eigenen Vorgaben der von der CDU/ SPD-Koalition getragenen Regierung stehen diese Haushalte unter dem Vorhaben zu sparen und zu investieren. Diese Leitlinien für die Gestaltung des Haushaltes werden im Parlament und gegenüber der Öffentlichkeit gern als alternativlos dargestellt, was sie zweifellos sind, wenn man sie um den Bestandteil Schuldentilgung ergänzt. Alternativlos sind diese drei Ansätze vor dem Hintergrund der finanziellen Lage Bremens auch insofern, als es keine einzige politische Kraft in Bremen gibt, die öffentlich fröhliches Geldausgeben ohne Rücksicht auf Verluste richtig findet, alternativlos eben, wie Essen, Trinken und Luftholen. Die Grünen allerdings fragen zunächst, was gegessen wird, wie viel getrunken wird und ob genug frische Luft geatmet werden kann. Die vernünftige Ableitung der Ziele Investieren, Sparen und Schuldentilgen aus der bremischen Haushaltslage lässt eben nicht zu, die Mischung dieser Bestandteile, wie Sie sie, meine Damen und Herren von der SPD und der CDU, vornehmen, auch gleichzeitig als alternativlos anzuerkennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie sehr Sie selbst schon Opfer Ihrer eigenen Beschwörungen geworden sind, zeigt die große Aufgeregtheit anlässlich der Notbremse beim Rhodarium. Da hat jemand, in diesem Fall der Kollege Böhrnsen, den Mut gehabt, der Augen-zu-und-durch-Politik ein Ende zu bereiten. Nun muss jeder in der großen Koalition hundert Mal schreiben: Das ISP wird nicht angetastet, heute nicht, morgen nicht, niemals! Wir halten durch, der richtige Pfad wird von niemandem verlassen.

Zum Glück! Wo kämen wir denn hin, wenn irgendwelche Politikerinnen in Zukunft Projekte in Frage stellten, eigene Überlegungen anstellen würden, ob Aufwand der öffentlichen Hand und Ertrag für unser Bundesland und seine Städte in dem vom Gesetz vorgeschriebenen Verhältnis stehen? Wir kämen dahin, wo unsere Verfassung das Parlament hingestellt hat, nämlich kritische Fragen zu stellen, eine Regierung nur dem eigenen Gewissen folgend zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass Gesetze eingehalten werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nebel und Wolken an Weihrauch, die um jedes ISP-Projekt genebelt werden, wo jede Frischluftzufuhr bei den Gralshütern des ISP, Herrn Bürgermeister Scherf und Herrn Senator Perschau, Nervosität auslöst, müssen dringend weggepustet werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht aus grüner Sicht also um die Frage, in was wird investiert und in welcher Größenordnung. Wir sind zunächst ganz klar der Auffassung, dass es ohne negative Folgen für unser Bundesland möglich ist, zehn Prozent der zwei Milliarden DM, die das so genannte Grundinvestitionsprogramm und das Sonderinvestitionsprogramm in den beiden Haushaltsjahren insgesamt ausmachen, zu kürzen. Ehe Sie hier gleich also wieder die große Tirade mit den vaterlandslosen Gesellen anstimmen, sage ich Ihnen hier ganz klar: grüne Zustimmung zu 90 Prozent Ihres Investitionsvolumens! An den verbliebenen zehn Prozent allerdings scheiden sich die Geister.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen, wie die SPD, kein Rhodarium, das einen schönen Park auf megaturbo trimmt und we-

(A) gen völlig unrealistischer Einnahmeerwartungen dauerhaft Zuschüsse benötigt. Wir brauchen kein Einkaufszentrum mit Rakete als mit öffentlichen Mitteln geförderte Konkurrenz zur Bremer Innenstadt. Wir verabschieden uns vom gigantomanischen Ocean-Park à la Köllmann und entwickeln stattdessen mit den Bremerhavenerinnen und Bremerhavenern zusammen Pläne auch für eine touristische Weiterentwicklung der Seestadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir geben keine öffentlichen Mittel in eine privat betriebene Rennbahn, zumindest so lange nicht, bis nicht die Verträge öffentlich zugänglich gemacht wurden und der Nutzen für die Stadt zweifelsfrei dargelegt wurde.

Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, ich sage nur Bahnhofsvorplatz, dass auch bei Investitionen im Bereich Gebäude, im Wissenschaftsbereich und bei Verkehrsprojekten Luft ist, Luft für zehn Prozent Einsparungen. Wir haben auch konsumtive Einsparvorschläge gemacht. In diesem Zusammenhang verweise ich besonders auf die interessante Idee, Rücklagen des Sozialressorts in Stiftungen zu stecken. Da können Sie aus unserem Haushaltsantrag sehen, dass wir das nicht wollen. Wir sehen damit das Prinzip der Haushaltsklarheit verletzt. Dort wird versucht, jetzt Geld auf Sparbücher zu legen, was die Stadtgemeinde und das Land auf anderem Wege als Kredit aufnehmen müssen, und das halten wir nicht für sinnvoll. Also, wir haben auch konsumtive Einsparungsvorschläge, auf diesen einzigen wollte ich hier eingehen, die anderen werden wir in den Fachdebatten noch weiter erläutern.

Mit unseren Einsparungen in der Größenordnung von 250 Millionen DM erreichen wir zunächst, dass wir uns von der unhanseatischen Großmannssucht verabschieden, die hinter Ihren Großprojekten steckt. Ist Ihnen das nicht wenigstens selbst peinlich, wie durch das unkritische Setzen auf den Ocean-Park des Herrn Köllmann den Bürgerinnen und Bürgern in Bremerhaven fünf Jahre Zeit verloren gegangen ist? Zeit, die dringend für den Ausbau und Aufbau von Alternativen benötigt worden wäre!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sind Sie sich wirklich sicher, dass der Space-Park nicht kurzfristig die Innenstadt schädigt, mittelfristig zur Investitionsruine wird und damit langfristig alternative Entwicklungen dieses Teils des Hafens behindert? Wenn Sie sich unbedingt Denkmäler schaffen wollen, gehen Sie auf Nummer sicher! Wie wäre es mit einem Brunnen vor dem Bahnhof? Die Bevölkerung würde es Ihnen danken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit 170 Millionen DM der eingesparten Summe möchten wir das tun, was Politik tun kann, um unsere Städte für die Bevölkerung attraktiv zu machen. Wie im Bereich Wirtschaftsförderung geht es auch hier um ein positives Klima. Dass Sie versuchen, im Bereich Wirtschaftsförderung ein solches Klima zu erzeugen, erkennen wir an. Wir finden auch richtig, dass man das so versucht. Aus unserer Sicht gewinnt allerdings der an Wert, der sich nicht zu billig anpreist. Insbesondere in der Flächenfrage wäre etwas mehr Selbstbewusstsein im Interesse unseres Standortes!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie man sich aber als Bremer Bürgerin und Bürger in den Sanierungszeiten der großen Koalition fühlen muss, können zumindest diejenigen nachvollziehen, die Kinder oder ältere Angehörige haben. Der viel geschmähte konsumtive Bereich, am schlimmsten sind die Zuwendungen, Herr Herderhorst, wird gekürzt, ohne Rücksicht auf Verluste, 25 Prozent bis zum Haushaltsjahr 2005! Das bedeutet, jede vierte Stelle in Freizeitheimen, Altentagesstätten, in selbstorganisierten Projekten, in Kultureinrichtungen, bei der Schuldner-, Arbeitslosen-, Ausländer- und Umweltberatung, bei der Unterstützung von Selbsthilfe und bei der Hilfe für Aidskranke geht verloren. Jede vierte Stelle! In diesen Haushaltsjahren müssen Sie die Weichen stellen für diesen Kahlschlag. Begonnen haben Sie damit.

Wer also einfach so in Bremen leben möchte, dem werden Opfer abverlangt. Am schlimmsten ist es, wenn auch Kinder im Spiel sind. Ein unzureichendes Hortangebot hält Frauen sittsam der Berufstätigkeit fern. Bei der verlässlichen Grundschule müssen Kinder ihre freie Zeit in teilweise völlig ungeeigneten Räumlichkeiten verbringen. Ich kann gleich einmal erzählen, was das für Hastedt heißt, da müssen nämlich Kinder viele Stunden in einer Turnhalle verbringen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Weggeschlossen!)

Nein, nicht weggeschlossen, die Tür bleibt offen!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wenigstens etwas!)

Aber dass das ein kindgerechter Raum für einen dauerhaften Aufenthalt ist, das werden Sie wohl kaum behaupten können!

Die Kinder müssen also ihre Zeit in teilweise völlig ungeeigneten Räumlichkeiten verbringen. Herr Eckhoff feiert einen Etappensieg im ideologischen Kampf gegen die immer noch dem Willen vieler Eltern entsprechende Gesamtschule. Zuschüsse zur Straßenbahn sind die reine Zumutung. Altentages-

(D)

(A) stätten gibt es nur noch für die, die sie sich leisten können. Wer Beratung braucht, kann sich einen Anwalt nehmen. Irgendwann im Herbst wird die interessierte Öffentlichkeit erfahren, ob nun zum zweiten Mal während Ihrer Regierungszeit die Grundsteuer erhöht wird oder ob es diesmal die Straßenreinigungsgebühr sein wird. Mit Ihrem völlig verengten Investitionsbegriff haben Sie schlicht und einfach diejenigen aus den Augen verloren, um deren Wohl es der Politik einzig gehen muss, die Menschen, die in Bremen leben und leben werden.

Wenn man sich ansieht, wie offensiv das niedersächsische Umland um Einwohnerinnen und Einwohner wirbt, kann man nur neidisch werden. Da geht es wirklich um ein Klima, ein Klima, das um Menschen wirbt und sie willkommen heißt, während Bremen Flächen bereitstellt für Einfamilienhäuser. In Wirklichkeit aber sollen bloß gar keine Familien kommen. Es sollen nämlich Männer kommen, mindestens 25 Jahre alt, fertig ausgebildet, mit einem Arbeitsplatz, ohne Anhang, nicht zu alt, konsumbereit, autofahrend, für diese Personengruppe wird hier einiges getan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier genau liegt der zentrale Unterschied zu Ihrer Politik. Die Grünen setzen auf eine bürgerfreundliche Politik. Die finanziellen Folgen der Abwanderung aus den Städten unseres Bundeslandes sind dramatisch. Auch Ihre, Herr Senator Perschau, schöngeredete Pro-Kopf-Verschuldung bekommt durch die Abwanderung eine ungünstige Tendenz. Oberstes Ziel muss eine Trendumkehr bei der Abwanderung sein. Dazu muss man eine Politik machen, wie sie zum Beispiel in den USA, Herr Eckhoff, das loben Sie ja immer so besonders, allgemein üblich ist. Kommunen stellen nämlich ihren Wert als Standort heraus, als Standort für die Bürgerinnen und Bürger. Ihre Kindergartenversorgung, ihr Bildungswesen, ihre Kultur- und Sporteinrichtungen, gute Krankenhäuser, saubere Luft, wenig Lärmbelästigung, schöne Grünanlagen und Nähe zum Arbeitsplatz, das sind die Werte, die Bremen zu bieten hat. Die müssen Sie durch Ihre Politik fördern und nicht behindern.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie dagegen, meine Damen und Herren von der großen Koalition, sparen genau die Bereiche kaputt, die in Zukunft wichtige Standortfaktoren sein werden. Ihr pompöser neuer Haushaltstitel, er wurde ja von Herrn Böhrnsen schon angesprochen, "Impulse für lebenswerte Städte" enthält, man traut seinen Augen nicht, doch tatsächlich die stolze Summe von null DM. Schauen wir einmal!

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür stellen Sie einen Impulsreferenten ein!)

Wir Grünen wollen mit unseren fünf Aktionen, die Sie in dem Haushaltsantrag, den wir gestellt haben, vorfinden, die Attraktivität der Städte erhöhen. Wir zeigen, dass es der Politik neben ausreichenden Arbeitsplätzen auch darum geht, den Menschen zu zeigen, dass es um sie geht, dass sie willkommen sind, dass wir gern unsere Städte an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen ausrichten. Wir wollen mit der Aktion Kinder-Jugend-Bildung den Rechtsanspruch auf sechsstündige Betreuung im Kindergarten ausweiten, zusätzliche Lehrer einstellen, den Bereich freier Jugendarbeit vor Ihren Einsparungen schützen und Computer an die Schulen geben nebst den Lehrerinnen und Lehrern, die mit ihnen umgehen und Wissen vermitteln können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Umweltpolitik wollen die Grünen endlich den Bereich Altlastensanierung bedarfsdeckend ausstatten. Oder finden Sie es ein gutes Aushängeschild, wenn auch in überregionalen Zeitungen Meldungen über verseuchten Boden im Gewerbepark Hansalinie oder auf dem Vulkan-Gelände auftauchen? Auch im Interesse, einer weiteren Rufschädigung Bremens entgegenzuwirken, ist es, endlich den Bremerinnen und Bremern, die sich an der lokalen Agenda 21 beteiligt haben, die Bestimmung über Mittel zu geben, um nach und nach Projekte zu realisieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mittlerweile gehört es zum guten Ton, Investitionen in Gesundheitseinrichtungen als Standortfaktor anzuerkennen. Der Investitionsstau von über 200 Millionen DM in den Krankenhäusern Bremens spricht eine andere Sprache. Hier und bei der Entwicklung einer Ausbildungsoffensive im Bereich Pflege und Gesundheit wollen wir einen wichtigen Schwerpunkt setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer hier in fast jeder Bürgerschaftssitzung seine große Begeisterung über bürgerschaftliches Engagement feiert, sollte wenigstens die Projekte, Initiativen und Vereine, die genau darauf fußen, vor weiteren Einsparungen bewahren. Dieses Ziel verfolgt unsere Aktion Bürgerinnen-Engagement. Wie kurzfristig und kurzsichtig die Sparpolitik gerade hier zu Werke geht, kann man zum Beispiel beim Rat-und-Tat-Zentrum sehen. Viele Besucher übernachten in Bremer Hotels, gehen hier abends essen und lösen Rezepte in Apotheken ein.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Was war das mit den Rezepten?)

(A) Die fünfte grüne Aktion ist Stadtkultur. Hören Sie erst einmal mit dieser ewigen Quälerei im Kulturbereich auf! Was man da im Haushaltsausschuss erleben konnte, mit welchen Schurigelmaßnahmen Menschen da hingehen mussten und wie sie dort behandelt wurden und wie der ganze Bereich darunter zu leiden hat, das ist wirklich unglaublich. Wie sollen Künstler gutes Theater machen, wenn ihnen die Politik jedes Jahr wieder eine monatelange Spardebatte beschert? Ich kritisiere nicht, dass Sie da Geld nachgeschoben haben, ich kritisiere, dass die Haushaltsanschläge völlig unzureichend waren, dass das jeder gewusst hat und dass man in Kauf nimmt, dass Leute über Monate in Angst und Schrecken versetzt werden.

> Wie soll eigentlich gute Musik gemacht werden, wenn ständig die eigene Existenz in Frage gestellt wird? Wie sollen gute Ausstellungen, Konzerte und Festivals entstehen, wenn Sie die Leute ständig zwingen, sich mit ihrem eigenen Überleben zu beschäftigen? So eine gnadenlose Verschwendung!

> > (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unsere Aktion zielt darauf, einen ausgeglichenen Kulturhaushalt zu garantieren. Wer Verträge mit der Rennbahn, Herr Eckhoff, für Millionen schwer hält, sollte seinen mit Herrn Pierwoß mindestens einhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der dritte Baustein der grünen Haushaltsvorschläge bezieht sich auf den Bereich, der bei Ihnen traditionell ziemlich kurz kommt: die Entschuldung. Schon heute ist die konsumtive Finanzierungslücke niedriger als der Schuldendienst. Oder anders: Ohne die gigantische Schuldenlast könnte Bremen mit den laufenden Einnahmen zurechtkommen. Dass der Sanierungszeitraum nicht offensiver für die Schuldentilgung genutzt wurde, ist ein zentraler Fehler Ihrer Politik. Ihn wird man in naher Zukunft ähnlich bewerten wie die offensive Einstellungspolitik in den öffentlichen Dienst zur Behebung der Arbeitslosigkeit Anfang der achtziger Jahre.

Sie scheuen nicht davor zurück, für Ihre überdrehte Investitionsmaschinerie Vermögen zu verkaufen, über die Vorlage will ich mich heute nicht äußern,

(Zuruf von der CDU: Die haben wir doch noch gar nicht!)

die können wir ja dann beim nächsten Mal in Ruhe besprechen, die laufenden Haushalte im Bereich Wirtschaft und Häfen völlig zu überbuchen und über so genannte kreative Finanzierungsinstrumente wie Kreditaufnahmen über den Kapitaldienstfonds und Ihre zahlreichen Gesellschaften trotz der Sanierungszahlung des Bundes Schulden zu machen, schlicht und einfach Schulden!

Man muss es Herrn Senator Perschau wohl glauben, dass er die genauen Summen der Schulden außerhalb des Haushaltes gar nicht kennt. Wie nennt man das eigentlich, wenn mit großem Getöse ein rosaroter Sanierungsbericht vorgelegt wird, der die Kreditaufnahme außerhalb der Haushalte schlicht und einfach verschweigt?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

So stimmt jedenfalls weder die von Ihnen angegebene Zins-Steuer-Quote noch die Pro-Kopf-Verschuldung. Zu dieser ganzen Trickserei sagte der Präsident des Landesrechnungshofs, und diese Position haben sich die Grünen zu Eigen gemacht: Was man sich konventionell finanziert nicht leisten kann, kann man sich alternativ finanziert auch nicht leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unter dem Mäntelchen der Verwaltungsreform wird ein Labyrinth öffentlicher Gesellschaften angelegt, über 70 sind es mittlerweile, über die es nach wie vor keine vollständige und umfassende Kontrolle gibt. Diese Staatsräteimperien haben zwei Nutzen: Entziehen der parlamentarischen Kontrolle und verdeckte Kreditaufnahme. Das sage ich Ihnen hier mit aller Deutlichkeit. Wir wollen eine stärkere Entschuldung. Nur so können in Zukunft Spielräume für eine bürgernahe Politik zurückgewonnen werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden alles in unserer Kraft Stehende tun, um Ihrem äußerst lockeren Umgang mit den Haushaltsgesetzen einen Riegel vorzuschieben. Dass Ihnen teilweise selbst nicht ganz wohl ist, zeigt eine herrliche Passage aus der Mitteilung des Senats, Fortschreibung der Finanzplanung, Drucksache 15/250, die hier auch zur Beratung vorliegt. Da heißt es: "Der Senat stellt fest, dass bei der Anmeldung und Bewertung von Investitionsmaßnahmen die Aspekte Prioritätensetzung aus Sicht der Bereiche, Investitionskategorien und Vorlage von Kosten-Nutzen-Untersuchungen nach Paragraph 7 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung zukünftig stärker zu beachten, "Sie wollen die Gesetze künftig stärker beachten,

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ja schon einmal ein Anfang!)

das ist gut! Da sind Sie auf einem guten Weg, wir allerdings werden nicht eher locker lassen, bis Sie sie beachten, und zwar vollständig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

(A) Sparen und Investieren und Schulden tilgen geht auch ohne Großmannssucht, ohne "der Zweck heiligt die Mittel", ohne teure Staatsräteimperien, ohne Beschwörungen und Exkommunikationsdrohungen, ohne kreative Rechtsauslegung. Wir wollen es bescheidener, bürgernäher, rationaler und gesetzeskonform.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute einen Haushalt vor einer sehr schwierigen Ausgangslage. Wir sind weiterhin in einem Sanierungszeitraum, und der Landeshaushalt, den wir verabschieden, heute zusammen mit den Beratungen auch des Stadthaushaltes, hat nicht nur wichtige Tendenzen für den Bereich der Stadt Bremen, sondern natürlich auch für den Bereich Bremerhaven.

Bevor ich allerdings noch einige Beispiele nenne, möchte ich mich erst einmal im Namen der CDU-Fraktion ganz herzlich bei den Mitgliedern der Haushaltsausschüsse bedanken, speziell bei dem Kollegen Zachau als Berichterstatter, der hier in sehr nüchterner Art und Weise sehr treffend bestimmte Sachen auf den Punkt gebracht hat, und bei allen Mitgliedern, die ihre Arbeit dort geleistet haben, möchte ich mich für die CDU-Fraktion ganz herzlich bedanken.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wir beraten auch den Haushalt der Stadtgemeinde Bremen. Bremerhaven hat seinen Haushalt vor drei Wochen verabschiedet, aber insbesondere auch das, was im Landeshaushalt steht, hat wichtige Signalwirkung für Bremerhaven. 70 Prozent der Kosten der Attraktivitätssteigerung der Innenstadt in Bremerhaven werden gedeckt, die Kofinanzierung des Stadttheaters wurde aus Landesmitteln mit bereitgestellt, die Eröffnung des Erweiterungsbaus des Deutschen Schifffahrtmuseums hatten wir in der letzten Woche zu feiern, und auch Mittel, zum Beispiel für die Verbesserung des Zoos am Meer, sind im Landeshaushalt bereitgestellt.

Ich möchte das an dieser Stelle bewusst hervorheben, weil wir natürlich als Bundesland, insbesondere auch hier im Landtag, eine besondere Verantwortung für den Bereich der Stadtgemeinde Bremerhaven haben. Nur durch Bremen und Bremerhaven stellt sich diese Einzigartigkeit unseres Bundeslandes dar.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn man Frau Linnert gerade so zugehört hat, dann muss man eigentlich den Eindruck haben, wir leben in einem Stadtstaat, in einem Zwei-Städte-Staat, der gar nicht mehr lebenswert ist und der von den Sanierungszielen, die wir uns selbst vorgenommen haben, weit entfernt ist. Frau Linnert, ich habe einen ganz anderen Eindruck, und Herr Zachau hat darauf verwiesen, vor einem Jahr war die Bürgerschaftswahl für dieses Parlament, und Gott sei Dank hatten auch die Bürgerinnen und Bürger einen anderen Eindruck, und deshalb ist die Koalition gestärkt aus der Wahl hervorgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Sie müssen sich überlegen, ob Sie wirklich mit dieser Kritikasterpolitik irgendeinen Wähler an die Grünen binden können oder ob Ihre Abwärtsentwicklung im Bund und im Land nicht weitergehen wird. Mit der Politik werden Sie sicherlich keinen Erfolg haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Blick in den Sanierungsbericht, der in der letzten Woche vorgelegt wurde, zeigt folgende Vergleichszahlen: In Bremen sind die Gesamtausgaben um 1,3 Prozent gestiegen, in den anderen Bundesländern um 1,9 Prozent. Die sonstigen konsumtiven Ausgaben sind 1999 in Bremen um 0,5 Prozent gestiegen, in anderen Ländern um 2,8 Prozent. Die Beschäftigtenzahl ist im öffentlichen Dienst von 1993 bis 1999 um 13,3 Prozent abgebaut worden. Die Investitionsausgaben sind in Bremen um sechs Prozent gestiegen, in anderen Ländern um 0,4 Prozent, und der Abstand zur Pro-Kopf-Verschuldung zum Durchschnitt der anderen Länder ist im Vergleich zu 1993 von 17 300 auf 14 000 DM gesunken. Das sind die Fakten einer erfolgreichen Sanierungspolitik, und das können Sie auch nicht kaputt reden, Frau Linnert!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, nach der Debatte in den letzten Wochen kann man den Eindruck gewinnen oder den Eindruck mitnehmen, der auch draußen existiert, dass das Wort Investitionsprojekt, und auch Frau Linnert hat es wieder so dargestellt, mittlerweile fast ein Schimpfwort in dieser Stadt ist. Ein ganz wichtiger Bestandteil waren die erfolgreichen Projekte in der Vergangenheit: Containerterminal in Bremerhaven, Flughafenausbau, Messehallen. Musical, Schlachte und so weiter. Ein weiterer Bestandteil des zweiten Weges auch in dem Sanierungszeitraum, der zweiten Hälfte der Sanierung, werden auch die zukünftigen Projekte sein. Wir haben den Space-Park auf den Weg gebracht, in diesem Monat wird dort mit den Arbeiten begonnen. Beim Ocean-Park gibt es sicherlich Verzögerungen,

(A) und es gibt Neustrukturierungen, aber das ist doch auch das Risiko, liebe Frau Linnert.

Natürlich können nicht alle Investitionsvorhaben sofort im ersten Schritt klappen, aber Sie lassen sich dann von dem Investitionsvorhaben an sich wegbringen, und wir suchen nach den weiteren Alternativen, das ist die Stärke der großen Koalition, und deshalb haben wir auch eine positive Sanierungsbilanz.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir Schwerpunkte gesetzt, auch in den parlamentarischen Haushaltsberatungen. Ein Schwerpunkt, der der CDU besonders am Herzen lag, war der Bereich der inneren Sicherheit. So ist es gelungen, die Polizei aus der PEP-Quote für die Jahre des Haushaltes herauszunehmen. Wenn die Untersuchung Roland Bergers, die demnächst beginnen wird, keine neuen Erkenntnisse bringt, wird dies auch für die gesamte Legislaturperiode geschehen.

Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass auch in dieser Legislaturperiode die innere Sicherheit, die nämlich den Menschen besonders wichtig ist, Frau Linnert, die Sie mit keinem Wort hier erwähnt haben, ein wichtiger Bestandteil der Politik der großen Koalition ist.

(B) (Beifall bei der CDU)

Wir haben uns weitere Maßnahmen dort vorgenommen, technische Ausstattung bei der Feuerwehr, Schutzwesten für die Polizei als kleinere Haushaltstitel, aber auch als ein deutliches Signal, dass uns dieses Thema auch in dieser Legislaturperiode am Herzen liegt.

Wir haben — Sie haben das angesprochen, und da habe ich Ihre Kritik gar nicht verstanden — einen Schwerpunkt für den Bereich Kultur gesetzt. Wir haben verabredet, dem Kulturbereich zusätzliche Mittel in einer Größenordnung von 9,5 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Das müssen Sie doch begrüßen, Frau Linnert. Sie können doch nicht kritisieren, dass das zu wenig ist, oder wie auch immer.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD — Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Das Geld steht aber real mehr zur Verfügung, Frau Trüpel, das ist keine Mogelpackung, die wir da haben! Das kann der Kulturbereich zusätzlich ausgeben, insofern ist es keine Mogelpackung.

Wir haben aber auch ein Umsteuern im Bereich der Kulturpolitik eingeleitet. Wir wollen eine Stärkung der Projekte, und wir wollen einen Abbau der institutionellen Förderung. Wir wollen eine Stärkung des Bereichs der KMB und einen Abbau in der Kulturverwaltung. Dies sind deutliche Umsteuerungen im Bereich der Kulturpolitik, die wir in Angriff genommen haben.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, aber auch der Bildungsbereich liegt der CDU besonders am Herzen, und insofern haben wir uns schon auf unserer Klausurtagung am 7. November des letzten Jahres mit dem Thema einer verbesserten Ausstattung der Schulen mit neuen Informationstechnologien beschäftigt. Wir haben dort beschlossen, dass unter anderem, beginnend mit dem Schuljahr 2000/2001, jede Schule einen Internetanschluss erhalten und jeder Klassenraum mit mindestens einem PC ausgestattet werden soll. Bis zum Jahr 2005 sollen alle Lehrer und Schüler ab der Jahrgangsstufe sieben jederzeit die Möglichkeit zur freien Nutzung moderner Informationstechnologien haben.

Wir sind froh, dass wir diesen Schwerpunkt mit der zusätzlichen Zurverfügungstellung von zehn Millionen DM pro Jahr in diesem Haushalt einleiten können. Wir hoffen, dass der Bildungssenator jetzt das Geld entsprechend ausgeben wird, so dass möglichst viele Schüler an diesem Programm partizipieren können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso haben wir es erreicht, dass es eine verbesserte Ausstattung mit Lehrern geben wird. Wir wollen, dass aus der verlässlichen Grundschule, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine verlässliche Schule in der Zukunft wird, so dass man sich nicht nur in den Klassen eins bis vier, sondern auch darüber hinaus darauf verlassen kann, dass die Kinder entsprechend Unterricht bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir werden das immer wieder auch als Fraktion einfordern und hoffen, dass die Umsetzung des Programms verlässliche Schule besser läuft als die Umsetzung des Programms der verlässlichen Grundschule, sehr geehrte Damen und Herren.

Aber wir wollen auch in den nächsten Jahren, und das war uns ganz wichtig, nicht irgendwelche Luftbuchungen vornehmen, wie es zum Beispiel drohte bei dem Programm T.I.M.E., sondern wir haben uns mit dem Koalitionspartner darauf verständigt, dass dieses Programm entsprechend aus zusätzlichen Vermögensveräußerungen finanziert wird. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass wir in der Lage sind, aus vorhandenem Kapital tatsächlich in ein modernes Programm wie T.I.M.E. Zukunftstechnologien

(D)

(D)

(A) über Vermögensveräußerungen zu finanzieren. Das ist nach Ansicht der CDU-Fraktion genau der richtige Ansatz, um die Struktur Bremens zu verändern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, und das sage ich ganz bewusst, natürlich auch Umsteuerungen der Schulsysteme. Einzelne privilegierte Schulsysteme dürfen nicht mehr an sich privilegiert sein, sondern sie müssen sich tatsächlich dem Vergleich mit den anderen Schulsystemen stellen. Wenn sie dann unter den gleichen Prämissen Erfolg haben, ist die CDU die letzte Partei, die nicht den freien Elternwillen respektiert, aber nur unter gleichen Ausgangsvoraussetzungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Für die Stabilisierung des Haushaltes, und dies bleibt auch weiterhin eines der Kernziele der Arbeit der CDU-Fraktion, wollen wir den weiteren konsequenten Abbau der konsumtiven Ausgaben. Wir lassen das Ziel nicht aus den Augen, das strukturelle Defizit tatsächlich im Jahr 2005 der Null nahe gebracht zu haben, nach Möglichkeit auf null reduziert zu haben.

Wir wollen weiter konsequente Privatisierungen, weil die Privatisierungen für uns nicht nur einen Haushaltszweck darstellen, sondern weil wir glauben, dass Unternehmen, die bisher in öffentlicher Hand waren, in privater Hand entsprechend positiv Signale setzen können, schneller am Markt reagieren können und damit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Firma eher nützlich als schädlich sind, sehr geehrte Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen weiter den konsequenten Abbau von Verwaltungsaufgaben und Bereichen des öffentlichen Dienstes und auch dort Aufgaben privatisieren. Wir wollen natürlich das weitere Ausweisen von Gewerbe- und Wohnflächen, damit sich die Steuerkraft in diesen Gebieten erhöhen kann.

Zu den Wohngebieten, das Thema hatten wir kurz in der ersten Lesung! Wir wollen, dass die Bürger möglichst schnell die Maßnahmen, die eingeleitet worden sind, zum Beispiel in Brokhuchting oder in der Osterholzer Feldmark, erkennen können, damit genau der Wohnraum vorhanden ist, sehr geehrte Frau Linnert, den Sie eingefordert haben, den Sie aber bei den konsequenten Maßnahmen Brokhuchting, Osterholzer Feldmark blockieren und wogegen Sie Kräfte vor Ort mobilisieren, damit das nicht umgesetzt werden kann. Das ist doch eine Doppelzüngigkeit Ihrer Politik!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wollen aber auch möglichst zügig Gewerbegebiete ausweisen beziehungsweise erfolgreichen Gewerbegebieten entsprechende Erweiterungsmöglichkeiten geben, und dazu gibt es wichtige Themen. Wir verfolgen das in der Hemelinger Marsch. Wir verfolgen das am Airport, und wir verfolgen das natürlich auch im Technologiepark. Eines, lieber Kollege Böhrnsen, geht nicht, sozusagen im Koalitionsausschuss die Süderweiterung des Technologieparks fordern und den Kleingärtnern in der Zeitung mitteilen, dass das ohne den Abbau von Kleingärten geht. Diese Politik werden wir sicherlich auch in der Zukunft nicht akzeptieren. Wenn, dann machen wir das auch gemeinsam, dann können sich nicht Einzelne von den Verabredungen davonstehlen!

(Beifall bei der CDU — Zuruf des Abg. Kleen [SPD])

Na ja, wir hatten uns schon gefragt, ob Sie sozusagen die Kleingärten in Zukunft als Dachterrasse auf den Unternehmen ansiedeln wollen, ob so Ihre kreative Möglichkeit aussieht, meine Kollegen von der SPD!

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Auch wenn Sie sich es noch so leicht vorstellen, beides geht beim besten Willen nicht!

(Abg. Töpfer [SPD]: Aber dafür gibt es Fördermittel, Herr Eckhoff!)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe wirklich gestern noch einmal, als der Antrag der Grünen auf den Tisch kam, versucht darzustellen, wo die Alternativen der Opposition für die nächsten Jahre sind. Ich habe das einmal versucht zusammenzufassen. Die Grünen wollen eine Reduktion der wirtschaftskraft-, steuerkraft- und arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen. Frau Trüpel, wir können natürlich noch einmal einzelne Projekte untersuchen, das ist doch überhaupt gar keine Frage, aber Sie sagen sofort, dann wollen wir den Haushaltstitel, anstatt zu sagen, dann nehmen wir das Geld, das wir dort vielleicht frei bekommen, und stecken es in andere wirtschaftskraftstärkende Projekte. Das wollen Sie gar nicht, Sie wollen insgesamt an die Investitionsausgaben heran. Das ist doch der Ansatz Ihrer Politik. Diesen Ansatz halten wir für falsch.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollen zusammen mit dem Kollegen Töpfer auf den Bau des CT IV verzichten. Es ist doch vor dem Hintergrund der erfolgreichen Zahlen, die gestern wieder die Bremer Lagerhaus präsentiert hat, wirklich Hohn, dass Sie sagen, wir brauchen den (A) CT IV nicht. Damit begraben Sie tatsächlich einen wichtigen Bestandteil der Zukunft der Kommune Bremerhaven, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aber die Krone Ihres Antrages, sehr geehrte Frau Linnert und liebe Damen und Herren von den Grünen, ist wirklich dann der Bereich der Reduktion bei der Wissenschaftspolitik. Wenn man sich das noch einmal genau ansieht, in den Bereichen Bio- und Mikrotechnologie, in den Zukunftsbereichen, die überall, bundes- und weltweit neu definiert werden, wollen Sie reduzieren. Es steht in Ihrem Antrag!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind die Bauvorhaben!)

Aber, lieber Herr Zachau, natürlich sind die Bauvorhaben erste Voraussetzung dafür, dass wir in den Bereichen erfolgreich forschen können.

(Beifall bei der CDU — Zuruf der Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist doch der Punkt! Biotechnologie sozusagen im Zelt wird es auch in Bremen nicht geben, sehr geehrter Herr Zachau!

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie wollen ei(B) nen Verkauf der Messe Bremen GmbH, damit die
Messen dann nicht mehr in Bremen stattfinden, sondern woanders.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Gebäude bleibt doch!)

Sie wollen einen Verkauf des Flughafens, wobei jeder genau weiß, dass Anteile an Flughäfen häufig nur erworben werden, um die Starts und Landungen möglichst auf andere Flughäfen zu ziehen. Das ist doch ein völlig falscher Ansatz der Politik. Das stärkt doch nicht den Standort.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie wollen Mehrausgaben im — —.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Da auf einmal soll es der Staat machen! — Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Frau Trüpel, aber die Aufgaben, die man privatisiert, muss man sich sehr wohl anschauen. Es gibt doch zum Beispiel die Untersuchungen im Bereich Flughafen, ob die Privatisierung Sinn macht. Alle kommen zu dem Ergebnis, dass es im Moment keinen Sinn macht,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagen wir auch!)

diese Anteile zu verkaufen. Nehmen Sie es einfach einmal zur Kenntnis!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie wollen Mehrausgaben im konsumtiven Bereich, lokale Agenda, Selbsthilfe, Sie haben es selbst gesagt. Sie wollen mehr Ausgaben im Bereich der Stadtkultur, und den Boom soll dann das Auswanderermuseum bringen, sozusagen als Ersatz für Tourismusprojekte. Liebe Leute, diese grüne Politik bringt die Bremerinnen und Bremer zum Auswandern, aber sie bringt nichts anderes!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU — —.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich hoffe, dass die vor Ihnen abhauen!)

Ich hoffe, so schlimm ist es noch nicht, Frau Linnert!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich meine es ja nicht persönlich!)

Dann ist es gut!

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU findet in diesem Haushalt deutlich ihre Handschrift wieder. Der Haushalt, den wir verabschieden, ist ein stabiler Haushalt und wird den Weg "Sparen und Investieren" auch weiterhin begleiten. Ich hoffe, dass die Diskussion, die wir in den letzten Wochen über plötzliche Lustverluste hatten, über plötzliche Einsichten, ob hierfür Erweiterungen noch notwendig sind, über mögliche Kongresse, auf denen uns die Sozialisten aus der DDR plötzlich verraten sollen, wie erfolgreiche Wirtschaftspolitik gemacht wird, dass alle diese Meldungen uns nicht Anlass zur Sorge um unseren Koalitionspartner geben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Eine Sanierungskoalition zeichnet es nicht aus, dass, wenn es unbequem wird, immer nur noch ein Koalitionspartner zu sehen ist. Das darf in Zukunft die große Koalition nicht auszeichnen.

(Widerspruch bei der SPD — Abg. Kleen [SPD]: Wir werden euch nicht aus der Pflicht entlassen!)

Wir werden darauf achten, sehr geehrte Damen und Herren, dass sich auch in den nächsten Jahren der (D)

(A) grüne Bazillus nicht weiter bei den Roten einnisten wird

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stärkt die Abwehrkräfte!)

und Bremens Zukunft deshalb Schwächeanfälle bekommt.

In diesem Sinne freuen wir uns natürlich auf die weiteren Beratungen, und ich glaube, dass wir einen guten Haushalt für die nächsten beiden Jahre auf den Weg bringen. — Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden heute den Doppelhaushalt für die Jahre 2000 und 2001 hier beraten, und die große Koalition wird in einer unverantwortlichen Arroganz der Macht diesen Haushalt auch so hier beschließen.

Die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die in den Haushaltsberatungen besprochen wird, wird dazu führen, dass die Bürger erkennen werden, dass Sie durch Ihre unverantwortliche Politik von Arroganz und Macht die Zukunft der Bürger und die Selbständigkeit des Landes Bremen leichtfertig aufs Spiel setzen, meine Damen und Herren. Dieser Haushalt ist nicht ausgeglichen, dieser Haushalt ist nicht genehmigungsfähig. Wir als Deutsche Volksunion behalten es uns vor, das gerichtlich auch feststellen und überprüfen zu lassen, insbesondere bei dem Finanzgebaren durch Schattenhaushalte bei den Bremer Gesellschaften.

(B)

Meine Damen und Herren, eine Haushaltsführung mit einem nicht genehmigten Haushalt kann nur als Ausnahme, nur für einen kurzen Zeitraum, als absolute Ausnahme aufgestellt werden. Aber wer in einem Zeitrahmen bis 2005 keine Aussage zum Erreichen eines verfassungskonformen Haushalts macht, spricht für sich die Bankrotterklärung aus. Sie sind ja nicht einmal in der Lage, wie Sie selbst auf Seite drei des Finanzplans 1999 bis 2005 schreiben, die Auswirkungen des Investitionssonderprogramms, die Sie uns ja immer so als wohltuend und positiv verkaufen wollen, selbst nachvollziehen zu können. Das heißt, selbst Sie sind nicht davon überzeugt, dass ein Wirtschaftswachstum und so weiter im nötigen Umfang erreicht wird.

Meine Damen und Herren, Sie erklären hier hochtrabend, dass Sie bei Personal- und sonstigen konsumtiven Ausgaben nur eine Zuwachsrate von 3,7 Prozent erreichen. Die Wahrheit ist doch aber, wenn Sie die Zuwächse bei den staatlichen, angeblich pri-

vatisierten Gesellschaften dazu zählen, dass Sie genau im Bundestrend liegen. Man fragt sich doch hier, ob der Bürgermeister Dr. Scherf oder aber Herr Keller von der BIG die Regierungsverantwortung in diesem Land hat, meine Damen und Herren.

Die Wahrheit ist doch, dass Senator Perschau das Wort vom Sparen und Investieren geprägt hat, aber der gesamte Senat mit der Senatorin Frau Wischer an der Spitze genau anders herum handelt. Es war eine zu späte Erkenntnis, dass Herr Böhrnsen jetzt auf das Projekt Rhodarium verzichten will, nachdem für dieses unsinnige Projekt schon zirka 11,5 Millionen DM an Planungskosten verschleudert worden sind. Tatsache ist doch, 11,5 Millionen DM hätten eingespart werden können, wenn Sie, Herr Böhrnsen, früher zu dieser Erkenntnis gekommen wären. Deshalb sind Sie diesbezüglich nicht glaubwürdig und für mich ein Schaumschläger, auch weil Ihre SPD-Fraktion die durch Ihren Vorschlag eingesparten Gelder in Millionenhöhe gar nicht einsparen will, sondern gleich wieder für andere Dinge ausgeben möchte.

Meine Damen und Herren, Bremen hat mit dem Rondarium

(Abg. Focke [CDU]: Was ist das denn?— Abg. Frau Hammerström [SPD]: Sie wissen doch noch nicht einmal, was das ist!)

einmal mehr bewiesen, wie sorglos und verschwenderisch es mit Steuergeldern umgeht. Das wäre vermeidbar gewesen — hören Sie doch einfach zu, dann werden Sie das schon begreifen! —, das wäre vermeidbar gewesen, wenn Sie sich nicht wieder einmal in einer unbeschreiblichen Arroganz über die Sorgen und Interessen unserer Bevölkerung gestellt hätten und hinweggesetzt hätten.

Ebenso könnte man bei einer Nicht-Sanierung der Galopprennbahn Millioneneinsparungen vornehmen. Bei einem Verzicht auf die Space-Park-Subvention könnte man weitere zirka 30 Millionen DM einsparen, ebenso durch Ihre unsägliche Asylpolitik Hunderte von Millionen DM im Jahr. Bei einer Beerdigung des Ocean-Parks können noch einmal zirka 85 Millionen DM eingespart werden. So geht es hier weiter.

Ebenso, meine Damen und Herren, ist Ihr Bahnhofsvorplatz als Millionengrab anzusehen, eine Fehlplanung sondergleichen, ein Lehrstück über Pleiten, Pech und Pannen! Der Bahnhofsvorplatz ist zu einem Trinkertreff mit Hundeklo verkommen. Eines der teuersten Grundstücke der Stadt bepflastern Sie mit 300 Fahrradbügeln. Die Liste der politischen und planerischen Fehlleistungen ist aber damit längst noch nicht beendet. Ein Postzentrum, das mit einem dreistelligen Millionenbetrag aufgerüstet wurde, ist jetzt eine Investitionsruine. Der Umzug des Plastik-

(A) neumonds für 150 000 DM ist dagegen für Sie ja nur Kleingeld.

In den Sand gesetzt wurden eben einmal so Millionen DM für das Granitpflaster des Bahnhofsvorplatzes, auf Deutsch gesagt also sinnlos verschleudert und in den Sand gesetzt. Beispiel "grüne Wiese" vor dem Übersee-Museum! Vor dem 60 Millionen DM teuren Umbau, wo die Busse abfuhren, lagern jetzt Mitglieder der Bremer Trinker- und Chaotenszene. Dazu Herr Rössler vom Hotel "Zur Post", ich darf zitieren: "Fast täglich kommen Polizei und Krankenwagen, weil sich diese Herrschaften prügeln."

Meine Damen und Herren, das ist eine tolle Visitenkarte Bremens, muss ich schon sagen! Mehrere Gastronomen, die die Grünfläche bewirtschaften wollten, wurden von den Behörden abgelehnt. Ich frage mich, warum wurde es abgelehnt? Ihre Feiertagsstimmung von damals ist längst verflogen, und nun will es keiner mehr gewesen sein und dafür verantwortlich sein.

Meine Damen und Herren, bedenken Sie bitte, bei den von Ihnen verschleuderten Millionen handelt es sich um Steuergelder, für die hart gearbeitet wurde. In den von Ihnen so verschleuderten Geldern steckt die Arbeitszeit vieler Menschen und damit deren Lebenszeit. Dass Sie das niemals vergessen werden, dafür stehe ich hier im Namen der Deutschen Volksunion. Ich fordere Sie hiermit im Namen der Deutschen Volksunion auf, zum Wohle der Bevölkerung alle unnützen Projekte sofort einzustellen und mit diesen unerträglichen Steuergeldverschwendungen aufzuhören!

Die Sozialdemokraten haben dieses Land völlig ruiniert, und jetzt stehen Sie davor, das den Bürgern zu erklären. Aber dazu fehlt Ihnen der Mut. Ihre angeblichen Zukunftsinvestitionen sind nur Denkmäler für gescheiterte Politiker, die ab 2005 den Offenbarungseid dafür leisten müssen, meine Damen und Herren. Gut begründet waren auch die Gelder, die zur Unterstützung des Vulkan flossen, nun aber von allen Bremer Bürgern und Bürgerinnen als Verlust mitgetragen werden müssen. Hier, meine Damen und Herren der SPD und der Gewerkschaften, haben Sie die Werftarbeiter und die Arbeiter insgesamt, die Ihnen noch vertraut haben, die Sie noch gewählt haben, schamlos aus Eigennutz verraten und verkauft. Die Quittung für den schäbigen Verrat an den Arbeitern haben die Gewerkschaften ja auch bekommen. Ich darf zitieren, Herr Präsident, "Bild"-Zeitung: "Gewerkschaften: Ein Riese schrumpft."

(Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Tatsache ist auch — Herr Jägers, ja, lachen Sie ruhig, das wird Ihnen gleich vergehen! —, es laufen den Gewerkschaften die Mitglieder in Scharen davon, also Mitgliederschwund ohne Ende!

(Abg. Töpfer [SPD]: Wir sind hier in den Haushaltsberatungen!)

Darum müssen sie jetzt sogar zehn Millionen DM für Mitgliederwerbung ausgeben. Gerade die Jugendlichen sind es leid, sich von den Gewerkschaften quasi in eine Art Zwangsmitgliedschaft einfangen, ausnützen und missbrauchen zu lassen. Herr Jägers kann jetzt ja hier nach vorn kommen, Sie können jetzt hier nach vorn kommen und mit einem glückseligen Gesicht eines "Wachturm"-Verkäufers hier erklären, die Gewerkschaften könnten sich vor Neueintritten kaum mehr erwehren, kaum retten, das glaubt Ihnen keiner mehr, das ist eine Lüge.

Meine Damen und Herren, fangen wir doch jetzt einmal bei der Frage Schuldenentwicklung an! Am Beginn der Sanierung hatten wir 17 Milliarden DM, ich betone es noch einmal laut, 17 Milliarden DM, und langsam, 17 Milliarden DM Schulden. Am Ende der Sanierung werden wir, damit der Bürger es auch mitbekommt, 20 Milliarden DM Schulden haben, meine Damen und Herren.

Obwohl diverse Schuldentitel in Schattenhaushalten der öffentlichen Gesellschaften und den Kapitaldienstfonds versteckt worden sind, nimmt der Schuldenstand in dem ordentlichen Haushalt um etwa drei Milliarden DM zu. Allein daraus ergibt sich eine Zahlungsverpflichtung von zirka 180 Millionen DM. Nehmen wir die Schattenhaushalte dazu, sind es zirka 250 Millionen DM, und das, meine Damen und Herren, Jahr für Jahr konstant! Diese Tatsache ist unverantwortlich.

CDU und SPD haben für zirka zwei Milliarden DM bremisches Vermögen verkauft. Sie haben von Bonn und dann von Berlin über 16 Milliarden DM Sanierungshilfe erhalten. Sie haben es trotzdem geschafft, den Schuldenstand des Landes Bremen erheblich auszuweiten. Herr Senator, das ist keine Sanierung, das ist ein Desaster!

Genauso negativ ist Ihre Einschätzung über die zu erzielenden Vermögensveräußerungen im Jahr 2000 mit 51,4 Millionen DM und im Jahr 2001 mit 105,3 Millionen DM. Sie verscherbeln das letzte Tafelsilber, und wir haben dann trotzdem im Jahre 2002 und darüber hinaus immer noch ein immenses Finanzierungsloch. Sie können einen Haushalt nicht durch Verkäufe von Tafelsilber finanzieren. Man kann das, was man hat, nur einmal verkaufen, und dann ist Ende, Schichtende.

Meine Damen und Herren, bei der Frage von Personalausgaben stimmt Ihre Rechnung doch jetzt schon hinten und vorn nicht mehr. Sie haben bei den Dienst- und Versorgungsbezügen eine Steigerung von jährlich 1,5 Prozent einkalkuliert. Nach dem Stand der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst

(D)

(A) ist Ihre Rechnung grundlegend falsch und unseriös. Auch Ihre Berechnungen der Steuereinnahmen sind doch wie das Pfeifen im dunklen Keller zu verstehen. Ihre Steigerungsrate in 2001 um 3,5 Prozent entspricht doch in keiner Weise der Realität.

(Glocke)

Ich beende jetzt den ersten Teil, ich habe leider nur zehn Minuten. Ich melde mich gleich noch einmal zu Wort. Also seien Sie beruhigt, Sie sind mich noch nicht los. Freuen Sie sich nicht zu früh! — Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es fällt schon ein bisschen schwer, nach diesem Redebeitrag hier fortzusetzen, aber ich denke, er ist es in keiner Weise wert, überhaupt darauf einzugehen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Tittmann [DVU]: Schön, genau wieder den Nerv getroffen!)

Wir haben heute die zweite Lesung des Haushaltes vor uns, und ich glaube, mit Recht sagen zu dürfen, dass wir mit den vorgelegten Haushalten für 2000 und 2001 nicht nur einen Silberstreifen am Horizont aufzuweisen haben, sondern dass dies wirklich ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Haushaltssanierung unseres Landes und der Kommunen Bremen und Bremerhaven ist.

(B)

Vorab möchte ich noch etwas zu den Rahmenbedingungen sagen. Auch die Rahmenbedingungen der Sanierung Bremens haben sich entscheidend geändert. In den vergangenen Haushaltsberatungen haben wir regelmäßig hier gestanden und zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Steuerschätzungen nach unten zu revidieren waren, was immer mit immensen zusätzlichen Anstrengungen verbunden war. Der Sanierungsbericht gibt Auskunft darüber und beziffert auch die unveränderte Größe 6,5 Milliarden DM, die in den letzten Jahren der Stadt Bremen, der Stadt Bremerhaven und dem Land an Einnahmen gefehlt haben und die zusätzlich zu einer Verzögerung beim Erreichen des Sanierungsziels geführt haben.

Heute können wir feststellen, dass es auch dank der neuen Bundesregierung gelungen ist, Planungssicherheit zu schaffen, auch was die Steuerschätzungen anbelangt, und dass wir in der glücklichen Situation sind, abschließende Sanierungszahlungen vom Bund und den Ländern zu erhalten. Wir Sozialdemokraten sind willens und fähig, diese Chance für Bremen zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Die jetzt vorgelegten Haushalte sind ein Ausdruck einer verantwortungsbewussten Haushaltssanierungspolitik. Die Anträge der Koalitionsfraktionen, die Ihnen heute vorliegen und von denen ich ausgehe, dass wir sie auch beschließen werden, werden zu einer Veränderung des Haushaltsvolumens, das der Senat uns vorgelegt hat, in Höhe von 25 Millionen DM führen. Ich denke, das ist ein Ausdruck äußerster Zurückhaltung. Ich kann mich als Haushälterin nur bei allen Kollegen in den Fachdeputationen dafür bedanken, wie verantwortungsbewusst doch mit den einzelnen Haushalten umgegangen wurde und dass sich die Verbesserungen, die wir hier herbeiführen, auf das Wesentliche beschränken. Ich glaube, wir stehen in Kontinuität der vergangenen Haushalte im Sanierungszeitraum, und dies ist auch der Garant dafür, dass diese Sanierung mit Erfolg zu Ende gebracht wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik zukunftsfähig zu gestalten heißt auch, in Kinder und Jugend zu investieren. Das führen ja auch Sie in Ihrem Antrag auf, Frau Linnert. Ich bin allerdings im Gegensatz zu Ihnen der Meinung, dass dieser vorgelegte Haushalt der Koalitionsfraktionen mit den Änderungsanträgen auch eindeutig in die richtige Richtung weist. Wir werden mit der Offensive im Bildungsbereich, aber auch mit dem Programm T.I.M.E. gerade auch diese Qualifikation hier im Lande erzeugen, die wir benötigen, damit wir auch zukünftig Wachstum generieren können und unseren Kindern eine Stadt und ein Land mit Zukunft bieten können.

(Beifall bei der SPD)

Dies, liebe Frau Linnert, sind keine Investitionen in Beton, wie Sie uns ja gern vorwerfen, sondern das sind Investitionen in Köpfe. Das ist die wichtigste Ressource, die wir hier überhaupt, auch als begrenzter Stadtstaat, zu bieten haben. Diese Investitionen werden wir tätigen.

Wer allerdings, wie in Ihrem Antrag — Herr Eckhoff ist darauf schon eingegangen —, die derzeitige Notwendigkeit von Hochschulbauten anzweifelt und aus dem Wissenschaftsbereich vorgesehene Investitionen einsparen will, um damit konsumtive Ausgaben zu tätigen, wer diese Umschichtung von dem Wissenschaftsbereich für die wichtigen Investitionen in konsumtive Bereiche tätigen will, der vergeht sich hier sträflich an der Zukunft unserer Kinder. Nichts anderes wollen Sie, schauen Sie nach, wo Sie mit Ihrem großen Bedauern anführen, wo gespart werden muss und weshalb Sie gegensteuern wollen! Sie selbst haben vorhin das Beispiel gebracht, Sie wollen als Grüne erst einmal essen und trinken. Das sind eindeutig konsumtive Sachen, dafür wollen Sie dieses Geld verwenden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) Wir Sozialdemokraten sind jedenfalls stolz darauf, dass es uns auch mit der Verabschiedung des HGP 3 gelungen ist, einen entscheidenden Beitrag zur Umstrukturierung unserer Haushalte zu leisten. Zukünftig wird es im Wissenschaftsbereich vermehrt Ausgaben geben, das ist uns seit längerem bekannt, und das ist eine gewollte Umstrukturierung von konsumtiven Ausgaben hin zu investiven, die auch zukünftige Generationen voranbringen und die auch den Nutzen davon haben werden.

Sie haben in den Haushaltsberatungen die Anträge, die Sie hier als einen Antrag einbringen, schon im Einzelnen vorgestellt. Ich sehe es genauso wie meine Vorredner, dass Sie die Absicht haben, hier bei den Investitionen zu kürzen. Das machen Sie einfach pauschal, Sie stellen sich nach wie vor hin, Sie haben in den ganzen Jahren nichts gelernt, und sagen, die Investitionen sind zu hoch, wir streichen da etwas weg. Nun reden Sie sich heraus und sagen, das sind ja nur zehn Prozent, damit stimmen Sie 90 Prozent des Investitionsvolumens zu. Sie stimmen ja noch nicht einmal unseren Maßnahmen zu, sondern lediglich dem Investitionsvolumen. Das haben Sie eben hier noch einmal ganz deutlich gesagt.

Wir wären gern bereit gewesen, auch über Ihre Vorschläge der Einsparmöglichkeiten bei den Investitionen zu diskutieren, und ich kann mich gut daran erinnern, dass wir dies auch im Rahmen der Haushaltsberatungen getan haben, zum Beispiel bei der Frage des Baggerguts, bei der wir uns alle gemeinsam seit Jahren darüber ärgern, wieviel Geld wir eigentlich in der Stadt, in diesem Land ausgeben müssen, um Matsch zu beseitigen. Dieses Geld könnten wir auch woanders sinnvoll einsetzen.

Hier kommt von Ihnen der Vorschlag, man kann diese Position kürzen. Wir haben allen Ernstes im Haushaltsausschuss nachgefragt, was denn dahinter steckt, weil man vielleicht von den Grünen etwas hätte lernen können und man dann gemeinsam hätte entscheiden können, wie dieses Geld anderweitig hätte genutzt werden können. Da gab es schlicht und einfach keine Antwort. Es war ganz klar, das war heiße Luft und weiter nichts!

(Beifall bei der SPD)

Auch Sie zeigen hier weiterhin keine Alternativen auf. Der von uns vorgelegte Haushalt ist alternativlos. Von Ihnen jedenfalls kommt keine!

Zu den einzelnen Schwerpunkten ist etwas gesagt worden. Ich gehe auch davon aus, dass das die Fachpolitiker noch einmal aufgreifen wollen.

Ich möchte auch noch auf etwas anderes eingehen. Sie haben hier kritisiert, dass wir es mit den Haushaltsgesetzen nicht so ernst nehmen. Das weise ich hier ganz entschieden zurück.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müssen Sie ja!)

Das muss ich nicht nur, davon bin ich auch überzeugt! Wir Parlamentarier werden selbstverständlich darauf achten, dass hier die Haushaltsgesetze eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir bestätigen das auch noch ganz ausdrücklich mit einem weiteren Antrag, der Ihnen hier seitens der Koalitionsfraktionen vorliegt. Er bezieht sich nämlich auf den Kapitaldienstfonds, auf die Richtlinien zum Kapitaldienstfonds und auch auf das jetzt genutzte Instrument der Vorfinanzierung aus dem Kapitaldienstfonds. Wir stehen ausdrücklich zu der Möglichkeit, Maßnahmen, die uns schon heute etwas bringen, aus beschlossenen Programmen der Zukunft vorzuziehen. Hierfür soll es klare Kriterien geben, die hat der Senat auch in seiner Vorlage aufgeführt. Wir als Haushaltsgesetzgeber gehen so weit und legen Ihnen heute den Antrag vor, diese Kriterien auch ins Haushaltsgesetz zu nehmen. Das heißt, wir geben dem Ganzen auch noch einen gesetzlich verbindlichen Charakter.

Es ist richtig, dass wir Maßnahmen, von denen wir heute schon profitieren können, vorziehen und dass wir die Möglichkeiten dafür nutzen. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir irgendwelche dubiosen Schattenhaushalte machen würden, und das wissen Sie ganz genau. Hinsichtlich der Transparenz ist wirklich jede einzelne Maßnahme in dem Volumen auch aufgeführt und auch Bestandteil der Kreditermächtigung, die wir hier erteilen. Das ist nichts Nebulöses, was da geschieht, das ist richtig.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch Nebel ist richtig!)

Ja, auch Nebel kann richtig sein, natürlich! Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir es hier mit einem verantwortungsbewussten Umgang, auch mit der Mittelbindung für zukünftige Haushalte, zu tun haben.

Herr Zachau, ich möchte mich ausdrücklich für die Rede, die Sie als Berichterstatter gehalten haben, bei Ihnen bedanken. Ich glaube, in einigen Punkten hat Frau Linnert das sicherlich nicht so geteilt. Ich verstehe zumindest ihren Angriff auf den Haushaltsausschuss hinsichtlich des Kulturhaushaltes nicht. Sie hat uns vorgeworfen, dass wir im Haushaltsausschuss im Kulturbereich die Leute in Angst und Schrecken versetzt haben. Das kann ich als Haushälterin nur entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ganz im Gegenteil, wir haben diesem Bereich, dem zuständigen Senator und der Fachdeputation zusätzliche Möglichkeiten eingeräumt, die Probleme dort zu lösen! Wir haben uns bereit erklärt, eine (D)

(D)

(A) Sondersitzung zu machen, und Herr Zachau hat es ja vorhin richtig festgestellt: Wir als Haushälter haben die Aufgabe, haushaltstechnisch zu überwachen und umzusetzen, dass die Haushalte im Rahmen der vorgegebenen Eckwerte aufgestellt werden. Das war in diesem Bereich leider nicht der Fall und ist es leider auch noch nicht für das Jahr 2001.

Ich glaube aber, dass wir gemeinsam mit den Fachdeputierten auch hier zu einer Lösung kommen werden. Wir werden im September dann darüber zu entscheiden haben, wie das für den Kulturbereich im Einzelnen auszusehen hat. Ich weise aber hiermit die Kritik am Haushaltsausschuss zurück! Das ist nicht unser Problem gewesen, und nicht wir sind diejenigen gewesen, die die Leute in Angst und Schrecken versetzt haben. Fassen Sie sich an die eigene Nase! Wer hier populistisch durch die Stadt rennt, alles kaputt redet und alles schon daniederliegen sieht, der verbreitet Angst und Schrecken, nicht wir als Haushälter.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Sie können sich mit denjenigen zusammentun, die heute in der "taz" einen Artikel geschrieben haben unter der Überschrift "Ein Jahr Koalitionsneuauflage", die die große Koalition hier nur noch als Verwalter einer finanzpolitischen Misere sehen und die uns eigentlich nahe legen, sich Gedanken über das Ende eines Bundeslandes zu machen. Diese Worte könnten aus Ihrer Feder stammen.

(B)

Wir sind weit davon entfernt. Wir gestalten die Zukunft dieses Landes. Wir legen Ihnen einen Haushalt vor und diskutieren den Finanzplan des Senats, der eindeutig aufzeigt, dass es uns gelingen wird, im Jahre 2005 diesen wichtigen Schritt im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu machen.

Was die Frage von Vorfinanzierung anbelangt, an dieser Stelle noch ein Zitat: "Genau zu wissen, wieviel von der Zukunft in die Gegenwart eingehen kann, ist das Geheimnis einer guten Regierung." Das ist von Victor Hugo, der lange vor unserer Zeit gelebt hat. Man könnte meinen, es ist geradezu für unsere Diskussion um die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben geschrieben. — Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin etwas erstaunt, muss ich schon sagen, dass Sie nach dem Beginn der großen Koalition und bei der Abgabe der Regierungserklärung des Präsidenten des Senats

Bremerhaven in der Regierungserklärung einen Stellenwert einräumen, der bisher noch nicht da gewesen war, und jetzt in einer Haushaltsdebatte Bremerhaven ganz außer Acht lassen. Das erstaunt mich schon.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht habe ich ja ein gewisses Verständnis dafür, dass Sie die Versprechen, die durch die Regierungserklärung abgegeben worden sind, wirklich nicht einhalten werden und dass Sie den schlechten Start, der Bremerhaven betrifft, so ein bisschen vertuschen wollen und dass die Liebeserklärungen, die abgegeben worden sind, nicht eingehalten worden sind. Wenn man zum Beispiel an die Rede des Präsidenten des Senats vor dem Schaffermahl denkt, die Bevölkerung von Weddewarden als Piraten zu bezeichnen, glaube ich nicht, dass man das mit einer Liebeserklärung verwechseln kann, meine Damen und Herren.

Ich kann auch verstehen, wenn Sie auf eine Bremerhaven-Debatte verzichten wollen, um den Kollegen Töpfer zu schonen, der sich ja sehr exponiert zum Ausbau von CT IV geäußert hat, auch eine sehr interessante Debatte, die hier in diese Runde gehört, meine Damen und Herren, und die Sie einfach nicht verdecken können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Töpfer [SPD]: Das hat doch mit Bremerhaven nichts zu tun!)

Sie haben einfach Angst vor den realen Fakten. Herr Eckhoff, wenn Sie sich hier hinstellen, wie Sie das eben getan haben, und den Superflop Ocean-Park jetzt auch noch als zukünftige Stärke hinstellen, dann lässt das nichts Gutes für den Neuanfang vermuten, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Eckhoff [CDU]: Warten wir es ab!)

Indem Sie hier den Pappkameraden Auswanderermuseum aufbauen und unseren Antrag schlecht machen, wird eine der letzten und guten Möglichkeiten der Darstellung, nämlich die Auswandererausstellung in Bremerhaven, von Ihnen ins Lächerliche gezogen. Das, denke ich, kann man als Bremerhavener Abgeordneter auch so nicht hinnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen daran erinnern, was gesagt worden ist, und wir wollen das überprüfen, das ist unsere Aufgabe, wenn in der "Nordsee-Zeitung" vom 3. Juli im letzten Jahr geschrieben wird: "Scherfs letzte Aufgabe für seine Periode ist die Erreichung des Struk-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) turwandels in Bremerhaven. "Wie man jetzt hört und gelegentlich auch lesen kann, macht der Präsident des Senats ja noch etwas weiter, das heißt also, die Lösung dieser Aufgabe wird sich noch etwas hinziehen, meine Damen und Herren.

Ich glaube, der Präsident des Senats wird noch gebraucht, um gute Stimmung zu verbreiten, um Psychologie zu machen. Gute Stimmung, Psychologie ist auch in der Wirtschaftspolitik gut und wichtig, das ist gar keine Frage, aber reine Placebos für die Bevölkerung, das reicht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen an das Versprechen des Bürgermeisters Perschau erinnern, der in der gleichen Ausgabe der "Nordsee-Zeitung" berichtet hat, die Überprüfung der Hoheit und die Überführung der stadtbremischen Häfen in Landeshäfen müssten endlich in ein offizielles Verfahren eingeleitet werden.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Dahaben wir auch noch ein Wörtchen mitzureden!)

Wo ist denn das offizielle Verfahren, meine Damen und Herren, oder ist das auch nur ein Versprechen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sagen jedenfalls, ein Versprechen ist der falsche Weg. Führen Sie sich nur einmal vor Augen, wie die Situation in Bremerhaven außerhalb dieses Hauses, außerhalb der ideologischen Fronten wahrgenommen wird! Betrachten Sie einfach nur einmal die landeseigene Presse,

(Abg. Töpfer [SPD]: Landeseigene?)

wenn dort über den Kollegen Töpfer und seinen CT-IV-Plan berichtet wird, dann heißt es: CT IV weg, die Häfen weg, was hat Bremerhaven denn sonst? So war es im "Weser-Kurier" zu vernehmen. In Kommentaren im "Weser-Kurier" ist zu lesen, man sollte den CT IV nicht ankratzen, das sei die einzige Chance für Bremerhaven. Das ist doch ein Zeichen dafür, wie wenig der Strukturwandel in Bremerhaven bisher gegriffen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es hat auch eine Meinungsumfrage, Sie sind ja immer für Meinungsumfragen, die den Erfolg der Politik der großen Koalition messen, über die Politik der großen Koalition in Bremerhaven gegeben.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Bei den Wahlen!)

Die ist 14 Tage alt, da waren die Wahlen lange vorbei, und die ist doch, ich sage einmal, recht düster ausgefallen, meine Damen und Herren. Der Erfolg der Politik der großen Koalition hat sich in den Köpfen der Bevölkerung offensichtlich noch nicht niedergeschlagen. Dafür können nicht die Grünen als Bremser etwas, sondern das muss an der erfolglosen Politik der großen Koalition liegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben das auch immer gesagt und betont, aber auf uns hört hier ja keiner,

(Lachen und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

aber das wider besseres Wissen, meine Damen und Herren!

Deswegen möchte ich einen etwas profilierteren Zeitzeugen zitieren, den Wirtschaftsprofessor Dr. Haller, der auf Einladung der Christdemokratischen Union in der letzten Woche in Bremerhaven war und über den Strukturwandel referiert hat. Der erste Satz, den er gesagt hat, hieß: "Das gibt es doch gar nicht, dass ein Bundesland so einfach aufgelöst wird." Halten Sie diese Aussage für einen Beleg erfolgreicher Sanierungspolitik?

Haller weiter zu Bremerhaven: "Bei den Dienstleistungen liegt Bremerhaven extrem weit unter dem Bundesdurchschnitt." Haller: "Ich vermisse die programmatischen Gesamtvorstellungen, die Leitbilder."

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Wir auch!)

Was wollen wir eigentlich in dieser Stadt in den nächsten zehn Jahren erreichen? Ja, meine Damen und Herren, das ist doch die zentrale Frage, die Sie sich erst einmal am Anfang einer Sanierungspolitik stellen müssen, damit Sie den Erfolg auch messen können. Sie haben keine Leitvorstellungen, von daher haben Sie auch keine Maßnahmen entwickeln können, die diese Ziele erreichen können. Von daher ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass Ihre Politik in der Erfolglosigkeit enden wird, meine Damen und Herren. Jedenfalls sind die Töne von Professor Dr. Haller etwas moderater, etwas anders als die Lobhudeleien, die wir sonst über die Situation zu hören bekommen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Was sagt er uns nun?)

Wie sind die Fakten? Das sage ich Ihnen. Bremerhaven hat die höchste Arbeitslosenquote im Westen dieser Republik. Gegen den Bundestrend nehmen die Ausbildungsplätze ab, und die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt zu. Die Ausgaben für Forschung und

(D)

(A) Entwicklung pro Kopf liegen am Schluss dieser Republik. Wie sehr bisher die Attraktivitätssteigerung dieser Stadt im Investitionsprogramm eine Rolle gespielt hat, sieht man zum Beispiel daran, dass man überall in den Hauptstraßen noch auf den Straßenbahnschienen wandeln kann, auf denen vor Jahren einmal die Straßenbahn gefahren ist. Nur jetzt sind sie oberflächlich mit Bitumen verschmiert. Ein Vorschlag von mir: Stadtspaziergänge auf den alten Straßenbahnschienen, auch ein Event, nur nicht für auswärtige Touristen, meine Damen und Herren!

(Abg. Töpfer [SPD]: Davor warnen Orthopäden, auf den Straßenbahnschienen zu laufen!)

Wo wir schon bei dem Stichwort "maritimer Tourismus" sind, da würde ich sagen, das ist ein ganz dunkles Kapitel. Fünf Jahre, natürlich! Das war aber im Zusammenspiel von Landespolitik und Kommunalpolitik. Da haben Sie beide in Verantwortung der großen Koalition diesen Flop produziert, meine Damen und Herren. Das muss man auch einmal sagen! Ein ganz dunkles Kapitel! 24 Millionen DM sind für die Köllmann-Planung ausgegeben worden für nichts und wieder nichts. Nennen Sie das einen Erfolg Ihrer Politik?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die sind einfach weg! Fünf Jahre Planungszeit sind vergeben!

(B)

Was gibt es noch für Köllmann-Schäden? Der Zoo am Meer kann nicht mehr integriert werden. Ich frage Sie: Wohin auch? Das Aquarium wird amputiert und nach Kaliningrad verschoben. 30 Prozent der Besucherströme gehen damit diesem Zoo zukünftig verloren, meine Damen und Herren. Halten Sie das für einen Erfolg Ihrer Politik?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Auswanderermuseum sollte ebenfalls in die Köllmann-Planung integriert werden. Natürlich kann es das jetzt nicht mehr. Ich frage Sie: Wohin auch? Fünf Jahre auch in dieser Debatte vergeben! Es wird kein eigenständiges Auswanderermuseum in Bremerhaven geben, wie es einmal von den Privatinitiatoren angeschoben und geplant worden ist.

(Abg. Töpfer [SPD]: Wersagt das überhaupt?)

Zumindest ist kein Ansatz in Ihrem Haushalt zu erkennen, Herr Töpfer!

(Abg. Töpfer [SPD]: Lassen Sie sich überraschen!)

Von daher sind wir sozusagen bereit, einen Haushaltsantrag für den Bau, für den Betrieb eines Auswanderermuseums zu stellen, den Sie hier auch noch ablehnen werden. Das ist der Skandal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich brauche mich über die Expo-Projekte jetzt gar nicht im Einzelnen auszulassen. Jeder weiß, welcher Flop hier zu verzeichnen ist. Oceanis, ein Anhaltspunkt für ein Potential Bremerhavens, was in Ansätzen zu vermarkten gewesen wäre, in den Tagesthemen, bei den externen Expo-Projekten hervorgehoben, ist nicht nach Bremerhaven gekommen, sondern ist aus politischer Dummheit nach Wilhelmshaven vergeben worden. Nennen Sie das einen Erfolg Ihrer Politik, meine Damen und Herren?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Frau Hammerström [SPD]: Sagen Sie doch einmal etwas Positives zu Bremerhaven!)

Das sage ich sofort! Ein Wort muss ich noch zu der ewigen Debatte über die Mittelverteilung zwischen den beiden Städten Bremen und Bremerhaven sagen.

Es ist ja eine ewige Debatte, aber es hat nicht ohne Grund jetzt noch einmal eine Vorlage für den Haushaltsausschuss gegeben, die belegen soll, wie die Verteilung der Mittel zwischen Bremen und Bremerhaven organisiert werden soll. Da wird natürlich immer offiziell gesagt, 25,8 Prozent für 20 Prozent der Bevölkerung. Damit ist Bremerhaven überproportional bedient.

Ich will das hier gar nicht emotional debattieren. Ich will nur sagen, mit welchen Tricksereien solche Zahlen auch zu Stande kommen, wenn man einmal bedenkt, was eingerechnet wird. Eingerechnet werden die gesamten Investitionen für den Hafen, die werden Bremerhaven zugerechnet, obwohl Sie die Landeshoheit für diese Häfen verweigern. Meine Damen und Herren, das finde ich unseriös.

(Abg. Frau H a m m e r s t r \ddot{o} m [SPD]: Wir nicht!)

Zweiter Punkt, Sie rechnen die Wettbewerbshilfen für die Werften ein, eine konsumtive Aufgabe, eine Pflichtaufgabe für die Komplementärfinanzierung für Bundesmittel. Auch das wird einfach Bremerhaven zugeschoben. Dann rechnen Sie den Ocean-Park mit 204 Millionen DM in die mittelfristige Finanzplanung, für ein Projekt, das es nie geben wird! Meine Damen und Herren, was ist das für ein Irrsinn!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Wenn man mit virtuellen Projekten operiert, dann kann man natürlich sehr schnell die 25,8 Prozent zusammenbekommen, aber für den realen Strukturwandel haben Sie damit überhaupt nichts erreicht, meine Damen und Herren.

Ich will Ihnen auch noch einmal den Schleier vor den Augen entfernen, wenn Sie sich die tatsächlichen Zahlen anschauen, die wirklich wichtig für den Strukturwandel sind. Ich will das wirklich nicht beklagen. Ich will das nur einmal aufzeigen. Zum Beispiel die Ausgaben: die F-und E-Ausgaben im ISP für Bremen 170 Millionen DM, für Bremerhaven 1,7 Millionen DM, im WAP 30 Millionen DM für Bremen, für Bremerhaven 0,0, für den wichtigen Bereich Dienstleistungen im WAP Bremen 49 Millionen DM, für Bremerhaven 0,0! Meine Damen und Herren, ich denke, mit solchen 0,0-Prozenten kann man den Strukturwandel nicht erreichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun möchte ich einen positiven Appell an die große Koalition richten: Statt relative Prozentzahlen hin und her zu schieben, sorgen Sie doch einfach einmal für richtig neue Schlagzeilen, zum Beispiel "Investitionsquote von acht Prozent auf 14 Prozent in Bremerhaven gestiegen"

(B) (Abg. Pflugradt [CDU]: Die Grünen haben doch gerade beantragt, die Investitionsquote zu senken!)

oder "Die Hochschule Bremerhaven als Zentrum für die maritime Forschung vom letzten Platz, Nummer 27, von 27 vergleichbaren Städten auf einen vorderen Platz geschoben" oder "Den F-und E-Mitteleinsatz pro Kopf der Bevölkerung vom letzten Platz dieser Republik auf einen vorderen Platz geschoben"! Sie könnten aber auch für die gleiche Ausgabe der Mittel der Drogenprävention

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Drogenprävention, das ist städtisch!)

oder für mehr Gesundheitsversorgung, Gesundheitsdienstleistung oder höhere Wertschöpfungsquoten in den Häfen über ein Prozent über der Wertschöpfungsquote in Bremerhaven hinaus sorgen oder für eine bessere Lehrer- und Polizeiversorgung! Lassen Sie aber endlich die Finger von den fünf Prozent Strafanteil, die Bremerhaven immer zu zahlen hat! Meine Damen und Herren, dann würden Sie etwas für Bremerhaven tun!

Wenn diese Schlagzeilen dann in der Presse auftauchen, wären wir sofort mundtot, und der BAW brauchte keine neuen Defizitanalysen mehr. Das wäre doch auch in Ihrem Sinne, meine Damen und Herren. Ich fordere Sie auf, durch eine konkrete Po-

litik einmal für solche Schlagzeilen zu sorgen, aber nicht so weiterzumachen wie bisher!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schramm, haben Sie vorhin nicht zugehört, oder waren Sie nicht im Raum, als der Fraktionsvorsitzende der CDU über Bremerhaven gesprochen hat? Sind das Ihre Alternativen, die Sie eben genannt haben, für Bremerhaven, ohne CT IV? Wie ist das eigentlich, Sie haben doch gerade eben einen Antrag vorgestellt, nicht Sie, sondern Ihre Vorrednerin, in dem sie erklärt hat, dass Sie zehn Prozent der Investitionen einsparen wollten? Gilt das nicht für Bremerhaven, oder wie verträgt sich das mit dem, was Sie eben vorgetragen haben?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Gerechte Verteilung zwischen den beiden Städten ist davon ja unberührt!)

Meine Damen und Herren, der Sanierungsbericht 1999, der ja auch Bestandteil der Haushaltsberatungen ist, zeigt, dass die große Koalition in diesem Zeitraum sehr erfolgreich war und dass sie auf dem richtigen Weg der Sanierung ist. Der Haushalt 2000/2001 ist Bestandteil dieser Sanierung, und das Ziel ist es, 2004 einen verfassungskonformen Haushalt zu erreichen. Bremen hat seinen nachhaltigen Eigenbeitrag bisher erbracht und den Abstand zu den durchschnittlichen Haushaltssituationen anderer Länder verkürzt und das ISP konsequent und mit Erfolg umgesetzt.

Warum nun noch einmal der Rückblick auf den abgeschlossenen Sanierungszeitraum? Ich denke, es ist der Beginn einer erfolgreichen Sanierung mit großen Anstrengungen bei der Umsetzung eines harten Sparkurses bei gleichzeitiger Auflage eines umfangreichen Investitionsprogrammes.

(Beifall bei der CDU)

Es ist, und das fällt sicher vielen schwer, auch in der Umsetzung ein restriktives Ausgabenverhalten gefordert. Aber man muss auch erkennen, dass das Erbringen von Eigenbeiträgen irgendwann an Grenzen stößt. Die konsumtiven Ausgaben wurden schon stark eingegrenzt, bei den Personalausgaben gab es deutliche Konsolidierungsfortschritte. Ich will noch einmal wiederholen: von 1993 bis 1999 Verringerung um 3400 Stellen beziehungsweise 13,3 Prozent auf knapp 22 000 Beschäftigte. Bei den konsumtiven Ausgaben wurden auch die Möglichkeiten be-

(D)

 schränkt. Mit Verpflichtungsgraden ist auch dies nicht ohne Ende weiter machbar.

Somit bleibt neben einer Erhöhung der Wirtschafts- und Finanzkraft nur die Möglichkeit, durch Reduzierung, durch Wegfall und/oder durch die privatrechtliche oder wirtschaftliche Umstrukturierung öffentlich wahrgenommener Aufgaben eine weitere Entlastung zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Die Personalausgaben sind ohne Tarifsteigerungen konstant. Der Ausgabenzuwachs bei Dienst- und Versorgungsbeiträgen soll auf 1,5 Prozent jährlich begrenzt werden. Da kann man dann auch die aktuelle Situation und das Nichtanerkennen des Vermittlungsvorschlags der Einigungsstelle durch die ÖTV und den öffentlichen Dienst nicht verstehen, dass dieser Spruch von den Gewerkschaften nicht anerkannt wird. Dies spielt für uns hier deswegen eine große Rolle, weil nämlich das, was dort passiert, sich in diesen Haushalten abbildet.

Eines muss doch jedem klar sein, wenn die Zahlen, die auf uns zukommen werden, 1,5 Prozent überschreiten, werden zusätzliche personalwirtschaftliche Eingriffe erforderlich sein. Um das noch einmal an Zahlen festzumachen: 0,1 Prozent bedeutet in Bremen eine Mehrausgabe von 2,1 Millionen DM, dies bedeutet 26 Vollzeitkräfte. Meine Damen und Herren, ich bitte doch wirklich alle diejenigen, die auch dort noch Einfluss haben, darüber nachzudenken, ob sich ein Streik wirklich lohnt, oder ob man nicht das anerkennen will, was gemeinsam erarbeitet worden ist!

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die Kreditmarktkonditionen sind ein Risiko, Steuerausfälle und die Neuregelung des Finanzausgleichs nicht zu vergessen, auch hier drohen natürlich gegebenenfalls für Bremen Einnahmeschwierigkeiten.

Wir wollen, und das ist der Wille der großen Koalition, die extreme Haushaltsnotlage beseitigen. Der Schuldenstand wurde von 1993 mit 17,8 Milliarden DM auf 15,9 Milliarden DM im Jahr 1999 reduziert. Aber der Schuldenstand wird sich erhöhen. Dies ist gewollt, und dazu stehen wir auch. Wir stehen deswegen dazu, weil eine Reduzierung der Investitionen das Sanierungsziel gefährdet. Wir werden Nettoinvestitionen über eine Kreditaufnahme verfassungskonform finanzieren. Was die Grünen wollen, ist etwas anderes, und darauf hat der Fraktionsvorsitzende hingewiesen. Sie wollen einen Weg der Ausweitung der konsumtiven Ausgaben. Das wird mit uns nicht zu machen sein!

(Beifall bei der CDU — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen) Im Übrigen sollten Sie mittlerweile auch begriffen haben, dass durch eine Schuldenreduzierung keine zusätzlichen Spielräume im konsumtiven Bereich möglich sind. Was bedeuten denn Ihre 250 Millionen DM Schuldentilgung, auf die Sie in Ihrem Antrag hinweisen? Wenn Sie eine fünfprozentige Verzinsung zu Grunde legen, dann bedeutet das, dass Sie eine Einsparung im konsumtiven Bereich von jährlich 12,5 Millionen DM haben. Ist das die Lösung des Problems, meine Damen und Herren von den Grünen? Das kann doch wohl nicht sein, ich bitte Sie!

(Beifall bei der CDU — Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Bei einer Verschuldung von über 20 Milliarden DM 200 Millionen DM zu reduzieren, um jährlich 12,5 Millionen DM Tilgung zu haben, dafür aber im Bereich der Investitionen das Entscheidende nicht mehr zu haben, nämlich den Impetus, um hier Wirtschafts- und Finanzkraft zu stärken, meine Damen und Herren, dies ist keine Alternative!

(Beifall bei der CDU)

Ziel der Sanierungsanstrengungen muss die nachhaltige Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur sein. Dies führt nämlich zu Verbesserungen der Investitions- und Produktionsbedingungen, dies führt zu steuerlichen Einnahmen und entlastenden Ausgabeneffekten, dies führt zu einer steigenden Wirtschafts- und Finanzkraft, und dies führt zu einer Konsolidierung und Stabilisierung der Haushalte. Dafür stellt die große Koalition in den Jahren 2000 und 2001 je 1,2 Milliarden DM Investitionsmittel zur Verfügung.

Die unterstellte Wirkungsweise, um das noch einmal zu sagen, besteht nicht darin, Impulse durch Realisierung der Projekte zu erreichen, sondern verzögernd durch die von ihnen ausgelösten Impulse im privatwirtschaftlichen Raum. Deswegen haben sie auch die Wirkung nicht unmittelbar, sondern mit einer Zeitverzögerung, und Sie werden sehen, dass das ISP dann entsprechend wirkt.

(Beifall bei der CDU)

Die strukturellen Veränderungen setzen bereits ein. Ein Austausch krisenanfälliger Unternehmen gegen expansive zukunftsträchtige Unternehmen findet statt. Sicherlich gibt es noch eine Abhängigkeit von sektoralen Sondereffekten. Aber dass bisher die Erfolge noch nicht so eingetreten sind, wie auch wir uns das vorgestellt haben, ist keine Veranlassung, die Strategie einer konsequenten wachstumsorientierten Investitionspolitik in Frage zu stellen.

Derzeit sind sicherlich auch noch unzureichende regionale Beschäftigungseffekte gegeben. Dies

(A) hängt damit zusammen, dass der Abbau von Arbeitsplätzen im Bereich des warenproduzierenden Gewerbes stattfindet, während der Aufbau von Arbeitsplätzen in produktiven Dienstleistungsbranchen erfolgt. Die Ausschöpfung von Kapazitäts- und Produktionsreserven, die jetzt noch in Teilen erfolgt, wird für die Unternehmen nicht dauerhaft möglich sein, und in dem Moment wird der Arbeitseffekt eintreten, so dass dort Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein weiterer Punkt: Zur Stabilisierung gehört auch letztendlich die Stabilisierung und der Ausbau der Einwohnerzahl hier in Bremen, und dazu werden zusätzliche Wohnungsbaugebiete benötigt. Auch hier würden wir uns bei den Grünen wünschen, dass sie dies anerkennen und auch entsprechend mitmachen würden, um dafür zu sorgen, dass die Beschäftigung in Bremen stattfindet und nicht außerhalb Bremens.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Aufholprozess ist eingeleitet. Er ist durch den ersten Abschnitt des Sanierungsprogramms eingeleitet worden, und wir setzen mit dem vorliegenden Doppelhaushalt 2000/ 2001 diesen erfolgreichen Weg unverändert fort.

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich doch noch außerhalb meiner verabredeten Redezeit zwei oder drei Sätze zu Herrn Zachau sagen, und zwar jetzt in meiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses. Wir wissen ja, dass Sie nicht in dieser, aber wahrscheinlich in der nächsten Bürgerschaftssitzung das Parlament verlassen werden. Sie werden auf jeden Fall danach nicht weiter im Haushalts- und Finanzausschuss Vorsitzender sein.

Ich wollte mich im Namen der Mitglieder des Haushaltsausschusses sehr herzlich für die sehr schöne und sehr harmonische Zusammenarbeit bedanken. Wir haben heftig gestritten in der Sache. Es war fair, Sie waren immer ein harter Streiter. Das Klima, in dem wir im Haushalts- und Finanzausschuss haben arbeiten können, war immer gut. Es war von Sachlichkeit geprägt, und ich denke, Sie waren in der Zeit immer ein Streiter für die Rechte der Parlamentarier. Sie haben die Sitzungen souverän geleitet, und insofern war es auch für uns alle eine Freude, unter Ihrer Führung vernünftige Haushaltsausschusssitzungen abzuhalten.

(Beifall)

Wir haben vor vielen Jahren — nach der absoluten Mehrheit der Sozialdemokraten — ein Verfahren verändert. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses war ab diesem Zeitpunkt immer ein Mit-

glied der Opposition. Ich hätte Ihnen gern, Herr Zachau, noch viele Jahre dieses Amt gewünscht, auch über die Legislaturperiode hinaus.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das kann ich nun leider nicht mehr, weil Sie es ja nicht mehr bekleiden werden. Ich wünsche Ihnen auf Ihrem weiteren Weg alles Gute! — Danke schön!

(Beifall)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Möbius, vielleicht kann ich Ihnen anstelle von Herrn Schramm etwas Positives über Bremerhaven sagen: Bremerhaven ist und bleibt die Hochburg der Deutschen Volksunion.

(Lachen bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, das Problem ist die Einschätzung Ihrer Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Sie geben zu viel Geld für Maßnahmen aus, die wirtschaftlich nicht tragfähig sind und deren Refinanzierung über Erträge als höchst zweifelhaft zu bezeichnen ist. Wenn es Ihnen nicht gelingt, über direkte Wirtschaftsförderung Arbeitsplätze zu schaffen und neue Betriebe in Bremen und Bremerhaven anzusiedeln, ist die Sanierung des Landes Bremen erbärmlich gescheitert.

Meine Damen und Herren, durch den Space- oder Ocean-Park werden Sie arbeitsmarktpolitisch überhaupt nichts bewirken. Sie können und werden durch einige wenige Kartenabreißer und Reinigungskräfte keinen neuen Strukturwandel einleiten.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Allein für das Jahr 2000 müssen Sie, ich sage es einmal ganz langsam und deutlich, 806 Millionen DM Kredite aufnehmen, um überhaupt die laufenden Kosten für Personal, Strom und so weiter bezahlen zu können. Auch das ist ein Skandal Ihrer unfähigen Politik! Das Kabinett opferte seine letzten Reserven von 49 Millionen DM als Nachbewilligung für Kultur, Jugend, Soziales und Justiz, aber es langt nicht, es langt bei weitem nicht.

Der Polizei bleiben zwar die Personaleinsparungen bis 2001 erspart, aber dann? Fakt ist doch, dass sich die technische Ausstattung bei der Polizei nicht

(D)

(D)

(A) auf dem neuesten Stand der Technik befindet und total veraltet ist.

(Abg. K n ä p p e r [CDU]: Das stimmt nicht!)

Doch! Es gibt erhebliche Kommunikationsprobleme mit veralteten Funkgeräten. Erhebliche Mängel sind weiterhin im Bereich der Ausstattung der Polizeiwachen, der PC und des Fahrzeugparks zu beklagen, von den fehlenden leicht unterziehbaren, sicheren Schutzwesten für unsere Polizeibeamten ganz zu schweigen.

Die Deutsche Volksunion fordert eine deutlich höhere Investition für die Modernisierung unserer Polizei, denn die Sicherheit sowohl der Bürger als auch der Beamten rechtfertigt diese Ausgaben. Sie aber lassen unsere Beamten schäbig im Stich und tragen durch Ihre Politik zu einer noch weiteren Demoralisierung unserer Beamten bei, und das auf Kosten der Sicherheit der Bürger und der Beamten. Das ist unverantwortlich von Ihnen, meine Damen und Herren!

Jetzt kommen wir zu dem nächsten Sparhammer. Es trifft unsere Kinder. Die Mittel bei der Kinderund Jugendförderung werden um 25 Prozent radikal gekürzt. Das heißt, in diesem Jahr gibt es nur noch 11,7 Millionen DM, und im Jahre 2001 sind es nur noch 9,2 Millionen DM für unsere Kinder. Die Folgen sind natürlich weniger Personal in den Spielstätten, kürzere Öffnungszeiten und eine schlechtere Ausstattung. Für Spielzeug, Bastel- und Arbeitsmaterial und Möbel gibt es ein Viertel weniger Geld. Ich habe gewiss nichts gegen dringend erforderliche Kürzungen und Sparmaßnahmen, aber doch nicht auf Kosten und zu Lasten unserer Kinder, auch nicht zu Lasten der inneren Sicherheit und unserer Rentner!

Wann merken Sie endlich, dass Sie keine Politik gegen die Menschen dieser Stadt machen können? Ich rate Ihnen dringend, hören Sie endlich damit auf, Hunderte von Millionen DM an Steuergeldern in Fehlplanungen und skandalösen und sinnlosen Projekten zu verschleudern! Kürzen Sie Ihre Diäten, wie wir das vorgeschlagen haben! Das wäre dann eine sinnvollere Einsparung, aber doch nicht immer auf Kosten des kleinen Mannes.

Meine Damen und Herren, die Politiker ergötzen sich an Prognosen und Umfragen. Das Volk aber lebt in der Realität. Sie entfernen sich mit Ihrer Politik immer mehr vom Bürger. Sie haben Verantwortung für die Menschen in einem noch selbständigen Bundesland übernommen. Sie zeigen mit diesem Haushaltsplan auf, dass Sie diese Verantwortung in allen Bereichen überfordert.

Vom Bündnis 90/Die Grünen kann man durchaus behaupten, dass es sich übergangslos aus Machtgier den etablierten Altparteien angepasst und angebiedert hat. Früher, meine Damen und Herren, haben sich die Grünen vehement für eine gefahrlose Krötenwanderung eingesetzt, heute aber werden die dicksten Kröten ohne Schluckbeschwerden von ihrer Partei in Berlin geradezu genüsslich verschlungen, Beispiel Bundeswehr, Kriegseinsätze, Kosovo, Atomenergie, Atomausstieg und so weiter.

Meine Damen und Herren, welche Auswirkungen eine unverantwortliche rotgrüne Steuerpolitik für unsere Bevölkerung und hier insbesondere für unsere Autofahrer haben wird, zeigt zukunftsorientiert ein SPD-Wahlplakat. Ich habe es rein zufälligerweise dabei. Abgebildet ist ein völlig nackter SPD-Politiker namens Thomas Krüger mit der Überschrift "Einer für alle". Das kann man doch auch so sehen, meine Damen und Herren, das ist rotgrüne Politik, denn durch diese rotgrüne Steuerpolitik, Ökosteuer und andere Steuern, steht am Ende der kleine Mann, von Ihnen bis auf das letzte Hemd ausgeplündert, völlig nackt da. Das ist Ihre Politik und nichts anderes! Aus diesen Gründen lehnt die Deutsche Volksunion zum Wohle der Bürger Ihren unsozialen und skandalösen Haushalt ab. - Ich bedanke mich, meine Damen und Herren!

(Abg. Kleen [SPD]: Können Sie das Bild einmal herumgehen lassen?)

Wenn Sie etwas zu sagen haben, können Sie jetzt nach vorn kommen!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, als Nächster erhält das Wort Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Senat hat vor einigen Monaten einen Haushaltsentwurf vorgelegt. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat ihn beraten und ist natürlich auch mit dem Recht der Abgeordneten, den Haushalt zu verändern, maßvoll umgegangen. Dafür sage ich danke, denn Sie haben selbst ein Sanierungssicherungsgesetz verabschiedet. Natürlich zeigt sich in der Art der Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss eine relativ große Solidarität im Umgang mit der Sanierung.

Die Debatte, die hier geführt worden ist, ist ja sehr stark über die Problematik der Zurückführung unserer Schulden geführt worden. Die Grünen haben in ihrem Antrag auch gesagt, der Schuldenstand ist das zentrale Problem unseres Haushalts. Das ist so falsch wie richtig, Frau Linnert. Das eigentliche Problem sind die Gründe für den Schuldenstand. Wenn wir nicht daran arbeiten, die Gründe, die zu diesem hohen Schuldenstand geführt haben, abzustellen und zu beseitigen, dann wird allein der Abbau der Verschuldung nicht dazu führen, dass Bremen seine Wettbewerbsfähigkeit zu anderen Standorten herstellen kann.

(Beifall bei der CDU)

(B)

(A) Jeder, der sich ein bisschen langfristig mit der Haushaltspolitik und dem gesamten Politikansatz in Bremen befasst hat, weiß auch, wie dieser hohe Schuldenstand zustande gekommen ist. Er ist insbesondere in den siebziger und achtziger Jahren entstanden, und zwar in ganz erheblicher Form. Es ist ein großer Anteil verschleppter Strukturwandel und eine weit unterdurchschnittliche Investitionskraft im Verhältnis zu den anderen Bundesländern dabei gewesen. Es hat natürlich auch einen hohen Modernisierungsmangel und von daher eben auch ein Absinken der Zahl der Arbeitsplätze in erheblichem Umfang und ein gleichzeitiges Ansteigen der Sozialausgaben gegeben.

Das heißt, unterlassene Investitionen in den vergangenen Jahrzehnten haben dazu geführt, dass wir die Modernisierungsdefizite haben und dass wir diese Strukturwandelprobleme vor uns her tragen. Nun geht es darum, wie man diese Ursachen auflöst. Wenn ich heute nur den Schuldenstand reduziere und die Sanierungsgelder, so weit sie nicht schon zum Ausgleich des konsumtiven Defizits eingesetzt werden, nur einsetzen würde, um die Schulden zurückzuführen, dann hätten wir in den letzten sechs Jahren an den Ursachen der Verschuldung nicht ernsthaft gearbeitet.

Ein schuldenfreies Land nützt uns doch nur dann etwas, wenn wir eine überdurchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit hergestellt haben. Wie stellt man überdurchschnittliche Wettbewerbsfähigkeit her? Die stellt man her, indem man daran arbeitet, dass wir mehr Arbeitsplätze bekommen, mehr Gewerbegebiete haben, mehr in die Entwicklung, Modernisierung und in die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standortes investieren.

Warum ist denn die Sogwirkung Bremens und Bremerhavens in den siebziger und achtziger Jahren so niedrig gewesen? Weil der Ausbau der Innenstädte nicht erfolgt ist, die Abwanderung hingenommen worden ist und natürlich auch Wirtschaftskraft sehr stark außerhalb der Metropolen entstanden ist, weil auch durch die Abwanderung von Unternehmen Modernisierung von sich erweiternden Unternehmen sehr stark durch die Verlagerung in das Umland stattgefunden hat und weniger in unseren Städten! Deshalb müssen wir uns doch diesem Problem zuwenden.

Nun lassen Sie mich nur ganz kurz etwas zu den Ansatzmöglichkeiten, die wir haben, sagen! Wir sind jetzt im zweiten Sanierungsprogramm. Dieses zweite Sanierungsprogramm, meine Damen und Herren, unterscheidet sich von dem ersten dadurch, dass wir in diesem Zeitraum der Sanierung 3,1 Milliarden DM weniger Sanierungsgelder zur Verfügung haben, als wir sie verglichen mit dem ersten Programm hatten. Wir haben uns natürlich auch immer darauf eingestellt, diese 1,8 Milliarden DM zu haben, mit denen teilweise konsumtive Defizite ausgeglichen wurden

und verhindert wurde, dass wir Investitionen über Schuldenaufnahme finanzieren mussten.

Wenn nun diese Sanierungsbeiträge von Jahr zu Jahr rückläufig sind und beispielsweise im Jahr 2004 nur noch 700 Millionen DM, also 1,1 Milliarden DM weniger, sind, dann werden wir wieder stärker verfassungsgemäß und haushaltsordnungsgemäß davon Gebrauch machen müssen, nicht nur Investitionen aus Sanierungsbeiträgen zu finanzieren, sondern, wie das alle andern Länder auch tun, über eine normale Verschuldung. Das ist ein Prozess, den ich nicht verhindern kann. Wenn wir aber in diesem Sanierungszeitraum 3,1 Milliarden DM weniger bekommen und unseren Schuldenstand nur um zwei Milliarden DM bis zum Jahr 2004 erhöhen, dann bedeutet das, dass wir hier einen Eigenbeitrag von über einer Milliarde DM einbringen. Ich denke, das ist nicht gering zu schätzen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Diesen Eigenbeitrag, meine Damen und Herren, erreichen wir leider mit den Rezepten der Grünen nicht, sondern wir erreichen mit Ihren Rezepten genau das Gegenteil. Sie sagen ja in Ihrem Antrag selbst, dass Sie zunächst einmal diese 225 Millionen DM überwiegend im investiven Bereich einsparen wollen. Nun kann ich nur sagen, das kann man machen. Wenn ich Investitionen senke, senke ich nicht nur den Zinsdienst im Haushalt, sondern ich senke die Einnahmen, denn Investitionen haben den Sinn, Arbeitsplätze zu schaffen, Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit herzustellen und Sogwirkung der Metropolen herzustellen.

Wenn Sie dies abbauen, bauen Sie gleichzeitig Einnahmemöglichkeiten ab. Wenn Sie dann aber angesichts des Sachverhaltes parallel dazu sagen, dass wir nicht nur auf 3,1 Milliarden DM im Sanierungszeitraum verzichten müssen durch die degressiven Sanierungsleistungen, sondern dass wir in diesem Sanierungszeitraum ein strukturelles, konsumtives Defizit von etwas über 800 Millionen DM auf null führen müssen, dann kann ich mich doch nicht hinstellen, wenn ich sanieren will, und sagen, wir wollen die Einnahmemöglichkeiten der Investitionen senken und gleichzeitig bei einem bereits vorhandenen konsumtiven Defizit von über 800 Millionen DM aber die konsumtiven Ausgaben erhöhen. Ich will nur einmal sagen, wir schöpfen im konsumtiven Bereich unsere Möglichkeiten aus.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die Zinsen spielen eine Rolle! Sie sind konsumtiv!)

Wenn Sie sich die bereinigten Gesamtausgaben anschauen, dann sehen Sie im Sanierungszeitraum 2000: minus 0,2 Wachstum, 2001: minus 0,3, 2002: minus 0,5, 2003: 0,0 und 2004: minus 0,6. Natürlich

(D)

(A) ist es so, wenn ich an dieses strukturelle Defizit im konsumtiven Haushalt nicht herangehe, dann wird am Ende die Sanierung nicht funktionieren.

Das heißt, wenn ich die konsumtiven Ausgaben erhöhe, Frau Linnert, dann gehe ich vorsätzlich den Weg, im Jahre 2005 keinen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen, weil es nicht aufgehen kann, weil Ihre Rechnung nicht stimmt. Es ist eine Milchmädchenrechnung. Sie machen der Öffentlichkeit vor, als handle es sich um ein Rezept, das Sanierung herbeiführt. Es ist ein Rezept, das Sanierung langfristig verhindert.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie mich ganz kurz etwas zu den Investitionen sagen, ich habe das das letzte Mal schon erwähnt! Wir haben ein Investitionsdefizit aus den letzten zwei Jahrzehnten von sechs Milliarden DM. Wir kommen in diesem Haushalt zum ersten Mal seit über 20 Jahren in eine überdurchschnittliche Investitionsquote im Vergleich zu allen anderen Ländern. Wie wollen Sie denn das Aufholtempo in der Wettbewerbsfähigkeit und in der Modernisierung entwickeln, wenn Sie mit unterdurchschnittlichen Investitionsquoten im Vergleich zu anderen Ländern arbeiten?

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

(B)

Nein, wir können das sehr wohl, und das wissen Sie! Sie wissen auch, dass wir verfassungsgemäß für Investitionen Kredite aufnehmen dürfen, wir dürfen es nur nicht für konsumtive Ausgaben.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie steigern doch die konsumtiven Zinsen!)

Sie wollen ausgerechnet die Investitionen senken, aber die konsumtiven Ausgaben hochdrehen, und das ist Antisanierungspolitik. Das muss man doch sagen können, Frau Linnert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich weiß, wie schmerzhaft das ist, was die Regierungskoalition von den Bürgern verlangt, nämlich einen Rückgang der konsumtiven Ausgaben. Dieses kann man auch nur erreichen, wenn wir den beschrittenen Weg der Verwaltungsmodernisierung konsequent weitergehen. Ich sage dies auch in aller Deutlichkeit: Der öffentliche Dienst in dieser Form ist in wenigen Jahren nicht nur bei uns, sondern in allen deutschen Ländern nicht mehr finanzierbar.

Wer sich heute nicht an die Arbeit macht, wie wir das mit Roland Berger tun, mit Beratung, einer externen hoch qualifizierten Beratung, wer sich nicht auf den Weg macht, genau zu überlegen, was muss hoheitlich erfüllt werden, was kann auf andere Art und Weise abgearbeitet werden, und wie können wir Aufgaben verlagern, wer dieses Problem nicht löst und damit die konsumtiven Kosten in den Haushalten senkt, der wird auf Dauer die Sanierung seiner eigenen Finanzen nicht hinbekommen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist die Modernisierung der Verwaltung, gerade was die Ausgabenseite angeht, ein genauso wichtiges Thema wie die Investitionsquote zur Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur. Deshalb ist es so, dass wir leider gar keine Alternative haben. Wir haben keine überzähligen Mittel, mit denen ich sozusagen Nebenfelder bedienen kann, sondern wir müssen diesen Kurs durchsteuern.

Das Sanierungsprogramm, lassen Sie mich das so sagen, ist kein Hundertmeterlauf, das ist ein Marathon, für den wir gestartet sind. Wenn man Marathon laufen will, muss man sich seine Kräfte einteilen, dann muss man auch dafür sorgen, dass man das Ziel erreicht, und das ist eine sehr langfristige Anstrengung. Ich weiß, dass der überwiegende Teil des Hauses dazu bereit ist, und dafür sage ich Dank!

Ich möchte zum Abschluss auch Ihnen, Herr Zachau, danken für die sehr konstruktive Zusammenarbeit als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses. Ich möchte auch dem Haushalts- und Finanzausschuss in seiner Gesamtheit danken, weil ich glaube vielleicht besser als viele andere beurteilen zu können, wie viel Arbeitskraft, wie viel Kompetenz, wie viel Zeitaufwand erforderlich ist, um in einem so kurzen Zeitraum die Beratung eines solchen Haushalts, der sowohl kameral als auch als Produktgruppenhaushalt vorgelegt worden ist, abzuarbeiten und auch in den einzelnen Strukturfragen zu begleiten. Ich denke, dass hier eine ganz hervorragende Arbeit geleistet worden ist.

Meine Damen und Herren, auch diese Haushaltsberatungen haben gezeigt — entschuldigen Sie, wenn ich das sage, Frau Linnert, Sie haben das vorhin angezweifelt —, dass ich auch in dem, was die Grünen vorgetragen haben, leider keine ernst zu nehmende Alternative zu Sparen und Investieren gesehen habe. Es kann jeder in einer solchen schwierigen Situation den populistischen Weg gehen und allen möglichen Gruppen in der Gesellschaft sagen, wenn ihr uns wählen würdet, wir würden für euch noch mehr Geld zur Verfügung stellen. Das kann man natürlich tun.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Rennbahn!)

Man muss dann nur in jedem einzelnen Punkt so ehrlich sein und dazu sagen, wenn wir das aber tun, bekommen wir die Sanierung Bremens nicht hin.

(A) Jetzt als allerletzten Satz! Meine Damen und Herren, das Sparen und Modernisieren, und das ist nicht nur Sparen und Investieren, sondern Sparen und Modernisieren gehören unmittelbar zusammen. Wir sparen Bremen nicht kaputt, sondern wir sparen Bremen gesund, und wir schrumpfen auch durch Verlagerung von Aufgaben in vielen Bereichen in eine gesündere und finanzierbare, langfristig stabile Struktur. Deshalb werden wir auch gemeinsam diesen Weg weitergehen, weil wir die Sanierung nur hinbekommen, wenn wir Mehreinnahmen durch mehr Investitionen, Mehreinnahmen durch Modernisierung und damit erhöhte Wettbewerbsfähigkeit erwirtschaften und wenn wir dies natürlich begleiten mit einer eisernen Sparsamkeit. Anders wird es nicht gehen. Deshalb bedanke ich mich für die maßvollen Entscheidungen des Haushalts- und Finanzausschusses, und ich bedanke mich auch für die große Solidarität in dieser Debatte!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie haben eine neue Strategie, die Opposition zu neutralisieren, zumindest einen Teil. Es fällt dann hinterher richtig schwer, noch einmal in aller Sachlichkeit zurückzuschlagen und Ihre Politik zu kritisieren. Das ist eine geniale Strategie, die werde ich mir für meinen weiteren Lebensweg merken.

Es geht hier ja tatsächlich um einen sehr sachlichen Grundkonflikt. Ich finde es in einem solchen Konflikt auch nicht angemessen, der jeweils anderen Seite Populismus vorzuwerfen, weil da einfach ein inhaltlicher Unterschied in der Auffassung ist, und für beide Strategien gibt es eine gewisse Berechtigung, gewisse Zweifel. Keiner von uns weiß, wie die Zukunft real aussieht.

Lieber Herr Perschau, Sie sagen immer, Sie wollen konsumtive Ausgaben einschränken. Die größte konsumtive Ausgabe, die wir haben, sind unsere Zinsausgaben. Das ist der größte Posten neben Personal, den wir im konsumtiven Bereich haben. Sie erhöhen den Schuldenstand, das ist völlig unbestritten, und zwar sowohl im offiziellen als auch im informellen Teil der Ausgabenpolitik, im offiziellen Teil allein um drei Milliarden DM. Das sind Jahr für Jahr 180 Millionen DM, nach heutigem Zinssatz, mehr Zinsen, die wir aufwenden müssen, und das ist eine Erhöhung der konsumtiven Ausgaben. Insofern ist Ihre Argumentation an der Stelle nicht redlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie ist auch nicht redlich in Hinsicht auf den Investitionsbegriff. Wir hatten in den Wirtschaftsförde-

rungsausschüssen darüber gerade eine Debatte. Da wurde ein Programm vorgestellt. Ich habe gefragt: Was ist an diesem Programm investiv? Da hat mir der zuständige Abteilungsleiter aus dem Wirtschaftsressort gesagt: Wir investieren jetzt Geld, damit wir in drei Jahren entsprechende Rückflüsse haben. Das ist sicherlich ein wirtschaftlich richtiger Begriff von Investition, haushaltspolitisch ist der völlig daneben, weil nämlich Investitionen im haushaltsrechtlichen Sinne, und so argumentieren Sie hier ja auch immer, wenn es um Bildung und Kultur und andere Dinge geht, zu mehr Materie, also zu bewertbaren Vermögenszuwächsen im Bereich der öffentlichen Hand führen müssen.

Wenn Sie sich einmal genau ansehen, was im Investitionssonderprogramm steht, dann wissen wir, dass all diese Programme bei Wirtschaft, bei Wissenschaft erhebliche konsumtive Anteile beinhalten. Insofern ist auch an der Stelle Ihre Argumentation absolut nicht redlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Weiter besteht die Frage der Effekte der Maßnahmen. Herr Eckhoff hat als Fraktionsvorsitzender in seiner Rede darauf hingewiesen, dass die große Koalition auf Privatisierungen setzt. Ich sage, das sehe ich überhaupt noch nicht. Ich sehe, dass Sie manche Bereiche in privates Eigentum überstellen, dass wir aber auf der anderen Seite eine relativ hohe Ausweitung von staatlicher Tätigkeit in privaten Bereichen haben, Gründung einer Bank, staatlicher Weinhandel, und es gibt auch noch einiges mehr, wo der Staat mehr tut, als er eigentlich tun müsste. Das ist in dieser großen Koalition mehr geworden und nicht weniger. Das muss man ganz klar sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann kommen wir zu den Effekten der Maßnahmen. Das Saarland hat einen anderen Weg gewählt, die haben aber bessere Daten im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Sie haben bessere Daten im Bereich der Zinsentwicklung. Sie haben natürlich keine Probleme mit der Einwohnerabwanderung, aber ich will nicht so platt argumentieren wie Sie. Die Einwohner im Saarland bleiben dort wohnen. Das Saarland ist ja keine Großstadt.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Deshalb steuert man im Saarland jetzt um auf den Bremer Weg! Das ist nämlich das Ergebnis, weil die sehen, dass man es mit dem Weg nicht erreicht!)

Ich sage Ihnen nur, im Saarland steuert man bei der Schuldenaufnahme um, und damit komme ich auch dann zu dem ersten Teil der Aussagen von Herrn Schrörs, die mir naturgemäß nicht so gut ge(D)

(A) fallen haben wie der zweite Teil. Mit der Begründung, Herr Schrörs, die Sie angeführt haben, können Sie jede Schuldenpolitik begründen. Die Einzelmaßnahme bringt immer nur wenig mehr an Zinszahlungen. Aber irgendwann haben Sie eine ganz große Summe und einen ganz großen Berg. Uns geht es um eine Umkehr in der Richtung. Wir akzeptieren als Ziel Entschuldung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir versuchen, einen Mittelweg dabei zu gehen. Es ist klar, dass viel Geld gebunden ist, dass man nicht alles abrupt abbrechen kann, sondern wir stellen einen Teil der Projekte in Frage, weil wir in der Tat auch in Frage stellen, ob der Staat derjenige ist, der entscheidend tatsächlich die wirtschaftliche Tätigkeit prägt, oder ob sich der Staat nicht vielmehr auf seine Kernaufgaben beschränken muss, nämlich Infrastruktur in Form von Qualifikationen, von Straßen und Ähnlichem bereitzustellen, von Lebensumständen für die Bevölkerung.

Wir ziehen auch ein Stück weit in Zweifel, ob die übermäßige Tätigkeit des Staates in engen wirtschaftlichen Bereichen tatsächlich das Mittel sein kann, um Wirtschaft zu lenken. Grundsätzlich ist Wirtschaft privatwirtschaftlich organisiert, auch ein Stück weit anarchisch organisiert, und damit steht sie in einem deutlichen Widerspruch zur staatlichen Tätigkeit. Hier fordern wir in der Tat Entstaatlichung, Privatisierung ein. Wirtschaftstätigkeit ist Privatsache und nicht Staatssache.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich noch zwei Anmerkungen zum Schluss! Die andere Seite, die Kehrseite der Medaille ist, dass sich die Mittelzuflüsse aus Steuereinnahmen im Wesentlichen über umverteilte Bundessteuern vollziehen. Bundessteuern werden nach Einwohnerzahlen umverteilt. Dann ist es doch genauso legitim zu fragen, was tun wir überhaupt, um die Einwohnerinnen und Einwohner real hier zu halten, wenn wir Neubaugebiete bebauen, in denen wir keine Schulen und keine Kindergärten errichten.

(Bürgermeister Perschau: Wir haben die höchste Kindergartenquote aller deutschen Länder!)

Ja, nur nicht da, wo die jungen Familien wohnen, das ist das Entscheidende! Statistik, Durchschnittszahlen helfen nicht. Durchschnittlich haben wir angeblich mehr Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen. Trotzdem ist in der Schüler-Lehrer-Relation die Versorgung der Grundschulen — da haben wir, glaube ich, den siebten oder achten Platz im Bundesdurchschnitt — schlecht. Man muss sich schon einem konkreten Problem stellen und nicht nur einer

statistischen Größe! Das ist die Aufgabe von Politik, da auch mit den entsprechenden Differenzierungen zu arbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Zuruf des Abg. Eckhoff [CDU])

Was an dem Durchschnitt vernünftig ist, weiß ich nicht, aber darüber können wir uns bei Gelegenheit noch einmal streiten.

Schließlich das Letzte! Sie haben gesagt, wir holen Berger und Co.! Erst einmal ist die Bezahlung von Berger eine konsumtive Ausgabe, aber das ist nur eine kleine Randbemerkung. Hatten wir nicht gerade eine umfassende Begutachtung des kompletten öffentlichen Dienstes durch McKinsey?

(Bürgermeister Perschau: Nein, hatten wir nicht, eine partielle!)

Ja, eine partielle, aber in wesentlichen Bereichen gleich lautend mit den Aufgaben, die Berger jetzt neu macht, zum Beispiel den gesamten Bereich der Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung, da hatten wir doch hervorragende Vorschläge!

Bevor man den nächsten Schritt macht, sollte man doch erst einmal den ersten evaluieren und sehen: Hat McKinsey tatsächlich eine Verschlankung der Verwaltung gebracht? Haben es jetzt die Leute, die im Schulbereich, im Theaterbereich bauen wollen, leichter? Haben sie es nicht doch jetzt mit drei Einrichtungen statt vorher mit einer oder zwei zu tun? Ist da nicht eher etwas dicker geworden als schlanker?

Das muss man doch erst einmal hinterfragen: Wie sind die realen Effekte des ersten Schrittes, damit man dann den zweiten macht? Sie machen aber schon wieder den zweiten über ein neues Gutachten, weil Sie politisch nicht in der Lage sind, den ersten Schritt umzusetzen, weil dort die Widersprüche in dieser Koalition einfach zu groß sind. Das ist für mich das Gegenteil einer intelligenten Politik. Es tut mir Leid, dass ich Sie im zweiten Teil etwas enttäuschen musste, aber etwas anderes haben Sie von mir auch nicht erwartet. — Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, für die Grundsatzdebatte liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, so dass wir nach der Mittagspause mit dem Punkt zwei, Inneres, Kultur und Sport, fortfahren können. Zum Mitschreiben sage ich Ihnen noch einmal die Restzeiten je Fraktion: SPD 68 Minuten, CDU 57 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 95 Minuten, Senat 59 Minuten, DVU elf Minuten.

(A) Meine Damen und Herren, wir hatten eine Stunde Mittagspause vereinbart. Dann treffen wir uns wieder um 14 Uhr in diesem Haus.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.58 Uhr)

*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.03 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich rufe jetzt den Punkt zwei auf, Inneres, Kultur und Sport.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. Kleen (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir im November den Haushalt Inneres bekamen, da erhielten wir dieses Blatt dazu in Orange, und es konnte uns angst und bange werden. Es ist ein Zahlenwerk, bei dem wir fraktionsübergreifend der Meinung waren, das reicht eigentlich nicht einmal aus, um es zur Kenntnis zu nehmen. Inzwischen gehört der Haushalt Inneres der großen Koalition zu den Erfolgsgeschichten dieses Haushalts. Es ist uns am Ende gelungen, in diesen schweren Zeiten das ehrgeizige Ziel zu erreichen, das wir in der Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben haben, nämlich die zweigeteilte Laufbahn für den Polizeivollzugsdienst unumkehrbar kostenneutral auf den Weg zu bringen und dabei diejenigen nicht zu vergessen, die heute im mittleren Dienst zu Recht auf eine Perspektive vertrauen.

Die Gewerkschaft der Polizei, die unseren Haushaltsberatungsprozess sehr intensiv und auch zu einem großen Teil sehr konstruktiv begleitet hat, hatte am Anfang große Sorgen. Am Ende hat sie in der neuen Ausgabe ihrer Gewerkschaftszeitung hochoffiziell allen Politikerinnen und Politikern, die diesen Beschluss mittragen und vertreten, und das sind in der Innendeputation alle, gedankt. Insofern können wir uns alle etwas zufrieden zeigen. Dieses Lob gibt es nicht jeden Monat. Auf dem Weg zu diesem Ziel haben die sehr intensiven Beratungen zwischen Inneres auf der einen Seite und Senatskanzlei und Finanzen auf der anderen Seite dazu beigetragen, dass wir eine Deputationsvorlage bekommen haben, die in ihrer Aussagekraft und Detailtreue eine hervorragende Arbeitsgrundlage für die künftige Arbeit bietet. Wir alle freuen uns darüber sehr.

Lassen Sie mich zu unseren Anträgen kurz ein paar Worte sagen! Wir wollen Schutzwesten für die

Polizei in Bremen, so wie sie auch in Bremerhaven umgesetzt worden sind. Wir wollen, dass die Feuerwehr, die immer zu den öffentlichen Einrichtungen gehört, die sorgfältig ihre Arbeit machen und nur sehr selten Forderungen stellen, eine neue Feuerwache im Bremer Westen bekommt. Wir wollen, dass Fahrzeuge beschafft werden können, und folgen damit einer Logik unserer bisherigen Beschlussfassung, denn wir haben gesagt, wenn die Feuerwehr mit der ganz geringen möglichen Zahl von Personal auskommt, dann braucht sie ganz modernes Equipment.

Wir möchten, dass wir für unsere Beiräte etwas tun. Wir möchten, dass bei den Globalmitteln nicht eingespart wird, dass wir in jedem Jahr 1,7 Millionen DM zur Verfügung haben. Es gab einmal einen Innensenator, der meinte, das sei doch eigentlich nur Spielgeld. Wir meinen, das ist falsch, denn das ist ganz wichtiges Geld für die kommunalpolitische Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Bitte, die seit 18 Jahren nicht erhöhten Sitzungsgelder um zehn DM für die Beiratsmitglieder zu erhöhen, ist eine kleine Anerkennung. Ich glaube, jeder von Ihnen und jeder von uns weiß, dass auch in Zukunft keiner für den Beirat kandidieren will, weil er glaubt, dass er da Reichtümer erwerben kann, sondern das wird weiterhin nur den politisch und ortspolitisch Interessierten vorbehalten bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushalt Inneres für die Jahre 2000 und 2001 ist aus meiner Sicht Spiegelbild eines positiven Kompromisses im Rahmen des engen Sanierungshaushaltes. Insofern findet meine Fraktion sich auch darin wieder.

Die CDU-Fraktion, das ist, glaube ich, unschwer aus den Haushaltsanträgen zu erkennen, hat neben Bildung ihren Schwerpunkt in den Bereich der Innenpolitik, da besonders in den Bereich der inneren Sicherheit gelegt. Darin, das will ich vorweg sagen, sehe ich auch eine Bestätigung und Anerkennung der guten Arbeit, die die dem Innenbereich zugehörigen Behörden in den letzten Jahren geleistet haben. Dafür gebührt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank! Sie haben in allen Bereichen engagiert gearbeitet. Ich denke da zum Beispiel an die Bürgeramtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter oder auch an die polizeilichen Sondergruppen, und das,

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) obwohl es an manchen Stellen, personell wie materiell, sehr eng war!

Meine Damen und Herren, Innenpolitik hat ein Kernstück, das heißt innere Sicherheit. Garanten für die innere Sicherheit sind Polizei, Feuerwehr und Ordnungsbehörde, also das Stadtamt. Darüber hinaus will ich den Verfassungsschutz nicht unerwähnt lassen. Wie sieht es nun aus mit der inneren Sicherheit im Land Bremen?

Insgesamt, glaube ich, hat die innere Sicherheit seit Mitte der neunziger Jahre eine positive Entwicklung genommen. Dies ist nicht nur in Statistiken nachlesbar, sondern ist auch wahrnehmbar. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und die objektive Sicherheit haben sich wesentlich verbessert. Dies hat sicherlich Gründe, meine Damen und Herren, die eben auch Bezug zu diesem Haushalt haben.

Nehmen wir zunächst den Polizeibereich! Ich glaube, was die Polizei selbst in Sachen Reform der Polizei, einhergehend mit Umsetzung von Verwaltungsreformen, bis heute geleistet hat, ist vorbildlich! Die Polizei ist in der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven völlig neu organisiert. Behördengrenzen sind gefallen, damit gibt es weniger Verwaltungsaufwand, Synergieeffekte wurden erzielt, Führungs- und Hierarchieebenen konnten abgebaut werden. Dezentral wurden Kriminal- beziehungsweise Polizeikommissariate eingerichtet, und die Kontaktbereichsbeamten wurden aus eigenem Personalbestand flächendeckend eingesetzt. Eine Vielzahl von Sondergruppen wurde aus dem Personalbestand heraus eingesetzt, ich nenne nur EG Graffiti, Intensivtäter, Mehrfachidentitäten und so weiter.

(B)

Meine Damen und Herren, als Gegenleistung, ich darf es so bezeichnen, hat diese Koalition auch einiges vorzuweisen. Wir haben die Polizei als Einzige aus dem Personalentwicklungsprogramm herausnehmen können, um den Weg für eine neue Ausbildung und einen kostenneutralen Systemwechsel, also Wegfall des mittleren Dienstes und Erreichen von ausschließlich gehobenem und höherem Dienst bei der Polizei, frei zu machen und eine solide Planungsgrundlage auf Basis der ermittelten Sollzahl bei der Polizei zu bieten.

Ich glaube, dieser Beschluss der Koalition ist ein Meilenstein für die Bremer Polizeibeamtinnen und -beamten! Damit wird den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten des heutigen mittleren Dienstes eine adäquate Berufsperspektive vermittelt, nämlich bis zum Jahr 2009 dem gehobenen Dienst anzugehören.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wird die Ausbildungsqualität dazu Grundlage bieten, dass alle Neueinstellungen ausschließlich für den gehobenen Dienst ausgebildet werden.

Meine Damen und Herren, ich gehe auch davon aus, dass der nächste Doppelhaushalt keine PEP-Quote für die Polizei vorsieht, auch wenn eine Beratungsfirma eingesetzt worden ist. Im Übrigen, das merke ich hier an, stellt sich ohnehin die Frage, ob die Personalentwicklungsprogramme unendlich praktiziert werden können. Ich glaube, wir müssen absehbar dazu übergehen, insgesamt aufgabenkritisch zu schauen, wo und ob es noch Einsparungsmöglichkeiten gibt.

Meine Damen und Herren, für die Polizeibeamtinnen und -beamten bin ich froh, dass es auf Initiative meiner Fraktion gelungen ist, die Beschaffung von Schutzwesten im Ansatz von 50 000 DM auf 300 000 DM zu erhöhen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ich denke, das war Herr Kleen!)

Bis 2004 sollen damit alle Polizeivollzugsbeamten ausgestattet und ein weiterer Beitrag zur Sicherung der Gesundheit der Beschäftigten geleistet worden sein.

In diesem Bereich sei abschließend festgestellt: Nicht alle fachlich und sachlich begründeten Wünsche konnten erfüllt werden. An der einen oder anderen Stelle muss der Haushaltsvollzug zeigen, ob wir etwas bewegen können. Wir gehen sicher gemeinsam davon aus, dass die erfolgreiche Arbeit der Polizei auf der Grundlage des Haushalts fortgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Garant für die Sicherheit, speziell der Brandsicherheit in dieser Stadt oder besser in unseren Städten, sind die Berufs- und freiwilligen Feuerwehren. Auch für diesen Bereich hat die Koalition einen Schritt nach vorn gemacht, nachdem die Ziel- oder auch Sollzahl der Feuerwehr Bremen mit 499 festgelegt wurde. Die zwingende Verbindung von 499 Köpfen für die Erfüllung des Schutzzieles war nur herzustellen, wenn Technik diese 499 Beamtinnen und Beamten ergänzt. Dem sind wir nachgekommen. Unsere Fraktion hat initiiert, die Ansätze für Fahrzeugneubeschaffungen pro Jahr mit einer Million DM zu erhöhen, so dass 2000 eine Million DM und 2001 zwei Millionen DM zur Verfügung stehen. Ich glaube, die Koalition hat hier das richtige Signal gegeben. Auch wenn es kein Maximum ist, das Minimum wird jedenfalls deutlich überschritten.

(Beifall bei der CDU)

Noch erfreuter sind wir allerdings, dass die neue Feuerwache West finanziert werden kann. Ein längst überfälliges Projekt wird damit realisiert. Ich brauche, glaube ich, über die Notwendigkeit nichts zu

(A) sagen. Wir sind uns sicher einig: Den Beschäftigten gegenüber, aber auch aus fachlicher Sicht war diese Maßnahme unabdingbar. Damit haben wir als Koalition einen großen Schritt nach vorn für die Brandsicherheit im Bremer Westen getan.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, meine Fraktion und die Koalition sind sich schnell einig geworden, als es um die Erhöhung der Beiratsmittel auf den Stand von 1998 ging und gemeinsam festgestellt wurde, dass die Sitzungsgelder seit vielen Jahren keine Steigerung erfahren haben.

(Abg. Teiser [CDU]: Unsere auch nicht!)

Wir sind der Auffassung, dass die ehrenamtliche Tätigkeit der Beiratsmitglieder honoriert werden muss. Deshalb stellt auch die Erhöhung der Sitzungsgelder eine kleine, bescheidene Anerkennung dieser politischen Arbeit vor Ort dar.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass es auch im Innenbereich noch viele nicht erfüllbare, gleichwohl fachlich und sachlich fundierte Wünsche gibt. Ich glaube aber, dass es ein Einsehen in die Sanierungsverpflichtung unseres Landes gibt. Wir wollen versuchen, im Haushaltsvollzug noch einige andere Erfordernisse zu befriedigen. Zu nennen wären da Großraumzellen für adäquate Unterbringung von Festgenommenen bei Großlagen, Umbau für die Druckerei gemeinsam mit der Werkstatt Bremen, Weiterentwicklung Bürgerämter, Weiterentwicklung Inpol und so weiter.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, damit schließen, dass ich feststelle, auch mit und nach diesem Haushalt müssen wir ständig bemüht sein, im Sinne der Bürger unseres Landes die innere Sicherheit durch optimal organisierte Kriminalitätsbekämpfung und die Grundlagen dafür zu gewährleisten! Die lokale Arbeit von Ortsämtern und Beiräten ist weiter zu fördern, und die teilweise äußerst schwierigen Aufgaben beim Stadtamt und nachgeordneten Ämtern sind politisch voll zu unterstützen. Nach dem Ergebnis der gutachtlichen Überprüfung durch ein Beratungsunternehmen wird man fachpolitisch und haushaltspolitisch auszuwerten haben, in welcher Weise beim Stadtamt umorganisiert werden muss.

Nun gestatte ich mir noch eine Anmerkung! Frau Linnert, die im Moment zumindest hier vorn nicht sitzt, hat heute Morgen im Zusammenhang mit Zuwendungen meinen Namen genannt. Ich möchte dazu nur klarstellen: Ich habe nirgendwo beantragt oder berichtet, dass Zuwendungen gestrichen werden sollen, sondern mein Petitum war, eindeutig hier im Zuwendungsbereich zu schauen, und zwar in allen Bereichen, nicht nur im Bereich Soziales, in allen Bereichen, wo Zuwendungen gezahlt werden,

zu überprüfen, ob diese mit der Landeshaushaltsordnung vereinbar sind. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei, Frau Linnert: Als Sozialdeputierte müssten Sie wissen, wenn ich es richtig weiß, dass die Behörde selbst, die Senatorin, dabei ist, hier die Zuwendungen zu überprüfen, also sie damit mit mir auf einer Linie lag. Insofern fand ich es schon bemerkenswert, dass Sie in diesem Zusammenhang heute Morgen meinen Namen genannt haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern an die Generaldebatte von heute Vormittag wieder anknüpfen. Wir streiten heute hier darüber, welche Alternativen es zu dem Politikentwurf der großen Koalition gibt. Aus unserer Sicht gibt es Alternativen, und wir halten es auch für politisch gefährlich, wenn die große Koalition immer wieder behauptet, ihr Kurs sei alternativlos. Sie werden auch merken, dass in den letzten Monaten in der Stadt die Fragen der Bürgerinnen und Bürger, ob angesichts der Sanierungspolitik, die hier gemacht wird, das Verhältnis von Investitionen, insbesondere von Investitionen in Großprojekte, von konsumtiven Ausgaben und dem Schuldenmachen eigentlich im richtigen Lot ist, lauter geworden sind. Aus unserer Sicht sind diese Größenverhältnisse nicht im Lot.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir streiten nicht darüber, ob investiert und gespart werden muss, sondern wir streiten darüber, in welchem Ausmaß und wofür investiert wird, wofür wir konsumtive Mittel ausgeben, und wir bemühen uns, anders als Sie, um eine Trendumkehr in der Frage der Schuldenreduzierung. Ich möchte in dem Zusammenhang auch gern noch einmal Frau Fugmann-Heesing erwähnen. Sie werden mir alle zustimmen, Sie wissen, damals, als sie Finanzsenatorin in Berlin war, war sie weit davon entfernt, das Image zu haben, eine populistische Politik zu machen, sondern im Gegenteil, sie ist mit so netten Bezeichnungen wie Erotik der Askese beschrieben worden.

Aber genau diese Frau Fugmann-Heesing, die ja nun einen klaren Konsolidierungskurs in Berlin gemacht hat, hat gesagt, ganz anders als Herr Finanzsenator Perschau es macht, man müsse sehr genau hinsehen, für welche Investitionen man Geld ausgibt und sie sehr genau überprüfen, und es sei eben auch nicht schlicht so, dass jede investierte Mark gut und jede konsumtiv ausgegebene schlecht sei. Vor allem in den letzten Jahren und auch in den kommenden Jahren wird es so sein, dass konsumti(D)

(A) ve Ausgaben bei Qualifikation, bei Kultur, bei Ausbildung gerade Ausgaben sind, um die Zukunftsfähigkeit unserer Städte zu sichern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Ansatz kommt uns bei Ihnen zu kurz.

Damit komme ich zum Kulturetat! Herr Eckhoff hat heute Morgen noch einmal wieder versucht, an der Legendenbildung, an der Märchenbildung herumzustricken, dass die 25 Millionen DM, die die große Koalition im letzten Sommer bei den Koalitionsverhandlungen beschlossen hat, Ausdruck einer besonderen Wertschätzung für den Kulturbereich und die Kulturpolitik gewesen wären.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Ichhabe über die 25 gar nicht gesprochen, sondern nur über die 9,5!)

Herr Eckhoff, in dem Zusammenhang würde ich Sie gern noch einmal daran erinnern, Sie sprechen doch so gern von den Grundfertigkeiten, die in den Schulen zu vermitteln Ihnen ja immer so besonders wichtig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Wenn man aber erst 85 Millionen DM hat und 30 Millionen DM davon abzieht, weil man ja eine Kulturstiftung in der vorletzten Legislaturperiode einrichten wollte, und dann 25 Millionen DM wieder darauflegt, dann hat man unter dem Strich weniger, als man vorher hatte.

(Zuruf des Abg. Eckhoff [CDU] — Abg. Zach au [Bündnis 90/Die Grünen]: Mathematisch war das in Ordnung!)

Genau das ist Ihnen passiert, und deswegen war diese Tat bei den Koalitionsverhandlungen im letzten Sommer keine Aufwertung der Kulturpolitik, sondern es war die Einleitung einer Situation, die im letzten Jahr zu einem permanenten Gerangel um die Kulturpolitik geführt hat. Es hat in dieser Stadt in den letzten Monaten noch nie eine solche Destabilisierung und Unruhe der Kultureinrichtungen gegeben wie unter der Amtszeit von Herrn Senator Schulte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben damals nicht nur einen Kulturetat für die zweite Auflage der großen Koalition verabredet, der de facto geheißen hätte, dass schon in diesem Jahr etliche Kulturinstitutionen hätten abgewickelt werden müssen, nein, Sie haben dann auch mit dem Entzug des Vertrauensschutzes die Kultureinrichtungen in eine dramatisch schwierige Position gebracht,

und die ist Ihnen ja auch entsprechend beantwortet worden, indem sich die Kultureinrichtungen geweigert haben, Workshops der Kulturmanagement GmbHzu besuchen.

Das ist eine fatale Situation, wenn man gerade daran interessiert ist, und das tragen wir ja zum großen Teil mit, ein positives Klima in der Stadt zu haben, Aufbruchstimmung zu vermitteln. Wir sind ja überhaupt nicht dagegen, ganz im Gegenteil. Bei den Aufgaben im Strukturwandel, die wir bewältigen müssen und in den nächsten Jahren noch vor uns haben, braucht man viele Leute, die gern daran mitstricken wollen, den öffentlichen Dienst umzubauen, die Wirtschaft zu verändern. Das kann man aber nur schaffen, wenn man die entsprechende Sensibilität für die kulturelle Lebendigkeit dieser Stadt hat

Es ist doch bezeichnend, dass gerade Herr Hockemeyer, der Präses der Handelskammer, in dieser Situation in die öffentliche Debatte um die Kulturfinanzierung eingegriffen hat, und ich möchte auch sagen, eingreifen musste, um deutlich zu machen, dass Ausgaben für Kultur Investitionen in den Standort Bremen sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Hockemeyer weiß sehr wohl, und er ist ja nun völlig unverdächtig, sich nicht für die Wirtschaftskraft und die wirtschaftliche Entwicklung Bremens einzusetzen, dass der Standort Bremen nur mit einer solchen Konzentration auf eine reine Investitionspolitik nicht wirklich gesunden kann und nicht die entsprechende Ausstrahlung hat, Menschen in Bremen zu halten und Menschen nach Bremen zu locken, wenn die Kultur nicht entsprechend finanziert wird. Erst durch diese ganzen Interventionen im letzten Jahr ist es doch zu dieser Korrektur des Kulturhaushalts gekommen, der uns hier heute vorliegt.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Um 9,5 Millionen! Wenn Sie die dazurechnen, haben Sie mehr!)

Sie mussten doch richtig zum Jagen getragen werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Eckhoff [CDU]: Das wollen wir Ihnen nicht zumuten! — Heiterkeit)

Ich wollte schon gerade sagen, was bei Ihnen persönlich ja auch nicht ganz einfach ist! Aber die Auseinandersetzung hat ja auch viel Zeit in Anspruch genommen!

Jetzt stehen wir vor einer Situation, dass der Kulturetat in einer gewissen Weise an das angeglichen

(A) worden ist, was zumindest in diesem Jahr erforderlich ist, um die Kultureinrichtungen aufrechtzuerhalten und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Aber das Geld reicht nicht aus, und schon im nächsten Jahr haben Sie eine Lücke von mindestens 3,5 Millionen DM im Haushalt.

Aber noch viel schlimmer, und das wirft auch ein Licht darauf, dass es aus Ihrer Sicht bisher nämlich nicht wirklich um eine Sicherung für die Entwicklung der kulturellen Einrichtungen in Bremen geht, ist die mittelfristige Finanzplanung. Da gehen Sie nämlich davon aus, dass der Kulturetat bis zum Jahr 2005 um 30 Prozent abgesenkt wird, und das ist die eigentliche Katastrophe. Dann wird es nämlich nicht mehr so sein, dass man hier von Synergien reden kann und dass Einrichtungen zusammengelegt werden. Das Resultat daraus ist nichts anderes als eine Abwicklungspolitik, und das ist für diese Stadt fatal.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann doch nicht auf der einen Seite versuchen, alles zu tun, um möglichst viele Menschen nach Bremen zu locken, und dann mit seiner anderen Aktivität genau das wieder vereiteln.

Das ist aber nicht das einzige Problem, sondern wir haben ein großes strukturelles Problem. Sie haben eine Kulturmanagement GmbH ins Leben gerufen als stadteigene Gesellschaft, und es ist nicht wirklich klar gewesen, was denn die Aufgabe dieser Management GmbH ist. Es gab eine gewisse politische Verabredung, dass diese Einrichtung Servicefunktionen übernehmen und die Kultureinrichtungen beraten soll. Das wäre eine sinnvolle Aufgabe. Sie haben sich aber nie wirklich darauf verständigt, die Kulturmanagement GmbH so arbeiten zu lassen, sondern jetzt gibt es permanent Versuche, diese Einrichtung in den Stand zu versetzen, immer mehr Aufgaben zu übernehmen. Damit hat man de facto einen Kultur-Schattensenator. Wollen Sie das? Das wird eine Einrichtung sein, die immer mehr Aufgaben übernehmen soll, Kulturpolitik zu betreiben,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Eckhoff hat keine Probleme damit!)

aber demokratisch ist sie nicht legitimiert. Eine Privatisierungspolitik in stadteigene Gesellschaften, die nur dazu führt, dass die parlamentarischen Rechte beschnitten werden, dass nur noch über Aufsichtsräte kontrolliert wird und es keine wirklich parlamentarische Verantwortung mehr für diese Bereiche gibt, lehnen wir ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Tat wird in den letzten Monaten immer häufiger, nicht nur in Bremen, sondern in der ganzen

Republik, über die Frage gestritten, wozu man eigentlich Kunst und Kultur braucht, und alle sind ja so verliebt in die betriebswirtschaftliche Logik. Auch wir sind der Meinung, gerade auch im Kulturbereich, die Einrichtungen müssen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien arbeiten, aber das kann nicht der ausschließliche Maßstab sein. Gerade bei Kunst und Kultur geht es um eine andere Zeitlichkeit, um einen anderen Wertmaßstab, um Qualität, und nur, wenn man den Kultureinrichtungen ermöglicht, auch so zu arbeiten, haben sie eine Chance, sich angemessen weiterzuentwickeln. Deswegen legen wir so großen Wert darauf, dass der Kulturetat in einer Größenordnung bleibt, wie er 1999 gewesen ist.

(C)

(D)

Wir fordern Sie dringend auf, Abstand zu nehmen von einer Politik, die den Kulturbereich aushungert und damit die Entwicklungsmöglichkeiten Bremens einschränkt. Nur mit einer Kulturszene, die Chancen hat, sich wirklich vielfältig und bunt mit den verschiedensten Ansätzen zu entwickeln, wird man dem Ziel, Bremen lebendig und attraktiv zu erhalten, gerecht.

Wir streiten uns immer um die Frage, was wird investiert für welche Bereiche, was sind wirklich Zukunftsinvestitionen, und der andere Teil ist, wie halten wir wirklich Einwohner in der Stadt, und wie gewinnen wir zusätzliche. Sie sind mit diesem Ansatz, möglichst Einwohner zu halten und neue zu gewinnen, bisher nicht erfolgreich gewesen. Wir haben nach wie vor eine abnehmende Bevölkerungszahl. Das heißt, wir müssen doch ein ausgesprochen großes Interesse daran haben — weil die Menschen, die hier leben, hier ihre Einkommensteuern bezahlen —, möglichst viele Menschen in der Stadt zu halten und zusätzliche zu gewinnen. Das können wir nur, wenn wir diesen Menschen ein entsprechendes Leben, eine entsprechende Lebensqualität liefern mit den entsprechenden Jugendeinrichtungen, mit den Schulangeboten, aber auch mit den Kulturangeboten, die dazu notwendig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen unser dringendes Plädoyer, den Kulturetat diesen Erfordernissen anzupassen, deswegen auch unser Wunsch, auch gerade vor dem Hintergrund der Pleite in Bremerhaven mit dem Köllmann-Plan zum Ocean-Park, endlich Nägel mit Köpfen zu machen, deswegen unser Vorschlag, in Bremerhaven endlich mit einem Auswanderermuseum zu beginnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wären schon viel weiter mit den Entwicklungspotentialen in Bremerhaven, wenn wir uns nicht so an Köllmann gebunden hätten, sondern den Zoo am Meer früher realisiert hätten, das Wohnen am Wasser, und auch diese kulturelle Verstärkung im Sinne

(B)

(A) der Stadt, wo sie ihre wirklichen eigenen Potentiale hat,

(Abg. Teiser [CDU]: Sie können doch mit einem Museum nicht die Welt verändern, Mensch!)

und das sind Auswanderungen in Bremerhaven auf jeden Fall. Das gehört zu einem Teil der Entwicklung für Bremerhaven dazu, und deswegen fordern wir Sie auf, hier aktiv zu werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Koestermann.

Abg. Frau **Koestermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss jetzt in fünf Minuten hier einen Spurt durch Kultur und Sport machen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben doch zehn Minuten!)

Ich habe nur fünf Minuten, und darum muss ich mich jetzt beeilen. Sie dürfen die Uhr erst anstellen, wenn ich wirklich anfange, damit die Zeit auch voll genutzt wird.

(B)

Wir sind heute unter anderem hier, um über einen Haushalt zu beschließen, der ein Jahr in unserer Stadt für große Aufregung gesorgt hat, den Kulturhaushalt. Von Beginn an wurde immer deutlicher, dass ein Eckwert von 128 beziehungsweise 127 Millionen DM viel zu wenig sein könnte, um die gewachsenen Strukturen in unserer kulturellen Landschaft am Leben zu erhalten. Mit dieser Erkenntnis begann der Kampf um eine Erhöhung der Eckwerte. Unter allen betroffenen Personen und Einrichtungen entstand eine große Solidarität mit dem gemeinsamen Ziel, den Kulturhaushalt finanziell so abzusichern, dass eine Grundversorgung sichergestellt ist und so lange auf einer sicheren Finanzbasis gearbeitet werden kann, bis durch Umstrukturierungen und kulturelle Umorganisationen eine Arbeitsgrundlage geschaffen worden ist.

Die zweimal 9,5 Millionen DM für einen Kulturumbautopf sind das Ergebnis von langen, zähen Verhandlungen. Damit an dieser Stelle aber kein Missverständnis aufkommt: Der Umbautopf ist keine Eckwerterhöhung. Er gibt uns lediglich die Luft, die wir brauchen, um in den nächsten zwei Jahren die Änderungen einzuleiten, die notwendig sind, Einsparungen vorzunehmen und Mehreinnahmen bei den Einrichtungen zu erreichen.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wollten doch 13 Millionen!)

Ich nicht! Ich würde die lieber noch dazu haben! Da haben Sie mich irgendwie falsch verstanden!

Diese für 2000 und 2001 jeweils bereitgestellten 9,5 Millionen DM geben uns die Möglichkeit, in Ruhe an einem Kulturentwicklungskonzept zu arbeiten. Ziel ist es, die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt zu erhalten und durch Umstrukturierungen und Synergien die Einrichtungen finanziell abzusichern. Dies wird ein hartes Stück Arbeit. Alle Beteiligten, die Einrichtungen sowie die Verwaltungsebene sind aufgefordert, dieses Ziel gemeinsam zu erreichen. Allerdings wird dies ohne schmerzliche Einschnitte nicht zu erreichen sein. Die KMB, deren Arbeit die Koalitionäre hoch schätzen und die wir auch sehr unterstützen, wird alle Vorgänge begleiten und Arbeitsmaterial zur Verfügung stellen, das gebraucht wird, um gerechte und sinnvolle Lösungen zu finden.

Aber es geht nicht nur um das Geld. Wir müssen auch eine Diskussion um den Stellenwert der Kultur und deren Inhalte beginnen. Kultur lässt sich nicht nur in Zahlen, Daten und Fakten messen. Kultur ist eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Miteinanderleben in unserer Gesellschaft. Kultur darf nicht als Luxus gelten, auch wenn die Finanzmittel knapp sind. Wir müssen eine kulturelle Grundversorgung sicherstellen und die Erbringung kultureller Spitzenleistungen sichern.

Wenn wir die zweimal 9,5 Millionen DM Umbautopf bedächtig und vernünftig einsetzen, haben wir auch mittelfristig eine Perspektive für eine lebendige Kulturlandschaft. Ich denke, wir haben einen guten Anfang gemacht. Wir haben eine Basis geschaffen, die es uns ermöglicht, einen Umstrukturierungsprozess einzuleiten, der alle kulturellen Potentiale bündelt und diese kulturelle Kompetenz und Kreativität nutzt, um solide kulturpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Der gegenseitige Austausch von Ideen bietet entscheidende Hilfestellungen bei der Lösung der Probleme und der Gestaltung der Möglichkeiten.

Der Kulturstandort Bremen befindet sich in einem Prozess der Neuorientierung. Das Verhältnis zwischen öffentlicher und privater Kulturförderung muss neu ausgelotet werden. Wir, die CDU, sind bereit, uns dieser Herausforderung zu stellen, und wir bitten alle, uns bei dieser schwierigen Aufgabe zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt die nächste Kurve, Außenkurve: Sport! Wichtigstes Ziel der Sportpolitik der nächsten Jahre ist es, dass im Sporthaushalt Handlungsspielräume wieder erschlossen und zurückgewonnen werden. Insbesondere die Altlasten aus der vergangenen Legislaturperiode, verursacht von einer anderen Ressortspitze,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber ihr wart doch in der Regierung!)

(A) mit einem Volumen von zirka zwei Millionen DM müssen durch Verkäufe von Sportgrundstücken bewältigt werden. Der Verkauf weiterer Grundstücke muss deshalb vorangetrieben werden.

Nach langem Tauziehen ist es gelungen, die unentbehrliche Erhöhung der Übungsleiterpauschale von einer Million DM zu erreichen. Somit hat der Sport auf diesem Gebiet, meist von ehrenamtlichen Mitarbeitern geleistete Aufgaben, wieder eine Perspektive in der Zukunft.

Das vereinbarte Bäderkonzept wird erst im Jahr 2001 zum Tragen kommen. Um die bereits wieder eröffneten Freibäder in diesem Jahr finanzieren zu können, ist eine Vereinbarung getroffen worden, die mit etwa 600 000 DM im Laufe des Jahres zu Buche schlägt. Eine Weiterentwicklung des vorgelegten Bäderkonzepts ist in diesem Jahr erforderlich, damit auch für die im Bäderbereich und im Schwimmsport Tätigen Planungssicherheit erreicht werden kann.

Wichtig ist es abschließend, dass wir das für den Sport so wichtige Instrument des Stadtreparaturfonds weiter nutzen können. Allen ist zu danken, die auf diese Weise Anteil daran haben, dass wir auf dem Weg der Sanierung der Sportstätten Bremens damit einen wichtigen Schritt vorangekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Emigholz.

Abg. Frau **Emigholz** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde es nicht wie die Kollegin Frau Koestermann machen, so eine vermischte Rede zum Sport zu halten. Über das Thema Sport weiß der Kollege Pohlmann viel besser Bescheid, das lasse ich, davon verstehe ich nichts.

Mich reizt es, anders als bei sonstigen Vorträgen, zur Haltung der Kulturpolitik der Grünen etwas zu sagen, und zwar vor dem Eindruck dessen, dass man immer überlegen muss, auf welcher Veranstaltung man welchen Mantel trägt. Ich glaube, ich gerate nicht in die Gefahr, als politischer Zwilling des Kollegen Eckhoff zu gelten, will hier aber eines sagen: Diese 9,5 plus 9,5 Millionen DM Verhandlungsergebnis für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 betrachte ich nach der vorangegangenen Diskussion, nach der Ausgangslage unter Sanierungsbedingungen des Landes als riesigen Erfolg.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich glaube, Frau Linnert, wenn ich Sie auf einer Tagung der Linken richtig verstanden habe, wo Sie die Rechtfertigung der Kulturfinanzierung problematisiert haben im Lichte dessen, was denn eine Verkäuferin bei Aldi von Kultursubventionen insbesonders für das Theater hätte, müssen wir darüber einmal grundsätzlich reden, ob es unter Sanierungsbedingungen für diesen Bereich nicht ein Erfolg ist, und da sind wir, glaube ich, inzwischen auch nicht mehr ganz klar über die politische Strategie der Grünen.

Eines ist wohl auch klar, wenn man sich die öffentlichen Auseinandersetzungen und Konflikte in der Kultur ansieht, auch in der Amtszeit von Helga Trüpel, die da sicherlich einen etwas geradlinigeren Kurs gefahren hat, hat es erkennbare Probleme gegeben. Das sage ich hier ganz offen, und das sage ich jetzt noch einmal, weil man nicht auf einer Veranstaltung das eine und auf der anderen Veranstaltung das andere sagen kann.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Doppelmoral macht mich nicht wütend, die macht mich ganz wütend. Dazu habe ich keine Lust.

Eine andere Bemerkung noch zu den erzielten 9,5 Millionen DM als Verhandlungsergebnis, Herr Schulte! Bei aller Wertschätzung, ich glaube, wenn ich Brecht und die Fragen eines lesenden Arbeiters verstehe, "Wer baute das siebentorige Theben?", in der Verhandlung um die 9,5 Millionen DM waren Sie wohl nicht ganz allein, oder?

(Beifall bei der SPD)

(D)

(C)

Wir hatten, glaube ich, eine lebendige Diskussion in der Stadt, eine Unterstützung von sehr, sehr vielen Initiativen, und ich glaube auch, dass die Fraktionen ihren Teil dazu beigetragen haben, dieses Ergebnis möglich zu machen, und dass wir auch in Tagund Nachteinsätzen für ein solches Verhandlungsergebnis gekämpft haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es waren drei Leitziele: erstens, Erhalt der kulturellen Vielfalt, zweitens, Umbaumittel, um auch diese Vielfalt für die nächsten Jahre zu erhalten, und drittens, um eine seriöse Kulturentwicklungsplanung möglich zu machen. Das halte ich für ganz entscheidende Punkte. Wenn wir uns an ein so großes Unternehmen wagen, dann würde ich auch sagen, es ist eine Kollektivleistung und eine Kollegialleistung und nicht die Leistung von Einzelnen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dazu habe ich, das muss ich ganz ehrlich sagen, in der Stimmung keine Lust. Das ist mir etwas zu wenig. Ich glaube, dass wir mit diesem Verhandlungsergebnis die Chance haben, und das sage ich hier deutlich, dass wir das einhalten können als Koalitionäre, was wir versprochen haben, nämlich ge-

(A) sicherte Rahmenbedingungen für eine Kulturentwicklungsplanung, die unter einem hohen zeitlichen Druck steht, und gesicherte Rahmenbedingungen, auch die kulturelle Vielfalt zu erhalten und damit Angebote in den Einrichtungen möglich zu machen.

Ich möchte die Kultur nicht nur unter Standortgesichtspunkten definieren. Es ist schön, dass die Handelskammer dafür eintritt. Es ist auch schön, dass Sozialverbände wiederum für die soziale Dimension von Kultur eintreten, aber ich sage, dass Kultur deswegen eine Investition ist, weil sie einen Eigenwert hat. Wenn wir immer nur anfangen zu begründen, warum Kultur wichtig ist aus mittelbaren Effekten, werden wir das, was sie eigentlich ausmacht in den vielen Sparten Museen, Musik, Theater, Literatur, bildende Kunst, kulturelle Bildung irgendwann in Vergessenheit geraten lassen, und das darf uns nicht passieren.

Wir sollten, wenn wir über Kulturförderung reden, und das muss der Sinn und der Inhalt von Kulturentwicklungsplanung sein, überlegen, was ist das für ein Angebot für die Menschen in dieser Stadt, welche Wirkung erzielen wir auch außen damit, aber das sind mittelbare Effekte. Die unmittelbaren Effekte, etwas für die Bürger zu tun, die Impulsqualität der Stadt zu fördern, sind für uns nach wie vor das Wichtigste. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Pohlmann.

(B)

Abg. **Pohlmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! 1997 wurde der Sport in die Landesverfassung aufgenommen. Damit hat dieses Plenum, die Bremische Bürgerschaft, den vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in dieser Stadt sowie dem gesellschaftlichen und sozialpolitischen Engagement der Sportvereine die Unterstützung ausgesprochen. Wir als Sozialdemokraten sind der Meinung, dass diese politische Auffassung auch in der praktischen Politik, in dem Handeln des Senats zum Ausdruck kommen muss.

Mehr als die Hälfte aller Bremerinnen und Bremer sind in Sportvereinen aktiv oder betreiben in ihrer Freizeit Sport. Damit sind sie auch unmittelbar an der Sportförderung beteiligt. Attraktive Bäder, interessante Sporteinrichtungen und Freizeitstätten sind wichtige Faktoren auch für die Entscheidung, ob Menschen in dieser Stadt bleiben oder neu in diese Stadt ziehen. Auch für Gewerbeansiedlungen haben sie einen hohen Stellenwert. Somit ist der Sport ein wichtiger Bestandteil der Strategie unserer Fraktion, die auch von unserem Fraktionsvorsitzenden hier entwickelt worden ist, dass wir im Rahmen dieses Sanierungskonzeptes wichtige Bereiche für lebenswerte Positionen für die Bevölkerung herausarbeiten müssen.

Der Sporthaushalt hat von dieser Aufgabenstellung aus strukturelle Probleme, und ich möchte sie kurz benennen. Erstens: In den letzten Jahren ist er kontinuierlich nach unten gesetzt worden. Zweitens: Die Zuschüsse für die Bäder GmbH umfassen fast die Hälfte dieses Sporthaushalts. Drittens: In dem ersten Anschlag für die Beratung dieses Haushalts fehlte zirka eine Million DM pro Jahr als Zuschüsse für die Unterstützung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter, für einen Bereich der Vereinsarbeit, der das Rückgrat dieses Sportsystems darstellt.

(Beifall bei der SPD)

Es sind fast 6000 Männer und Frauen, die sich aktiv engagieren in den Sportvereinen, die dazu beitragen, dass ermöglicht wird, dass hier insgesamt 434 Vereine in diesem Bereich überhaupt tätig sein können. Dem gilt unsere Unterstützung. Wir haben als Sozialdemokraten gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen Antrag eingebracht, die Zuschüsse für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter pro Jahr um eine Million DM zu erhöhen. Dies ist notwendig und auch ein klares Signal an die Sportlerinnen und Sportler, an die Vereine, und ich bitte, dass wir alle hier im Saal diesen Antrag unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zu den Bädern! Meine Damen und Herren, es gibt in der Frage der Umsetzung des Bäderkonzepts die Aufgabenstellung, eine langfristige Perspektive für die Hallen- und Freibäder und auch für die Badeseen zu entwickeln. Wir werden ja morgen im Rahmen der Debatte in der Stadtbürgerschaft diese Fragen noch intensiver zu behandeln haben. Wir sind der Auffassung, dass es notwendig ist — ich nehme das noch einmal auf, was die Kollegin von der CDU-Fraktion gesagt hat —, gemeinsam dazu beizutragen, dass wir zu einem Konzept kommen, das langfristig trägt und das auch eine Zukunftsperspektive für die Bäder beinhaltet.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Herr Mützelburg, ich möchte noch einmal sagen, weil Sie so schön dazwischenrufen, wir als Sozialdemokraten sind vor Ort gewesen. Wir haben uns engagiert. Wir sind in Osterholz-Tenever gewesen. Wir haben auch gemeinsam mit Vertretern der Koalition vor Ort Politik gemacht, und ich glaube, das ist der richtige Weg. Daran sollten Sie sich beteiligen, dann bekommen wir auch gemeinsam etwas Vernünftiges hin.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(A) Meine Damen und Herren, im Koalitionsvertrag steht die Position, dass weiterhin drei Millionen DM aus dem Stadtreparaturfonds für den Abbau des Sanierungsstaus im Bereich der Sportstätten und der Hallen zur Verfügung stehen sollen. Dies ist wichtig und notwendig, gerade wenn wir den Zustand einzelner Sporteinrichtungen, Hallen und Sportplätze sehen. Hier darf es keinen Schritt zurück geben. Hier ist es die Aufforderung an den Senat, dies auch konsequent umzusetzen. Ebenfalls geht es bei der Abdeckung des Verlustvortrags im Sporthaushalt um eine zügige Lösung, die in keiner Weise zu Lasten des Sporthaushalts gehen kann, um auch diese Fragen zu lösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, eine aktive Sportpolitik, die finanzielle Absicherung der Rahmenbedingungen für die Tätigkeit der Vereine und Verbände, attraktive Schwimmbäder, Badeseen mit einer Zukunftsorientierung sind wichtige Standortfaktoren für die Stadt und für das Land Bremen.

Wir Sozialdemokraten fordern daher unter anderem auch, dass das bestehende Sportförderungsgesetz, und hierzu gibt es ja einige Diskussionspunkte, zurückgewiesen wird.

(Abg. Schildt [SPD]: Ja! — Abg. Eckhoff [CDU]: Was, dass das Gesetz zurückgewiesen wird?)

Wir erachten das Sportförderungsgesetz als ein wichtiges Instrument und Errungenschaft, das es zu verteidigen gilt. Dies stellt auch ein Stück Konsens zwischen den Vereinen und der Politik dar, und das gilt es zu erhalten. In diesem Sinne setzen wir Sozialdemokraten uns für eine Politik ein, die im Interesse der Menschen und der Sportvereine ausgerichtet ist. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern ganz kurz etwas zu dem sagen, was hier über meine Ausführungen zum Kulturbereich behauptet wurde. Frau Emigholz, ich stehe nicht so auf dem reizenden Stil der üblen Nachrede. Ich kann Ihnen meinen Sprechzettel gern zukommen lassen, dann können Sie ja noch einmal schauen, ob Sie das aufrechterhalten, was Sie hier behauptet haben.

Ich habe hier heute Morgen sehr klare Ausführungen zur Kulturpolitik und zum Stellenwert der Kulturpolitik gemacht, den dieser Bereich für die Grünen hat. Es gibt da keinen Dissens zwischen

Helga Trüpel und mir, und das ist auch auf der Taqung klar geworden.

(Zuruf der Abg. Frau Emigholz [SPD])

Auf die Frage, die dort im Raum stand, nämlich welche Bündnisse kann es zwischen Kultur- und Sozialpolitik geben — das war dort Thema —, habe ich gesagt, dass es eine soziale Verpflichtung von Kulturpolitik gibt. Ich habe bisher auch gedacht, dass das im Konsens mit den Sozialdemokraten ist,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

die ja den Bereich Soziokultur zumindest in der Vergangenheit wichtig fanden, und ich habe gesagt, dass sich Künstlerinnen und Künstler in einem gesellschaftlichen Umfeld bewegen, und zu diesem Umfeld gehört auch Armut.

Das sind die beiden zentralen Aussagen, die ich dort gemacht habe, und dass man in dieser Stadt zur Kenntnis nehmen muss, dass es bei aller Wertschätzung und Unterschiedlichkeit der Bereiche Konkurrenzen um konsumtive Mittel gibt und es wichtig ist, dass die Bereiche sich darüber verständigen, weil nur darüber Bündnisse zustande kommen können, die im Grunde das Ziel haben, zum Beispiel die konsumtiven Ausgaben, die durch die hohen Kredite in Bremen immer weiter ansteigen, zu reduzieren.

Das habe ich dort gesagt. Den Sprechzettel werde ich Ihnen gern zur Verfügung stellen, und jetzt überlegen Sie sich, ob Sie das, was Sie hier gesagt haben, auch aufrechterhalten wollen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Frau Emigholz [SPD]: Schade, dass wir keinen Bandmitschnitt haben!)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu den drei Bereichen gemeinsam etwas sagen, die zu leiten ich die Freude, aber manchmal auch die Last habe! Diese drei Bereiche haben zwei Dinge gemeinsam: Sie haben erstens gemeinsam, dass alle drei zu Beginn dieser Legislaturperiode total unterfinanziert waren und dass ich hier heute den Anlass habe, mich zu bedanken, dass es in allen drei Bereichen gelungen ist durch die Anträge der Koalition, sie aus ihrer Schwierigkeit zu bringen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken!

Der Erfolg hat viele Väter und Mütter, Frau Emigholz. Ich werde auch nie behaupten, dass ich das alles allein geschafft habe,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das wäre nicht gut!) (D)

(A) das habe ich auch nie getan. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken für die Anträge. Ich möchte mich bedanken für die Anträge im Bereich Inneres, Kultur und auch Sport, weil ich glaube, dass sie tragend sind, dass sie zielführend sind und dass sie die Handschrift der großen Koalition zeigen, dass diese drei Ressorts auch wichtige Grundlagen unserer Politik sind.

(Beifall bei der CDU)

Die innere Sicherheit bleibt Schwerpunkt unserer Politik. Die innere Sicherheit war Schwerpunkt der letzten Legislaturperiode, sie bleibt Schwerpunkt dieser Legislaturperiode. Ich glaube, die wichtigen Entscheidungen, gerade was die Herausnahme aus der PEP-Quote betrifft, geben auch Motivation für die Polizeibeamten und Planungssicherheit für vier Jahre. Sie können sich darauf einrichten, jetzt neue gestalterische Aufgaben aufzunehmen. Wir haben wichtige neue Ziele vor Augen mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn und mit der neuen Ausbildung. Ich glaube, hier sind wichtige, gute Grundlagen gelegt, die uns jetzt gemeinsam in der Innendeputation in die Lage versetzen, darauf aufzubauen.

Wenn Sie einmal die subjektiven und die objektiven Faktoren von innerer Sicherheit in Bremen betrachten, so werden Sie feststellen, dass die objektiven Ziffern, die Kriminalitätsziffern zum Beispiel, besser sind als je zuvor und dass auch die subjektiven Eindrücke der Menschen so sind, dass sie sagen, ja, wir sind durch die Polizei und die Feuerwehr gut geschützt, wir haben hier das Gefühl in Bremen, sicher zu sein. Das ist ein ganz wichtiges Ergebnis auch hier für diese Koalitions- und Gesamtentscheidung in der Haushaltsdebatte und für die Entscheidungen am Schluss. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Signal für die Bürger unserer Stadt.

(B)

Das Thema Kultur war ja nun auch holprig, aber auch wer holprig geht, kommt manchmal an das Ziel. Ich glaube, auch hier habe ich mich zu bedanken für die wichtigen Entscheidungen, dass wir jetzt für zwei Jahre Planungssicherheit für die wichtigen inhaltlichen Dinge haben. Ich bin jemand, der nicht gern die Entscheidung trifft, bevor man die Gespräche geführt hat.

Eines, liebe Frau Trüpel, muss ich nun wirklich zurückweisen: Ich lasse mich ja gern kritisieren, und das werde ich ja auch sehr viel, ich kann Ihnen versprechen, dass ich sehr viel kritisiert werde. Herr Eckhoff schmunzelt, und das ist auch gut so.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mich hat aber noch keiner kritisiert, dass ich nicht sensibel wäre für die Kulturpolitik hier in Bremen. Das kann man mir nun wirklich nicht vorwerfen, und da bin ich auch so arrogant zu behaupten, dass mein Image, was die Kulturdinge betrifft, außerhalb dieses Hauses etwas besser ist als innerhalb dieses Hauses, liebe Frau Trüpel.

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich möchte das zweite Gemeinsame der drei Bereiche Inneres, Kultur und Sport feststellen, das auch mit einem dicken Dankeschön verbunden ist: Ich glaube, diese drei wichtigen Bereiche sind auch ein Teil von Standortqualität und Lebensqualität in unserer Stadt. Dass die Koalition begriffen hat, dass wir nicht nur wichtige Entscheidungen im investiven Bereich treffen müssen, um die Wirtschafts- und Finanzqualität unserer Stadt zu verbessern, sondern dass wir auch die Kraft haben, Entscheidungen für die Lebensqualität unserer Menschen zu treffen und dass die innere Sicherheit, die Kultur- und Sportinfrastruktur genauso wichtig sind, ist, glaube ich, ein wichtiges, gutes Ergebnis dieser Beratungen, und dafür möchte ich mich bedanken!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, zu diesem Bereich liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich rufe auf den Bereich Justiz, Verfassung und Datenschutz.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Dann kommen wir zu dem Bereich vier, Bildung und Wissenschaft.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir setzen heute hier einen deutlichen Schwerpunkt für Bildung und Ausbildung von jungen Menschen. Herr Senator Dr. Schulte, ich nehme das auf, was Sie gesagt haben, Sie haben von einem anderen Schwerpunkt gesprochen. Ich möchte mich herzlich beim gesamten Haus, zumindest bei der großen Koalition, für die Unterstützung bedanken, denn wir werden heute 30 Millionen DM zusätzlich für den Bereich Bildung beschließen, und das ist eine wunderbare Botschaft, die wir von hier aus in die Stadt geben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die Einführung der verlässlichen Grundschule wird ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei der SPD)

Das habe ich übrigens schon vor einem halben Jahr von hier prognostiziert, damals begleitet durch die

(A) etwas polternde Skepsis vom Bündnis 90/Die Grünen. An dieser Stelle dann auch einen herzlichen Dank an Senatorin Adolf und Senator Willi Lemke,

(Beifall bei der SPD)

die für eine zügige Umsetzung unserer parlamentarischen Beschlüsse gesorgt haben. Ich weiß genau, dass das nicht so einfach gewesen ist. Wie schwierig das gewesen ist, das wissen Sie auch, meine Damen und Herren!

Wir nehmen, wie Sie heute schon aus den Reden meines Fraktionsvorsitzenden gehört haben, die Sorgen der Eltern sehr ernst. Deshalb beschließen wir heute hier zusätzlich fünf Millionen DM für die flexible Vertretungsreserve in den Grundschulen. Kollege Eckhoff, ich nehme gern Ihre Anregung aus Ihrer Grundsatzrede auf. Sie haben gesagt, Sie sehen visionär den Weg von der verlässlichen Grundschule zu der verlässlichen Schule insgesamt. Das finde ich richtig, wohlan!

Die Personalsituation ist im Bildungsbereich nach wie vor sehr kompliziert, der Stellenabbau ist schmerzlich und nur der Haushaltsnotlage Bremens geschuldet. Deshalb müssen wir, wenn wir dieses Ziel ins Auge fassen, was ich für richtig halte, gemeinsam das sagen, was die Sozialdemokraten sowieso unterstützen: Wir brauchen junge und neue Lehrkräfte an den Schulen. Die Voraussetzungen dazu, Herr Eckhoff, werden allerdings hier im Parlament geschaffen, weil wir dafür die Haushaltsgrundlagen brauchen. Ich sehe, wir haben noch schöne Aufgaben vor uns, die wir gemeinsam lösen werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, noch vor einem halben Jahr hätten sich, ich würde einmal schätzen, vielleicht fünf Abgeordnete hier im Haus positiv dafür ausgesprochen oder darauf gewettet, dass wir heute auf Initiative der SPD-Fraktion 20 Millionen DM für die Ausstattung der Schulen im multimedialen Bereich beschließen können

(Beifall bei der SPD — Zuruf von der CDU: Ach!)

und gleichzeitig gesagt und festgelegt haben, dass dies fortgeführt werden wird. Wir Sozialdemokraten erwarten, dass das Geld effektiv eingesetzt wird, und versprechen hierbei eine sehr enge, freundliche parlamentarische Begleitung. Allerdings, Herr Eckhoff, einen Internetzugang, wie Sie das gesagt haben, erst im Jahr 2005, ich versichere Ihnen — —.

(Zuruf des Abg. Eckhoff [CDU])

Dann habe ich Sie falsch verstanden! Also, Sie haben gesagt, 2005 ist es sozusagen gerichtet, jeder Schüler soll einen Zugang haben. Ich traue Herrn

Senator Lemke zu, dass er das Ziel "Internetzugang an allen Schulen", auch in den Lehrerzimmern,

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das ist ja das Problem! Bisher sind sie nur in den Lehrerzimmern!)

in seiner doch bekannt rasanten und dynamischen Art bis Ende des Jahres erreicht haben wird.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem werden wir auch in einigen Grundschulen und Sek-I-Schulen zusätzlich sehen, dass Ende des Jahres diese Computer schon stehen werden. Lassen Sie sich einfach positiv überraschen!

Meine Damen und Herren, die Anträge der Grünen überzeugen mich nicht, so Leid es mir tut. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir für die Reparatur der Schulen, um es komplett zu machen, bereits beschlossen haben, von den 50 Millionen DM, die zur Verfügung stehen, 30 Millionen DM in Bildung zu investieren. Auch das ist ein positives Signal, der jetzt zu erwartenden CDU-Nörgelei zum Trotz.

Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren, es ist mittlerweile eine Binsenweisheit: Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Wir Sozialdemokraten setzen hier und heute deutlich einen Schwerpunkt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Bürger.

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bildungsbereich ist für die CDU ein bedeutsamer Schwerpunkt, ähnlich wie es Frau Hövelmann für die SPD ausgedrückt hat, trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen, das muss man eindeutig sagen.

Lassen Sie mich einige Eckpunkte hervorheben! Erstens werden jährlich 100 Lehrer in den Schuldienst kommen, einige sind bereits vorzeitig eingestellt worden. Zweitens wird es die verlässliche Grundschule flächendeckend geben neben der vollen Halbtagsschule in abgespeckter Form, insbesondere in sozial benachteiligten Gebieten. Wir meinen, das ist eine richtige und pädagogisch sinnvolle Entscheidung, die wir getroffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Drittens wird die Vertretungsreserve im Primarbereich deutlich erhöht. Viertens wird es jährlich 30 Millionen DM aus dem Stadtreparaturfonds geben.

(D)

(A) Herr Senator, um eines ganz deutlich zu sagen: Wir hoffen, dass die Schulen wirtschaftlich und zügig ohne ständige Unterbrechungen saniert werden. Es kostet immer zusätzlich Geld, wenn Baustellen dann aufgegeben und neu eingerichtet werden müssen. Fünftens werden allerdings aus den jährlichen 30 Millionen DM aus dem Stadtreparaturfonds die vier Programme, die wir vor drei Jahren beschlossen haben — sechs Millionen DM jedes Jahr —, fortgeführt.

Ich darf darauf hinweisen, dass die meisten auf Anregung der CDU eingerichtet worden sind, insbesondere was die Schulbücher angeht. Da gibt es zunehmend weniger Klagen. Wir gehen davon aus, dass dieses Programm bereits gegriffen hat: die Ergänzung der naturwissenschaftlichen Sammlungen, Schulmöbelprogramme und Computerausstattungen. Sechstens werden für die Informations- und Kommunikationstechnologien in Schulen im Doppelhaushalt 20 Millionen DM zur Verfügung stehen, wie bereits mehrfach erwähnt.

Wir erwarten aber, Herr Senator, dass entsprechende inhaltliche Konzepte und Fortbildungsprogramme für Lehrer auch umgesetzt werden, damit die PC sinnvoll als Medium genutzt werden, damit der PC zum Unterrichtsprinzip wird. Deshalb ist bei der Anschaffung, Frau Hövelmann, nicht Schnelligkeit entscheidend — uns kommt es auch nicht darauf an, dass bis zum Jahresende alle Computer für 20 Millionen DM in den Schulen stehen —, sondern wie diese Technik sinnvoll konzeptionell eingesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehören auch ausgebildete Lehrer!

(B)

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Absolut!)

Wir wollen, Herr Senator, keine Blech- beziehungsweise Investitionsruine schaffen. Die Sachen müssen, wenn sie in die Schulen kommen, dann auch genutzt werden. Das bedeutet, dass auch entsprechende Lehrer ausgebildet sind.

Meine Damen und Herren, der bauliche Zustand und die Ausstattung der Schulen sind wichtige Voraussetzungen für das Lernen und Sichwohlfühlen von Schülern in der Schule, aber noch wichtiger sind die zu vermittelnden Inhalte. In dem Zusammenhang darf ich auf unseren von der SPD abgelehnten Antrag von Oktober 1999 und das Anfang April vorgestellte Positionspapier der CDU verweisen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Antrag war doch nie hier im Haus! — Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Kennen wir doch gar nicht!)

Wir haben doch letzten Monat darüber diskutiert, Herr Mützelburg, ich kann nichts dafür, wenn Sie nicht zugehört haben!

Einer der schulischen inhaltlichen Schwerpunkte in beiden Unterlagen ist die von uns vorgesehene Verstärkung der Fächer Mathematik und Naturwissenschaften. Die Reaktion von Ihnen, Frau Hövelmann, war doch vor vier und sechs Wochen: Das brauchen wir nicht! Das wird schon gemacht.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist nicht wahr! Herr Bürger, Sie interpretieren!)

Es gibt da Presseäußerungen!

Nun lese ich mit Erstaunen, Frau Hövelmann, dass Sie Ihr Herz für die Naturwissenschaften entdeckt haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Aber auch mit Freude!)

Das freut uns ja auch. Nur, dieser Zickzackkurs, Frau Hövelmann, macht eines deutlich, nämlich dass Sie immer etwas länger brauchen —

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Jetzt seien Sie nicht so frech!)

Notwendigkeiten erst mit mehrmonatiger Verspätung, siehe bei den Kopfnoten —, um Verhandlungsbereitschaft deutlich werden zu lassen. Man muss eindeutig sagen, Sie haben schlicht und einfach von uns abgekupfert.

(Beifall bei der CDU — Abg. Eckhoff [CDU]: Abschreiben in der Bildungspolitik!)

Wenn Sie schon den Quantensprung der Einsicht, die Naturwissenschaften zu stärken, vollziehen, sollten Sie aber auch den Zeitensprung erheblich verkürzen und nicht erst ab 2002 entscheidende Impulse, wie es in Ihrer Presseerklärung heißt, umsetzen. Wir meinen, dass wir im kommenden Schuljahr diskutieren können, wie Mathematik und Naturwissenschaften verstärkt in den Unterricht eingebracht werden können, und dann kann das im übernächsten Schuljahr auch in Kraft treten,

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist 2002!)

und zwar zum Schuljahr 2001/2002 und nicht erst ab 2002!

(Beifall bei der CDU)

Ihnen liegt, Frau Hövelmann, eine Große Anfrage der CDU seit einigen Tagen vor. Ich habe noch

 (A) nicht den Glauben in die Lernfähigkeit der SPD verloren

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das spricht für Sie!)

und hoffe diesbezüglich auch auf eine schnelle Einigung und auf ein schnelles Ergebnis. Heute Morgen haben Sie signalisiert, Sie fänden diese Große Anfrage hervorragend. Sie hätten noch ein paar Ergänzungen im Wissenschaftsbereich. Das wollen wir gern morgen noch einmal diskutieren, und dann machen wir diese Große Anfrage gemeinsam. Das ist doch schon einmal ein wichtiger Schritt!

(Beifall bei der CDU)

Anscheinend hat die Diskussion um die Green Card diesem Thema eine neue Aktualität verliehen. Ich bin sicher, dass das auch bei Ihnen so gewesen ist, Frau Hövelmann.

Auch der Bildungssenator, meine Damen und Herren, muss endlich in Bremen einmal das umsetzen, was er ständig als KMK-Präsident verkündet. Nur ein Zitat aus der "Welt" von letzter Woche: "Schule kann nicht nur Spaß machen, die Schüler müssen mehr gefordert werden." Recht hat der Senator! Weiter so!

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator, Taten müssen aber folgen!

Zu einem anderen Bereich! Die Altersstruktur, meine Damen und Herren, der Lehrerschaft bereitet uns in der Tat große Sorgen. Besonders schwierig wird die Berufsschulsituation eingeschätzt, weil Berufsschullehrern häufig alternative Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft mit attraktiven Einstellungsgehältern zur Verfügung stehen. Das trifft insbesondere auch die Informatiklehrer. Bremen steht aber nicht nur in Konkurrenz zur Wirtschaft, Herr Zachau, sondern auch zu anderen Bundesländern, die Lehrern wesentlich bessere Konditionen bereitstellen. Die zentrale Frage wird sein, die wir offensiv angehen müssen, wie Lehrer in Bremen eingestellt werden können, um auf dem Markt auch konkurrenzfähig zu sein.

Herr Senator, ich möchte hinzufügen, Sie werden früher oder später zu anderen Organisationsstrukturen in den Schulen kommen müssen, um Lehrereinsatz effizienter zu gestalten. Damit meine ich, mehr durchgängige Systeme auf der einen Seite und auf der anderen Seite Haupt- und Realschulen, möglicherweise auch Sonderschulen unter einem Dach unterzubringen, nicht in integrativer Form, möglicherweise aber in kooperativer Form. Die Schulzeit, auch das hat etwas mit Haushalt zu tun, muss wei-

ter verkürzt werden. Da hoffen wir auf mehrere Modellversuche.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt zum Bildungsbereich ist die Fort- und Weiterbildung. Sie muss fester als bisher implementiert werden, um Lehrer auf einem bestimmten Lern- und Leistungsniveau zu halten. Meine Damen und Herren, ich will ganz deutlich sagen, Fort- und Weiterbildung muss auch dann verstärkt betrieben werden, wenn wir hunderte junger Lehrer einstellen würden und im Schuldienst hätten. Ich möchte auf die Geschwindigkeiten der Veränderungen in einigen Fachbereichen und auf die Verkürzung der Halbwertzeiten des Wissens verweisen, was gerade in der Informations- und Kommunikationstechnologie deutlich wird. Diesen Herausforderungen, Herr Senator, müssen wir uns stellen. Wir müssen auch an die Lehrer appellieren, Fort- und Weiterbildung zum Erhalt der beruflichen Fähigkeit zu betreiben und diese auch außerhalb der Unterrichtszeit als Verpflichtung für die Lehrer zu verstehen. Das will ich ganz deutlich hinzufügen.

Neben der Bildung, meine Damen und Herren, ist der Wissenschaftsbereich eindeutig ein weiterer politischer Schwerpunkt der großen Koalition. Der Etat wächst jährlich um fünf Prozent. Bremen setzt mit seinem 3,4-Milliarden-DM-Programm zugunsten der bremischen Hochschulen einen Schwerpunkt seiner Investitionspolitik zur Sanierung des Landes Bremen.

Bremen muss im Wissenschaftsbereich zu einem Oberzentrum im Nordwesten der Bundesrepublik werden. An der Universität werden richtigerweise, und das ist eine alte Forderung der CDU, der Ingenieur- und der Naturwissenschaftsbereich ausgebaut, auch in Zukunft ausgebaut werden. Auch in den Bereichen Umwelttechnologie, Informationswissenschaften, Herr Senator, das füge ich deutlich hinzu, müssten Lehrer zukünftig ausgebildet werden. Es geht nicht an, dass in der Informationstechnologie nur für die Wirtschaft ausgebildet wird, sondern auch für den Lehrerbereich ist es erforderlich: Mikrotechnologie, Logistik, Weltraumforschung, Biotechnologie, Materialwissenschaften, Nanotechnologie, Mikroelektronik, um nur einige zu nennen!

Der Ausbau der Hochschule in der Neustadt muss weiter betrieben werden. Stichwort: Flughafen, Airport! Ein Lob gegenüber dem Rektor der Hochschule Bremen, Professor Dr. Mönch, ist angezeigt, meinen wir, für die Prämierung der best practise Hochschule neben der TU München durch die Bertelsmann-Stiftung. Mittlerweile gibt es auch einen weiteren Preis, den die Hochschule errungen hat.

Die CDU, meine Damen und Herren, meint es ernst mit der Ausstattung der Hochschulen. Zweifel sind allerdings angebracht, ob wirklich alle an einem Strang ziehen. Ich meine damit die Entwick(D)

(A) lung einer Perspektive für die Erweiterung des Technologieparks. Der Wissens- und Technologietransfer aus der Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur in die regionale Wirtschaft hinein funktioniert heute immer noch so, dass oft bremische Institute in Süddeutschland beziehungsweise im Ausland mehr Anerkennung finden als in der Wirtschaft vor Ort. Wir meinen, hier muss wesentlich mehr getan werden.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, woran liegt das denn?)

Die CDU-Fraktion hat mit Online-City einen Vorschlag gemacht, wie Bremen bundes- und europaweit Bedeutung finden könnte. Wirtschaft und Wissenschaft müssen noch enger zusammenrücken. Wir brauchen Brutplätze für innovative Ideen und Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus. Dort hat sich längst ein Paradigmenwechsel vollzogen, meine Damen und Herren. Junge Leute wollen heute selbst etwas ausprobieren und die Zukunft in die eigene Hand nehmen. Dafür müssen wir in der Politik die Rahmenbedingungen schaffen, meine Damen und Herren, die Zeit drängt. Wir müssen eben diese Entwicklung viel offensiver begleiten, anstatt die Begabungen der leistungsbereiten Eliten im Keim zu ersticken.

Mein letztes Stichwort, meine Damen und Herren! Die Koalition hat vereinbart, keine Studiengebühren zu erheben. Nach der jüngsten realistischen und pragmatischen KMK-Vereinbarung, Herr Senator, haben Sie sich ohne Not, meinen wir, dafür ausgesprochen, gleich für den Rest der Legislaturperiode auch für Langzeitstudenten keine Studiengebühren zu erheben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich vielleicht ins fußballerisch bekannte Abseits auf Linksaußen manövriert. Wir meinen, Ihr Verhalten ist nicht sehr seriös in diesem Falle.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Niedersachsen und andere Länder Gebühren für Langzeitstudenten erheben werden, kann Bremen nicht Zufluchtsort eben dieser Langzeitstudenten aus der übrigen Bundesrepublik werden.

(Abg. Dr. Käse [SPD]: Das sind doch Steuern!)

Bremen wird sich als Sanierungsland nicht über die bundesweite Entwicklung hinwegsetzen können. Sie haben, Herr Senator, die Chance verpasst, den Pass Ihres niedersächsischen Kollegen Oppermann aufzugreifen und zu verhandeln. Sie haben nicht einmal den Versuch unternommen. Herr Senator, Sie werden wahrscheinlich schneller handeln müssen, als Sie es heute noch wahrhaben wollen. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir vor einigen Jahren über den Bildungshaushalt diskutiert haben, haben wir über kreative Buchführung, über Überbuchungen und dergleichen mehr geredet. Ich möchte schon gern am Beginn dieser heutigen Rede zum Bildungshaushalt feststellen, dass ich sehr zufrieden darüber bin, dass wir uns jetzt den Inhalten von Bildungspolitik und ihrer Finanzierung zuwenden und uns nicht mehr damit beschäftigen, mit welchen Tricks das Bildungsressort sich Mittel angeeignet hat, die ihm gar nicht zustehen. Insofern geht in dieser Richtung und dieser Beziehung mein Dank an das Ressort, dass Sie uns hier inzwischen eine von allen anerkannte sehr solide Grundlage des Bildungshaushalts abgeliefert

Wir haben als Bündnis 90/Die Grünen drei Anträge gestellt, von denen wir auch nicht erwartet haben, dass sie Frau Hövelmann überzeugen. Wir haben es trotzdem getan, weil wir es politisch für richtig finden.

Der erste Antrag beschäftigt sich mit dem, was hier auch schon angesprochen worden ist, nämlich mit der Personalsituation im Schulbereich. Wir haben jedes Mal, wenn vom Landesinstitut für Schule die Einstellungslisten für die neuen Referendare bekannt gegeben wurden, gefragt, wann denn dieses Institut auch einmal umsteuere und bedarfsorientiert qualifiziere, weil schon seit ewigen Zeiten immer bei Informatik null Einstellung oder einmal eine Einstellung, wenn es gut ging, stand. Es gibt hierfür auch Gründe, die außerhalb des Schulwesens liegen, aber dies ist ein echtes Problem. Das ist bisher in keiner Weise angegangen worden.

Dann kommt ein weiteres Problem auf uns zu, weil jetzt eine größere Zahl von Lehrkräften in Pension geht. Das ist einfach dem Alter geschuldet, und dummerweise gehen sie nun nicht nach Bedarfen in Pension, sondern einfach wie es kommt. Wir haben festzustellen, dass wir schon jetzt in weiten Bereichen strukturelle Probleme haben, nämlich bei den Naturwissenschaften, den musischen Fächern und dergleichen mehr.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Berufsschulen!)

Berufsschulen sowieso! Das habe ich aber absichtlich nicht gesagt, weil ich selbst aus einer komme.

(A) Wenn wir in den Bereichen diese Probleme haben, dann müssen wir uns ein Instrument schaffen, wie wir flexibel auf solche auftretenden Engpässe eingehen und darauf reagieren können. Hierzu haben wir einen Personaltopf vorgeschlagen, der eingerichtet werden soll und nicht gebunden ist für irgendwelche anderen Sachen. Ich weiß gar nicht, warum Sie das nicht überzeugt, Frau Hövelmann. Das ist allemal besser als das, was jetzt passieren wird, nämlich dass wir sehenden Auges in die eine oder andere Notstandssituation hineinlaufen und nicht die nötige Flexibilität haben, um auf solche Dinge zu reagieren, wenn zum Beispiel der letzte Lehrer im naturwissenschaftlichen Bereich an einer Schule krank wird. Dann stehen wir davor und können nichts machen.

Das Zweite, das wir sagen, ist, sichert die Grundschulen besser ab. Auch die neueste OECD-Studie hat ausgesagt, dass ausgerechnet die Grundschulen diejenigen sind, die zurzeit die Achillesferse im Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland bei der Ausstattung und Konzeption darstellen.

Nun wird gesagt, wir haben ja die verlässliche Grundschule eingeführt. Meine Befürchtung nach all dem, was ich aus den Schulen höre, ist, dass dieser Ad-hoc-Kraftakt des Senators eher weniger erfolgreich sein wird. Das wird sich zeigen. Es geht aber nicht an, einfach zu sagen, wir machen jetzt flächendeckend die verlässliche Grundschule, machen die Betreuungsprojekte kaputt — die Schule an der Stichnathstraße hat sich in dieser Beziehung eindeutig geäußert —, und ansonsten haben wir unser Symbol, aber für die Kinder verschlechtert sich real die Situation. Wir wollen das besser absichern, wir wollen auch die bestehenden Projekte besser absichern und haben dazu entsprechende Anträge gestellt.

Schließlich zu den Computern: Herr Bürger hat dankenswerterweise schon etwas dazu gesagt. Ich sage es Ihnen einmal so: Wir wollen nicht einfach Technik in die Schulen stellen. Es gibt Erfahrungen aus Zeiten, die noch gar nicht so lange her sind, in denen den Schulen das zur Verfügung gestellt wurde, und dann standen die Dinger zwei Jahre lang im Keller in den Verpackungen, ohne dass sie genutzt wurden. Das ist aber lange her und auch vor diesem Senator passiert, damit es keine Missverständnisse gibt!

Es ist doch völlig klar, dass man den Input von Technik mit einem umfassenden Konzept für die Qualifizierung der Lehrkräfte und mit einem inhaltlichen Konzept, was mit dieser Technik überhaupt zu tun ist, verbinden muss. Wir sagen, wir haben zwei wesentliche Probleme, nämlich erstens Defizite in den Naturwissenschaften und der Technik, also in diesem Lernfeld, und zweitens, Informatik zu vermitteln. Warum versucht man dann nicht, in einem ersten Schritt diese beiden Probleme konzeptionell miteinander zu verbinden, die Schulen, die sich dort

profilieren oder schon profiliert haben, bevorzugt auszustatten und damit einen richtigen inhaltlichen Input zu geben, weil man dann die Fächer so attraktiv macht, dass dort der große Run ansetzt?

Das kann man dann auch absichern, indem man zum Beispiel neue Formen des Umgangs mit den Schulen wählt, nämlich zum Beispiel Contracting mit einzelnen Schulen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

indem man ganz deutlich sagt: Wir schließen mit euch eine klare Vereinbarung, das sind die Ziele, und die werden wir in ein, zwei oder drei Jahren abfragen, wenn ihr das schlecht macht, könnt ihr sicher sein, dass ihr bei den nächsten Ausstattungen dann Probleme haben werdet. Hier sollte man also auch richtig Verbindlichkeiten einfordern. So, finde ich, kann man das gestalten.

Ich habe ein bisschen die Befürchtung, dass es bei der etatistischen Euphorie mancher in den Fraktionen hier im Hause nur darauf ankommt, für die 20 Millionen DM die Teile aufzustellen und zu sagen, wir haben das Symbol, und nach uns verlassen uns die Bits und Bytes.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Ja, ich bin froh, dass mir wenigstens diese beiden Begriffe eingefallen sind, aber meine Kollegin Frau Stahmann berät mich immer ausgezeichnet am Platz, so dass ich dann auch eine solche Rede durchstehen kann.

Als Letztes möchte ich noch zu einem großartigen Sparpunkt der Koalition kommen, nämlich zu dem Heraufsetzen der Klassenfrequenzen. Ich fand es bemerkenswert, dass Sie, Frau Hövelmann, sich um diesen Punkt gedrückt haben. Es war ja eben eine Demonstration vor dem Haus. Ich habe mit großer Freude vernommen, dass der DGB über seine Sprecherin, Frau Helga Ziegert, die Ungerechtigkeit dieser Maßnahmen lauthals beklagt hat. Insofern bin ich davon überzeugt, dass wir im Zusammenhang mit diesem Etat jetzt die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf unserer Seite haben werden, wenn wir einfordern, dass die Klassenfrequenzen der Gesamtschulen auf dem Stand bleiben, auf dem sie sind, nämlich auf 20.

Wir werden darüber aber noch an anderer Stelle diskutieren. Ich finde es höchst bedenklich, dass unter dem Vorwand "Sparen und Konsolidieren" eine eigentlich ideologisch begründete Maßnahme durchgeführt wird. Eine solche Diskussion, das geht nun an die CDU, finde ich unehrlich. Herr Eckhoff hat über seine Körpersprache in "buten un binnen" schon deutlich gemacht, weswegen er das will, näm-

(D)

(A) lich weniger wegen der Ersparnis, sondern weil diese Gesamtschulen ihm insgesamt nicht passen. Das sollte man auch so sagen, man kann da ja unterschiedlicher Meinung sein, und dann können wir den Konflikt auch so austragen, aber nicht, wenn Sie sich hinter etwas verstecken. Damit konterkarieren Sie übrigens auch die Glaubwürdigkeit Ihrer eigenen Sanierungspolitik. Das finde ich an dieser Stelle fatal. Wir wollen Schulvielfalt haben, und zur Schulvielfalt gehört auch eine angemessene Ausstattung der Gesamtschulen.

(Abg. Bürger [CDU]: Das hat Niedersachsen doch schon vor fünf Jahren gemacht!)

Die Niedersachsen haben, was die integrierten Gesamtschulen angeht, im Ganztagsbetrieb, wie wir ihn haben, ganz andere Zahlen in der Schüler-Lehrer-Versorgung. Sie sollten da wirklich vorsichtig sein, wenn Sie das vergleichen! Insofern fordere ich Sie auf: Sagen Sie ganz offen, Sie wollen keine Gesamtschulen, dann tragen wir das gesellschaftspolitisch aus, aber verstecken Sie sich nicht hinter irgendwelchen materiellen Einspargründen, die real gar nicht gegeben sind! — Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nur einige Bemerkungen zum Wissenschaftshaushalt machen. Ich bedaure, dass der Kollege Eckhoff jetzt nicht da ist, weil ich mich auf das beziehen wollte, was er heute früh gesagt hat. Er hat da so eine Maus aufgespürt, die er mit viel Energie und Puste zu einem Elefanten aufgeblasen hat. Ich wollte ganz einfach ein bisschen die Luft herauslassen aus dieser Frage.

Er kritisiert, dass wir die Mikrosystemtechnik kaputtmachen wollen. In unserem Antrag, den wir vorgelegt haben, steht Folgendes: 500 000 DM soll die Staats- und Universitätsbibliothek in diesen beiden Jahren zusätzlich bekommen — ich sage auch gleich noch etwas dazu, warum —, und insgesamt 500 000 DM soll in allen ISP-Bereichen, so steht es auch darin, zwölf, nein, ich sage elf, eines ist Infrastruktur, gleichmäßig oder, wie die Hochschulen und wir das gemeinsam wollen, gewichtet weggenommen werden. Also, wenn es hochkommt, sind es 50 000 DM, die auf diesen Bereich entfallen. Das ist das Mäuschen, und daraus wurde jetzt aufgeblasen, wir wollten die Mikrosystemtechnik kaputtmachen. Das ist schlichtweg uninformiert und bar jeder Kenntnis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum ist es notwendig, diese 500 000 DM einzustellen für die Staats- und Universitätsbibliothek? Das berührt einen alten Streit, den ich wirklich, solange ich in der Wissenschaftsdeputation bin, ausfechte, und immer wieder ging es nicht anders, als zu Ad-hoc-Lösungen zu kommen und immer wieder etwas nachzuschießen.

Es tut mir Leid, Herr Eckhoff, ich kann das jetzt nicht für Sie wiederholen!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aberich lese es gern nach!)

Ja, viel Vergnügen, wenn Sie das machen!

Immer wieder haben wir aus verschiedenen Gründen Geld für die Staats- und Universitätsbibliothek nachschießen müssen, unter anderem deswegen, weil wegen des Ausbaus der Hochschulen in Bremen die Natur- und Ingenieurwissenschaften verstärkt worden sind, und die Zeitschriften und Literatur, die dafür gebraucht werden, eher teurer sind als andere und wirklich relativ teuer sind, das ist nun einmal so, und die Steigerungsraten in der letzten Zeit groß sind.

Nun hat sich die Situation ergeben, dass, nachdem wir die Kontrakte abgeschlossen und nachdem ich in der Sitzung gefragt hatte, ob denn mit der Bibliothek eigentlich alles in Ordnung sei — die Frage ging sowohl an die Bibliothek wie an den Senator —, und die Antwort erhalten habe, dass alles in Ordnung sei, uns zwei Wochen später ein Brief auf den Tisch kommt, in dem steht: Wir brauchen jedes Jahr 500 000 DM mehr, weil die Kosten gestiegen sind und wir mehr Zeitschriften in diesem Bereich halten müssen. Das geht einfach nicht. Wenn das so festgestellt wird, dann muss man sagen, woher das Geld genommen wird. Ich finde nicht, dass man denen zurückschreiben kann — wie das geschehen ist -, dann bestellt doch einmal soundso viele Zeitschriften ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie soll das denn gehen? All diese modernen Wissenschaftsbereiche, die wir in Bremen ausbauen, und die Aussage, Zeitschriften können wir nicht halten, die müssen wir leider abbestellen, sind der Grund dafür, warum wir sagen, da soll eine bestimmte, beschränkte Zahl von Deutschen Mark von einem Bereich zum anderen verschoben werden. In den anderen Bereichen im Investitionssonderprogramm ist so viel Luft, dass das ohne Schwierigkeiten machbar ist. Das nur zur Klarstellung dieses Bereiches! Ich bin gespannt, was Sie wirklich mit der Bibliothek machen werden. Es wird wieder irgendein Notprogramm geben, wie das auf unser Drängen fast jedes Jahr der Fall gewesen ist.

(Abg. Frau Berk [SPD]: Ach, Herr Kuhn!)

(A) Ja, das ist doch wahr, Frau Berk! Ich sage doch gar nicht, dass Sie das dann nicht gemacht haben, Sie waren schließlich in der Regierung. Sie werden aber doch zugestehen müssen, dass wir immer diejenigen gewesen sind, die auf Folgendes hingewiesen haben: Wenn man die Universität ausbaut, muss man auch die Grundinfrastruktur ausbauen. Daran mangelt es in vielen Bereichen. Das ist einfach Fakt. Das ist auch zum Beispiel bei der Instandhaltung vor allem der Bauten so.

Die Hochschule Bremerhaven war froh, dass sie einmal nicht so viel Geld hat ausgeben können für zwei Jahre und dadurch jetzt so viel hat, um die Erneuerungen und Sanierungen machen zu können. Bei der Universität ist dafür das Geld im Augenblick nicht da, von daher kumuliert das jetzt. Ich bin gespannt, wie das Problem gelöst werden wird. Man muss also, wenn man ausbaut, auch irgendwie die Grundstruktur halten.

Herr Bürger hat jetzt auch etwas zur Wissenschaft gesagt, da haben Sie irgendetwas durcheinander gebracht. Herr Eckhoff hat, Gott sei Dank, noch nicht einmal davon geredet, dass Betriebe in das Hollerland sollen. Gott sei Dank hat es nicht einmal Herr Eckhoff gesagt! Er hat von Online-City gesprochen, da sollen Studenten wohnen und leben.

(Zuruf von der CDU)

Das haben Sie aber eben gesagt! Sie haben davon geredet, dass der Technologiepark in der Form in der Verbindung von Wirtschaft, Betrieben und Hochschule in das Hollerland soll.

(Abg. Bürger [CDU]: Nein, habe ich nicht!)

Ja, es ist ja gut, wenn Sie das auch finden! Ich fand es rührend, dass bei Ihnen irgendwie so ein Grundtraum oder Grundbedürfnis wieder zum Vorschein kommt, dass die Leute, die sich jetzt E-Mails schicken, auch gern hinterher in der Kneipe noch einmal über die E-Mails, die sie sich geschickt haben, reden möchten. In gewisser Weise ist etwas daran, dass das so ist. Ich sage Ihnen aber, das wird gerade nicht mehr erreicht, wenn Sie einen Technologiepark von solcher Größe planen und in das Hollerland gehen, wo diese Nähe nicht mehr da ist, egal, ob das Hollerland jetzt unter Naturschutz steht oder nicht. Es ist einfach unsinnig, mit diesem Technologiepark eine Ausdehnung zu erreichen, bei der man von einem Ende zum anderen eine Strecke von sechs, sieben Kilometern hat. Dann hat man diesen Nach-E-Mail-Effekt, dass man noch einmal darüber reden kann, nicht mehr. Nein, konzentrieren Sie sich lieber darauf, solche Technologiezentren beim Flughafen für die eine Hochschule und in Grohn für die

andere neue Hochschule zu entwickeln! Das hat Zukunft, das ist vernünftig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum letzten Punkt hoffe ich — die Frau Kollegin Berk hat sich gemeldet, und der Senator wird jetzt auch noch etwas dazu sagen —, dass Sie sich noch einmal klar zu den Studiengebühren äußern. Ich sage es einmal positiv: Ich hoffe sehr, dass wir uns in den nächsten zwei, drei Jahren wenigstens in Bremen diese Scheindiskussionen um die Studiengebühren für so genannte Langzeitstudierende ersparen. Als ob damit irgendein geringes Problem für die Hochschulen und Universitäten gelöst werden würde, wenn wir jetzt anfingen, darüber zu diskutieren, ab dem vierzehnten oder fünfzehnten Semester irgendjemanden mit Studiengebühren zu belegen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist eine solche Scheindiskussion! Lassen Sie uns gemeinsam diskutieren, und wir werden Vorschläge dafür vorlegen, die Studienreform zu forcieren!

(Zuruf des Abg. Eckhoff [CDU])

Bei der Einführung von neuen Studiengängen oder etwa der Modernisierung des Studiums bei den Juristen und so weiter haben Sie uns als Mitstreiter, da machen wir gern mit. Verschonen Sie uns aber um Himmels Willen wenigstens für das Land Bremen mit dieser Scheindebatte um Studiengebühren für Langzeitstudierende! Ich hoffe, dass die SPD-Kollegin und der Senator da ein klares Wort sprechen werden. Lassen Sie uns die Zeit wirklich nicht damit verschwenden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Berk.

Abg. Frau **Berk** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich habe ich mich aufgrund des Beitrages von Herrn Bürger gemeldet, aber, Herr Kuhn, auch wenn wir sonst so viele Gemeinsamkeiten haben, muss ich doch einmal etwas richtig stellen: Natürlich haben Sie bezüglich der Staats- und Universitätsbibliothek in den vergangenen Jahren Recht, wir haben immer — das ist nicht nur eine Initiative von Ihnen gewesen, sondern da waren wir uns in der Ampel und auch in der großen Koalition einig — im Haushaltsvollzug gesagt, sollte es freie Mittel geben, dann werden sie diesem Bereich zugeführt, weil wir wussten, dass es da Schwierigkeiten gibt.

(D)

(A) Wenn Sie aber hier Anträge stellen — Sie haben ja selbst darauf hingewiesen —, nachdem die Kontrakte abgeschlossen worden sind, die Staats- und Universitätsbibliothek und auch die Universität sich in der Deputation erklärt haben, finde ich es unseriös, wenn Sie jetzt sagen, wir nehmen den anderen Hochschulen, obwohl sie auch ihre Kontrakte abgeschlossen und einen verlässlichen Partner in uns gefunden haben, das Geld weg. Sie wissen sehr wohl, dass im Hochschulgesamtplan auch alle ISP-Investitionen enthalten sind. Dem Wissenschaftsbereich jetzt, nachdem die Kontrakte unterschrieben sind, sieben beziehungsweise 13 Millionen DM zu entziehen, das ist keine ehrliche Politik.

(Beifall bei der SPD)

Herr Bürger, Sie sind ein schätzenswerter Kollege, aber vielleicht hätten Sie den Wissenschaftsbereich lieber Herrn Jäger überlassen sollen oder sich Frau Motschmann ausgeliehen. Sie hat alle vergangenen Verhandlungen mitgeführt und weiß auch, wie schwierig es war, die 3,4 Milliarden DM auszuhandeln. Wir als große Koalition haben es aber geschafft, und da lobe ich Sie ausdrücklich, dass Sie das mitgemacht haben. Wenn Sie jetzt aber Umstrukturierung und Naturwissenschaften nennen, mein Gott, schon in der SPD-Alleinregierung hat dieser Umstrukturierungsprozess stattgefunden.

(Zurufe von der CDU)

(B)

Ihr Landesvorsitzender Herr Neumann war viel schneller mit uns auf dem Weg, als Sie folgen konnten. Das muss ich einfach sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss mich leider kurz fassen, weil ich eigentlich gar keine Redezeit habe. Ich habe gedacht, dieser Bereich wäre so unangefochten, und dann kommt so eine Rede von Ihnen!

Dann kommen die Studiengebühren! Meine Damen und Herren, das ist mein Lieblingsthema. Vielleicht darf ich Sie daran erinnern, dass wir in der letzten Legislaturperiode ein neues Bremisches Hochschulgesetz verabschiedet haben! Wir haben es hier mit großer Mehrheit beschlossen. Wir haben den Verzicht auf Gebühren für ein Grundstudium mit berufsqualizierendem Abschluss festgeschrieben, und das schließt erst einmal ein ganzes Studium ein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch immer erklärt, dass für uns als Sozialdemokraten Chancengleichheit ein hohes Gut ist und dass wir Wert darauf legen, wenn wir über Studiengebühren diskutieren, dass wir vorher erst einmal alles andere — Herr Dr. Kuhn hat es angesprochen —, die Strukturreform in Gang setzen, die Veränderungen an unseren Hochschulen einleiten, ein neues Hochschuldienstrecht einführen, alles Dinge, die unsere Hochschulen in die Lage versetzen, unter veränderten Bedingungen zu arbeiten. Wenn Sie hier den Senator schelten, muss ich ihn ausdrücklich loben.

Herr Senator, ich weiß, dass Sie aus einem Kreis kommen, wo man gern auch Gebühren nimmt, ich meine, aus Ihrer vorherigen Tätigkeit.

(Heiterkeit)

Ich weiß aber auch, dass Sie sehr wohl in der Kontinuität stehen, dass Sie Beschlüsse, die es gibt, Koalitionsvereinbarungen und vor allem auch Gesetze respektieren. Es ist erfreulich, dass es Ihnen gelungen ist, als Präsident der Kultusministerkonferenz jetzt so einen Kompromiss überhaupt zu erreichen.

(Abg. Jäger [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. — Glocke)

Ich möchte keine Frage beantworten!

Dies, finde ich, ist eine ganz hervorragende Sache. Ich begrüße es sehr, dass wir uns auf einen Weg begeben, wo auch diejenigen, die immer Studiengebühren gefordert haben, sich zurücknehmen mussten. Ich hoffe, dass Sie diesen Weg so standhaft weitergehen und sich nicht von unserem Koalitionspartner beeinflussen lassen.

(Abg. Bürger [CDU]: Aber das Studium kann nicht 20 Semester dauern!)

Das behauptet ja keiner, aber Ihre Forderungen sind alte CDU-Ideologien, da kann Ihnen nun wirklich keiner folgen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu fünf Punkten möchte ich kurz Stellung nehmen. Zunächst zur verlässlichen Grundschule! Ich finde, dass es bisher, so sind meine Informationen, nach einem turbulenten Herbst oder turbulenten Winter zu einer sehr sachlichen und sehr konstruktiven Zusammenarbeit mit den Schulen gekommen ist, und was mich besonders freut, in einem sehr guten und erfolgreichen Dialog mit dem Jugendressort. Das muss man ausdrücklich einmal erwähnen und auch positiv werten, das war nicht immer so.

(Beifall bei der SPD)

(A) Ich glaube, dass wir hier auch keine Angst haben müssen, liebe Frau Linnert, meine Kinder schicke ich regelmäßig in Turnhallen mit großer Freude und zahle dafür auch Mitgliedsbeitrag. Es tut denen nämlich gut, wenn sie in Turnhallen kommen, und auch in der Grundschule tut es ihnen gut, wenn sie sich zwischen 11.30 Uhr und 13 Uhr eine Dreiviertelstunde oder eineinhalb Stunden sportlich bewegen. Auch im Rahmen der verlässlichen Grundschule finde ich das absolut positiv, dass das in einer Vielfalt des Betreuungsangebots dort angeboten wird. Ich finde, die sind auf einem sehr guten Weg. Es wird noch einige Schwierigkeiten geben. Man kann nicht erwarten, dass das nun alles völlig problemlos läuft, aber ich denke, dies wird ein Erfolgsmodell der großen Koalition sein.

> Wir haben einen Schwerpunkt gesetzt bekommen, dafür bin ich sehr dankbar. Ich muss das an dieser Stelle sagen, das ist vielleicht zwar ein bisschen langweilig jetzt, aber auch ich bedanke mich ausdrücklich für die Unterstützung der beiden Koalitionsfraktionen in Sachen Computerausrüstung. Ich betone allerdings und setze das fort, was meine Vorredner schon gesagt haben, es geht nicht darum, jetzt entsprechende Computer zu bestellen und dann zu sagen, nun macht einmal schön, sondern es muss damit anfangen, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer weiterbilden, fortbilden, das aufnehmen, was vorhanden ist. Man darf auch nicht sagen, dass nun in diesem Bereich überhaupt nichts vorhanden sei. Das ist völlig falsch. Es gibt sehr, sehr engagierte Kollegen, aber sie sind noch nicht in der Mehrheit. Wir müssen diejenigen, die noch abseits stehen, motivieren, wir müssen sie mit in das Boot bekommen, vielleicht diese Maßnahmen auch ein wenig zu unterstützen.

> Wir werden noch in der letzten Woche der Schulferien, der Sommerferien, mit einem größeren Programm beginnen, von dem wir uns erhoffen, dass wir 450 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich mit in das Boot bekommen, um sie auszustatten mit einer Fortbildung, mit einer großen Fortbildungsmaßnahme, die uns von einem großen Anbieter fast kostenlos angeboten worden ist. Ich werde das Parlament selbstverständlich, gegebenenfalls schon in der nächsten Sitzung, über weitere Schritte in diesem Bereich informieren.

Wir wollen auch diese 20 Millionen DM, die wir beginnen auszugeben eben im Bereich der Fortbildung, der Weiterbildung, dann einsetzen, indem wir die Schulen vernetzen, das ist von völlig unterschiedlichen Graden, wie sie ausgestattet sind, abhängig. Da gibt es Schulen mit Pavillons, da wird es ganz aufwendig und ganz schwierig, und in anderen Bereichen ist es leichter möglich. Wir müssen natürlich über eine Hardware, über Systeme, die die Schulen akzeptieren, reden. Wir dürfen das nicht aufzwängen, sondern wir müssen auf dem aufbauen, was die Schulen im Augenblick schon gemacht haben.

Natürlich sind die Anforderungen völlig unterschiedlich, wir haben schon einige sehr gut funktionierende Schulen, die müssen wir selbstverständlich weiter unterstützen, aber ich gehe eher den Weg zu sagen, lasst uns mehr auch in die Fläche gehen, denn wenn wir jetzt nur die Medienschulen bedenken und die weiter ausbauen, erreichen wir nicht so die Fläche. Ich möchte sehr viel lieber mehr Schulen noch erreichen, und ich möchte — das darf ich dem Parlament auch hier schon berichten - möglichst schon beginnend mit dem neuen Schuljahr eine Freiwilligeninitiative starten, in der wir begabten Schülern der Hauptschulen, der Realschulen, der Gymnasien, aber auch der Gesamtschulen im Bereich der Informatik zusätzlich nachmittags Angebote unterbreiten wollen, ganz gezielt, um sie in der siebten und achten Klasse heranzuführen an das, was heute noch viel zu kurz kommt an unseren Schulen

Ich glaube, wir haben im Lande Bremen gerade einmal zwei gymnasiale Oberstufen, in denen Informatik als Leistungskurs angeboten wird. Ich finde, das ist ein wenig wenig, und da müssen wir heftig daran arbeiten, um dies zu verstärken! Das können wir, glaube ich, sehr gut initiieren, indem wir hier auf freiwilliger Basis in den verschiedenen Schulstufen einen Anfang machen. Lieber Herr Bürger, ich möchte das ansprechen, was Sie hier möglicherweise kritisiert haben, ich habe es nicht so kritisch verstanden, Sie haben Frau Hövelmann angesprochen und ihren Ansatz, in den Naturwissenschaften Schwerpunkte zu setzen.

Ich finde, dass es dringend notwendig ist, entsprechende Ansätze zu unternehmen, aber wir werden natürlich nicht alles auf einmal schaffen. Bitte überfordern Sie uns auch nicht, wir haben dicke Brocken jetzt mit dem großen Computerprogramm zu bewerkstelligen! Wir haben außerdem die verlässliche Grundschule möglichst reibungslos zu installieren. Ich habe fest vor, die Naturwissenschaften kritisch zu überprüfen, und zwar nicht erst in der Oberstufe, Herr Bürger, sondern ich bin der Meinung, wir müssen in der Mittelstufe schon beginnen. Ich habe gerade in den letzten Wochen viele Gespräche darüber geführt, bei denen mir auch aufgefallen ist, dass die Lehrpläne jahrzehntelang, wenn meine Informationen richtig sind, ich bin noch dabei, das zu diskutieren, nicht überprüft oder nicht auf den aktuellen Stand gebracht worden sind.

Da muss ich natürlich fragen. Wir haben einen großen Nachholbedarf, denn wer kann es sich erlauben, dass Lehrpläne jahrelang nicht fortgeschrieben werden in unserer Wissensgesellschaft! Was gibt es da für entsprechende Entwicklungen! Wir haben einen großen Bedarf, da nachzulegen, um den Unterricht schon in der Mittelstufe so attraktiv zu gestalten, dass mehr Schülerinnen und Schüler, als es heute der Fall ist, mathematisch-naturwissenschaft-

(C)

(A) liche Schwerpunkte setzen und nicht den Weg des geringsten Widerstands bis hin zum Abitur gehen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Ein bisschen spannend darf es auch sein!)

Ja, natürlich, es muss auch spannend sein, aber es soll halt nicht, liebe Frau Hövelmann, nur Spaß bringen, sondern es muss auch ab und zu einmal mit Mühe verbunden sein!

(Beifall bei der CDU)

Aber spannenden Unterricht wünsche ich mir von Herzen.

(Abg. Bürger [CDU]: Sie müssen auch die Abwahlmöglichkeit in der GyO verhindern!)

Also, hier wird es ein gemeinsames Bestreben der großen Koalition geben, da bin ich sicher, entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

Thema Gesamtschule! Ich will nicht unangenehmen Dingen aus dem Weg gehen. Ich fand es nicht hilfreich, ausgesprochen nicht hilfreich, hier einen Nebenkriegsschauplatz einzurichten oder neu aufzumachen, den ich eigentlich in den zehn Monaten nicht gespürt habe in diesem Haus. Wir wollen sie, das ist mein erklärtes Ziel, neben der Tatsache, dass Unterricht bei mir Vorrang hat, das höre ich gern und sehe es auch gern, wenn es in den Schulen steht. Unterricht hat erst einmal Vorrang, aber, meine Damen und Herren, Schulfrieden auch!

(B)

Ich fand diesen, mir ist er so geschildert worden, lieber Herr Eckhoff, Auftritt bei "buten un binnen" nicht förderlich für Schulfrieden in unserem Land. Wir müssen im Interesse der Schülerinnen und Schüler und auch der Gesamtschüler, die sind mir genauso lieb wie der Hauptschüler oder auch der Gymnasiast, eine gerechte Aufteilung der vorhandenen Mittel, der Steuermittel gewährleisten. Dafür stehe ich übrigens auch als Bildungssenator gerade, und, Herr Bürger und Frau Hövelmann, Sie wissen, dass ich da keine Unterschiede mache, keine Bevorzugungen vornehme,

(Abg. Eckhoff [CDU]: Sehen Sie sich die Auftritte einmal selbst an!)

sondern dass ich den Gesamtschülern genauso gegenüber — —.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Dann machen Sie es!)

Das mache ich, darauf können Sie Gift nehmen!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Dann ist es ja qut!)

Ich nehme den Beschluss der Koalition sehr ernst. Ich werde das von Schule zu Schule prüfen, ob wir Einsparungen vornehmen können, welche Erhöhung da überhaupt vorgenommen werden kann. Ich sage Ihnen, das wissen Sie ja auch, am Leibnizplatz hat ein Gericht bereits festgestellt, dass eine Frequenzerhöhung über 21 überhaupt nicht möglich ist und nicht zulässig ist. Auch das habe ich als Bildungssenator zu berücksichtigen, wenn ich mit Ihrem Beschluss konfrontiert werde. Also, ich fand das nicht sehr hilfreich, aber es kann ja nicht alles nur Spaß bringen, was der Senator unternimmt. Solche Eruptionen und Streiks und Demonstrationen sehe ich ungern, meine Damen und Herren, das hat heute Mittag stattgefunden, da hätte ich mir vorgestellt, dass Unterricht hätte praktiziert werden können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Abg. Eckhoff [CDU]: Sagen Sie das doch einmal den Lehrern!)

Das hätte mir, lieber Herr Dr. Kuhn, mehr Freude bereitet. Ich habe den Gesamtschulen versprochen, ich gehe an jede Gesamtschule, ich sehe mir jede Gesamtschule einzeln an, ich lasse mich überzeugen. Ich prüfe sehr genau, was für vergleichbare Gesamtschulen in vergleichbaren Großstädten ausgegeben wird, und wenn wir dann deutlich mehr ausgeben als die Kollegen in Hannover, in Essen, in Berlin oder Hamburg, dann müssen wir eben entsprechend sparen, da bin ich der Letzte, der sagt, dass wir das nicht machen.

Aber wenn das eben nicht so ist, dann werde ich dem Parlament darüber berichten. Dann soll das Parlament bitte schön die Einsparungsquoten, die es unserem Haus aufbürdet, entsprechend zurückziehen, aber ich bin der Meinung, dass wir alle Schülerinnen und Schüler zunächst einmal gerecht und vergleichbar behandeln müssen. So verstehe ich den Auftrag der großen Koalition.

Letzte Punkte zum Bereich der Universität! Wir haben Kontrakte, darüber brauche ich mich nicht lange auszulassen. Ich bin sehr zufrieden mit der Arbeit der Universität und der Hochschulen. Herr Bürger hat bereits die Prämierungen der Hochschule, die hier auf einem sehr guten Weg ist, erwähnt. Die Forschungseinrichtungen, die ich bisher besichtigt habe, haben mir sehr gut gefallen, und ich denke, wir sind hier auf einem sehr guten Weg. Das höre ich nicht nur in Bremen, sondern auch überregional. Wohin ich komme, wird die Universität und werden die Hochschulen ausdrücklich gelobt. Ich freue mich darüber, denn das war vor einigen Jahren oder Jahrzehnten auch schon einmal anders. Also, hier an der Stelle, denke ich, sind wir auf einem sehr guten Weg.

Zur Staats- und Universitätsbibliothek, meine Damen und Herren! Hier haben wir einen Kontrakt, Frau Berk hat das eben ganz klar so begründet. Ich

(A) bin übrigens der Meinung, wenn durch den Dollarkurs, das war ja eine Begründung, weshalb die Ausgaben für die Zeitschriften so in die Höhe gegangen sind, hier die entsprechenden Zeitschriften möglicherweise nicht mehr in dem vollen Umfang beschafft werden können, dann muss man kritisch überprüfen, welche Zeitschriften denn für die Staatsund Universitätsbibliothek wirklich absolut notwendig sind. Ich gebe Ihnen, da komme ich wieder auf Punkt drei, einen kleinen Tipp: Man kann sich in fast alle Bereiche einklicken, wenn man die entsprechenden Adressen im Internet kennt, und kann das alles sehr gut nachlesen. Wenn es da ein Problem gibt, Herr Dr. Kuhn, sagen Sie es mir, dann werde ich entsprechend die Daten angeben! Die Studenten an der Universität werden deshalb nicht Schaden nehmen, ganz sicher nicht.

Jetzt das Allerletzte noch zum Schluss, die Studiengebühren! Erst einmal bin ich sehr dankbar für die kleine Belobigung, liebe Frau Berk, das war nicht ganz einfach. Fünf Jahre haben die Kollegen darum gerungen, einen Kompromiss zu erreichen, und wir haben es in Meiningen in der letzten Woche geschafft, die Studiengebührenfreiheit sicherzustellen. Das ist der Beschluss von Meiningen. Ich finde den sehr gut und sehr wichtig. Studiengebührenfreiheit haben wir beschlossen.

Ich kenne erstens die Parteitagsbeschlüsse der SPD, und ich kenne auch den Koalitionsbeschluss zu den Studiengebühren, und ich sehe ehrlich gesagt nicht, lieber Herr Bürger, wie wir den Beschluss der SPD wegkippen, um zu einem neuen Koalitionsbeschluss zu kommen. Deshalb habe ich aus meiner Sicht mit Fug und Recht gesagt, wir haben einen Kompromiss von Meiningen erreicht, jedes Land hat das Recht, Studiengebühren ab dem etwa vierzehnten Semester einzuführen, auch dieses Haus hat selbstverständlich das Recht, das so zu beschließen, aber dann bitte ich Sie recht herzlich, mit dem Koalitionspartner in Diskussionen zu treten!

Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich da eine entsprechende Position habe, dass es das in unserer Koalition, so vermute ich einmal, bis zum Ende dieser Legislaturperiode nicht geben wird. Das ist meine persönliche Auffassung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt, Bildung und Wissenschaft, liegen uns keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit haben wir auch diesen Bereich abgeschlossen.

Bevor ich jetzt den Punkt fünf aufrufe, Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, gebe ich noch einmal eben die Restredezeiten bekannt: SPD 44 Minuten, CDU 30 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 64 Minuten, Senat 32 Minuten, DVU elf Minuten. Das sind Richtzeiten.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Land Bremen hat nicht nur ein Sanierungsproblem, sondern, ich denke, wir wissen alle, dass das Land Bremen auch vor dem großen Problem der hohen Arbeitslosigkeit steht. Es ist deswegen nur folgerichtig, dass der Arbeitsmarktpolitik hier im Lande Bremen, in Bremen und Bremerhaven, ein besonders hoher Stellenwert zugemessen wird. Ich denke, das ist auch schon in der Aufstellung des Haushaltes dadurch deutlich geworden, dass das beschäftigungspolitische Aktionsprogramm, das die Mittel der EU und des Landes für eine aktive Arbeitsmarktpolitik zusammenfasst, von den Kürzungen bei den Eckwerten ausgenommen worden ist.

Dieser finanzielle Rahmen ermöglicht es uns, eine wirkungsvolle Beschäftigungspolitik zu betreiben. Es ermöglicht uns vor allem auch, die im hohen Maße vorhandenen Drittmittel zu nutzen. Ich erinnere noch daran, dass die neue Bundesregierung Arbeitsmarktpolitik auf sehr hohem finanziellen Niveau verstetigt hat. Es gibt erhebliche Mittel von über 250 Millionen DM von der Bundesanstalt für Arbeit, die allein aus dem Topf der Bundesanstalt für Arbeit dem Land Bremen zugute kommen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik ist in Bremen aus mehreren Gründen notwendig. Der erste ist die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit, die immer noch in Bremen und vor allen Dingen in Bremerhaven herrscht.

Ein zweiter Grund, und der wird in Zukunft, glaube ich, eine noch größere Bedeutung bekommen, ist auch, dass durch aktive Arbeitsmarktpolitik der wirtschaftliche Strukturwandel begleitet werden muss, dass wir durch Qualifizierung und Ausbildung Arbeitnehmerinnen und Arbeitslose dazu befähigen müssen, sich den neuen Chancen des Arbeitsmarktes und der Beschäftigung zu stellen. Wir wollen diesen Strukturwandel in Bremen auch befördern durch die Wirtschaftspolitik, durch die Investitionen, und wir müssen dann auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für diese neu entstehenden Arbeitsplätze befähigen. Wenn wir uns vor Augen führen, dass allein in den letzten zehn Jahren 20 000 Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich abgebaut und im Dienstleistungsbereich entstanden sind mit völlig neuen Anforderungen, dann wird es völlig klar, dass hier große Anforderungen an Arbeitnehmer und an die Qualifizierung gestellt werden.

Ich glaube, es ist wichtig, wenn hier immer so viel von Investitionen geredet wird, dass wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass gut qualifizierte Arbeit(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) nehmerinnen und Arbeitnehmer immer noch das größte Potential für einen Wirtschaftsstandort sind

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

und dass sie auch immer ein wichtiges Argument für die Ansiedlung neuer Unternehmen sind und sein werden.

Übrigens weise ich darauf hin, weil wir ja beim letzten Mal in der Bürgerschaft über die Green Card debattiert haben, dass wir seitens der Deputation für Arbeit und des Arbeitsamtes bereits im Herbst des vorigen Jahres ein Qualifizierungsprogramm für die IT- und Medienberufe aufgelegt haben, lange bevor die Green-Card-Debatte in Schwung gekommen ist oder überhaupt davon die Rede gewesen ist, dass wir also durchaus auch sehr eng in der Arbeitsmarktpolitik am Ball sind und hier sehr eng und genau auf die neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes reagieren können oder sogar schon im Voraus agieren können.

Ich will einen weiteren Punkt einführen, der mir auch sehr am Herzen liegt und sehr wichtig ist. Wir schaffen nämlich in dieser Legislaturperiode die Voraussetzung dafür, dass Langzeitarbeitslose, und zwar egal, ob sie nun als Langzeitarbeitslose auf Sozialleistungen durch das Sozialamt angewiesen sind oder ob sie Leistungen des Arbeitsamtes beziehen, mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten und größere Chancen haben, wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden, und zwar durch den Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung des Programms "Hilfen zur Arbeit", das wird bis zum Jahre 2003 von 1000 auf 2000 Stellen verdoppelt.

(B)

Ich glaube, das ist ein sehr ehrgeiziges, aber auch sehr notwendiges Programm, das wir vor allen Dingen vonseiten der SPD vorangebracht und gefördert haben,

(Beifall bei der SPD)

was Langzeitarbeitslosen, denjenigen, die am meisten benachteiligt sind, neue Chancen eröffnet. Wir schaffen die Voraussetzung dafür, dass durch eine Zusammenführung der Förderung gerade dieser Zielgruppe von Arbeitslosen — dem Arbeitslosen ist es für sein Problem eigentlich egal, ob er Sozialhilfe bezieht oder ob er Leistungen des Arbeitsamtes bezieht —, der Förderung aus einer Hand bessere Chancen geschaffen werden, egal, woher sie nun ihre Leistungen beziehen.

Ich glaube, dass wir da in der Arbeitsmarktpolitik, in der Förderung gerade für diese Personengruppe einen großen Schritt weiterkommen, und wir werden einen nicht unerheblichen Beitrag auch dazu leisten, die hohe Zahl von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern in unserem Land zu verrin-

gern, die ja nur deswegen auf die Leistungen des Sozialamtes angewiesen sind, weil ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich ziehe ein Fazit. Wir können mit Arbeitsmarktpolitik nicht oder nur in sehr geringem Maße neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist Aufgabe einer aktiven Wirtschaft und einer aktiven Wirtschaftsstrukturpolitik, aber wir können mit Arbeitsmarktpolitik Arbeitslosigkeit verringern, unter anderem durch neue Arbeitszeitmodelle, durch Teilzeit, durch Vorruhestand, durch weitere Möglichkeiten, die Arbeitszeit für den Einzelnen zu verringern und Arbeit gerechter zu verteilen

Wir können Brücken in den ersten Arbeitsmarkt bauen, insbesondere für diejenigen, die langzeitarbeitslos und ausgeschlossen sind, und wir können durch Arbeitsmarktpolitik den Strukturwandel in Bremen befördern oder ihn sogar erst möglich machen, indem wir Arbeitslose und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechend qualifizieren und dafür sorgen, dass die Unternehmen sich hier in Bremen ansiedeln können, weil sie ein entsprechend qualifiziertes Personal vorfinden.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, dass wir mit diesem Haushalts- und Finanzrahmen sehr gute Voraussetzungen geschaffen haben, um in diesem Sinne eine aktive und erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik in Bremen zu betreiben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hoch.

Abg. Frau **Hoch** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kluge Politik investiert sinnvoll, zielgerecht und mit Nachhaltigkeit in die Zukunft. Ich denke, diesen Satz kann jeder hier im Hause unterschreiben. Doch an der Aufstellung des Haushalts ist ganz schnell zu erkennen, dass Sie hier andere Schwerpunkte gesetzt haben.

Ich möchte das klar festmachen am Bereich der Gesundheit und besonders an dem Bereich Gesundheitswirtschaft. Seit Jahren ist absolut bekannt, welchen großen wirtschaftlichen Stellenwert unsere Krankenhäuser im Lande Bremen haben, doch bei den notwendigen Investitionen sah es nicht besonders gut aus, vielmehr müssen wir hier einen Investitionsstau beklagen. Diesem Investitionsstau muss dringend entgegengewirkt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Das sind zielgerichtete und nachhaltige Investitionen, die unsere Krankenhäuser wettbewerbsfähig machen. Bündnis 90/Die Grünen möchte deshalb eine Erhöhung der Investitionen in diesem Bereich von insgesamt 31 Millionen DM. Es geht uns nicht darum, dass neue Großgeräte angeschafft werden, sondern darum, dass die Krankenhäuser sich schnellstens für die Aufgaben der Zukunft fit machen können. Dazu gehört natürlich auch, dass es in der nächsten Zeit mehr Absprachen unter den einzelnen Häusern geben muss, Absprachen, um vorhandene Ressourcen besser nutzen und die Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande verbessern zu können.

Besonders unter diesem Gesichtspunkt der integrierten Versorgung werden in der Zukunft neue Aufgaben auf die Krankenhäuser zukommen. Verlangt werden mehr Vernetzung, mehr Absprache und neue Formen der Kommunikation. Hier ist es uns im Land Bremen leider noch nicht gelungen, auf diesem Weg weiterzugehen. Die Chancen der integrierten Versorgung werden nicht genutzt und können meiner Ansicht nach hier nur installiert werden, wenn dieser notwendige Prozess von außen begleitet und flankiert wird von gesundheitspolitischen Zielsetzungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Oberstes Ziel muss es sein, für die Menschen in unserem Bundesland ein Netz von Gesundheitsleistungen auf Dauer sicherzustellen. Das Leben muss in jedem Lebensalter und bei jedem gesundheitlichen Bedarf in Bremen und Bremerhaven sinnvoll, zielgerichtet und mit Nachhaltigkeit unterstützt werden.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Machen wir doch alles!)

Ja, aber nicht in die Zukunft gesehen! Wir haben hier noch reichlich Defizite, denke ich, und die gilt es anzugehen.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Wodenn?)

Darauf kommen wir noch! Wir fordern deshalb die Absicherung von Projektarbeiten, wie zum Beispiel der Frauengesundheitsprojekte und der Drogenprojekte, sowie der Selbsthilfegruppen, die seit Jahren gute Hilfsangebote in der erforderlichen Arbeit leisten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen finanziell abgesichert werden, um die Qualität mindestens zu erhalten. Bei den vorgegebenen Kürzungen in diesen Bereichen wird ein Qualitätsverlust der Angebote bewusst in Kauf genommen, meine Damen und Herren.

(C)

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In vielen Stadtteilen haben sich die Träger dieser Einrichtungen schon untereinander vernetzt. Sie haben diese politische Forderung der Vernetzung schon lange erfüllt und sind für viele Betroffene wichtige Anlaufpunkte im Stadtteil, Anlaufpunkte mit Querschnittsaufgaben, nicht nur im Leistungsbereich Gesundheit, sondern auch mit präventiven Aufgaben und mit kulturellen Aspekten. Genau das macht einen großen Teil der Qualität des Lebens in den Stadtteilen aus. Das ist besonders wichtig für die benachteiligten Stadtteile, das haben wir ja hier auch schon gehört, dass es diese durchaus hier in Bremen gibt. Hier die Projekte finanziell ausbluten zu lassen, die die individuelle Gesundheit verbessern, wird negative Folgen haben, und diese Folgen sind schon heute zu erkennen.

Meine Damen und Herren, die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen wird steigen, das ist uns allen klar, nicht nur durch die demographische Entwicklung allein, sondern auch durch das veränderte Bewusstsein und die zunehmende Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie möchten so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen und aktiv am Geschehen teilnehmen. Das ist auch richtig und gut so. Hier muss die Gesundheitsreform 2000 noch weiter umgesetzt werden, die fordert, dass Rehabilitation vor Rente geht. Das wird in beiden Städten noch ausgebaut werden müssen, und, bitte schön, auch wie in dem Bereich der Psychiatrie in der gemeindenahen Versorgung.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Wir sind doch da auf einem unheimlich guten Weg!)

Der Weg ist gut, aber das Ergebnis ist noch nicht klar, und da müssen wir auch die Defizite einbeziehen.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Reden wir morgen darüber!)

Gut, reden wir morgen darüber! Lassen Sie mich doch bitte zu Ende reden! Ich habe zwar zwei Ohren, aber beidseitig kann ich auch nicht hören!

(Abg. Schildt [SPD]: Schade eigentlich!)

Ja, es ist schade, aber dann würde ich im Zirkus auftreten und nicht hier sprechen!

(A) Die innovativen Produkte, die hier in Bremen entwickelt werden, denke ich, können sinnvoll in einer geriatrischen Versorgung weiterhin genutzt werden und auch im rehabilitativen Bereich ein gutes Angebot geben, denn hier haben wir durchaus noch Defizite in Bremen und Bremerhaven.

(Abg. Frau H a m m e r s t r \ddot{o} m [SPD]: Wo sind denn Ihre Anträge zum Haushalt?)

Haben Sie das nicht gelesen? Das ist aber schade! Kluge Investitionen sind sinnvoll und zielgerichtet in die Zukunft. Dazu gehören auch Investitionen in die Ausbildung von Gesundheit und Pflege. Hier herrscht seit Jahren Stillstand. Pflegewissenschaft und Pflegemanagement sind beides grundlegende Ausbildungsgänge für die Weiterentwicklung in den Pflegeberufen. Hier hat sich ein wenig getan, doch da sich das Gesundheitswesen im Umbruch befindet, müssen auch die anderen Pflegeberufe in Theorie und Praxis dringend erneuert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier sind neue Qualitätskriterien zu schaffen. Seit Jahren stagniert die angestrebte bundeseinheitliche Berufsausbildung in den Gesundheitsberufen. Doch nicht nur das, eine europaverträgliche Lösung ist auch absolut nicht in Sicht.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Was hat das mit dem Bremer Haushalt zu tun?)

(B)

Wir haben hier Ausbildungsstätten, und ich denke, es ist auch eine Länderaufgabe, dahin zu drängen, dass diese Ausbildungen erneuert werden. Sie haben doch ein Treffen auf Länderebene, und ich denke, dafür sollte man sich doch auch einsetzen. Ausbildungsabschlüsse in Gesundheitsberufen müssen, denke ich, auch europaweit anerkannt werden, denn wir dürfen hier in ein paar Jahren, wenn wir einen Notstand in dem Bereich beklagen, nicht eine neue Green-Card-Debatte führen müssen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil in diesem Bereich auch die Zukunft verschlafen worden ist.

Vorhin wurde gesagt, ein wesentlicher Schwerpunkt seien die Bildung und die Ausbildung, und ich denke, dies ist auch ein wesentlicher Aspekt der Ausbildung. Das sind wichtige Chancen für unsere jungen Auszubildenden, die in den Gesundheitsberufen arbeiten möchten. Hier muss investiert werden. Wichtige Fundamente haben wir in Bremen. Frau Hammerström, ich lobe Sie!

(Heiterkeit — Abg. Frau Hammerström [SPD]: Bravo!) Die Institute von Public Health und die Studiengänge, die es hier schon gibt, bieten eine gute Grundlage dafür. Deshalb haben wir die Anträge gestellt, eben in die Krankenhäuser und in die Ausbildung von Gesundheit und Pflege insgesamt 31 Millionen DM zu investieren, eine Summe, die fast schon gering erscheint, hält man die Haushaltsmittel für die prestigeträchtigen Großprojekte dagegen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

31 Millionen DM für unsere Bürger hier in diesem Lande, die die Lebensqualität erheblich verbessern werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Zuruf der Abg. Frau Dreyer [CDU])

Ich habe das, was Sie gesagt haben, akustisch nicht verstanden. — Ich bedanke mich!

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Heute Morgen sind die Mitglieder des Haushaltsausschusses dieses Parlaments zu Recht von uns allen gelobt worden. Ich möchte auch mit einem Lob beginnen, und zwar möchte ich die Damen und Herren Haushälter in den Ressorts, die mit uns zusammen, mit den Deputierten gemeinsam den Haushalt in Zahlen gebracht haben, die ganze Technik voreinander gebracht haben, loben. Wir haben in vielen Sitzungen zusammengebracht, was zuerst alles so chaotisch aussah.

Es ist jetzt hier geordnet auf dem Tisch, und die ganzen Unkenrufe, die uns im Vorfeld bei der Aufstellung dieses Haushalts begleitet haben, das sei das Ende oder die Abenddämmerung für die Zuwendungsbereiche, wir würden alles im sozialen Bereich platt machen, alle diese Unkenrufe, Frau Hoch hat ja auch gerade wieder so ein bisschen davon angefangen —

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

das können Sie dann gleich, wenn Sie Ihren eigenen Debattenbeitrag leisten, sagen, wie Sie sich das vorstellen —, diese ganzen Befürchtungen sind nicht eingetreten.

Es ist in der Szene, die das Haus von Frau Senatorin Adolf in seiner Vielfalt zu vertreten hat, ruhig. Wir haben als Deputierte und Abgeordnete unsere Arbeit getan und haben mit den betroffenen Gruppen in unendlich vielen Gesprächen unsere Arbeit gemacht. Wir konnten nicht jeden überzeugen und

(A) glücklich machen, das ist völlig richtig. Frau Hoch hat eben angeführt, dass einige zu Vernetzungen übergegangen sind. Das haben wir schon vor fünf Jahren gefordert, und wir haben sie auch auf andere Programme aufmerksam gemacht, wenn wir sagen, da brechen Mittel weg, aber es gibt in dieser Stadt und in diesem Land noch andere Mittel, die man nutzen kann, um seine Arbeit auch in einer anderen Form fortzusetzen.

Es gibt in diesem Bereich in den nächsten zwei Jahren nicht die an die Wand gemalten Grausamkeiten. Es wird die Szene im Bereich Arbeitsmaßnahmen, im Bereich Soziales und im Jugendbereich weiter geben. Sie wird sich vielleicht ein bisschen einschränken müssen, aber ein klein bisschen Erziehung schadet nicht.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Erziehung?)

Erziehung, um sich zusammenzuraufen, um sich zu vernetzen, um auch ein bisschen sparsam nach dem Geld zu schauen, kann in keinem Fall schaden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die haben ja vorher so herumgeaast! Die haben sich sogar die Wasserhähne vergolden lassen!)

(B) Meine Damen und Herren, ich möchte auf einige Punkte in diesem Haushalt und in dem gesamten Bereich von Frau Adolf eingehen. Wir machen das bei der CDU mit einem Redner. Bei allem, was die kommenden zwei Jahre angeht, möchte man, was gesagt worden ist, einmal die neuen Hilfen zur Arbeit nennen. So ganz unbeteiligt waren die CDU und ich, glaube ich, in der letzten Legislaturperiode auch nicht bei der Einführung dieser Hilfen zur Arbeit, aber wie das so ist mit dem Erfolg, viele Väter, viele

Wir haben Mittel in diesem Haushalt in erheblicher Höhe und verfolgen damit einen guten Zweck. Langfristig ist es der gemeinsame Wille der Koalition, jedem Menschen eine Arbeitsmöglichkeit nachzuweisen, der sich in Sozialhilfe befindet und, sage ich auch, der arbeitsfähig ist. Nicht dass jetzt gleich wieder der Einwurf kommt, hier wird jeder gezwungen, auch der, der nicht kann, sondern die müssen arbeitsfähig sein!

Wir machen auf dem Weg dahin mit diesem Haushalt einen weiteren ausgreifenden Schritt in die richtige Richtung. Unser gemeinsames Ziel ist es, betroffene Menschen wieder unabhängig von staatlichen Transferleistungen zu machen. Jeder soll den Lebensunterhalt für sich und seine Familie weitestgehend aus eigener Kraft sicherstellen können. Meine Damen und Herren, das verstehen wir unter guter Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Dabei wollen wir für Bremen auch neue Wege gehen. Lassen Sie mich das an dieser Stelle mit dem Oberbegriff Kombilohn plakativ beschreiben! In anderen Teilen der Republik wird dies bereits erfolgreich praktiziert. Die Deputationen für Soziales und Arbeit haben das so beschlossen. Wenn es uns gelingt, bis zu 50 Menschen im Monat durch dieses Programm ab Herbst dieses Jahres zusätzlich in Arbeit und Lohn zu bekommen, werden wir uns den Erfolg auch gemeinsam auf die jeweiligen Fahnen schreiben. Weitere positive Schritte im Bereich Arbeitsmarkt wird meine Kollegin Frau Dreyer mit Sicherheit morgen, wenn wir über die Werkstatt für Behinderte und über die Ausgliederung sprechen, noch darstellen.

In der Gesundheitspolitik gibt es große, aber nicht utopische Ziele. Ich will zwei Ziele, die für die CDU von besonderer Bedeutung sind, hier kurz vorstellen. Gemeinsam wollen wir mit den Verantwortlichen die Kinderklinik der Sankt-Jürgen-Straße, deren Ruf als eine bedeutende Fachabteilung über Bremens Grenze hinaus unstreitig ist, ausbauen. Dieses hoch qualifizierte und ausdifferenzierte Angebot für Bremen und den norddeutschen Raum soll so hergerichtet werden, wie es einer Fachabteilung mit diesem Ruf gebührt. Dies geschieht, um dieses Ansehen auch für die Zukunft sichern zu können. Der wirtschaftliche Nutzen, den ein solches Angebot hat, wird dazu beitragen, unsere Haushaltslage zu verbessern.

Wir haben heute schon viel über Standortfaktoren gesprochen im Bereich Kultur, auch gut funktionierende Krankenhäuser mit einem überregionalen Ruf sind ein Wirtschafts- und Standortfaktor.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Gesundheitsmedizin und Gesundheitsvorsorge werden ein nicht zu überschätzender oder nicht zu unterschätzender Standortfaktor in dieser Stadt, in diesem Oberzentrum bleiben und werden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass durch privates Engagement, das wir jederzeit und überall loben, hier bereits ein Grundstock von fünf Millionen DM eingeworben ist. Darüber ist die CDU-Fraktion sehr glücklich, und ich glaube, das ganze Haus kann glücklich sein, dass hier Privatinitiative in Bremen wieder weiter fortgeschritten ist und Geld in die Hand nimmt, um etwas für die Stadt und für die Menschen dieser Stadt zu tun

(Beifall bei der CDU)

Die Regionalisierung der Psychiatrie wird einen Reformstau für diese betroffenen Personengruppen und ihre Angehörigen auflösen. Mit dem neuen Mittel der Kapitaldienstfinanzierung werden wir hier 19 Millionen DM zum Einsatz bringen. Sie erkennen, (D)

(A) meine Damen und Herren, für die CDU und für diese Koalition steht auch bei besonders knappen Kassen eine betroffene Gruppe oder eine Gruppe, die es nicht so gut hat, nicht im Abseits.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Hammerström [SPD]: Das war schwierig genug, die CDU davon zu überzeugen, dass das sinnvoll ist!)

Aber das ist doch auch Ihre Arbeit, und es ist doch unsere gemeinsame Arbeit! Ich habe Ihre Fraktion von einigen Dingen in der Vergangenheit überzeugen müssen, Sie haben uns überzeugt. Es ist doch schön, wenn wir uns gegenseitig überzeugen können. Das ist doch auch Sinn einer Koalition, dass der eine Partner dem anderen klarmacht, dass es auch einen anderen Weg gibt als den, auf dem er vielleicht vorangehen wollte, dass man dann gemeinsam einen Weg geht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Zahlen in der Sozialhilfe sind rückläufig. Wenn Sie sich den letzten Controlling-Bericht anschauen, dann sehen Sie, dass alle Indikatoren in die richtige Richtung zeigen. Wir haben weniger Fälle zu bearbeiten. Es wird weniger Geld benötigt, und wir haben wieder Möglichkeiten, andere Dinge anzufangen.

(B)

Dieser Erfolg ist der Koalition nicht in den Schoß gefallen. Dieser Erfolg hat sich zwangsläufig eingestellt als das Ergebnis von politisch dringend notwendigen und damit nicht von allen immer sehr begrüßten Entscheidungen. Mit dem Ausbau der Hilfen zur Arbeit, mit dem Beschluss zur Kürzung der Bekleidungspauschale, mit der Einführung der ausstiegsorientierten Sachbearbeitung wurde der Schlüssel für diesen Erfolg bewegt. Wenn diese Koalition durch diese und weitere Beschlüsse den sich jetzt zeigenden Erfolg eingefahren hat, heißt das, wir sind auf dem richtigen Weg.

Frau Senatorin, die CDU-Fraktion in diesem Haus wird Sie auch bei weiteren unpopulären Beschlüssen im Bereich der Hilfen nicht im Stich lassen. Gemeinsam haben wir uns viel vorgenommen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Um eine noch gezieltere Beratung von Sozialhilfeempfängern zu ermöglichen, wollen wir in Pauschalierungen einsteigen. Wir haben alle diese Vorlagen bereits gelesen. Es ist nicht Sinn und Zweck, Geld in der Sozialhilfe einzusparen, sondern die Sachbearbeiter von unnötigen Arbeiten zu entlasten, damit sie sich mehr ausstiegsorientiert mit der Klientel beschäftigen können, und das kommt uns allen wieder zugute.

Dabei wird uns nicht immer die Zustimmung der Betroffenen sicher sein. Das können wir gemeinsam aushalten, denn wer weiß, möglicherweise werden uns Menschen auch einmal dafür dankbar sein, dass sie durch diese Entscheidung wieder unabhängig von den Zwängen von Sozialfürsorge und BSHG ihr Leben gestalten können.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hätte sich manche dieser Entscheidungen schon etwas früher, vielleicht auch etwas beherzter gewünscht, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Möglicherweise wären wir schon einen Schritt näher, Sozialhilfe auf die wirklich Bedürftigen konzentrieren zu können.

Das eben Gesagte gilt übertragen mit kräftigeren Beschlüssen auch für den KTH-Bereich. Auch hier wären wir gern beherzter an einige Dinge, zum Beispiel, das wissen Sie alle, im Reinigungsbereich, herangegangen. Aber Beschlüsse dieses Senats tragen wir als Koalitionspartner verlässlich mit. Abstriche in der pädagogischen Qualität der KTH haben wir nie gefordert. Dazu kennen Sie meine Kollegin Frau Striezel auch alle viel zu gut, dass sie das auch nicht mitgemacht hätte.

Die Umsteuerung in der Erziehungshilfe, die Einrichtung von Stiftungen zur Gestaltung dieses Umbaus in der Jugendpolitik und die Integrationspolitik seien hier nur als Beispiele für Jugendpolitik für die Zukunft genannt. Wir kommen dort zu Verlagerungen von Geld, aber wir schaffen uns gleichzeitig auch ein anderes Instrument, diese Stiftungen, die Dinge, die wir anfassen, die wir nicht aus dem Haushalt bezahlen wollen, die wir dann zusätzlich durch diese Stiftung unterstützen können.

Wir haben in diesem Haushalt gemeinsam dieses zukunftsorientierte Programm "Wohnen in Nachbarschaften" abgesichert. Darüber haben wir ja in der letzten Sitzung diskutiert. Hier werden Bausünden der Vergangenheit wieder behoben. Die Quartiere werden wieder angenommen und für die Menschen, die dort wohnen, komfortabler gemacht. Die Koalition hat dies jetzt mit diesem Haushalt noch einmal gesichert, und wir haben das in diesem Haushalt als CDU-Fraktion auch in den Beratungen deutlich gemacht.

Ich will hier auch in Richtung freie Träger noch einmal sagen, wenn es Kürzungen im Bereich der Zuwendungen gibt, dann können diese Kürzungen nicht auf dem Rücken der freien Träger allein oder überwiegend ausgetragen werden, sondern dann müssen auch die Behörden genauso Federn lassen. Es kann nicht sein, dass wertvolle und anerkannte Arbeit der freien Träger dadurch nicht honoriert wird, dass sie besonders große Einsparungen bringen müssen. Nehmen Sie das als Bekenntnis der CDU noch einmal für die Arbeit der freien Träger, meine

(A) Damen und Herren! — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Haben Sie ein Poesiealbum? Früher, als ich zur Schule gegangen bin, hat man das gehabt. Da haben Klassenkameraden und Lehrer nette Sprüche über die Kindheit und Jugend hineingeschrieben. Ich habe ein bisschen darin gestöbert, um mich für die Rede, die ich hier halten muss, zu inspirieren. Sie wird kurz sein. Herr Eckhoff, Sie haben leider nichts hineingeschrieben, obwohl Sie genauso alt sind wie ich.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Können wir ja noch einmal nachholen!)

Ja, das wäre ganz schön! Das ist ganz prima, denn ich möchte auch Ihnen, aber am Ende meiner Rede, etwas ins Poesiealbum schreiben.

Jugendliche und Kinder haben in der großen Koalition keine Lobby. Nein, sie sind eine kleine Produktgruppe, sie sind teure Kostgänger, ihr genauer Nutzen kann nicht ermittelt werden. Was schreibt die große Koalition den Kindern und Jugendlichen und den Eltern ins Stammbuch oder Poesiealbum? Es werden Baugebiete ausgewiesen, Stichwort Bremer bauen in Bremen, junge Familien ziehen dorthin, verschulden sich und warten jahrelang vergeblich auf Kindergärten, Schulen und Spielräume.

Das vom Senat in Auftrag gegebene Wibera-Gutachten sollte Einsparungen erbringen, die aber nicht zu Qualitätsverlusten führen sollten. Doch die Erhöhung der Reinigungsleistung in Quadratmetern und die damit verknüpfte Herabsetzung des Personalschlüssels zerreißt KTH-Teams und verschlechtert Qualitätsstandards. Der Rechentrick mit der Anpassung, mit den Schließtagen führt auch zu einem sinkenden Personalschlüssel, das heißt, die Springkräfte werden weniger. Wenn jemand ausfällt, werden Gruppen zusammengelegt, das Abbummeln von Überstunden wird immer schwerer. Die Besonderheiten des Kindergartens, Ausflüge zum Wochenmarkt, fallen weg. Ich finde, das ist ein deutlicher Qualitätsverlust, und das haben Sie zu verantworten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die bundesweit 20 Jahre anerkannte Integrationsarbeit in Bremer Kindertagesheimen wurde aus finanziellen Gründen auf den Prüfstand gestellt, nicht aus fachlichen Gründen. Die geplante Kürzung von 500 Ganztagsplätzen und Umwandlung in Teilzeitund Halbtagsplätze trifft vor allem allein erziehende und berufstätige Eltern. Von Frauenverbänden
wird seit Jahren gefordert, mehr Ganztagsplätze
anzubieten, und auch die SPD ist in Wahlkämpfen,
oft gemeinsam mit mir, aufgetreten, hat einen sechsstündigen Rechtsanspruch für Kinder gefordert, dass
sie in den Kindergärten betreut werden, mit Mittagessen. Das wird es auch mit CDU und SPD in dieser
Legislaturperiode nicht geben. Aus diesem Grund
fordern wir, zehn Millionen DM mehr in den Doppelhaushalt einzustellen, weil wir finden, dass das
ein wichtiges familien- und jugendpolitisches Signal
ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zur verlässlichen Grundschule hat mein Vorredner Herr Zachau schon einiges gesagt, auch Senator Lemke, aber ich möchte noch einmal sagen, viele Eltern wissen nicht, was ab 1. August in den Horten stattfindet. Ich erlebe andere Schwingungen in der Stadt als er, sie umfassen eher die Worte "beunruhigt" und "in der Schwebe".

Auch in den Kindergärten lebt Bremen von seiner baulichen Substanz. Während es früher den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz noch nicht gab, der jetzt nicht sechs Stunden umfasst, sondern lediglich vier Stunden, ist in den Kindergärten seit zehn Jahren nicht viel investiert worden. Es gibt dort viele überalterte Heizungen, es zieht durch die Fenster, und auch der Personalschlüssel ist nicht massiv erhöht worden. Jedenfalls war er vor einigen Jahren noch besser, bevor jedes dreijährige Kind einen Rechtsanspruch hatte. Bremen lebt von seiner Substanz, auch baulich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Shell-Jugendstudie hat als wesentliche Quintessenz erbracht, dass die Erziehung der Kinder eine wesentliche Rolle bei ihrer Entwicklung als Persönlichkeit spielt. Das hat Herr Fischer selbst hier im Schlachthof gesagt. Frau Dreyer, leider waren Sie nicht da.

(Zuruf der Abg. Frau Dreyer [CDU])

Ich habe Sie nicht gesehen. In den Kindergärten und Familien werden die Wurzeln gelegt, ob die Kinder starke Persönlichkeiten werden und im Leben bestehen können, und auch Eltern brauchen Unterstützung.

Bedarfsgerechte Kinderbetreuung hat ihren Preis, das fordern die Grünen an dieser Stelle ein. Der Staat muss ein bedarfsgerechtes Angebot abliefern, das nicht die Bedürfnisse der Kinder, Jugendlichen und Familien an seine Haushaltsvorgaben anpasst. Das (D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) so genannte Anpassungskonzept, darüber werden wir uns hier auch noch einmal auseinander setzen, das Sie gerade erstellen lassen, führt zu einer Vierteilung, 25 Prozent weniger. Meine Kollegin Frau Linnert hat es gesagt, jede vierte Stelle in der Jugendförderung steht auf der Kippe. Das wird vorwiegend die freiwilligen Leistungen betreffen, und es wird die freien Träger betreffen.

> In dieser Zitrone ist nicht mehr viel Saft, meine Damen und Herren, und das schon seit Jahren! Herr Nölle ist neulich im Fernsehen aufgetreten. Die CDU hat gesagt, es sollen mehr Quereinsteiger in die Politik. Herr Eckhoff, die grüne Bazille kommt in die Bürgerschaft. Ich bin eine,

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aber deshalb haben wir hier noch keinen Schwächeanfall!)

geboren im Küchenkabinett von Frau Christine Bernbacher, könnte man vielleicht sagen. Quereinsteiger sollen in die Politik. Ich bin in die Politik gekommen, weil ich es echt nicht mehr ansehen kann, was CDU und SPD hier seit einigen Jahren machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Zurufe von der CDU)

Ja, kommen wir hier einmal zu Glaubensbekenntnissen!

(B) Die Kürzungen werden die Jugendclubs, die Jugendcafés und die kleinen Initiativen betreffen. Sie werden Mädchengruppen treffen, die Jugendinformations- und -beratungsangebote, und es gibt auch eine Vielzahl von Jugendangeboten in der Stadt, die finanziell noch überhaupt nicht abgesichert sind. Auch der Sportgarten zum Beispiel, politisch gern gefeiert, da feiert sich jeder, dass er ihn geboren hat, ist auch finanziell überhaupt nicht abgesichert, und es zittern alle Träger, dass sie jetzt das Geld teilen müssen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aber der Sportgarten ist nun wirklich von allen Kräften getragen!)

Wir kommen ja zu einer stadtteilorientierten Jugendarbeit, in der Budgets verteilt werden. Nach dem KJHG, Herr Eckhoff, wird der Gesetzgeber aber angehalten, neben den Pflichtleistungen auch so genannte Kannleistungen anzubieten. Dafür ist es notwendig, Gelder bereitzustellen, Angebote abzusichern und weiterzuentwickeln. Wenn Ihnen die innere Sicherheit so wichtig ist, dann können Sie nicht immer jammern, wenn immer mehr Kinder in Heimen untergebracht werden, wenn immer mehr Kinder auffällig werden und viel mehr Gelder für die Pflichtleistungen aufgewendet werden müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die SPD setzt ihre Duftmarken. Es kann in den Kindergärten nicht mehr gekürzt werden. Mir kommen die Tränen, aber was tun Sie denn die ganze Zeit? Die Pflichtleistungen gehen die gesamte Gesellschaft an, anders kann es mit Kannleistungen auch nicht sein.

Sie können sich nicht über wachsende Erziehungshilfekosten beklagen, ich sage es noch einmal. Es hat schon längst Kürzungen gegeben. Die Anzahl der Honorarkräfte ist durch die Veränderung der Beschäftigungsgesetze heruntergefahren worden, weil der Etat der Personalkosten nicht erhöht worden ist, aber der Bedarf ist gleich geblieben, und Angebote sind weggefallen, aber Kinder und Jugendliche klagen ja nicht so laut.

Die große Koalition sagt: kein Rasenmäher!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Was wollen Sie denn jetzt?)

Ich höre ihn schon surren, denn von Ihnen habe ich bisher noch nicht gehört, was Sie konkret schließen wollen, und dazu wird es kommen müssen. Mit den dringend benötigten sechs Millionen DM, die wir hier für die Jugendförderung in den nächsten zwei Jahren fordern, wollen wir ein Signal senden. Wir wollen die Jugendförderung anerkennen, sie weiterentwickeln. Nicht einmal Personalkostensteigerungen konnten die freien Träger in den letzten Jahren ihren Mitarbeitern geben. Das kann doch nicht wahr sein! Wir sagen hier, wir wollen die freien Träger besonders fördern, aber wir sehen gar nicht, was die Situation vor Ort längst ist.

Wir sagen, investieren und sparen, Herr Eckhoff, und das schreibe ich Ihnen jetzt ins Poesiealbum: In die Jugend muss investiert werden, und faule Begründungen durch ein Anpassungskonzept, die da festgezurrt werden, können Sie sich sparen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, der Beitrag der Kollegin Stahmann hat schon deutlich gemacht, dass der Bereich Soziales ein ganz besonders sensibler Bereich ist. Das betrifft den Bereich der Jugendpolitik natürlich genauso. Die Kürzungen treffen hier die Menschen unmittelbar, und sie empfinden sich selbst auch sehr schnell als existentiell betroffen. Trotzdem hilft es uns natürlich nicht, an dieser Stelle einfach nur ein Stakkato der Betroffenheit abzulassen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn wir uns den Bereich Jugend und Soziales anschauen, dann ist es finanzpolitisch eine Dimen-

(A) sion, da muss man einfach zur Kenntnis nehmen, auf diesen Bereich kann, wenn man auf ein Sanierungsprogramm blickt, nicht völlig verzichtet werden. Wir werden auch hier nicht um Kosteneinsparungen herumkommen.

Der Doppelhaushalt mit seinen Zahlen orientiert sich auf das Jahr 2005, das heißt, wir gehen hier in eine weitere Etappe mit unserer mittelfristigen Finanzplanung. Die Koalition geht weiterhin entschlossen auf das Sanierungsziel zu, und sie sagt auch ganz deutlich, wir werden nicht vermeiden können, dass auch der Bereich Jugend und Soziales einen Beitrag dazu leisten muss. Das heißt aber für uns in keiner Weise, dass wir blindes Durchdeklinieren von Sparquoten betreiben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Entscheidend ist für uns, dass wir Konzepte entwickeln, Lösungsansätze und Prozesse organisieren, und das hat in unseren Bereichen Priorität. Dafür und nur dafür werden wir zeitlich befristet Entlastungen für einzelne Bereiche schaffen können, damit wir auch weiterhin die mittelfristige Finanzplanung fest im Blick haben können. Angesichts der vielfältigen Vorgaben, die wir in dem Bereich Jugend und Soziales haben, über gesetzliche Pflichtleistungen zum Beispiel, sind die politischen Spielräume nicht so groß, wie man sich das vielleicht vorstellen kann.

Im Rahmen dieser Spielräume haben wir als Koalition und als Sozialdemokraten wichtige Maßstäbe für die Sozialpolitik formuliert. Wir wollen folgende Punkte besonders unterstützen, weil sie aus unserer Sicht unabdingbar sind. Wir wollen Angebote, die in ihrer präventiven Wirkung belegt beziehungsweise unzweifelhaft sind, auch weiterhin engagiert fördern. Es ist klar, dass es in diesem Bereich nicht einfach ist, immer genau zu beschreiben, wo und wie die Prävention wirkt, aber ich denke, dass mit einem gewissen Maß an Plausibilität hier auch eine vernünftige Sozialpolitik zu machen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen Angebote besonders fördern, die deutliche Selbsthilfepotentiale mobilisieren, und wir wollen Angebote in der Stadt weiterhin gewährleisten, die an anderer Stelle in Bremen nicht erbracht werden

Ich möchte jetzt nur an einigen Punkten hervorheben, wie unsere Sozialpolitik charakterisiert ist. Der Bereich der Sozialhilfe: Wir haben im Rahmen der Haushaltssanierung ein großes Problem. Wir haben in den vergangenen Jahren oft steigende Kosten gehabt, und wir haben hier Summen, die zusammenkommen, von insgesamt fast einer Milliarde DM. Angesichts dieser Dimension müssen wir natürlich Schritte unternehmen, damit es uns gelingt,

ein weiteres Anwachsen der Kosten zu verhindern. Die Senkung der Fallzahlen ist dabei natürlich eine ganz zentrale Zielsetzung. Auf die Ergebnisse von Strukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik hat meine Kollegin Helga Ziegert ja schon hingewiesen.

Wir werden aber auch nicht darum herumkommen, bei unseren Leistungen zum Lebensunterhalt uns mit anderen Großstädten vergleichen zu müssen, um zu sehen, inwiefern unsere Leistungen in der Stadt Bremen höher sind als in anderen Städten, aber nicht mit dem Ziel, uns immer nur auf das Billigste, was andere Städte machen, zu orientieren, sondern in erster Linie uns auf das Mittel zu orientieren im Vergleich zu anderen Städten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Oppermann hat schon auf die strategische Fallsachbearbeitung hingewiesen. Wir wollen versuchen, zu einer Absenkung der Fallzahlen durch ausstiegsorientierte Beratung zu kommen. Wir wollen versuchen, durch eine gezieltere Beratung die Ausgaben zu senken, und wir wollen die Vergleichbarkeit dadurch erhöhen, dass wir im Bereich des Berichtswesens ein modernes elektronisches System einführen und so eine bessere Vergleichbarkeit hinbekommen.

Die Pauschalierung ist in diesem Zusammenhang auch ein Versuch, der sich nicht so ganz einfach darstellt, weil sich dabei Probleme ergeben, dass in bestimmten Interpretationsmöglichkeiten durchaus eher Kostensteigerungen entstehen, die wir uns in diesen Zeiten natürlich überhaupt nicht leisten können. Aber Pauschalierung macht Sinn, und wir müssen versuchen, dort vernünftige Schritte zu erreichen, die unseren sozialpolitischen Zielen auch tatsächlich Folge leisten.

Dann noch ein paar Sätze zu den Kindertagesheimen! Wir haben die Erhöhung der Schließtage für die Ferienzeiten beschlossen und haben damit einen Eingriff in den Personalschlüssel gemacht. Wir haben die Reinigungsleistung der Putzkräfte tatsächlich erhöht, und wir haben damit deutliche Kürzungen für den Bereich der KTH vorgenommen. Sie haben das sehr deutlich gesagt, Frau Stahmann, aber nach Einschätzung der Koalition, und das finde ich auch völlig richtig, sind das Wege gewesen, die angesichts der finanzpolitischen Nöte, die wir hier haben und die man nicht einfach wegreden kann, durchaus gangbar sind, und deswegen sind wir sie gegangen.

(Beifall bei der SPD)

Für den Bereich der Kindertagesheime sind die Sanierungsaufgaben trotzdem noch deutlich höher. Wir werden über das Personalentwicklungsprogramm 16 Stellen im Jahr weiterhin abbauen müssen, allein dadurch, dass wir Tariferhöhungen zu (D)

(A) kompensieren haben. Andererseits haben wir darüber hinausgehende Quoten, müssen wir in den folgenden zwei Jahren nicht Folge leisten. Das heißt, auch hier haben wir im Vergleich zu anderen Bereichen eine deutliche Schwerpunktsetzung.

Es werden weitere Einsparmöglichkeiten anhand des Wibera-Gutachtens im Herbst vorgelegt, aber man muss auch jetzt schon sagen, es wird uns nicht so einfach gelingen, im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung zu Ergebnissen zu kommen, in denen einfach den Quoten Folge geleistet werden kann. Die Kindertagesheime Bremens verfügen über hohe Standards. Sie haben eine enorm hohe Nachfrage. Für den Kostenbereich muss man deutlich sagen, der größte Bereich sind die Personalkosten. Hier liegen wir relativ niedrig, und wir haben einen Personalschlüssel, der schon vergleichsweise hoch ist. Von daher ist es schon jetzt völlig vorhersehbar, dass es zu Kürzungen in dem hohen Bereich, wie wir sie erbringen müssen, nicht — —.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Umgekehrt, sehr niedrig!)

Ja, Entschuldigung, danke für die Korrektur!

(B)

Es wird also zu diesen Einsparungen im Bereich der Kindertagesheime in der Summe möglicherweise nicht kommen können, wenngleich natürlich klar ist, dass wir nach Wegen suchen müssen, auch da weiterhin zu Kostensenkungen zu kommen. Ziel ist es dabei aber, möglichst keine qualitativen Verschlechterungen durchzusetzen. Aber wir wollen auf jeden Fall, dass die geforderten Kürzungen in diesem Bereich nicht in voller Höhe erbracht werden, sondern dass wir in der mittelfristigen Finanzplanung an dieser Stelle Entlastungen bekommen.

Nun noch einige Worte zur Jugendförderung! Wir haben hier tatsächlich, wenn wir uns die Zahlen anschauen, Quoten von zirka 25 Prozent, was die Zuwendungen im Bereich der freien Träger und die Nebenkosten, also die Sachkosten, in den Jugendfreizeitheimen betrifft. Auf der anderen Seite haben wir eine PEP-Quote, die auch die Jugendfreizeitheime betrifft, wo wir von zwei Prozent pro Jahr, also bis 2005 zehn Prozent, ausgehen müssen.

Für die Koalition ist klar, wir wollen eine Gleichbehandlung von kommunalen und freien Trägern. Dabei gibt es eine Besonderheit in unserer jugendpolitischen Schwerpunktsetzung, die darauf hinausläuft, dass wir, wenn wir unser Jugendkonzept durchsetzen, die Möglichkeit haben wollen, dass die Kürzungen, die jetzt geringer ausfallen bei den PEP-Quoten, den freien Trägern zugute kommen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das bedeutet, wir werden bis 2005 nicht bei einer Quote von 25 Prozent, sondern bei zirka 18 Prozent liegen. Im Rahmen des neuen Konzeptes werden die Stadtteile deutlich stärker beteiligt bei der Vergabe von Jugendfördermitteln, und in den Stadtteilen kann dann auch entschieden werden, welche Einrichtungen gestärkt und welche Einrichtungen möglicherweise auch geschlossen werden müssen. Man muss ehrlich sagen, wir werden wahrscheinlich schon ab 2001 zu den ersten Kürzungen kommen, die möglicherweise auch Schließungen zur Folge haben. Aber wir werden auch neue Schwerpunktsetzungen finden können in einzelnen Stadtteilen, und es wird auch zu Verbesserungen kommen.

Die Jugendförderung wird in Zukunft eine stärkere Schwerpunktsetzung haben in der Frage der sozialen Indikatoren. Wir werden nicht nur bei der Analyse feststellen, wo in der Stadt besondere Bedarfe und wo in geringerem Maße bestehen, sondern wir werden auch die Jugendförderungen in den Stadtteilen genau dorthin orientieren, das heißt, wir wollen die Vergabe der Mittel so organisieren, wie wir die Bedarfe vorher ermittelt haben.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, auch wenn wir für den Bereich der Jugendförderung deutliche Kürzungen haben, so muss man auf der anderen Seite auch sehen, wir haben für das Jahr 2000 keine Kürzungen. Wir haben keine Kürzungen vorgenommen, um den Dialog, der jetzt zu führen ist, nicht zu gefährden. Wir haben acht Millionen DM für eine Stiftung beziehungsweise für einen Fonds mit den Möglichkeiten von privaten Zustiftungen, um spezielle innovative Projekte zu fördern. Wir haben über die Programme "Soziale Stadt" und "Wohnen in Nachbarschaften" eine Stärkung erreicht, die auch dazu führen wird, dass in bestimmten Stadtteilen Jugendprojekte eine bessere Ausfinanzierung bekommen können.

Die Sozialdemokraten haben über das Impulsprogramm einige Eckpunkte markiert, die auch noch einmal deutlich machen, dass die Jugendpolitik für die Sozialdemokratie eine zentrale Position darstellt. Wir werden einige zusätzliche Projekte realisieren können.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle nur deutlich machen, es hat keinen Sinn, hier immer nur mit Kürzungen die Situation überzudramatisieren. Es wird zu Schließungen kommen, das ist richtig, aber es gibt auch eine ganze Reihe konstruktiver Elemente, von denen ich hoffe, hier einige auch deutlich gemacht zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen unserer Sozialpolitik haben wir große Aufgaben, und in diese Aufgaben treten wir durch diesen Doppelhaushalt ein. Ich bin optimistisch, dass wir trotz dieser Kürzungen zu einer akzeptablen Ver-

(A) sorgung in der Stadt kommen können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auf den Bereich Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales entfallen zirka gut 1,6 Milliarden DM in jedem Haushaltsjahr. Das ist über ein Viertel der gesamten bremischen Haushalte, und ich glaube, dass dies immer noch ein Betrag ist, mit dem wir uns sehen lassen können, von dem wir auch zu Recht sagen können, wir leisten in diesem Ressort mit dem zur Verfügung stehenden Geld viel für diese Stadt, für dieses Land. Wir schaffen Lebensqualität, wir decken Bedarfe, unterschiedlichen Bedarfe von Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenslagen, und wir verwalten nicht nur Mangel.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wir haben uns sehr angewöhnt, immer nur über das zu sprechen, was wir alles nicht mehr können, wo wir kürzen, wo wir schließen müssen. Das sind schwierige Entscheidungen, schmerzhafte Diskussionsprozesse und am Ende auch schmerzhafte Einschnitte möglicherweise. Aber wir sollten uns, zumindest in einer Haushaltsdebatte, auch noch einmal vor Augen führen, was wir eigentlich alles leisten.

Ich will hier nicht alles aufzählen, aber, Frau Hoch, was Sie zum Beispiel über die Krankenhäuser gesagt haben, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Sie waren mit mir in einigen Krankenhäusern, wenn Sie die Krankenhäuser besuchen, dann wissen Sie, dass von Investitionsstau, wie Sie es ausgedrückt haben, überhaupt nicht die Rede sein kann. Die Krankenhäuser sind vorbereitet auf das, was auf sie zukommt. Die Krankenhäuser nutzen alle Möglichkeiten der Vernetzung, auch mit ambulanten Angeboten. Das Krankenhaus "Links der Weser" zum Beispiel finanziert jetzt einen Neubau ohne jedes öffentliche Geld, sondern finanziert ihn mit privaten Investoren.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: 21 Millionen DM privat!)

21 Millionen DM privates Invest! Es gibt auch Modelle für andere Häuser.

Wir haben über den Stadtreparaturfonds es hinbekommen, für die Investitionen in den Krankenhäusern in den nächsten Jahren Sicherheit zu schaffen. Wir können Planungssicherheit geben. Wir haben natürlich Prioritätenlisten, das ist klar. Wir können nicht alles und das, was gewünscht wird, sofort, aber wir arbeiten es sorgfältig ab. Wenn Sie die Häuser sich ansehen, dann wissen Sie, dass die Krankenhausversorgung in Bremen auf einem sehr hohen Niveau stattfindet und dass Bremen sich in dieser Beziehung auch bundesweit sehr wohl sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Haushaltsvolumen, von dem ich gesprochen habe, bringt uns gleichwohl und vielleicht gerade wegen der Höhe in die Verantwortung, auch wirklich hauszuhalten mit dem Geld, das zur Verfügung steht. Wir haben die Verpflichtung, Hilfebedarfe abzudecken, und genau daraus erwächst auch die Verpflichtung, sehr sorgfältig darauf zu schauen, dass wir in der Lage sind, dies auch zu tun.

Das bedeutet für mich, dass der Haushalt 2000/2001 eine Übergangssituation markiert, ein Umbruch stattfindet, der aber aus meiner Sicht, wenn wir alle in der Lage sind, den Dialog miteinander zu organisieren und zu führen, auch zu einem Aufbruch werden kann, der zum Beispiel, wenn wir uns den Jugendbereich ansehen, auch eine Chance bietet, neu zu organisieren, neu zu strukturieren, nachzudenken über das, was sich über Jahre für manche bewährt hat, für andere vielleicht auch nicht bewährt hat, darüber ins Gespräch zu kommen.

Dass wir Kürzungsquoten haben, verbirgt hier niemand, und ich bedanke mich auch bei den Rednern der großen Koalition für die Offenheit, mit der Sie hier gesagt haben, was auch auf die Bereiche zukommt im Zusammenhang mit Kürzungsquoten. Aber es ist von Herrn Pietrzok gesagt worden, wir legen Wert darauf, dass hier ein offener Diskussionprozess geführt wird. Deswegen haben wir im Jugendbereich in diesem Jahr auf jede Kürzung verzichtet. Wir haben den Ansatz 1999 für 2000 fortgeschrieben, um nicht jetzt über Kürzungen, die wir in diesem Haushaltsjahr machen müssen, Verhältnisse zu schaffen, die wir in einem Dialog vielleicht möglicherweise ganz anders organisiert haben wollen und bei denen wir zu ganz anderen Entscheidungen kommen würden.

Wir wollen eben keine Schließungen jetzt vornehmen und anschließend uns sagen lassen in den Stadtteilen, aber eigentlich war das genau die falsche Entscheidung. Wir wollen den Prozess offen organisieren. Er wird jetzt, wenn im Jugendhilfeausschuss über die Verteilung, über die Quoten für die Stadtteile entschieden ist, in den Stadtteilen zu führen sein, und ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind, sowohl inhaltlich als auch, was die Dialogbereitschaft vor Ort angeht.

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Frau Stahmann schüttelt den Kopf, wir beurteilen das unterschiedlich. Lassen Sie uns am Ende das Ergebnis bewerten!

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass in einem solchen Prozess wirklich auch Chancen liegen können für eine Weiterentwicklung dessen — —.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/ Die Grünen]: Aber nicht in einer Kürzungsrunde!)

Gut! Lassen Sie uns am Ende gemeinsam betrachten, wie der Prozess abgelaufen ist und zu welchen Ergebnissen er geführt hat!

(Beifall bei der SPD)

Es ist eben kein sozialer Abbau, Frau Stahmann, wenn man dazu kommt, ambulant vor stationär zu sagen. Es ist kein Sozialabbau, wenn man über Hilfen zur Arbeit Menschen aus Sozialhilfe, langjähriger Sozialhilfe oder Arbeitslosigkeit herausbringen kann.

(Beifall bei der SPD)

(B) Es ist auch nicht zwingend Sozialabbau, wenn man Reinigungsleistungen in Kindergärten erhöht und damit etwas tut, was zum Beispiel in der auch zu uns gehörenden Stadt Bremerhaven seit langen Jahren üblich ist, ohne dass da ein gewaltiger Qualitätseinbruch gekommen ist. Das ist für die Betroffenen, die Reinigungskräfte, ich weiß, was das bedeutet, solche Einrichtungen zu reinigen, ein herber Einschnitt. Das räume ich ein, keine Frage, aber es ist ein Standard, der in Bremerhaven genauso organisiert ist, den wir jetzt hier nachgeholt haben, und ich finde, das ist zu rechtfertigen und ist kein Sozialabbau.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

So könnte ich jeden Ihrer Beiträge im Einzelnen auseinander nehmen, weil ich glaube, Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren ist ein Schritt nach vorn in der Sozialpolitik und kein Schritt nach hinten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Bürgerschaftliches Engagement zu fördern über Selbsthilfe ist nach vorn gerichtet und nicht nach hinten. Das mag für manche zynisch klingen vor Kürzungsrunden, wie Sie das empfinden, aber ich merke, wenn ich mit vielen, vielen Menschen in dieser Stadt, in diesem Land spreche, dass diese sehr offene Ohren dafür haben und sehr wohl begreifen,

dass wir uns umorganisieren müssen, und dazu auch bereit sind und auch bereit sind anzuerkennen, dass staatliche Leistungen ein Stück zurückgefahren werden, um durch Engagement der Bürger und Bürgerinnen ersetzt zu werden.

Es ist der Weg, auf dem wir gehen, und es wird zu diesem Weg aus meiner Sicht auch wenig Alternativen geben. Ich finde ihn auch sozialpolitisch verantwortbar, denn wenn wir sehen, wie viele Menschen sich ihrer Verantwortung entziehen, Eltern, andere, die Verantwortung für Personen eigentlich haben, wie wenig in dieser Gesellschaft noch bereit sind, in ihrem ureigensten Bereich Verantwortung selbst in vollem Umfang zu tragen, dann spricht doch vieles dafür, dass wir sozialpolitisch geradezu aufgerufen und aufgefordert sind, das zu stützen, zu stärken, die Leute wieder mehr in diese Verantwortung hineinzubringen. Das tun wir nicht, indem wir ihnen die Verantwortung abnehmen, sondern wir müssen organisieren, dass sie lernen, selbst wieder diese Verantwortung übernehmen zu können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vielleicht noch ein paar Worte zu dem Vorwurf, wir würden uns selbst als Ressort in diesem Zusammenhang schonen und besser behandeln, als wir die freien Träger und alle, die Zuwendungen von uns bekommen, behandeln!

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Daran arbeiten wir jetzt!)

Ich kann diesen Vorwurf so auch nicht akzeptieren. Ich will vielleicht zum Hintergrund einmal sagen, dass wir uns überhaupt nicht schonen, was die Umstrukturierung unserer eigenen Arbeit angeht. Das ist vielleicht vielen noch gar nicht aufgefallen und gar nicht bewusst, aber wir fusionieren hier im Moment gerade zwei Ressorts, die mit zwölf Abteilungen aufeinander geprallt sind. Wir versuchen das und sind eigentlich auch schon, was die Abteilungsstruktur angeht, im Mitbestimmungsverfahren. Wir bringen also dieses große Haus auf fünf Abteilungen.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das hat mit den Bürgern nichts zu tun!)

Das hat mit dem Bürger sehr viel zu tun, weil wir dadurch die Arbeit ganz anders strukturieren und weil Sie auch selbst wissen, welche Anforderungen ein solcher Prozess auch an die Verwaltung, für die Behörden mit sich bringt.

> (Abg. Frau Striezel [CDU]: Verwaltungsintern!)

Das ist aber, was nachher den Output angeht, auch effektiver, auch darüber können wir uns unterhal-

(A) ten, wenn wir es dann hinter uns gebracht haben. Wir steuern um, operativ strategisch. Es werden 80 Menschen aus der Behörde, aus dem Ressort, in das Amt für Soziale Dienste gehen, also an die operative Front, wie man das so nennt, und für Dienstleistungen zur Verfügung stehen für den Bürger.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wir steuern um im Bereich Hilfen zur Arbeit, Werkstatt Bremen wird hier morgen Thema sein, um auch da effektivere Strukturen zu schaffen, um näher an die Menschen heranzukommen.

Nun werden Sie vielleicht sagen, das haben andere Ressorts schon alles hinter sich, und Sie sind da ein bisschen langsam, aber wir müssen diesen Weg gehen, und wir gehen ihn. Er stellt unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor sehr große Herausforderungen, und ich bin denen sehr dankbar, dass neben all dem, was wir da jetzt organisatorisch in unserem eigenen Hause machen, das, was wir nach draußen zu vermitteln haben, nämlich die Kürzungen, die Haushaltssituation und der Weg bis 2005, mit diesem hohen Engagement in meinem Hause bearbeitet und vermittelt wird nach draußen.

Es gibt viele, viele Gespräche mit vielen Gruppen, Verbänden, die sich auf den Weg einlassen, bis 2005 mit einer Planungssicherheit auch über weniger Geld zu verfügen, und trotzdem gute Arbeit machen wollen, die selbst den Anspruch an sich haben, auch mit weniger Förderung gute Arbeit zu leisten. Vor diesem Hintergrund will ich das unterstützen, was Herr Pietrzok gesagt hat, nämlich dass wir auch zum Beispiel im Bereich des Anpassungskonzepts Jugendförderung uns überhaupt nicht schonen wollen. Aber, Frau Linnert hat das vorhin mit einem Zwischenruf gesagt, wir haben eine PEP-Quote im öffentlichen Dienst, und die sagt, dass wir in dem Bereich fünf Personen einzusparen haben von 50 auf 45 im Bereich der Freizeitheime, um die geht es da.

Unser Personalbudget wird in Geld umgerechnet und in das Gesamtbudget einfließen, wird dann in die Stadtteilbudgets einfließen, und dort steht alles zur Disposition, auch unsere Einrichtungen. Im schlechtesten Fall wird in den Stadtteilen entschieden, alle kommunalen Häuser sind nicht das, was wir hier wollen in unseren Stadtteilen, die wollen wir nun schließen. Dann sehen wir ein bisschen dumm aus im Moment, weil wir 45 Menschen haben. Dann wird darüber zu reden sein, welche Arbeit diese 45 Menschen in Zukunft wohl machen können.

Ich bin überzeugt, unsere Häuser sind gut und werden in den Stadtteilen auch akzeptiert und sind dort anerkannt, aber wir werden uns auf diesen Diskussionsprozess einlassen und das Ergebnis dann zu bewerten haben, wenn in den Stadtteilen darüber entschieden ist. Wir gehen offen an diesen Pro-

zess heran, wir wollen Stadtteilbudgets, wir wollen, dass die Arbeit vor Ort effektiv ist und das ist, was die Jugendlichen, für die wir das letztlich ja organisieren, auch wollen, was vor Ort für gut befunden wird, für wichtig befunden wird. Dass da dann auch das eine oder andere nicht mehr so geht, wie es heute noch geht, das wissen wir alle, und diesen Prozess müssen wir gemeinsam jetzt aufnehmen.

Ich danke allen noch einmal, insbesondere auch den Finanzern, die ermöglicht haben, dass wir im Bereich Hilfen zur Arbeit für 2001 eine Vorfinanzierung organisieren konnten. Das war etwas schwieriger, aber es hilft uns sehr, dass wir das jetzt hinbekommen haben, weil dieser Bereich unverzichtbar ist, um Menschen auch wirklich aus dem Sozialhilfebezug herausbringen zu können.

Ich bin zuversichtlich, dass wir auf diesem Weg sehr viel mehr Mitstreiter und Mitstreiterinnen haben, als die Opposition hier im Hause es im Moment wahrhaben möchte. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, zu dem Schwerpunktthema fünf, Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, liegen weitere Wortmeldungen nicht vor.

Wir kommen dann zu dem Schwerpunkt sechs, Bau und Umwelt.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zu dem Bereich Bau und Umwelt nur zu drei Bereichen etwas sagen. Erstens, zum Bereich der Verkehrspolitik: Wenn man sich gegenwärtig durch die Stadt bewegt, stellt man fest, dass an vielen Stellen dieser Stadt gebaut wird zur Expo.

(Abg. Schildt [SPD]: Stau!)

Das eine oder andere, Herr Kollege, hätte vielleicht früher fertig sein können und sollen.

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Das lag an der Ampel!)

Genau, Herr Zachau! Ich komme bei dem Stichwort zu der Aussage, dass ich es mir gewünscht hätte, als 1995 der damalige Bausenator Schulte die Amtsgeschäfte übernommen hat, dass er genauso viele fertige Planungen in seiner Schublade findet wie seine Nachfolgerin.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/ Die Grünen) (D)

(A) Ich weiß nur, meine Damen und Herren, dass es 1995, was den Verkehrsbereich betrifft, keine einzige fertige Planung gab. Entschuldigung, ich habe mich versprochen! Es gab eine, nämlich die Linie vier. Alles andere war im Ideenstadium, aber nicht mehr!

Insofern begrüße ich das, was jetzt umgesetzt wird. Ich kann nur einen Glückwunsch aussprechen, Frau Wischer, zum Beispiel dazu, dass am Schüsselkorb so schnell umgebaut worden ist. Hervorragend, machen Sie so weiter!

Punkt zwei: Ich möchte den Bereich ansprechen, der hier heute früh schon eine Rolle gespielt hat, nämlich die Frage der Erhöhung der Steuerkraft durch Einwohnerstärke. Die Grünen haben in ihrem Antrag geschrieben, ich zitiere das noch einmal mit Genehmigung des Präsidenten: "Die Höhe der originären Steuerkraft und der Finanzzuweisungen hängt von der Einwohnerstärke ab." Ich finde es toll, dass die Grünen erst einmal zu dieser Erkenntnis gekommen sind! Nur, wenn ich dann die Vorschläge nehme, dann weisen sie nicht ein einziges neues Wohngebiet aus.

Sie sind in ihrer Kontinuität, sie lehnen ständig neue Wohngebiete ab, aber sie wollen die Einwohnerstärke betonen und sagen, die Finanzkraft hängt davon ab. Nur, wenn ich mehr Einwohner und keine virtuellen Wohnungen will, dann muss ich irgendwo konkret bauen.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Lückenbebauung!)

(B)

Meine Damen und Herren, es gibt so einen Spruch, der heißt, die Zitronenfalter falten keine Zitronen. So ist das auch mit den Grünen: Die Grünen bebauen auch keine grünen Flächen.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man bauen will, muss man auch Flächen bebauen, so Leid es einem tut! Ich will noch einmal darauf hinweisen. Vielleicht führen zwei, drei Zahlen einmal zu einer anderen Erkenntnis. Wenn ich einmal Bremen und seinem Umland zum Beispiel mit Oldenburg und sein Umland vergleiche, was Bremen und Oldenburg in den letzten Jahren getan haben, dann stelle ich fest, dass Oldenburg zum Beispiel einen Zuwachs in der Bevölkerung von 1990 bis 1998 von 143 000 auf 154 000 gehabt hat, das Umland von Oldenburg im Übrigen ähnlich. Bremen hat Einwohnerverluste, 551 000 auf 543 000, und das Umland von Bremen ist gestiegen von 424 000 auf 462 000.

Das macht deutlich, in allen Bereichen ist die Einwohnerzahl gestiegen, nur nicht in Bremen! Woran liegt das? Das kann man an zwei, drei Zahlen erkennen. Wenn ich die Wohngebäudefertigstellung

nehme, in Bremen müssten es ja eigentlich mehr sein, wenn ich einmal die Einwohnerzahl von 154 000 mit 543 000 vergleiche, stelle ich bloß fest, in Oldenburg sind im Jahr 1998 643 Wohngebäude fertig gestellt worden und in Bremen 521.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Wenn das so einfach wäre, dann bräuchten wir ja nur zu bauen!)

Wenn das so einfach wäre! Ich komme zu einer anderen Zahl, Frau Kollegin! Da nehme ich die Baufertigstellungen der Wohnungen und nehme da einen längerfristigen Zeitraum, was ja vielleicht auch eine Anhaltsgröße sein könnte, eine Kennziffer sein könnte. Oldenburg hat in diesem Zeitraum 11 098 Wohnungen fertig gestellt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Dr. Schulte ist gar nicht da! Er kann sich nicht einmal wehren!)

Ich komme gleich zu der Aussage, Herr Kollege! Vielleicht kommen Sie gleich nach vorn und machen in Ihrer professoralen Art wieder so einen Vortrag, aber ich wollte jetzt doch vielleicht meine Ausführungen zu Ende führen.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oldenburg hat 11 098 Wohnungen fertig gestellt, Bremen 16 715, und das gemessen an der Einwohnerzahl!

Jetzt komme ich zu der Bemerkung, die Herr Dr. Kuhn eben eingeworfen hat. Das ist kein Vorwurf an Herrn Dr. Schulte. Bis 1995 haben wir uns darüber gestritten, da ging es mit Brokhuchting nicht, da ging es mit der Osterholzer Feldmark nicht.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Quatsch! Da sind Wohnungen fertig!)

Nein, ich weiß genau, wovon ich rede! Das ist kein Quatsch! Ich weiß nur, in der Koalitionsvereinbarung von 1995 konnten wir gerade einmal Brokhuchting durchsetzen. Im Laufe der Legislaturperiode war es erst gegen großen Widerstand möglich, die Osterholzer Feldmark durchzusetzen. Ich weiß, meine Damen und Herren, es gibt doch beides: Ich habe ein Lob gemacht und trotzdem auch eine kleine negative Anmerkung. Ich weiß nur, dass zum Beispiel, was die Osterholzer Feldmark betrifft, nach den Planungen des früheren Senators —

(Glocke)

ich komme zum Schluss! — schon im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werden sollte.

(Zuruf: Bleiben Sie beim Haushalt!)

(A) Meine Damen und Herren, das hat genau etwas mit den Haushalten zu tun. Ich habe mich genau auf Ihren Antrag bezogen.

Ich weiß nur, dass die Rahmenplanung, die im Mai dieses Jahres für die Osterholzer Feldmark vorliegen sollte, immer noch nicht vorliegt. Ich hoffe, dass sie so schnell wie möglich vorliegt. Ich gehe auch davon aus, dass wir, was die Frage Brokhuchting betrifft, dazu zügig in eine Umsetzung kommen.

Ich will noch eine Schlussbemerkung zu einem für meine Begriffe nicht ganz unwichtigen Bereich machen. Das ist die Frage des Technologieparks, die ist heute früh schon einmal angesprochen worden. Ich will nur daran erinnern, dass im Koalitionsausschuss die Technologieparkerweiterung in Richtung Süd-Schwachhausen verabredet worden ist, und dann heißt es weiter "die damit vollen Umfangs und endgültig auf den Weg gebracht wird".

Meine Damen und Herren, was heißt denn nun voller Umfang und endgültig auf den Weg gebracht? Dazu zitiere ich mit Genehmigung des Präsidenten noch einmal aus dem, was Herr Böhrnsen geschrieben hat: "so dass die Kleingärten", so heißt es fett gedruckt, "nicht angetastet werden müssen", und weiter: "Nach meiner Vorstellung sollen die Kleingärten als Naherholungsgebiet in den Technologiepark Universität integriert werden."

Also, das ist die neue Definition von "in vollem Umfang und endgültig", die neue Definition von Herrn Böhrnsen, wie man "vollen Umfangs und endgültig" definiert, nämlich die Kleingärten werden nicht angetastet, obwohl sie vorher im Koalitionsausschuss aufgegeben worden sind.

Meine Damen und Herren, ich finde, auf diese Art und Weise wird deutlich, wie hier jemand im Grunde genommen die Leute, die Kleingärtner, vergackeiert, auf den Arm nimmt und auch verschaukelt. Ich kann hier ein anderes Wort nicht gebrauchen, was man dazu eigentlich gebrauchen müsste, weil es unparlamentarisch ist.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das wollen wir auch nicht hören! — Abg. Nöl-le [CDU]: Sag es doch einmal!)

Ich glaube, so kann man mit Fakten nicht umgehen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn hier jetzt zum zweiten Mal von unserem Koalitionspartner unter Beweis gestellt worden ist, dass er heute Morgen die Post und die Mitteilung des Landesverbands der Klein-

gärtner zu den Briefen und Positionen gelesen hat, dann freut uns das!

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, Lektüre hilft, Lektüre bildet.

Ich will nur noch einmal deutlich sagen, natürlich wollen wir die Süderweiterung des Technologie-parks! Allerdings, wie diese genau aussehen wird, in welche Richtung sie geht und welche Flächenanforderungen wir haben, ist, wie Sie auch wissen, noch lange nicht geklärt. Entscheidend ist doch bei der Beschlussfassung des Koalitionsausschusses, da ist der wesentliche Fortschritt, dass wir von dem sehr flächenfressenden und ein wenig eigenartigen Flächenverbrauch und der Flächennutzung im Technologiepark weggehen, dass wir das so nicht weitermachen können, sondern dass wir Urbanität schaffen, Verdichtung schaffen müssen, eine effizientere Nutzung der Flächen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir diesen Gedankengang aufnehmen und fortführen, dann wird es dazu kommen, dass wir die Bedarfe für Technologieentwicklung, für Unternehmensentwicklung rund um die Universität sichern werden und uns dann noch einmal fragen müssen, ob wir wirklich diese imaginären 50 Hektar, die immer im Kopf herumschwirren, in vollem Umfang brauchen oder ob wir nicht mit einer vernünftigen Entwicklung nach Süden um Kleingärten herum zumindest für die nächsten Jahre die Technologieentwicklung sichern können und auch diesen Park sichern können.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns hier keine Chimären aufbauen, sondern wir wollen zur Sache kommen! Ich will zur Sache, zum Haushalt des Bauressorts sprechen. Wir gehen ja jetzt in der Zielgeraden der Haushaltsberatungen auf die Investitionsressorts zu. Wir haben hier mit dem Bauhaushalt einen der wesentlichen Investitionshaushalte dieses Landeshaushalts. Ich möchte in dem Zusammenhang auf zwei Teile hinweisen:

Der erste Punkt ist natürlich die Frage, dass wir mit den Vorhaben und Maßnahmen Einwohner gewinnen wollen, dass wir im Bereich des Flächenausweisens und der Wohnungsbaupolitik Schritte nach vorn machen wollen. Der Investitionshaushalt Bau, das will ich hier an dieser Stelle auch deutlich sagen, ist verglichen mit den Bedarfen knapp bemessen. Trotzdem hier die Nummer aufzumachen und zu meinen, wir würden zu wenig an Flächen bereitstellen, ist angesichts der Entwicklungen in Borgfeld-Ost, dass wir Borgfeld-West jetzt bald anfassen, dass alle weiteren Ausweisungen angegangen wer-

(D)

(A) den, dass mit der Besiedlung im Bereich des Wasserwerkgeländes Schritte nach vorn gemacht werden, doch barer Unsinn. Das kann man nicht einfach vom Tisch wischen und sagen, da passiert nichts mehr in der Ausweisung von Bauflächen!

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt gewährleistet das, unsere Politik sichert das!

(Beifall bei der SPD)

Wir fassen das an, wir werden dies umsetzen.

Ich sage Ihnen auch, dass wir neue Schritte machen müssen, indem wir auch hier, wir haben es in der Baudeputation unter dem Thema "Wohnen an Wall und Weser" schon gehabt, auf die Frage der Verdichtung des innerstädtischen Wohnens, der Stärkung der urbanen Funktionen setzen müssen und dadurch Einwohner in Bremen sichern und gewinnen müssen.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Nur Sprüche sind das!)

Das ist Wohnungsbaupolitik und Sicherung von Einwohnern, die nach vorn weist und die Erfolge zeigen wird, weil sie eben den Großstadtcharakter unserer Stadt deutlich machen wird.

(B)

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang will ich auf einen wichtigen Änderungsantrag zu sprechen kommen, denn hier in den Haushaltsberatungen muss man ja einmal auf die Änderungsanträge zu sprechen kommen. Jens Böhrnsen, unser Fraktionsvorsitzender, hat es vorhin schon gesagt, wir stocken hier mit dem Änderungsantrag das Programm "Soziale Stadt" auf, wir sorgen dafür, dass die Nachbarschaften gestärkt werden. Wir sorgen dafür, dass das Wohnen in Stadtteilen, die schweren Belastungen ausgesetzt sind, nach wie vor attraktiv ist, und halten darüber Einwohner. Diese Aufstockung geht in die Richtung des Wohnens in Nachbarschaften und ist ein wichtiger Schritt der Wohnungsbaupolitik.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss einen Satz zur Verkehrspolitik sagen! Auch hier ist es so, dass wir trotz der vielen Baustellen vor dem Hintergrund arbeiten müssen, dass der Investitionsetat ausgesprochen begrenzt ist. Ich habe überhaupt kein Verständnis für die Zeilen, die ich im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen gelesen habe, dass man bei den Verkehrsprojekten zu Kürzungen kommen will. Wenn man sich einmal anschaut, dass wir sowohl im Straßen-

bau als auch beispielsweise in dem mit dem Straßenbau verbundenen Radwegebau Bedarfe haben, wie wollen Sie das denn darstellen, wenn Sie Verkehrsprojekte kürzen? Dieser Haushaltsänderungsantrag der Grünen — wir werden ihn ablehnen — ist barer Unsinn.

Entscheidend ist aber, und das hat der Kollege Pflugradt hier nicht deutlich genug gesagt, finde ich, dass das zentrale Bauvorhaben im Verkehrsbereich die Linie vier ist. In der Tat, ich zitiere Sie, Herr Kollege Pflugradt: "Wir hätten an vielen Stellen vielleicht vorher fertig sein können." Wir hätten auch mit der Linie vier vorher fertig sein können, dadurch hätten wir Betriebskosten für die BSAG sparen können und vorher zu Rande kommen können. Auch dazu brauchten wir politische Einigungen, die wir jetzt haben. Ich finde, es ist ein gutes Zeichen für diese Koalition, dass wir die Linie vier bauen, aber wir hätten früher fertig sein können. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es lohnt sich jetzt nicht, dem Abgeordneten Pflugradt aus dem schwarzen Loch zu helfen, in das er sich selbst hineinmanövriert hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will nur noch auf zwei Punkte eingehen, die der Kollege Dr. Sieling angesprochen hat. Das eine, Herr Kollege Sieling, ist: Sie persönlich und Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Böhrnsen haben gesagt, wir schauen uns im ISP jedes Projekt genau an, ob es sinnvoll ist und so viel Geld erfordert.

Genau das sagen wir auch bei ganz normalen Investitionen in Verkehrsprojekten. Wir haben hier über viele Jahre hinweg Erfahrungen gemacht. Als wir zusammen regiert haben, haben wir das einmal bei den Kindergärten durchgezogen und festgestellt, dass man sie für 25 Prozent billiger bauen konnte und nicht nur für zehn Prozent.

Wir haben damals versucht, beim Straßenbau zu prüfen, ob in den Gewerbegebieten diese Riesenflächen für Abstandsgrün, rechts und links Radwege, wo sie auch auf einer Seite gereicht hätten, Kilometer breite Fußwege, die in der Stadt fehlen, aber da überflüssig sind, nötig sind. Wir haben gemeinsam sogar mit der CDU zu Zeiten der großen Koalition festgestellt, dass wir die Straßenbreite in Gewerbegebieten geringer machen könnten.

So ist unser Antrag gemeint, dass wir hinschauen, was bei den einzelnen Verkehrsprojekten nebenbei

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) noch an Luxus betrieben wird. Wenn Sie sich in dieser Stadt umschauen — ich will heute gar nicht über den Bahnhofsvorplatz reden, darüber haben wir schon lange genug geredet —, kann man an vielen anderen Stellen sehen, dass die eine oder andere Mark, und das summiert sich allemal auf zehn Prozent der Baukostensumme, schlicht und einfach in den Sand gesetzt wird, weil nicht sorgfältig genug vorgegangen worden ist oder aber weil da relativ verschwenderisch mit öffentlichen Mitteln umgegangen worden ist, denn wenn gebaut wird, hat man es ja, wenn es um Kinder und Jugendliche geht, hat man es nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da genau hinzuschauen ist korrekt. Das ist unser Anliegen.

Zum Zweiten, zu den Wohnbauflächen! Meine Damen und Herren, es ist in der Tat richtig, dass wir die Einsicht oder Erkenntnis haben, und zwar nicht erst seit heute, denn jeder, der rechnen kann und sich mit dem Finanzausgleich und der Steuerverteilung beschäftigt, weiß das ja, und Sie können mir nicht unterstellen, dass ich mich nicht lange genug damit beschäftige, dass die Einwohnerzahl dieser Stadt für allerlei Finanzzuweisungen entscheidend ist.

Als Ralf Fücks, das ist ein Parteifreund von uns, (B) Stadtentwicklungssenator war, und als Eva-Maria Lemke, keine Parteifreundin von uns, aber von der Sozialdemokratie, Bausenatorin war, hat die damalige Koalition Wohnflächen für 24 000 Wohneinheiten ausgewiesen. Das muss man noch einmal sagen. Dass nicht gebaut worden ist ab dem Jahr 1995, werfe ich nicht Herrn Senator Dr. Schulte vor, das ist relativ albern, das, sage ich, ist nicht eine Frage der zur Verfügung stehenden Flächen, sondern die Frage des Profits, den die Träger von Wohnungsbau damals hätten damit machen können in dieser Stadt. Es war offensichtlich nicht so, dass es besonders gewinnträchtig war, im großen Umfang Wohnungen zu bauen. Hören Sie sich doch heute noch bei den Baugesellschaften um, so einfach ist es nicht, Herr Kollege!

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

Herr Kollege Focke, dann gibt es einen zweiten Punkt: Wir streiten uns beim Wohnungsbau doch nicht darüber, dass nicht gebaut werden soll, sondern ob der Kern in die städtische Entwicklung geht, also ob städtisch gebaut werden soll, das heißt nicht, überwiegend Einfamilienhäuser in dieser Stadt an jeder freien Fläche hinzusetzen, denn das ist keine städtische, sondern eine ländliche Entwicklung.

(Abg. Borttscheller [CDU]: Tenever!)

Großer Gott, Tenever müssen Sie uns nun wirklich nicht vorhalten, das ist so etwas Albernes!

Wir werden uns morgen noch einmal über die Hafenreviere unterhalten, da sind riesige Potentiale nicht nur für Gewerbe vorhanden. Wir unterhalten uns über innerstädtische Nachverdichtungen in Massen, und ich warte auf das Konzept der Koalition. Ich nehme an, Frau Wischer wird das hinbekommen, dass es auch weitere Nachverdichtungen, weitere so genannte Innenentwicklungen, wie die Bauleute immer sagen, geben wird.

Das gibt eine Menge Wohnraum in dieser Stadt, so dass die Politik, nur auf Flächenverbrauch am Rande der Stadt zu setzen, sich als das erweist, was neulich hier ein Wissenschaftler in einem dieser Stadtentwicklungsgespräche gesagt hat: "Ein Irrweg für eine Stadt! Wenn Bremen das Gleiche machen will wie das Umland, dann gibt es seinen städtischen Charakter auf." Wir wollen Bremen als lebenswerte Stadt mit städtischen Einwohnern und nicht als Oyten. Das ist die Differenz zu Ihnen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben hier heute schon über vieles geredet, über die Umwelt haben wir auch im Moment in der Debatte zur Baupolitik geredet. Baupolitik ist zu einem wesentlichen Anteil auf Länderebene Umweltpolitik. Ich möchte die Chance nutzen, Ihnen, Herr Pflugradt, die Hand zu reichen, so dass Sie aus dem Loch herauskommen können. Gleichzeitig möchte ich das aber benutzen, um ein anderes erhebliches Defizit hier in der Umweltpolitik des Landes deutlich zu machen. Die Grünen sind eine Umweltpartei, doch wir sind nicht nur eine Umweltpartei, aber auch. Von daher ist von uns ja bekannt, dass wir Umweltprobleme recht frühzeitig jeweils identifiziert haben und andere dann mit auf den Zug aufgesprungen sind. Ich hoffe, dass das hier auch der Fall sein wird.

Unsere Forderungen betreffen zwei Bereiche. Das ist erstens der Bereich der Altlastensanierung und zweitens der lokalen Agenda 21, für diese Bereiche haben wir einen Zusatzbedarf für den Haushalt 2000/2001 in Höhe von 51,4 Millionen DM festgestellt.

Ich möchte zunächst zum Altlastenbereich kommen. Wie Ihnen vermutlich bekannt ist, ist Umweltschutz der Schutz von Boden, Wasser und Luft. Bei den Medien Luft und Wasser wurden in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte erzielt, dagegen wurde der Boden stiefmütterlich behandelt. Erreicht werden kann das durch die Sanierung von Altlasten, und das ist gleichzeitig natürlich auch eine alterna-

(D)

(A) tive Stadtentwicklungspolitik, die nicht auf den Verbrauch wertvoller Landschaftsteile setzt, sondern Flächen, Brachflächen wieder nutzt. Man kann auf solchen Flächen natürlich auch, Herr Pflugradt, Wohnungsbau betreiben. Zudem werden damit die von Altlasten ausgehenden Gesundheits- und Umweltgefährdungen beseitigt.

Ich möchte Ihnen kurz etwas zur Dimension dieses Problems sagen. Man unterscheidet ja einerseits zwischen Altablagerungen und so genannten kontaminierten Standorten. Altablagerungen sind ehemalige Deponien oder Verfüllungen, wie sie beispielsweise auf dem Vulkan-Gelände oder in der Hemelinger Marsch vorgefunden wurden. Bremen hat 120 solcher Altstandorte. Daneben gibt es noch eine Vielzahl kontaminierter Standorte, und zwar in einer Größenordnung, die sich im Tausenderbereich bewegt.

Jetzt zu Ihrem Haushaltsanschlag! Der Anteil dieser Flächen, die sozusagen bearbeitet werden müssen, den Sie mit Ihrem Haushaltsanschlag angehen, bewegt sich im Ein-Prozent-Bereich. Das ist in der Tat nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Von den übrigen Altlasten können natürlich weiterhin erhebliche Gesundheits- und Umweltbelastungen ausgehen. Bis vor kurzem war das Land oder die Kommune nicht verpflichtet, solche von diesen Standorten ausgehenden Gefahren abzuwehren. Das hat sich mit dem Bundesbodenschutzgesetz 1998 beziehungsweise mit der entsprechenden Verordnung 1999 verändert. Das heißt, es besteht hier heute eine ordnungsrechtliche Handlungspflicht, so dass es ohnehin gemacht werden muss.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was wir wollen, ist, dass es so schnell und so gut wie möglich passiert. Unser Haushaltsansatz resultiert aus zwei Tatsachen. Die erste ist: Je länger man wartet, desto mehr Schadstoffe gelangen in die angrenzenden Medien, die Luft und das Grundwasser. Daraus können Gesundheitsgefährdungen resultieren, aber eben auch Belastungen des Grundwassers, und das ist nicht hinzunehmen. Das heißt, es muss so schnell wie möglich so viel wie möglich saniert werden.

Das Zweite ist: Man muss es vernünftig machen. Negativbeispiele sind die neue oberirdische Deponie, das Landschaftsbauwerk in der Hemelinger Marsch. Leider ist Herr Eckhoff jetzt nicht da, weil ich ihm das auch einmal erklären wollte, weil er immer wieder und heute Morgen auch in der Debatte den Vorteil von Privatisierungen oder städtischen Gesellschaften, die ja viel effektiver arbeiten, dargestellt hat. Was hier passiert, wenn man sich das genau anschaut, ist, dass eben aufgrund fehlender parlamentarischer Kontrolle und aufgrund dessen, dass keine offene Ausschreibung stattgefunden hat — das heißt, es werden hier öffentliche Gelder ohne

öffentliche Kontrolle vergeben —, hier letztendlich rechtswidriges Handeln herauskommt. Ich finde, das ist ein Aspekt, der auch ganz wesentlich dazu da ist, einmal zu hinterfragen, wie man hier Auftragsvergaben abwickelt und wie man hier zu besseren Lösungen kommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Solche Problemverlagerungen sind letztendlich umweltpolitischer Schwachsinn und haushaltspolitische Selbsttäuschung.

Wir Grünen sind aber nicht die Einzigen, die das so sehen. Auch andere Umweltfachleute kommen zu solchen Bewertungen. Ich möchte von daher mit Erlaubnis des Präsidenten aus einer neuen Veröffentlichung des Umweltbundesamtes zitieren, das können Sie dort auf der Homepage lesen:

"Auf dem Altlastensektor war in den vergangenen Jahren die Tendenz zu beobachten, sanierungsbedürftige Altlasten vorerst nicht zu sanieren und zur Abwehr von Gefahren zunehmend Sicherungsmaßnahmen oder Schutz- und Beschränkungsmaßnahmen zu bevorzugen. Der Aufwand für die Nachsorge und Überwachung wurde bei der Projektplanung und den Gesamtsanierungskosten häufig nicht berücksichtigt, und Rückstellung für Überwachungsund Nachsorgemaßnahmen war nur selten vorhanden, was eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung bedeutete. Im Interesse einer dauerhaften Gefahrenabwehr ist deshalb die Nachsorge als integraler Bestandteil der Sanierungsmaßnahme in die Sanierungsuntersuchung und in den Sanierungsplan einzubeziehen."

Es ist festzustellen, dass hier ein Trend beschrieben wird, der bundesweit ist, das muss man zugeben, aber offensichtlich hat sich Bremen an die Spitze dieses Trends gesetzt. Es werden also Kosten letztendlich gar nicht verhindert, sondern man geht höhere Risiken ein, höhere Umwelt- und Gesundheitsrisiken, und verlagert die Kosten auf zukünftige Zeiten. Das ist eine kurzsichtige Politik, die wir nicht mittragen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Soweit zu dem einen Bereich, zur Erläuterung dessen, warum wir es für notwendig halten, hier auch mehr Gelder einzustellen!

Der zweite Bereich betrifft die lokale Agenda 21. Hier geht es nicht im eigentlichen um Umweltpolitik pur, sondern es geht vielmehr um eine innovative Wirtschaftsstrukturentwicklung. Ich freue mich, Herr Eckhoff, dass Sie jetzt anwesend sind, weil Sie ja fälschlicherweise heute Morgen in der Debatte dies als konsumtive Ausgaben definiert haben. Es sind keine konsumtiven Ausgaben. Es kann eigentlich nur daraus resultieren, dass Sie das Aktionspro-

(A) gramm "Lokale Agenda 21" hier in Bremen noch nicht gelesen haben.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Doch!)

Es geht hier auch um eine neue Wirtschaftsstrukturpolitik. Es ist erforderlich, das, was von diesen Akteuren im Rahmen des Lokalen-Agenda-21-Prozesses entwickelt wurde, auch zumindest der Möglichkeit zuzuführen, dass es realisiert wird. Alles andere ist erstens kurzsichtig und zweitens ein Betrug an all denen, die Sie in dem Prozess beschäftigt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Einen entsprechenden Antrag, die im Rahmen des Lokalen-Agenda-21-Prozesses entwickelten Projekte zügig umzusetzen, hatten wir Grünen bereits im Dezember hier in die Bürgerschaft eingebracht. Ich möchte erwähnen, dass es erfreulich ist, dass jetzt das Projekt Kita-Küche der kurzen Wege auch tasächlich begonnen hat. Ich wollte dies noch herausgreifen, weil ich auf einen anderen Punkt eingehen möchte. Sie sehen ja in unserem Antrag, dass wir für diese Agenda-Projekte erstens einen Betrag von 1,4 Millionen DM für den Haushalt 2000/2001 fordern, das Zweite ist aber, und das ist der Punkt, den ich Ihnen erläutern möchte am Beispiel dieses Projekts Kita-Küche der kurzen Wege, dass dieser Betrag zu verwalten wäre über die Senatskanzlei.

Das Kita-Projekt war nämlich vor drei Jahren weitgehend entwickelt. Es konnte keiner Förderung zugeführt werden, weil es geschoben wurde. Es landete bei Umwelt, von Umwelt bei Wirtschaft, von Wirtschaft bei Soziales, weil es eben ein Agenda-21-Projekt ist, denn das ist genau das, was die Säulen des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung sind, die Verknüpfung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Das heißt, hier haben auch die Strukturen dazu geführt, dass solche innovativen Ansätze aufgrund struktureller Verwaltungsdefizite, also nicht Haushaltsdefizite, nicht realisiert werden können.

Deswegen die Forderung von uns, hier erstens die Möglichkeit zu geben, natürlich auch nach den entsprechenden Kontrollen für alle Projekte, die durchlaufen werden müssen, dass diese Projekte auch einer Realisierung zugeführt werden können und dies dabei entsprechend an die Senatskanzlei anzugliedern! Soweit zu dem Bereich Umwelt, der, wie Sie sehen, für uns einen Schwerpunkt bildet, und deshalb unsere entsprechenden Haushaltsvorschläge!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will die Re-

dezeit auch gar nicht lange strapazieren, allerdings muss ich doch ein paar Sachen von Frau Dr. Mathes richtig stellen beziehungsweise auch zurückweisen.

Es ist richtig, dass es im Altlastenbereich gigantische Anforderungen gibt, Altlasten zu sanieren. Dies ist ein schlichtes Resultat der Wirtschaftsweise, die in diesem Jahrhundert betrieben wurde. Diese gigantischen Altlasten können allerdings, und das ist unstrittig, unmöglich in einem sehr kurzen Zeitraum wirklich alle abgearbeitet werden. Man kommt nicht um eine entsprechende Prioritätensetzung herum, und das hat nichts mit einem Verschieben auf spätere Generationen zu tun. Es ist einfach schlicht so, dass wir auch als große Koalition nicht in der Lage sind, Schäden, die über Jahrzehnte angerichtet worden sind, in fünf bis sechs Jahren alle abzuarbeiten. Das ist Punkt eins, den man betonen muss.

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei ist, dass es sicherlich auch unter den Finanzproblemen, die dieses Land nun einmal hat, äußerst schwierig ist, die erforderlichen Finanzmengen für die Altlastensanierung aufzubringen. Dass dies auch noch nicht so geglückt ist, dass wir da dauerhaft sagen können, da haben wir alles in trockenen Tüchern, ist richtig.

Falsch ist aber, dass wir als große Koalition diesen Bereich völlig vernachlässigen, denn wir haben mit der projektorientierten Finanzierung einen Weg gefunden, wie wir die Prioritäten, die abgearbeitet werden müssen, mit entsprechend großen Finanzsummen auch abarbeiten können. So muss ich auch zurückweisen, dass wir hier bestehende gesetzliche Vorschriften gar missachten oder unverantwortbare gesundheitliche oder ökologische Risiken in Kauf nehmen. Das ist nicht der Fall, und dieser Eindruck sollte auch nicht in einer Haushaltsdebatte erweckt werden, wohl wissend, dass wir leider nicht alles finanzieren können, was wir uns auch wünschen würden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht darf ich an das Letztgesagte eben anknüpfen! Ich glaube, Frau Dr. Mathes, dass Ihnen schon bewusst und klar ist, dass es gerade in dem Programm, das wir Ihnen auch in der letzten Deputationssitzung dargestellt haben, eben doch eine Prioritätensetzung, auch nach den Gefährdungsgraden, gibt. So ist also diese Darstellung, die Sie gegeben haben, hier nun wirklich nicht zu Recht gemacht worden.

Es ist richtig, wir haben auch darüber diskutiert, dass wir uns für die kommenden Haushalte über die (D)

(A) Frage der Auswirkungen des Bodenschutzgesetzes im Zusammenhang mit den Haushalten anders verständigen müssen, aber ich denke, allein die acht Projekte, die wir Ihnen dargestellt haben, mit 25 Millionen DM Volumen, die für die Altlastensanierung in den nächsten Jahren eingesetzt werden, sind, glaube ich, der Hinweis, dass wir uns im Rahmen der Möglichkeiten doch Erhebliches vorgenommen haben.

> Insofern glaube ich, auch die Vorstellung, man könnte das alles eins zu eins umsetzen, was man alles findet, wird in keinem Bundesland, auch in den Bundesländern, denen es wirtschaftlich besser geht als Bremen, möglich sein. Es ist auch eine Frage der Kapazitäten, dies überhaupt umsetzen zu können.

> Wie gesagt, wir haben für diesen Haushaltszeitraum eine Lösung gefunden. Für die nächsten zwei Haushaltsjahre müssen wir sicher noch einmal wegen der Umsetzung des Bodenschutzgesetzes in die Diskussion gehen, wie man auch hier langfristig die Finanzierungen sichert, aber im Öko-WAP haben wir für diesen Bereich doch erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt.

Ich möchte dann zu den übrigen Punkten kommen, die noch genannt worden sind! Was die Verkehrspolitik angeht, Herr Pflugradt, haben Sie darauf verwiesen, dass ich so viel vom Kollegen Schulte an Planungen vorgelegt bekommen habe. Das ist sicher richtig, aber das ist immer so in der Kontinuität: Wenn der jeweilige Senator wechselt, hat er da auch immer profitiert von dem, was der Vorgänger gemacht hat, oder er leidet unter dem, was der Vorgänger gemacht hat, je nachdem! Ich denke aber, es ist auch etwas anderes, dies umzusetzen.

(B)

Sie haben die vielen Baustellen angesprochen, Sie wissen, welch unglaublicher Koordinierungsaufwand notwendig war, um in dem Zeitraster und unter Berücksichtigung der Zeiten, in denen nicht gebaut werden soll, also ob es die Expo ist, ob es das Weihnachtsgeschäft ist, ein so engagiertes und großes Vorhaben, wie wir es in diesem Bereich gemacht haben, voreinander zu bringen. Ich denke auch, die Abarbeitung gerade des hier sehr geschätzten Verteilers in Bremen-Nord ist eine Glanzleistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus diesem Bereich gewesen, auch mit welcher Schnelligkeit, sie dies hinbekommen haben.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Und es klappt!)

Und es klappt! Also, bitte sehr! Es ist doch dann auch die Frage, wie man es umsetzt, und ich glaube, in der Frage der Umsetzung sind wir sehr erfolgreich.

Zur Frage des Wohnungsbaus! Auch hier muss ich Ihnen sagen, eine Kontinuität erst von Herrn Schulte her darzustellen, finde ich doch sehr verkürzt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen) Ich glaube, was Wohnungsbaupolitik angeht, können wir sehr wohl auch auf meine Vorvorgängerin, Frau Lemke-Schulte, zurückgreifen, und in dieser Kontinuität fühle ich mich auch.

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Danke!)

Das heißt also, es gibt keine Veranlassung zu meinen, wir würden hier in Sachen Wohnungsbaupolitik irgendwo zurückstecken, sondern es geht darum, die beschlossenen Dinge voranzubringen und neue zu finden. Da muss ich Ihnen sagen, die Frage der Innenentwicklung ist in der Tat natürlich ungleich komplizierter, als irgendwo auf einer grünen Wiese eine Fläche auszuweisen. Insofern muss man beides machen, und da sind wir uns sogar koalitionär darüber einig, dass das eine gemacht werden muss, aber dass wir auch der Frage der Innenentwicklung einen höheren Nachdruck geben müssen, als es bisher der Fall gewesen ist. Das ist wirklich sehr viel komplizierter.

Wir haben Ihnen vorgestellt — es ist schon angesprochen worden — das Programm "Wohnen zwischen Wall und Weser" oder so ähnlich, je nach Formulierung.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Natürlich macht es einen Sinn, auch gerade die innerstädtischen Quartiere mit mehr Wohnen zu versetzen, um auch eine Belebung der Innenstadt zu bekommen,

(Beifall bei der SPD)

und wenn Sie an das Faulenquartier denken, dann ist es das eine, es zu einem technologisch attraktiven Wirtschaftsstandort zu machen, das andere ist aber, auch Wohnen in diesem Bereich zu ermöglichen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bei den von Ihnen angesprochenen Hafenrevieren ist es ja auch so — wir werden das ja morgen haben —, dass dort spannende Ansätze gefunden sind, wie man eine qualitativ höhere Dienstleistung, höhere Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite mit vielleicht heute auch noch gar nicht gekannten Wohnformen auf der anderen Seite verbinden kann. Also, an dieser Stelle, denke ich, sind wir engagiert in der Arbeit, und im Übrigen glaube ich auch, im Einvernehmen, was die Koalition angeht.

Vielleicht noch einmal zurück zum Verkehr, Herr Mützelburg! Selbstverständlich bin ich mit Ihnen der Meinung, dass man natürlich sehr sorgfältig sehen muss, auch in Investitionsprojekten im Straßenbau,

(A) dass man dort das Geld nicht zum Fenster hinauswirft. Aber es ist immer so eine Sache, wenn Sie sagen, auf Radwege, einmal schmaler, und auf Bäume vielleicht verzichten. Meistens liegt uns auch daran, dass gerade diese Infrastrukturmaßnahmen wie Radwege, wie Bäume auch einen Charakter, eine besondere Prägung geben, und es nicht nur zur reinen Autofahrstraße verkommen lassen.

Alles in allem fällt mir eben noch ein, Herr Pflugradt, Sie sagten, bei der Osterholzer Feldmark seien wir nicht im Zeitplan. Nach meinem Wissen sind wir voll im Zeitplan, die Büros haben jetzt abgeliefert.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das weiß er auch!)

Ich hoffe, dass wir Sie demnächst auch mit den Planungen beglücken können. Ich gehe aber davon aus, lieber Herr Pflugradt, dass Ihnen genauso viel wie uns daran liegt, dass dieses Gelände nun nicht ein Nullachtfünfzehn-Gelände wird,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

sondern dass man hier wirklich hochattraktives Wohnen gestaltet und auch einen Reiz auslöst für alle diejenigen, die wir gewinnen wollen, nach Bremen zu kommen oder in Bremen zu bleiben.

Vielleicht lohnt da die Mühe, etwas sorgfältiger zu schauen, auch was die Wohnform angeht, auch was die Hausgestaltung angeht, denn ich glaube, auch da sind wir uns einig, nicht alles, was gebaut worden ist, ist von der Form her so attraktiv, dass man sagt, Donnerschlag, das ist aber jetzt ein tolles Quartier geworden. Sich da Mühe zu geben, finde ich, lohnt sich, und da sind wir, glaube ich, auch überhaupt nicht auseinander. Alles in allem denke ich, dass sowohl im Bereich Bau als auch im Bereich Umwelt sehr viele Dinge angeschoben worden sind.

Die Frage der Agenda 21 ist in der Tat ein kompliziertes Thema. Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass wir dort solche Projekte wie die Kita der kurzen Wege fördern müssen. Es ist jetzt auch gefördert worden, wir brauchen dort eine ressortübergreifende gemeinschaftliche Linie. Sie wissen, dass ich sehr darum kämpfe, und ich hoffe, dass wir es doch noch zu einem guten Ende bringen. Dies hängt nicht vom Umweltressort ab, sondern hat etwas damit zu tun, dass sich alle Ressorts gemeinschaftlich auf einen Weg verständigen können. Wir arbeiten daran, und ich hoffe, dass wir das doch noch alles hinbekommen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, zum Schwerpunktbereich Bau und Umwelt liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir zu den letzten beiden Schwerpunkten kommen, Wirtschaft und Häfen, Finanzen und dann die Schlussrunde, will ich Ihnen noch die Restzeiten bekannt geben: Für die SPD stehen noch 17 Minuten zur Verfügung, für die CDU acht Minuten, für Bündnis 90/Die Grünen 30 Minuten, für den Senat 24 Minuten, für die DVU elf Minuten.

Meine Damen und Herren, ich rufe dann den Schwerpunkt Wirtschaft und Häfen auf.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zuerst die Hauptpunkte unserer Wirtschaftspolitik nennen! Die Hauptaufgabe, auch aus unserer Sicht, ist es, den Strukturwandel in Bremen zu befördern. Zweitens wollen wir ganz gezielt in ökologische Investitionen hineingehen, und wir wollen uns nicht nur ausschließlich auf Großprojekte konzentrieren, sondern wir müssen die kleinen und mittleren Unternehmen noch viel gezielter fördern, als es vor allem in den letzten Jahren der Fall gewesen ist.

Aber, und das ist der nächste entscheidende Punkt, wir dürfen die Wirtschaftsförderpolitik und die Wirtschaftsstrukturpolitik nicht unabhängig von der Frage der Haushaltskonsolidierung denken. Wir müssen uns, und das ist auch heute Morgen schon thematisiert worden, der Herausforderung dieses Zielkonfliktes, nämlich eine effektive Wirtschaftspolitik zu machen und sie mit der Frage zumindest des Einstiegs in die Haushaltskonsolidierung zu verbinden, stellen. Das heißt für uns, dass man sich mit Mut um eine Prioritätensetzung bemühen muss, und in den letzten Wochen ist es hier ja auch zu einigen Korrekturen, zumindest Duftmarken gekommen.

Aus unserer Sicht heißt das, dass man Investitionen in der Tat genauer prüfen muss und dass man Prioritätensetzungen vornimmt. Herr Finanzsenator Perschau wird nicht müde zu betonen, dass Bremen angeblich auf einem extrem guten Weg sei, und er schildert das immer in rosaroten Farben. Was in dem Zusammenhang aber immer verschwiegen wird, ist zum Beispiel, welche Schattenschulden Bremen über den Weg der stadteigenen Gesellschaften aufnimmt. Nach dem McKinsey-Untersuchungsprozess sollte es darum gehen, die politische Steuerung im Ressort zu haben und einen wirklich effektiven Apparat in Form einer neuen Gesellschaft für die operative Ebene.

Was Sie aber de facto mit der Bremer Investitionsgesellschaft haben, ist eine Einrichtung, die selbst in der Lage ist, am offiziellen Haushalt vorbei Kredite aufzunehmen und Schattenschulden zu machen, und das in beträchtlicher Größenordnung. Die Kreditverbindlichkeiten sind bei weit über 600 Millionen DM, und diese Schulden muss man doch in die

(D)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Gesamtbilanz des Bremer Senats einbeziehen. Das fällt auch bei den Anmeldungen gegenüber dem Finanzplanungsrat immer hinten herunter. Das ist keine solide Art und Weise, mit dem Bremer Haushalt umzugehen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der zweite Punkt, den wir immer wieder kritisieren, ist der, dass eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik den kommenden Generationen genügend Handlungsspielräume lassen muss. Die große Koalition ist zurzeit dabei, nach dem eigenen Regelwerk bis zu 50 Prozent der Haushalte der kommenden Jahre durch Vorfinanzierung, durch Kapitaldienstfinanzierung und Zwischenfinanzierung zu binden. Das heisst, es wird jetzt schon das Geld verbraucht, das man in den nächsten Jahren bräuchte, um dann auf neue Herausforderungen angemessen reagieren zu können.

Herr Perschau hat heute beklagt, dass Bremen in den siebziger und achtziger Jahren eine zu geringe Investitionsquote hatte. Wenn man aber jetzt hingeht und schon Gelder für die nächsten Jahre über viele Jahre bindet, wie die große Koalition es tut, läuft man doch strukturell in genau das gleiche Problem hinein, das heute Morgen kritisiert worden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B)

Auch dann wird man nicht mehr in der Lage sein, in den nächsten Jahren so schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren, wie man das müsste. Wir können doch nicht davon ausgehen, dass die Veränderungsnotwendigkeiten bei dem technologischen Wandel und der technologischen Revolution, die wir im Moment haben, in den nächsten Jahren geringer werden, als sie im Moment sind. Wir müssen eher davon ausgehen, dass man noch schneller auf neue Herausforderungen reagieren muss. Das vereiteln Sie zu einem gewissen Prozentsatz durch die Finanzpolitik, die Sie im Moment machen, und das kritisieren wir zutiefst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beim nächsten Punkt kommen wir noch einmal zum Thema Wirtschaftspolitik, nachdem wir viele Ressorthaushalte und auch die Haushalte der konsumtiven Ressorts beraten haben. Ich habe ja nun selbst in meiner parlamentarischen Tätigkeit und auch im Ressort Einblick in verschiedene Ressortbereiche genommen. Ich habe die Wissenschaftspolitik kennen gelernt und die Jugend- und Kulturpolitik und mache nun seit einigen Jahren auch Wirtschaftspolitik. In keinem Ressort ist eine solche Haltung verbreitet wie bei Wirtschaft! Nirgendwo schiebt man so leichthin große Millionensummen über den Tisch wie bei Wirtschaft!

Nun möchte ich nicht kritisieren, dass man sich auf gewisse Investitionen konzentriert, aber die Haltung, die hier zum Tragen kommt, steht in keinem angemessenen Verhältnis zu den anderen Ressorts. Die Maßstäbe haben sich da verschoben,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und das ist etwas, das wir nicht gutheißen können. Darum komme ich unter anderem jetzt zu unseren Streichanträgen, die ja nur versuchen, eine andere Gewichtung zwischen Sparen, konsumtive Ausgaben zu leisten und Haushaltskonsolidierung vorzunehmen.

Schauen wir uns einmal die Auseinandersetzung um die Rennbahn an! Es ist doch bezeichnend, wenn hier politisch Druck gemacht wird, was die Sozialdemokraten gemacht haben, dass es natürlich möglich ist, zusätzliche private Investoren zu gewinnen und damit staatliche Gelder für eine solche Maßnahme nicht verausgaben zu müssen. Das heißt, in solchen Maßnahmen ist Luft! Das wird normalerweise aber in den Vorlagen, wie sie uns zuerst erreichen, immer anders dargestellt, und das ist der Punkt, den wir kritisieren. In anderen Ressorts wird wesentlich mehr Druck gemacht, sehr sparsam und verantwortlich mit den Geldern umzugehen, und das ist nicht im gleichen Maße im Wirtschaftsressort der Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt zu der Frage des Rhodariums! Auch hier haben wir in den vergangenen Wochen wiederholt darauf hingewiesen, dass uns die vorliegenden Berechnungen nicht überzeugt haben. Mittlerweile ist deutlich geworden, dass die Wirtschaftlichkeit, wie sie erst behauptet worden ist, so nicht gegeben ist. Die Besucherzahlen sind unrealistisch, und wenn man sich noch einmal die Studie des BAW anschaut, stellt man fest, dass auch nicht einfach 169 Arbeitsplätze damit geschaffen werden, sondern dass es erst einmal 41 sind. Über einen Zeitrahmen von 29 Jahren sollen dann 169 Arbeitsplätze dazukommen.

Auch diese Zahlen stehen in keinem angemessenen Verhältnis zu der Maßnahme. Deswegen sind wir der Meinung, dass man dieses Rhodarium, wie die Sozialdemokraten dies nun für sich auch entschieden haben, zumindest die Fraktion, nicht bauen soll, sondern dass eine Aufwertung des Rhododendronparks das richtige Ziel ist, um auch hier zu einer neuen Gewichtung der Ausgaben der Gelder zu kommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Eckhoff [CDU]: Aus welchen Geldern wollen Sie das denn bezahlen?)

(A) Die Gelder, die dafür eingeplant sind, stehen zur Verfügung.

(Widerspruch bei der CDU)

Natürlich stehen die aus dem ISP zur Verfügung!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aus welchem Topf? Das sind ISP-Mittel, die sind gebunden!)

Jetzt kommen wir zur Frage des Ocean-Parks. Auch hier stehen Sie vor einer Pleite! Seit Jahren ist von Herrn Köllmann dieses Großprojekt Ocean-Park geplant worden. Wir haben im Moment nichts im Netz! Ungeheure Kräfte sind für diese Planung gebunden worden, ohne dass man für Bremerhaven wirklich einen Schritt weiter gekommen wäre.

(Abg. Töpfer [SPD]: Das können Sie doch gar nicht beurteilen!)

Doch, das kann ich beurteilen!

(B)

Deswegen haben wir gesagt, wir wollen primär den Zoo am Meer ausbauen. Wir wollen, dass es endlich zu diesem Auswanderermuseum kommt, um diese Stärke Bremerhavens zu betonen und damit Politik zu machen. Wir werden uns auch nicht einem weiteren touristischen Ausbau verweigern. Aber auch da möchten wir, dass es zu dieser Stadt passt und dass die Maßstäbe gewahrt bleiben. Mit dieser gigantomanischen Planung des Ocean-Parks waren die Maßstäbe offensichtlich nicht gewahrt. Das geben ja mittlerweile auch CDU-Politiker aus Bremerhaven zu, dass sie sich mit dem Setzen auf ein solches Milliardenprojekt in der Tat in den letzten Jahren verrannt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wissen, dass wir dem Space-Park in der Planung, wie sie sich entwickelt hat in den letzten Jahren, immer sehr kritisch gegenüberstanden, sowohl aus stadtentwicklungspolitischen Gründen, was die Frage der Konkurrenz zum Einzelhandel angeht, als auch wegen der Frage der Haushaltsfinanzierung, denn auch dieses Projekt trägt dazu bei, die Verschuldung ansteigen zu lassen.

Mittlerweile existiert sogar das Problem, dass die Notifizierung für den Vergnügungsteil des Space-Parks, die von der Kommission in Brüssel geleistet werden muss, noch nicht vorliegt. Wir halten es für verantwortungslos, mit dem Bau des Space-Parks zu beginnen, solange eine solche Notifizierung nicht vorliegt. Auch deswegen wollen wir dieses Projekt nicht!

Das heißt, wir glauben, wenn man bereit ist, sich von solchen Projekten, die sich als nicht machbar oder als Projekte erwiesen haben, die den Haushalt sprengen und deswegen nicht zu verantworten sind, zu verabschieden, haben wir trotzdem genügend andere Potentiale, mit denen man eine moderne, Bremen angemessene Wirtschaftsförder- und Wirtschaftsstrukturpolitik machen kann.

Ich möchte es noch einmal betonen, wir sind für eine gezielte Politik im Bereich von Medien- und Informationstechnologien. Wir wollen in moderne Dienstleistungen und Bürodienstleistungen investieren. Wir wollen die Existenzgründungen weiterhin fördern, ebenfalls den Wissenschaftstransfer, und wir betonen besonders den Bereich der Gesundheitstechnologien und Gesundheitsdienstleistungen. Hier liegt noch ein großes Potential, das wir unbedingt angehen sollten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen hat in den letzten Jahren oft das Problem gehabt, dass man zu sehr und zu lange an großen Firmen gehangen hat, und wenn die in die Krise kamen, gleich ganz Bremen bedroht war. Daraus muss man die Konsequenz ziehen, dass man gerade den Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen gezielt fördert, sie einlädt, sich hier in Bremen zu entwickeln, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Ich glaube, wenn man sich auf eine solche Vielfalt, auf einen solchen bunten Teppich konzentriert, dann wird man der Zukunft und der Entwicklung der Wirtschaft in Bremen in den nächsten Jahren besser gerecht, als wenn man sich an Großprojekte klammert, obwohl es gute Gründe dafür gibt, sich von solchen falschen Annahmen zu verabschieden und sich zu einer vitalen Vielfalt der verschiedenen Unternehmen in Bremen zu bekennen. — Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lemke-Schulte.

Abg. Frau **Lemke-Schulte** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Leider habe ich nicht mehr so viel Zeit wie Frau Dr. Trüpel, deshalb muss ich mich auf das Wesentliche konzentrieren. Die Vereinbarung zur Sanierung der Haushalte des Landes Bremen und des Saarlandes zwischen dem Bund und diesen beiden Ländern datiert aus dem Juli 1993. Deshalb weisen auch die vorliegenden Haushalte für die Städte Bremerhaven und Bremen demgemäß eine hohe Investitionsquote aus. Da sind nämlich entsprechende Festlegungen getroffen worden. Ich wollte Sie nur noch einmal daran erinnern!

Das beweist für mich auch unser Festhalten am Sanierungskurs, das möchte ich hier auch noch ein-

(D)

(A) mal ganz deutlich sagen, denn hohe Investitionen und begrenzte konsumtive Ausgaben sind Voraussetzung für die Rückkehr zu verfassungsgemäßen Haushalten! Die von den Grünen geforderten erheblichen Einschnitte bei den Investitionen,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Zehn Prozent!)

Frau Dr. Trüpel, halte ich für falsch und sanierungsfeindlich! Zehn Prozent ist erheblich!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Nun wundere ich mich besonders darüber, meine Damen und Herren, dass Sie gerade in dem Bereich, den Sie eben angesprochen haben, Frau Dr. Trüpel, Einsparungen vorschlagen ausweislich Ihres Antrags, nämlich im Wissenschaftsbereich und dort in den Bereichen Umweltforschung, Informationswissenschaften!

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer die gleichen Pappkameraden!)

Ich kann ja Ihren Antrag noch lesen, da steht es doch wörtlich darin! Es tut mir Leid, Sie haben das dort hinein geschrieben! Damit muss ich mich auseinander setzen, das sind die Fakten!

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht haben Sie da etwas falsch gemacht, das können Sie während der Haushaltsberatung noch korrigieren! Darüber wundere ich mich ganz besonders. Wenn Sie von Druck sprechen, zum Beispiel auf das Wirtschafts- und Häfenressort, dann darf ich Ihnen sagen: Sie waren etliche Jahre Sprecherin der Wirtschaftsdeputation, Frau Dr. Trüpel. Da hätten Sie entsprechend einwirken können! Das geht an Ihre eigene Adresse auch ein bisschen zurück.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit ist nicht auf die konsumtiven Ausgaben begrenzt. Nein, das gilt natürlich auch für die Investitionen, und da kommen wir uns vielleicht ein bisschen näher. Investitionen sind nämlich nicht Selbstzweck! Sie müssen, um den Sanierungsprozess optimal voranzutreiben und die Erfolge zu erzielen, dafür eingesetzt werden, möglichst effektiv und genau das Ziel zu erreichen und, wenn es geht, hauptsächlich und möglichst nur noch private Investitionen ermöglichen und möglich machen. Ein Beispiel dafür ist die Rennbahn. Wir können uns da mehrere andere Vorhaben auch noch denken, denn das ist genau der Sinn und

Zweck, die privaten Investitionen zu erhöhen! Wir haben kein Geld zu verschenken, ich habe das schon an anderer Stelle gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich dann in Ihrem Antrag lese, ich will kurz daraus zitieren, Antrag der Grünen: "Das Rhodarium findet inzwischen keine parlamentarische Mehrheit mehr. Die Kosten der öffentlichen Hand für das Rennbahnprojekt sind erheblich gekürzt worden. Diese Entwicklungen lassen vermuten", formulieren Sie, "dass weitere Einsparpotentiale vorhanden sind," dann vermute ich bei Ihnen eine große Hilf-, Orientierungs- und Alternativlosigkeit dahinter,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

und das wird aus diesem Antrag deutlich.

Aufkeimender Verzagtheit und Unzufriedenheit, meine Damen und Herren, wollen wir Sozialdemokraten begegnen, indem wir den Menschen in Bremerhaven und in Bremen durch gleichermaßen verlässliche wie innovative und kreative Politik vermitteln,

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

dass ihr Wohlergehen, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande, Maßstab unseres Handelns ist.

Ich will Ihnen sagen, dafür haben wir gesorgt, zum Beispiel in dem Programm "Impulsgelder für lebenswerte Städte".

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nichts!)

Da ist von Ihnen heute Morgen schon gesagt worden, und das sagt die Fraktionsvorsitzende der Grünen wieder: Da steht nichts darin. Sie müssen sich mit den Anträgen befassen, die hier vorliegen! Es soll eine Haushaltsstelle dafür eingerichtet werden,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie viel Geld ist darin?)

und dazu gibt es eine Erläuterung. Es sollen dafür entsprechende Kürzungen von zwei Prozent im ISP vorgenommen werden bei bereits beschlossenen und in Realisierung befindlichen Projekten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU — Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt sind Sie an der Reihe! Nennen Sie uns die Alternative! Ich kann Sie nicht verschonen, das ist so! Wir wollen also mit den öffentlichen Mitteln spar-

(A) sam umgehen, das wollen wir alle hier, um den Sanierungskurs zu halten. Ich sage Ihnen, das ist etwas, was wir für die Bürgerinnen und Bürger tun, damit sie unmittelbar und kurzfristig erfahren, was zu ihrem Wohlergehen notwendig und richtig ist, denn der Sanierungskurs und die Investitionen selbst erzeugen nicht immer ganz kurzfristig Erfolge. Das ist doch klar!

Natürlich gibt es Projekte, und wir haben den Punkt Arbeitsmarkteffekte des ISP eingebracht, den debattieren wir an anderer Stelle, die ihre Zeit dauern. Es geht nicht kurzfristig. Der Kollege Perschau, der Finanzsenator hat heute Morgen gesagt, es ist ein Marathonlauf, es ist kein 100-Meter-Lauf. Da kann ich ihm nur zustimmen, den müssen wir durchhalten, da treten kurzfristige Erfolge nicht unmittelbar ein, und die versuchen wir, und das ist uns gelungen durch solche Anträge wie Impulsgelder für lebenswerte Städte, entsprechend aufzufangen und für unsere Bürgerinnen und Bürger, die Maßstab unseres Handelns sind, auf den Weg zu bringen. Deshalb kann ich Sie nur auffordern, einen solchen Antrag mit zu unterstützen.

Wir stehen für einen verlässlichen Sanierungskurs, und nicht nur das. Wir wollen, dass die Attraktivität dieser Stadt nicht nur erhalten bleibt, sondern erhöht wird, dass uns entsprechend mehr Touristen aufsuchen, mit all den netten Begleiterscheinungen, die sich daraus ergeben, die heute Morgen auch schon debattiert worden sind, wie Erhöhung der Übernachtungszahlen, Konsum und so weiter. Wir freuen uns, wenn Projekte, die zunächst sehr kritisch angegangen worden sind, wie zum Beispiel auch das Musical, dann zu Erfolgen führen, und ich hoffe, Sie werden uns irgendwann auf diesem Weg alle gemeinsam begleiten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. Focke (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe noch acht Minuten, und die will ich versuchen zu nutzen. Deswegen, Frau Dr. Trüpel, nachdem Frau Lemke-Schulte Ihnen eine so schöne Lehrstunde gegeben hat, mag ich Ihnen gar nichts mehr sagen. Ich will nur sagen, es betrübt mich immer wieder, dass Sie so negativ denken und reden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Warum sind Sie nicht, wie fast alle in dieser Stadt, ein bisschen von diesem Aufbruch mit beseelt, etwas zu leisten?

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wenn Ihnen dann einmal etwas einfällt, dann zitieren Sie Dinge, die wir seit langem praktizieren, nämlich Existenzgründungen, Förderung von kleinen Unternehmen. Das sind alles Punkte, die wir seit vier Jahren sehr erfolgreich betreiben.

(C)

(D)

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Nicht erst seit vier!)

Wir setzen nicht nur auf Großunternehmen, sondern wir setzen schon seit einiger Zeit darauf, dass wir neue, innovative Unternehmen zu uns bekommen. Für Existenzgründungen haben wir mehrere Gründungszentren gebildet, wir sind dabei, weitere zu gründen, die Wirtschaftsausschüsse haben gerade getagt. All das, was Sie angesprochen haben, wird gemacht, und alles, was Sie nicht richtig mögen, das machen Sie so negativ, dass man glaubt, man wäre hier im Untergang. Aber das sind wir nicht, wir sind im Aufbruch!

Nun zum Haushalt 2000/2001! Ich finde, dieser ist eine hervorragende Grundlage für eine weiter erfolgreiche Wirtschafts- und Sanierungspolitik für unser Bundesland, meine Damen und Herren,

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Und was ist mit Bremerhaven?)

und es wird kein Geld zum Fenster hinausgeworfen. Das Wirtschaftsressort wirft kein Geld zum Fenster hinaus. Es wird sehr sorgfältig geprüft, die Projekte werden sehr sorgfältig geprüft, und deswegen, meine Damen und Herren, ist es auch Unsinn von den Grünen zu sagen, das Ressort bedient sich eines großen Topfes und wirft das Geld einfach so dorthin.

Wir müssen auch aufpassen, dass nicht Äpfel mit Birnen verglichen werden, wenn Sie jetzt über die Rennbahn reden und sagen, es geht hier plötzlich statt 28 Millionen DM auf 15 Millionen DM. Natürlich geht es billiger, aber dafür fällt auch eine ganze Menge weg, meine Damen und Herren! Es ist nicht mehr die gleiche Vorlage, die sie einmal gewesen ist

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Aber es ist doch ganz in Ordnung, dass man dann, wenn man etwas anfängt, sagt, ich will den größtmöglichen Nutzen daraus ziehen. Das ist nicht gelungen aus dem Grunde, weil eine Koalitionsfraktion Bauchschmerzen bekommen hat. Da hat man gesagt: Wie bekommt man es hin, dass man einen Anfang macht, etwas weglässt und dann nach einigen Jahren, wenn es sich erfolgreich eingespielt hat, die Investitionen nachholt? Das ist doch in Ordnung! Da können Sie aber doch nicht sagen, die hätten sonst die Millionen für das gleiche Projekt hinaus-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) geworfen. Das ist etwas ganz anderes. Da muss man schon differenzieren, und das gehört auch zur Ehrlichkeit, dass man das hier dann auch sagt, dass das etwas anderes ist.

> (Beifall bei der CDU — Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, ging es nun billiger oder nicht?)

Wir haben die Umstrukturierung unserer Wirtschaft schon längst in Angriff genommen, und Dienstleistungsplätze sind in den letzten Jahren schon vermehrt geschaffen worden. Eine erhebliche Steigerung, ein Nachholbedarf ist da, das ist klar. Das wissen wir auch, deswegen haben wir auch entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode schon erhebliche Gewerbeflächen ausgewiesen, die nun verstärkt erschlossen und vermarktet werden müssen, und damit die Wirtschaftsförderung in den nächsten Jahren auch ohne Abstriche erfolgen kann, sind auch entsprechende Beschlüsse gefasst worden. Es mag wieder sein, dass Frau Dr. Trüpel das nicht schön findet, weil wir da auch teilweise Vorfinanzierungen machen müssen, aber, meine Damen und Herren, wenn wir eine solche Nachfrage haben, und wir wollen Arbeitsplätze und Steuerkraft in dieser Stadt schaffen, dann müssen wir auch jetzt handeln und können nicht in zehn Jahren handeln.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: In zehn Jahren können wir nicht mehr handeln!)

Deswegen ist das Instrument auch richtig!

(B)

Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Weiterführung der Politik der großen Koalition sind gegeben. Frau Lemke-Schulte hat hier ja ein Bekenntnis zur großen Koalition abgegeben, zu den Projekten und zu der erfolgreichen Sanierungspolitik. Allerdings ist mir in den letzten Wochen ein paar Mal im Ohr gewesen, dass es da so ein bisschen im Gebälk geknistert hat, was einige Dinge betrifft. Es ist nicht nur die Rennbahn oder das Rhodarium, das wird uns ja auch noch irgendwie schwer im Magen liegen, also uns nicht, sondern Ihnen, aber — —.

Der Technologiepark ist angesprochen worden, eine klare Aussage haben wir heute auch noch nicht erhalten. Wenn es heißt, er soll nach Süden ausgebaut werden, ist klar, dass dafür zumindest bis zur Eisenbahn die Kleingärten wegmüssen. Dann sollte man auch so fair sein, Herr Böhrnsen, es den Leuten zu sagen und in die Zeitung zu schreiben, dass Sie die Kleingärten da weg haben wollen, denn sonst haben Sie keine richtige südliche Erweiterung.

Wenn man ganz ehrlich sein will und sagt, der erfolgreiche Technologiepark muss erfolgreich bleiben, dann muss man auch sagen, dann braucht er mehr als die paar Hektar Ausweitung im Süden, und dann müssen wir auf die andere Seite der Autobahn, um eine langfristige Perspektive zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Dann gibt es das Gegrummel über die Messehalle sieben, das ist wohl noch nicht endgültig ausgestanden. Ich hoffe nur, dass es dann auch einmal richtig positiv ausgestanden wird. Die alten Hafenreviere werden uns noch beschäftigen, bei CT IV, hat man jetzt gehört, gibt es auch ganz komische Wandlungen bei einigen Abgeordneten. Ich kann Ihnen nur zurufen, meine Damen und Herren: Haltet die Stange!

(Heiterkeit)

Verliert nicht das Ziel, die Sanierung Bremens, aus den Augen!

(Abg. Z a c h a u [Bündnis 90/Die Grünen]: Welche denn?)

Das Sanierungsprogramm und das Investitionssonderprogramm stehen für die CDU nicht zur Debatte. Die ersten Zwischenergebnisse, sie sind angedeutet worden, im Messe- und Tourismusbereich, auch was die Untersuchung der ISP-Effekte betrifft, zeigen, dass Arbeitsplätze geschaffen worden sind, und sagen aber natürlich auch, dass diese Maßnahmen eines längeren Zeitraums bedürfen, um tatsächlich den Effekt endgültig nachweisen zu können. Aber wenn wir schon allein im Bereich Messe über 700 Arbeitsplätze nachweisen können und auch bei der Glocke 70 Arbeitsplätze nachgewiesen werden, dann zeigt das, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Mit der Verwirklichung des Space-Parks setzen wir auf weitere erhebliche Arbeitsplatzeffekte. Deswegen sind nicht nur kleinteilige und nicht nur Ansiedlungen von innovativen Unternehmen, sondern auch Großprojekte mit entscheidend dafür, dass das Bundesland Bremen mit den Städten Bremen und Bremerhaven mit Ocean-Park, Space-Park und anderen Großprojekten leben kann. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Töpfer.

Abg. **Töpfer** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich auch in dieser Haushaltsdebatte einige wenige Worte zu den Häfen verlieren! Sie wissen, dass auch der Hafenhaushalt sehr eng und auch mit Risiken verbunden ist,

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) aber wir können, glaube ich, auch über diesen Doppelhaushalt deutlich machen, dass wir die Häfen in Bremen und Bremerhaven nicht zu verstecken brauchen, dass wir etwas tun, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Häfen zu erhalten und zu steigern.

Dazu will ich ein paar Beispiele nennen! Am Standort Bremen: Die Vertiefung der Oslebshauser Schleuse, immerhin 42 Millionen DM, wird mit diesem Doppelhaushalt begonnen. Damit werden die Chancen und Perspektiven für diesen wichtigen Hafenteil enorm verbessert. Immerhin stehen ja 6000 Arbeitsplätze hinter dem Hafen.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit!

Abg. **Töpfer** (SPD): Für mich ist es unverständlich, dass die Grünen die Vertiefung der Oslebshauser Schleuse ablehnen. Seeschiffverkehr, Küstenschiffverkehr, Binnenschifffahrt sind doch umweltfreundliche Verkehrsträger. Sie wollen doch auch die Verlagerung von Verkehrsströmen von der Straße auf das Wasser, und wir praktizieren es, indem wir die Anbindung des Industriehafens wesentlich verbessern durch eine vertiefte Oslebshauser Schleuse. Das ist ein wichtiger Kernpunkt.

(B) Für die Hafengruppe Bremerhaven: Sanierung des Kreuzfahrtterminals am Columbusbahnhof mit 45 Millionen DM! Wir hoffen, dass es auch gelingt, in den nächsten zwei Jahren eine Fährverbindung mit Norwegen hinzubekommen, jedenfalls sehen, glaube ich, die Signale ganz gut aus.

Wir gehen noch in diesem Jahr in die Planfeststellung von CT III a. Immerhin ist das ein Projekt von 440 Millionen DM, das beweist, dass wir es auch mit dem wachsenden Containerverkehr ernst nehmen. Ich kann hier auch sagen, dass die Koalition beschlossen hat, 30 Millionen DM Planungsmittel für einen weiteren Ausbau zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das kann ich hier sagen, weil das Fraktionsmeinung ist und ich hier für die Fraktion rede.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Man sollte das in einer Hafendebatte auch nicht vergessen!

Was man auch nicht vergessen darf, in diesem Jahr geht die Fischereihafenschleuse in Betrieb, 280 Millionen DM haben wir aufgewendet. Das verbessert die Situation des Fischereihafens generell, sowohl für Tiefkühlschiffe als auch für Ro-Ro-Verkehre, oder wenn ich daran denke, dass wir erstmalig acht Millionen DM zur Anbindung Bremens über die Mittel-

weser bereitstellen, dass wir da auch unseren Anteil leisten. Ich finde, das sind weltweite Signale, die unseren Kunden deutlich machen, wir nehmen es ernst mit den Häfen, wir stärken die Wettbewerbsfähigkeit. Lassen Sie mich noch etwas sagen: Hafenpolitik ist auch Arbeitsplatzpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Darum will ich bewusst auf die Anstrengungen der BLG eingehen. Wer hätte vor drei, vier Jahren daran gedacht, dass die BLG in der Lage wäre, noch einmal 700 neue Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven zu schaffen?

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine gewaltige Anstrengung, deshalb Lob von uns!

Wir denken, dass die Signale für die Häfen weiter auf vorwärts gerichtet sind. Wir hatten letztes Jahr einen Rekordumschlag, wir steuern schon wieder einen Rekordumschlag an, und mit den Investitionen, die beschlossen worden sind, die im Haushalt stehen, kommen wir ein ganzes Stück weiter voran, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Sanierungsstrategie des Landes Bremen Sparen und Investieren heißt, dann sind wir mit dem Haushalt des Ressorts Wirtschaft und Häfen eindeutig auf der Seite des Investierens. Das darf, und ich denke, das ist völlig klar, keinesfalls heißen, dass hier nicht auch alle möglichen Sparanstrengungen unternommen werden und insbesondere jedes Projekt, jede einzelne Ausgabe intensivst geprüft wird. Ich denke, dazu ist auch ein Verfahren entwickelt worden, da ja alle diese Projekte durch die Wirtschaftsförderungsausschüsse, laufen.

Einen Vorwurf, hier würde das Geld zum Fenster hinausgeworfen, möchte ich deshalb deutlich zurückweisen, weil wir ja gerade dieses Verfahren der Einzelbeschlussfassung in den Wirtschaftsförderungsausschüssen gewählt haben und in jeder Vorlage gefordert wird, hier die regionalwirtschaftlichen Effekte deutlich darzulegen. Ich denke, dass sich das auch deutlich bewährt hat, und ich habe den Eindruck, dass das im Übrigen eigentlich nur vom Wirtschafts- und Häfenressort in hoher Intensität abgefordert wird und von anderen in dieser Weise nicht so. Die Darstellung der regionalwirtschaftlichen Effekte zielt immer auf eine Größe, und das ist die Zahl

(C)

(A) der Arbeitsplätze als das Maß aller Dinge, die wir dann allerdings auch in finanzielle Effekte umsetzen.

Ich weise also diesen Vorwurf noch einmal deutlich zurück, hier würde das Geld einfach hinausgeworfen. Ich denke, dass das Verfahren gerade Ihnen die Gelegenheit gibt, zu jedem einzelnen Projekt entsprechend Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau das machen wir auch!)

Ihren Widerspruch, den Sie aufzeigen, Frau Dr. Trüpel, dass hier einerseits Großprojekte gefördert werden und andererseits kleine und mittlere Unternehmen im Vordergrund stehen sollten, sehe ich überhaupt nicht. Ich habe den Eindruck, Sie setzen Großprojekte und Großunternehmen irgendwie synonym, und das ist aus meiner Sicht in keiner Weise der Fall. Eine Förderung von Großunternehmen hat in den letzten Jahren nach meinem Wissen nur in sehr begrenztem Umfang stattgefunden. Bei jedem Projekt, gerade bei den Großprojekten, stehen eher die Effekte für kleine und mittlere Unternehmen im Vordergrund. Ich denke, das gilt für all die Projekte, die Sie selbst genannt haben.

Ein weiterer Hinweis zu Ihrem Vortrag ist, dass Sie eine Zahl der Verschuldung bei der BIG nennen, mit der ich im Moment nicht richtig umgehen kann. Ich hielte es aber für korrekt, bei einer solchen Zahl zu sagen, das wird ja gerade, wenn Sie auf Unternehmen abstellen, immer sehr transparent, dass Schulden auch immer ein Vermögen gegenübersteht. Wenn ich das Beispiel, das ich gerade im Kopf habe, des Flughafens nehme, haben wir dort durchaus eine hohe Verschuldung, aber ein deutlich höheres Vermögen. Gerade diese Darstellung Vermögen gegen Schulden halte ich für wichtig und nicht nur die einseitige Betrachtung von Schulden.

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Es lässt sich nicht leugnen, dass der Haushalt des Wirtschaftsressorts durchaus schwierig ist. Verbunden mit den Erfolgen in den letzten Jahren bei der Ansiedlung, bei der Vergabe von Gewerbeflächen ist natürlich, dass diese Unternehmen Fördermittel, die ihnen zustehen, in Anspruch nehmen. Das ist hier insbesondere die Investitionsförderung, die GAW-Förderung, die im letzten Jahr einen Run auf Förderanträge ausgelöst hat. Die Probleme, die damit für uns verbunden waren, konnten ja Gott sei Dank gelöst werden, so dass der Haushalt, denke ich, für die beiden Jahre jetzt so gefahren werden kann, auch wenn die Freiräume durchaus geringer geworden sind. Bei der Anforderung an die Sorgfalt, denke ich, wurde noch einmal bestätigt, dass diese hohe Sorgfalt weiterhin angesagt ist.

Noch ein Wort zu dem Bereich Häfen! Auch dort ist der Haushalt insbesondere im investiven Bereich sehr eng. Allerdings war es möglich, all die von Herrn Töpfer angesprochenen Projekte nun auch finanziell abzusichern und auch in neue Projekte einzusteigen. Ich denke, das haben Sie auch dargestellt, gerade die Entwicklung im Bereich der Häfen gibt uns Recht, hier weiter zu investieren, denn nichts wäre fataler, als auf Investitionen zu verzichten. Ein Unternehmen, das nicht mehr investiert, hat, denke ich, verloren. Deshalb sind hier die Investitionsanstrengungen von besonderer Bedeutung. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der großen Koalition, Sie legen ja besonderen Wert darauf, sich Sanierungskoalition nennen zu können. Es ist unser gutes Recht als Opposition, genau zu prüfen, ob das, was Sie machen, wirklich den Namen Sanierungspolitik verdient.

Wir haben wiederholt kritisiert, dass das, was Sie vor sich hertragen, nämlich Sparen und Investieren, nur die Hälfte der Wahrheit ist, weil Sie sparen, investieren und neue Schulden machen, und zwar in einem Ausmaß von drei Milliarden DM bis zum Jahr 2005, was unserer Meinung nach von dem Credo Sparen, Investieren und Schuldenabbau, wie es das ursprüngliche Ziel dieser Sanierungskoalition war, nicht gedeckt ist. Also stellen wir uns anders als Sie der Herausforderung, wie man eine moderne Wirtschaftsstrukturpolitik — natürlich zielt sie auf Investitionen, auf Schaffung von Arbeitsplätzen und darauf, neue Felder für unser Bundesland zu entwickeln — mit der Frage des Einstiegs in die Haushaltskonsolidierung verbinden kann. Genau das ist der Punkt, über den wir uns streiten. Ich bedauere etwas, dass Sie immer so stark in ein einfaches Schwarzweißmuster verfallen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Ausgerechnet! Sie haben doch angefangen! — Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Mehr Schwarzrot!)

Ich will noch einmal erklären, warum ich das meine. Ich habe eben, auch was die Art und Weise angeht, wie man mit Wirtschaftsfördergeldern umgeht, nicht davon gesprochen, dass man die Gelder zum Fenster hinauswirft, sondern ich habe nur gesagt, dass die Haltung und die Maßstäbe, die man hier anlegt, in den Ressorts unterschiedlich sind und dass

(A) ich das über die Jahre, die ich diese Politik nun begleitet habe, sehr genau feststelle.

Ich weiß, wie man bei Jugend, Soziales, Kultur und Sport sehr genau auf die Gelder schaut, sich um 10 000, 20 000 oder 30 000 DM und manchmal nur Hunderte von DM streitet, während auf der anderen Seite, und das war das, was ich eben gesagt habe, die Art und Weise, wie man mit Wirtschaftsgeldern umgeht, die ganze Haltung, die da zum Ausdruck kommt, wesentlich großzügiger ist.

Dann habe ich das Beispiel der Rennbahn genommen, das möchte ich noch einmal erwähnen, weil mir das wirklich wichtig ist. Dort hat die politische Intervention, genauer hinzuschauen und die sozusagen im Verhältnis zu der ganzen Politik in der Stadt noch einmal zu bewerten, welche Gelder man da verantwortlich ausgeben will, diese Art des Insistierens dazu geführt, dass man in der Tat mehr private Investoren gewonnen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist aus unserer Sicht ausgesprochen lobenswert. Es zeigt mir aber, dass es, wenn der entsprechende politische Wille da ist, durchaus Spielräume gibt. Das heißt nicht, dass das Projekt nicht in einer gewissen Weise abgespeckt worden wäre. Dass es aber abgespeckt wird und dass man private Investoren findet, ist doch vor dem Hintergrund der Bewertung, wie saniert und investiert man und wie macht man die Stadt wirklich lebenswert für die Mehrzahl der Bewohner und Bewohnerinnen, die entscheidende Frage, die wir politisch zu beantworten haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Genau um diesen sozialen Ausgleich zwischen der Wirtschaftspolitik und den berechtigten Interessen der Menschen in dieser Stadt, angemessen leben zu können, geht es uns. Deswegen möchte ich noch einmal hervorheben, was Frau Lemke-Schulte gesagt hat und warum wir von dem Grundgedanken, dem Grundstrukturgedanken, wie hier Politik gemacht wird, gar nicht so weit entfernt sind.

Frau Lemke-Schulte hat gesagt, man muss bei der ganzen Sanierungs- und Wirtschaftspolitik als Maßstab anlegen, welche Arbeitsplätze geschaffen werden —

(Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Unter anderem!)

unter anderem — und welche Steuereinnahmen man generiert. Die Frage, welche Arbeitsplätze geschaffen werden, ist aber eine der zentralen, und das ist auch die Frage der Bewertung der Effekte des Sonderinvestitionsprogramms. Darauf haben Sie jetzt besonderen Wert gelegt und gesagt, wir müssen diese Kriterien sehr verantwortlich anlegen bei allen Projekten, die noch zu entscheiden sind, und auch bei denen, die schon entschieden worden sind, ob sie diese wirklich einhalten. Da sind wir ganz eng bei Ihnen, darum geht es uns auch, sehr verantwortlich zu bewerten, gerade weil es ja immer um einen Wettstreit, um eine Konkurrenz geht, welche Gelder in die Wirtschaftsinvestitionen gehen und welche Gelder wir denn für Innenpolitik, Sport, Kultur, Soziales und Bildungspolitik zur Verfügung haben.

(C)

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt sagen Sie selbst, man muss, wenn man ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen den Wirtschaftsinvestitionen und dem Investieren in die Lebensqualität in der Stadt finden will, ausgleichen, und machen selbst den Vorschlag, zwei Prozent vom ISP zu nehmen. Jetzt könnte man zu dem, wie Sie auf uns eben repliziert haben, sagen, dass auch das in einer gewissen Weise sanierungsfeindlich ist, weil es natürlich die hochheilige Kuh Sonderinvestitionsprogramm antastet.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie haben das Prinzip nicht verstanden!)

Es ist aber im Prinzip richtig, die Teile, die aus dem ISP finanziert werden sollen, sehr genau zu betrachten und nach den Maßstäben einer sozialverträglichen Stadtentwicklung und Wirtschaftspolitik zu bewerten

Was uns nun von Ihnen unterscheidet, ist der Punkt: Wir haben den politischen Mut, der uns hier in dem Hause in der Tat viel Ärger macht und wodurch wir immer wieder in die Ecke gestellt werden, die ewigen Verhinderer und Neinsager zu sein. Wenn man im Moment in die Stadt hineinhört, stellt sich das, sobald man dieses Haus verlässt, aber anders dar, weil ganz viele Menschen in dieser Stadt mittlerweile die Frage stellen: Was ist denn das angemessene Verhältnis dieses Sonderinvestitionsprogramms zu einer lebenswerten Stadt? Hier im Hause haben Sie es leicht, uns in diese Ecke zu schieben, aber in der größeren Stadtöffentlichkeit haben Sie es nicht mehr.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das ist keine Alternative! Das ist die Voraussetzung für diese Stadt!)

Herr Eckhoff, ich möchte noch einmal betonen, es geht nicht — —.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Eshört sich so an, dass auf der einen Seite die sind, die für das Investitionssonderprogramm sind, und auf der anderen Seite die, die für die lebenswerte Stadt sind. Das ist kein Widerspruch! Das eine ist die Voraussetzung für das andere!)

(B)

(A) Herr Eckhoff, es ist eine Frage des Größenverhältnisses, was im engeren Sinne in die Wirtschaftsinvestition geht und welche Gelder man in die anderen Bereiche steckt. Deswegen haben wir zu diesem Punkt auch unsere Vorschläge gemacht. Ich möchte noch einmal hervorheben, wenn man zwei Prozent, wie Frau Lemke-Schulte das vorhin gesagt hat, für diese Impulsgelder aus dem Sonderinvestitionsprogramm nehmen will, bedeutet das zum Beispiel für die Wissenschaft eine größere Einsparung nach dem Rasenmähersystem als das, was wir vorgeschlagen haben. Ich glaube, dass es sinnvoller ist, einzelne Projekte zu benennen, wie wir das machen.

Wir stehen nach wie vor zu dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung. Wenn man aber mit einer Politik zum Beispiel die Baukosten im Wissenschaftsbereich etwas drosseln kann und dafür in der Lage ist, moderne Literatur der Bibliothek zur Verfügung zu stellen, ist genau das Investieren in Köpfe, wenn man diese modernen Zeitungen hat. Dann ist es besser, diesen Schwerpunkt zu nehmen und stattdessen etwas bei den Bauvorhaben zu reduzieren. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, dass wir den Schwerpunkt Forschung und Entwicklung in Frage stellen, sondern auch das ist eine Feinjustierung, an die wir sozusagen mit dem Skalpell, aber nicht mit dem großen Hammer gehen.

Ich würde Sie auch gern noch einmal bitten wahrzunehmen, dass es an diesen Punkten um gewisse Akzentverschiebungen geht, wie man für diese Stadt eine Sanierungspolitik macht, die alle drei Aufgaben leistet, Zukunftsinvestitionen zu tätigen, konsumtive Ausgaben, die für die Zukunftssicherung wichtig sind, leisten zu können, den Menschen eine lebenswerte Stadt zu bieten, den Weg in die Haushaltskonsolidierung einzuschreiten, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren und nicht noch weiter auszubauen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus diesem Dreiklang, das alles miteinander zu verbinden und es nicht gegeneinander auszuspielen, wird für uns ein Ansatz an Stadtpolitik, für den wir stehen, an dem wir festhalten und für den wir uns auch nicht in eine Ecke schieben lassen. — Danke!

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, für den Bereich Wirtschaft und Häfen liegen dann keine weiteren Wortmeldungen vor.

Für die letzten beiden Bereiche Finanzen und Schlussrunde stehen den Fraktionen Restredezeiten wie folgt zur Verfügung: für die SPD acht Minuten, für die CDU zwei Minuten, für Bündnis 90/Die Grünen neun Minuten, für den Senat 18 Minuten und für die DVU elf Minuten.

Ich rufe dann den Bereich Finanzen auf.

Zu dem Bereich acht, Finanzen, gibt es keine Wortmeldungen.

Dann rufe ich den Bereich neun, Schlussrunde, auf.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben noch einen klitzekleinen Teil, der durchaus Gegenstand einer Erörterung ist, nämlich die Kapitaldienstfondsgesetze, die sind in diesem Paket enthalten. Sie einfach ohne jede Kommentierung durchzuwinken finde ich dann nicht angemessen, weil sich hieran ein ziemlich heftiger Streit festmacht. In dem Beitrag von Herrn Dr. Färber ist deutlich geworden, dass er die Ausgaben seines Hauses per se als investive Mittel deklariert.

Ich sage noch einmal, jetzt muss ich in dieser Frage langsam stur werden: Wir werden künftig darauf achten, dass alle Mittel, die die BIG zum Beispiel in Form von Wirtschaftsförderung, Mittelstandsförderung, Technologieförderung selbst bewirtschaftet, sich in den Bilanzen der BIG auf Mark und Pfennig wieder finden und inventarisiert werden. Nach dem Haushaltsrecht dürfen im Kapitaldienstfonds nur haushaltsrechtlich investive Mittel enthalten sein, das sind solche, die sich in Materie messen lassen, die muss man inventarisieren können mit ihrem Wert und dann von ihren Werten abschreiben können.

Wenn Sie die Debatte dann so zuspitzen, müssen wir das tatsächlich in dieser Form auch exerzieren. Ich sehe nicht ein, dass Mittel, die zum Beispiel im Bildungsbereich investiert werden und langfristig natürlich auch Auswirkungen auf wirtschaftliche Tätigkeit haben, und Kulturmittel oder Mittel, die die Lebensqualität steigern, als konsumtiv und damit schlecht abgetan werden. Wenn es um Subventionierung von Wirtschaft geht — um nichts Weiteres geht es in weiten Bereichen Ihrer Programmatik, nicht um Hardware, sondern um Software —, dann ist das gut, nur weil es der eigenen Klientel dient. Das ist mir zu billig!

Den Zielkonflikt wollen wir auf Augenhöhe und mit gleichen Maßen austragen. Das ist auch einer der Gründe, weswegen wir dies hier im Zusammenhang mit dem Kapitaldienstfondsgesetz sehen, weil Sie dort jetzt schon jede Menge Mittel eingestellt haben, die konsumtiv im Sinne des Haushaltsrechts sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden dieses Gesetz trotz deutlicher Verbesserung in den Richtlinien, das bin ich gern bereit zu konzedieren, ablehnen, weil es erstens auch ein Rückfall in die Kameralistik ist. In dem Moment, in dem Sie die Zwischenfinanzierung hereinnehmen,

(A) lösen Sie sich von der Kostenzuordnung, von der zeitnahen Zuordnung und konterkarieren damit Ihre ursprüngliche Begründung, weswegen Sie es eingeführt haben. Das steht im Widerspruch zu dem, was wir alle gemeinsam als Positives in der Haushaltsreform verabschiedet haben.

Zweitens, Sie führen damit eine Belastung für kommende Generationen ein, eine Bindung! Sie sagen, wir wissen schon heute, was in zehn Jahren gut ist. Das bestreite ich! Vor zehn Jahren war meines Wissens Herr Scherf Finanzsenator und hat damals mit denselben Argumenten die Personalpolitik durchgesetzt —

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das ist schon länger her!)

meinetwegen war es auch länger her —, mit ähnlichen Argumenten die Haushaltspolitik oder die Personalpolitik durchgesetzt und so letztlich zu einem Grund unserer Strukturkrise beigetragen. Die Zeit heute ist viel schnelllebiger geworden, und über Zeiträume von fünf Jahren hinaus Bindungen in solchem Maß zu machen, ist unverantwortlich gegenüber den kommenden Generationen.

Drittens sind wir der Meinung, dass Sie Konfliktlösungen ausweichen. Der Haushalt des Wirtschaftsressorts ist überbucht! Herr Dr. Färber hat die grandiose Idee, die Haushalte bis 2010 zu rechnen und zu sagen, wir haben ein Haushaltssanierungssicherstellungsgesetz, und darin ist eine Investitionsquote festgeschrieben. Er rechnet seine Ausgaben fröhlich durch und sagt, in dem Sinne haben wir überhaupt nicht überbucht. Das ist eine unredliche Politik, die sich davor drückt, die Zielkonflikte auszutragen, und stattdessen die Entscheidung zwischen verschiedenen Möglichkeiten einfach aussetzt und sagt, wir machen alles, und nach uns die Sintflut. Das machen wir nicht mit!

Vor diesem Hintergrund steht die Verfassungsgemäßheit des Kapitaldienstfondsgesetzes in Frage. Wir sind in der Phase der Prüfung. Ich gehe auch davon aus, dass Sie schon die 15 Kolleginnen und Kollegen aussuchen können, die uns in der Frage unterstützen dürfen. Dann werden wir sehen, wie der verfassungsgemäße Weg weitergeht, ob Sie wirklich in dieser Art und Weise, in dem Umfang die Haushaltsgesetzgeber der Zukunft, deren politische Zusammensetzung Sie überhaupt noch nicht kennen, binden dürfen. In diesem Sinne war das ein nicht ganz so harmonischer Abschluss, aber trotzdem, einen schönen Abend!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dem Redebeitrag

bin ich froh, dass wir noch Redezeit übrig haben, weil ich denke, das kann man so nicht einfach stehen lassen!

Herr Zachau, die Kapitaldienstfondsgesetze haben wir hier in der Bürgerschaft bereits des Öfteren diskutiert, und Sie haben Recht: Wir werden auch mit diesem Haushalt die Richtlinien verabschieden. Wir werden im Haushaltsgesetz aber auch Punkte aufnehmen, die sich gerade mit der Frage der Vorfinanzierung oder Zwischenfinanzierung von Maßnahmen beschäftigen.

Was mich sehr gewundert hat, das war schon in der letzten Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses, ist Ihre Definition von Investition. Ausgerechnet die Grünen versteifen sich heute darauf zu sagen, es muss Materie sein, es muss ein Ding zum Anfassen sein und was ich abschreiben kann, und kritisieren im Wirtschaftsförderungsausschuss dann Maßnahmen, die aus dem Wissenschaftsbereich kommen, die sich mit Zukunftstechnologien für diese Stadt und für Unternehmen in dieser Stadt beschäftigen. Das ist schon ein Ding aus dem Tollhaus! Ich glaube, da ist die große Koalition viel weiter. Wir akzeptieren nämlich, dass es durchaus auch Investitionen in Humankapital, in Wissen geben kann, damit wir die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und unserer Kinder hier sichern.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(D)

(C)

Es ist eben nicht alles in Beton zu gießen und in Materie zu packen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Es gibt aber auch gesetzliche Regeln!)

Wissen Sie was, ich glaube, irgendwie müssen wir Recht haben, denn sonst würden Sie sich nicht immer so aufgeregt melden! Sie haben so viel Zeit, Sie könnten noch Redebeiträge en masse leisten! Das scheint aber nicht das Richtige zu sein! Ihre Redezeit kann überhaupt noch nicht vorbei sein, da war eben noch eine ganze Menge.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sind wir uns einig, dass im Gesetz steht, was Investitionen sind?)

Im Gesetz steht das, was wir als Haushaltsgesetzgeber dort hineinschreiben, und wir sind auch diejenigen, die darüber wachen werden, dass dieses Gesetz eingehalten wird. Wenn Sie dieses Gesetz heute nicht mit beschließen wollen, dann ist das Ihr gutes Recht. Das ist auch durchaus üblich in Haushaltsberatungen, dass die Opposition das nicht tut. Aber wir können Ihnen nur sagen, wir sind auch gehalten zu überwachen, ob dieses Gesetz eingehalten wird, und wir als Parlamentarier sind es, die

(A) selbstbewusst hier herangehen und sagen, bestimmte Sachen schreiben wir heute in das Gesetz. Der Senat hat uns nicht vorgeschlagen, die vier Punkte, die wir eingebracht haben, in das Gesetz aufzunehmen. Das kommt ausschließlich von uns!

Ich finde es schon ziemlich dreist, Herr Zachau, wenn Sie sich hier hinstellen und behaupten, Wirtschaftspolitik und die Maßnahmen, die wir gerade auch im Bereich der Unternehmensansiedlung machen, seien eine Klientelpolitik. Das ist alles andere als Klientelpolitik. Das sind die Investitionen und auch die Subventionen, die durchaus vorgesehen sind, GRW-Förderung, das ist keine Bremensie, die wir hier machen, die dazu beitragen, dass wir Arbeitsplätze schaffen in dieser Stadt, in diesem Land. Ich denke, das brauchen wir hier dringend. Wir können das nur unterstützen und jede Mark, die wir in Unternehmensansiedlungen nach den geltenden Richtlinien stecken, ist eine gute Mark, und das ist keine Klientelpolitik, die wir hier betreiben, sondern sie kommt den Bremern und Bremerinnen hier zugute.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Frau Linnert und Frau Trüpel, ich glaube, wir sind doch noch ein Stück weit auseinander was das ISP anbelangt. Herr Focke hat es noch einmal angeführt, ich denke, es ist so oft gesagt worden von uns: Wir Sozialdemokraten stehen zu dem ISP! Wir haben nicht nur das ISP selbst mit unseren Vorgängern als Finanzsenator und als Bürgermeister entwickelt und aufgeschrieben, sondern wir stehen dazu, und wir stehen nach wie vor dazu! Ich glaube, klarere Bekenntnisse als heute kann es dazu eigentlich auch nicht geben.

(B)

Frau Trüpel, uns trennen da keine zwölf Prozent oder acht Prozent! Es ist überhaupt keine Frage von Prozenten. Sie müssen sich einmal genau ansehen, was wir ausgeführt haben und was wir auch gesagt haben, was wir vorhaben! Wir haben gesagt, alle Maßnahmen, die durchgeführt werden — es sind natürlich nicht nur ISP-Maßnahmen, sondern alle Maßnahmen —, genau diese Wirtschaftsmaßnahmen, die Sie hier angeführt haben, müssen doch natürlich auch einer Betrachtung unterzogen, müssen wirtschaftlich durchgeführt werden.

Solche Pannen wie mit dem Asphalt und den Schottersteinen am Bahnhofsvorplatz dürfen eben gerade nicht passieren!

(Beifall bei der CDU)

Ich bin der festen Überzeugung, wenn man dort vorher gründlich und genauer hingesehen hätte, hätte man doch an der einen oder anderen Stelle noch sparen können. Nichts anderes wollen wir machen! Diese Gelder werden dann natürlich nicht irgendwo im konsumtiven Bereich eingesetzt, sondern

es bleibt alles im ISP. Das ISP, auch in seinem Volumen, wird von uns überhaupt nicht angetastet. Dieses ISP hat aber verschiedene Facetten. Herr Eckhoff, wenn heute dieses Teilprojekt Rhodarium aus dem ISP herausfällt, weil es nicht mehr gebaut wird, dann heißt das nicht, dass man nicht doch trotzdem ISP-Mittel einsetzen kann, zum Beispiel aus dem Bereich WAP, Tourismus, Dienstleistungsförderung, wo es sicherlich auch zu vertreten ist, wenn es eine Attraktivitätssteigerung des Rhododendronparks gibt.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Aber nicht, um eine Grünanlage grüner zu machen!)

Es gibt bestimmte Kriterien, und ich bin mir sicher, wir werden alle diese Kriterien auch einhalten. Wir haben genug Projekte, auch im ISP und in den Bereichen Tourismus und Dienstleistungsförderung, zum Beispiel Wallanlagen und was es da alles gibt. Ich glaube, wir werden sicherlich gemeinsam Möglichkeiten finden, Attraktivitätssteigerung im Rhododendronpark herbeizuführen.

Diese eingesparten Mittel — rein technisch sieht das so aus — werden natürlich dann dem Bereich ISP, WAP zur Verfügung gestellt, weil Wirtschaftsstrukturpolitik an sich ISP-fähig ist. So ist das auch vorgesehen. Je mehr ich in diesem Bereich darstellen kann, desto größer ist die Chance, in anderen Bereichen eine Entlastung herbeizuführen und Maßnahmen durchzuführen, die wir gemeinsam aussuchen werden, die dann dazu führen, diese Stadt noch liebens- und lebenswerter zu machen. Wenn Sie hier heute so tun, als wenn es sich nicht lohnen würde, in unseren beiden Städten zu leben, dann sehen Sie das einfach falsch!

Wir sehen auch keinen Zielkonflikt. Herr Dr. Färber hat schon darauf hingewiesen, hat das dargestellt, Wirtschaftspolitik und Haushaltssanierung, das geht zusammen, und das ist kein Zielkonflikt. Das kann auch gar kein Zielkonflikt sein, es sind nämlich beides wichtige Säulen dieser Politik, die wir hier zu verantworten haben und auch für die Zukunft verantworten werden!

Ich möchte noch auf den Finanzplan eingehen. Der Finanzplan selbst trägt den Hinweis des Senats, dass es eine endgültige Beschlussfassung über die Eckwerte der einzelnen Ressorts und das Verteilen auf Konsumtiv und Investiv bis Ende des Jahres geben wird. Ich gehe davon aus, dass der Senat da seine Hausaufgaben macht. Ich gehe auch davon aus, mit mir auch meine Fraktion und, ich glaube, auch sämtliche Haushälter, dass sich alle Beschlüsse, die wir hier heute fassen, selbstverständlich dann in einem überarbeiteten Finanzplan auch wieder finden.

Eine Stelle aus dem Finanzplan oder aus dem Sanierungsprogramm möchte ich noch hervorheben. Es gibt wieder eine lange Liste, das sind die gelben Seiten darin, der Maßnahmen in 1999, die man auch unter Verwaltungsreform fassen kann. Es lohnt sich,

(A) sie einmal anzusehen, um festzustellen, was hier geleistet wurde. Ich finde, es lohnt sich auch an dieser Stelle, Frau Adolf hat vorhin darauf hingewiesen, einmal nach Bremerhaven zu sehen. Gerade im Jugend- und Sozialbereich ist der Anteil Bremerhavener Maßnahmen, die dort aufgeführt sind, beachtlich, und ich denke, man kann auch in diesen Fällen von Bremerhaven lernen.

Was Bremerhaven anbelangt! Herr Schramm, nun können Sie nicht ungeschoren davonkommen. Ich glaube, Sie haben das nach Ihrem Redebeitrag heute Morgen schon befürchtet, der wirkt noch nachhaltig! Wer seine Stadt hier so kaputt redet, ich denke, der kann da nicht auf Unterstützung für einen solchen Redebeitrag hoffen!

Wir haben zu den letzten Haushaltsberatungen auch das Finanzausgleichsgesetz des Landes Bremen und seinen beiden Kommunen diskutiert. Wir sorgen gemeinsam dafür, dass Bremerhaven eine adäquate Finanzausstattung erhält. Das machen wir bewusst so, das ist auch so gewollt, und das kommt den Strukturproblemen in Bremerhaven entgegen. Wir müssen aber erwarten, dass Bremerhaven selbst sich auch Gedanken macht, wie es seine Wirtschaftspolitik betreiben will. In Kürze wird Sie ein gemeinsamer Antrag der großen Koalition erreichen, so dass wir dann genau diskutieren können, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen für Bremerhaven die richtigen sind. Das hätte die Haushaltsberatung heute überfrachtet, aber ich glaube, auch da sind wir gut, und es muss nur in Bremerhaven vermittelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie tragen bestimmt nicht dazu bei, dass auch nur ein Einziger, der diese Debatte hört, Bremerhaven überhaupt interessant findet, der sich überlegt, dorthin zu gehen. So kann man viel kaputt reden! Wir beteiligen uns nicht daran! Es ist vorhin schon gesagt worden: Wir sind in einer Aufbaustimmung, wir werden weiter sanieren, und wir werden es mit Erfolg zu Ende bringen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. Eckhoff (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die heutigen Haushaltsberatungen haben gezeigt — ich wollte alle für die Abstimmung aufwecken, nicht dass die Hände gleich alle unten bleiben! —, dass der Kurs des Sparens und Investierens, insbesondere auch vor dem Hintergrund des Investitionssonderprogramms, alternativlos ist. Die Opposition, sehr geehrte Frau Linnert,

versucht, hier Alternativen aufzuzeigen, aber es ist wirklich beim Versuch geblieben! Es war saft- und kraftlos, was uns hier an parlamentarischer Opposition geboten wurde!

(Beifall bei der CDU)

Ich finde es sehr gut, dass sich der Koalitionspartner deutlich hinter den Projekten gestärkt gezeigt und gesagt hat, dass er zu den Projekten, die wir gemeinsam verabredet haben, steht. Insofern glaube ich, dass es, wenn wir jetzt die Projekte in der Umsetzung begleiten müssen, die Irrungen und Wirrungen, die es gegeben hat, in Zukunft nicht mehr gibt, wenn wir heute den Haushalt entsprechend verabschieden.

Zu den Grünen vielleicht noch einmal eines, Frau Trüpel: Auch alle Erklärungen, die Sie uns beizubringen und deutlich zu machen versucht haben, können uns beim besten Willen nicht überzeugen. Das Investitionssonderprogramm ist kein Kontrapunkt zu einer liebenswerten Stadt, sondern es ist mittelfristig die Grundlage dafür, dass wir uns die Punkte, die wir gern machen möchten, auch im Bereich des Sozialen, im Bereich der Kinder- und Jugendförderung, finanziell erlauben können. Daher lassen wir uns den Widerspruch, den Sie hier aufbauen, auch gar nicht aufdrücken!

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, dass Sie vonseiten der Grünen uns wirklich den Beweis schuldig sind, auch für die Jahre, in denen Sie hier mitregiert haben, dass Sie eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik leisten können. Wir müssen das aufarbeiten, was uns in den letzten Jahren entsprechend überlassen wurde. Aus diesem Grund glaube ich, dass wir mit diesem Haushalt, den wir jetzt gleich verabschieden werden, auf dem richtigen Weg sind und dass wir die Kraft haben werden als große Koalition, auch in den nächsten Jahren den notwendigen langen Weg eines Sanierungslandes zu gehen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist auch der neunte Bereich, die Schlussrunde, beendet.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 28, 29, 30, 31, 32 und 33 und den Punkten außerhalb der Tagesordnung zu den Änderungsanträgen und Anträgen der Fraktionen zu den Haushalten 2000 und 2001 beendet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung über den Haushalt 2000 und den Haushalt 2001 und die damit verbundenen Anträge und Änderungsanträge ist geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

(D)

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

(A) Meine Damen und Herren, die Abstimmungsreihenfolge, über die Einverständnis erzielt wurde, liegt Ihnen schriftlich vor. Ich werde die jetzt folgenden Abstimmungen in der Reihenfolge des Umdrucks vornehmen.

Ich rufe gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung die Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2000 und 2001 auf. Es ist beantragt worden, die Änderungsanträge teilweise in Blöcken abstimmen zu lassen.

Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle Einverständnis fest.

(Einstimmig)

Als Erstes lasse ich über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU, Drucksachen 15/333 bis 15/357, abstimmen.

Zuerst lasse ich über die Änderungsanträge mit den Drucksachen-Nummern 15/334, 15/335, 15/337 bis 15/340 und 15/344 bis 15/350 abstimmen.

Anträge 15/334, 15/335, 15/337 bis 15/340 und 15/344 bis 15/350

Wer diesen Anträgen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Anträgen zu.

Anträge 15/333, 15/336, 15/341 bis 15/343, 15/351 bis 15/357

Wer diesen Anträgen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt (C) den Anträgen zu.

Antrag 15/359

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/359 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Antrag 15/360

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/360 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Tittmann [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Haushaltsplan 2000.

Wer dem Haushaltsplan 2000 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Haushaltsplan 2000 mit Änderungen zu.

(A) Wir kommen zur Abstimmung über den Haushaltsplan 2001.

> Wer dem Haushaltsplan 2001 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> > (Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Haushaltsplan 2001 mit Änderungen zu.

Wir kommen zur Abstimmung über den Produktgruppenhaushalt 2000.

Wer dem Produktgruppenhaushalt 2000 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenhaushalt 2000 zu.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Produktgruppenhaushalt 2001.

Wer dem Produktgruppenhaushalt 2001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenhaushalt 2001 zu.

Wir kommen zur Abstimmung über den Stellenplan 2000.

Wer dem Stellenplan 2000 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Stellenplan 2000 zu.

Nun lasse ich über den Stellenplan 2001 abstimmen.

Wer dem Stellenplan 2001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Stellenplan 2001 zu.

Wir kommen zur Abstimmung über den Produktgruppenstellenplan 2000.

Wer dem Produktgruppenstellenplan 2000 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenstellenplan 2000 zu.

Ich lasse jetzt über den Produktgruppenstellenplan 2001 abstimmen.

Wer dem Produktgruppenstellenplan 2001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Produktgruppenstellenplan 2001 zu.

(C)

(A) Wir kommen jetzt zu den Haushaltsgesetzen 2000 und 2001, zweite Lesung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zuerst über die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 15/358 und Drucksache 15/361 abstimmen.

Antrag 15/358

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/358 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Antrag 15/361

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der (B) CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/361 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Haushaltsgesetz 2000 in zweiter Lesung.

Wer das Haushaltsgesetz 2000 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2000 mit Änderungen in zweiter Lesung.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz 2001 in zweiter Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz 2001 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Haushaltsgesetz 2001 mit Änderungen in zweiter Lesung.

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds, Drucksache 15/286, in zweiter Lesung abstimmen.

Auch hier lasse ich gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksachen-Nummer 15/362, abstimmen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass es in dem Antrag an Stelle "des Wirtschaftsplanes" richtig heißen muss "der Wirtschaftspläne".

Antrag 15/362

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/362 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds, Drucksache 15/286, in zweiter Lesung abstimmen.

(A) Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit Änderungen in zweiter Lesung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen, Drucksache 15/287, in zweiter Lesung.

Wer das Gesetz zur Änderung der Haushaltsordnung der Freien Hansestadt Bremen in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Tittmann [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Fortschreibung der Finanzplanung bis 2005, Drucksache 15/250, von den Mitteilungen des Senats, Drucksachen 15/285, 15/286 und 15/326, von dem Finanzplan 1999 bis 2005, Drucksache 15/288, und von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 15/363, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, damit wäre der Haushalt 2000/2001 beschlossen. Ich danke Ihnen für die konstruktive Arbeit!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich schließe die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 18.42 Uhr)

(B)